

Zeitschrift: Jahrbuch für Solothurnische Geschichte
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Solothurn
Band: 83 (2010)

Artikel: "Ein Monstrum fürs Niederamt?" : Regionale Reaktionen auf das AKW-Projekt in Gösgen, 1969-1975
Autor: Kieffer, David
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-325269>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«EIN MONSTRUM FÜRS NIEDERAMT?»

*Regionale Reaktionen
auf das AKW-Projekt in Gösgen,
1969–1975*

David Kieffer

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
1. Konzeptuelle Überlegungen	13
1.1. Erkenntnisinteressen und Eingrenzung	13
1.2. Forschungsstand	15
1.3. Methodisches Vorgehen	18
1.3.1. Interviews	18
1.3.2. Schriftliche Quellen	21
1.4. Sprachliche Aspekte	24
2. Atomenergienutzung in der Schweiz: via Lucens nach Gösgen	25
2.1. Einstieg in die Nutzung der Atomenergie	25
2.1.1. Förderungspolitik des Bundes	25
2.1.2. Entwicklung einer Schweizer Reaktorlinie	27
2.1.3. Etablierung in der Elektrizitätswirtschaft	29
2.2. Politisches Seilziehen um die Standorte	30
2.2.1. Engagement des Kantons Solothurn	30
2.2.2. Der Kampf um Kühlwasser	32
2.2.3. Der bundesrätliche Kühlturmentscheid	33
2.2.4. Konkurrenz der AKW-Projekte	35
2.3. Das Projekt «Gösgen»	37
2.3.1. Bildung des Konsortiums	37
2.3.2. Standortwahl	39
2.3.3. Technische Aspekte	40
2.3.4. Das Bewilligungsverfahren	41
3. Das AKW im Däniker Gemeinderat	45
3.1. Ein Bauerndorf erwacht	45
3.1.1. Däniken in den 1960er-Jahren	45
3.1.2. Konzentration der Grossprojekte	46
3.1.3. Däniken, ein Sonderfall?	48
3.2. Meinungsbildung im Gemeinderat	50
3.2.1. Der erste Kontakt	50
3.2.2. Informationsbeschaffung und Weiterbildung	51
3.2.3. Die Haltung des Gemeinderats	53
3.3. Informierung der Bevölkerung	57
3.4. Zentrale Geschäfte der Däniker Behörden	58
3.4.1. Feilschen um den Steuersegen	59
3.4.2. Abschluss eines Infrastrukturvertrags	62
3.4.3. Änderung des Zonenplans	63
3.4.4. Das kommunale Baubewilligungsverfahren	65
3.5. Belastung der Gemeindebehörden	69
4. Gösgen im Gegenwind	70
4.1. Aufkeimender Widerstand gegen AKWs in der Schweiz	70
4.1.1. Atomkraft als Hoffnungsträgerin	70
4.1.2. Erster Widerstand in Kaiseraugst	71
4.1.3. Stimmungsumschwung und grundlegende Opposition	73

4.2. Stimmung in der Region	75
4.2.1. Reaktionen der regionalen Bevölkerung	75
4.2.2. Erste Kritik in Däniken	76
4.3. Einsprachen gegen das Baugesuch	79
4.3.1. Kristallisationspunkt der Argumente und Ängste	79
4.3.2. Auswirkungen des Kühlturms	83
4.3.3. Gefährdung des Grundwassers	84
4.3.4. Angst um Gesundheit und Leben	85
4.3.5. Weitere Kritikpunkte	86
4.4. Opposition im Niederamt	87
4.4.1. Gründung der Aktion Pro Niederamt	87
4.4.2. Positionen und Forderungen	88
4.4.3. Kritik an den Behörden	91
4.4.4. Aktivitäten der Pro Niederamt	94
4.5. Reaktionen auf den Widerstand	97
4.5.1. Reaktionen der Bauherrschaft	97
4.5.2. Reaktionen des Däniker Gemeinderats	103
4.6. Epilog: Betriebsaufnahme trotz Widerstand	107
4.6.1. Gösgen im Visier der Anti-AKW-Bewegung	107
4.6.2. Däniken und die neue Gegnerschaft	109
4.6.3. Das Ende des Widerstands	111
<hr/>	
5. Abschliessende Betrachtungen	113
5.1. Haltung und Spielräume des Gemeinderats	113
5.2. Aussichtslosigkeit des regionalen Widerstands	116
5.3. Die Bauherrschaft unter Zeitdruck	118
5.4. Schlussbemerkungen	120
<hr/>	
6. Bibliographie	121
6.1. Quellen	121
6.1.1. Unpublizierte Quellenbestände	121
6.1.2. Publizierte Quellen	122
6.2. Literaturverzeichnis	122
<hr/>	
Anhang A: Ergänzende Informationen	125
Zeitlicher Ablauf der Ereignisse	125
Bewilligungsverfahren Kernkraftwerk Gösgen	128
Aufteilung der KKG-Steuern gemäss Steuerverteiler	129
Entwicklung der Steuereinnahmen der Gemeinde Däniken	130
Übersichtskarte Niederamt mit Grossprojekten	130
Auswertung der Baugesuchseinsprachen	132
Aufschlüsselung nach Einspracheschriften	132
Statistik nach Kategorie	133
Statistik nach Einzelargumenten	134
Fotografien Kundgebung Pro Niederamt	136
<hr/>	
Anhang B: Interviews	139
Interviewfragen Alt-Gemeinderäte	139
Interviewfragen AKW-Gegner	141
Transskript Interview W. Brühlmeier, Schönenwerd, 9. 7. 2008	143
Transskript Interview R. Selig, Däniken, 9. 7. 2008	156
Transskript Interview E. Marrer, Däniken, 8. 8. 2008	167

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Gesellschafter der KKG	38
Abbildung 2: Infrastrukturprojekte in Däniken, Stand 1972	48
Abbildung 3: Einspracheargumente nach Kategorien	80
Abbildung 4: Demonstration der Pro Niederamt, April 1973	93

Abkürzungsverzeichnis

AEW	Eidgenössisches Amt für Energiewirtschaft	NAK	Nordwestschweizerischen Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst
AKW	Atomkraftwerk		
ATEL	Aare-Tessin AG für Elektrizität	NGA	Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik
AtG	Bundesgesetz über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz	NHK	Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission
AWW	Kantonales Amt für Wasserwirtschaft	NOK	Nordostschweizerische Kraftwerke
BBC	Brown Boveri Cie.	PTT	Post-, Telefon-, und Telegraphenbetriebe
BKW	Bernische Kraftwerke AG	RePla	Regionalplanungsgruppe
CKW	Centralschweizerische Kraftwerke	SAG	Schweizerisches Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei	SBB	Schweizerische Bundesbahnen
ENUSA	Energie Nucléaire S.A.	SBN	Schweizerischer Bund für Naturschutz
EVED	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiedepartement	SGK	Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute
FDP	Freisinnig-demokratische Partei	SGU	Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz
GAK	Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst	SKA	Studienkommission für Atomenergie
GV	Gemeindeversammlung	SNV	Solothurnischer Naturschutzverband
KKG	Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG	SOZARCH	Schweizerisches Sozialarchiv Zürich
KKW	Kernkraftwerk	SP	Sozialdemokratische Partei
KSA	Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen	STASO	Staatsarchiv Solothurn
KWU	Kraftwerk Union	SVA	Schweizerische Vereinigung für Atomenergie
LdU	Landesring der Unabhängigen	SWA	Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel
MC	Motor-Columbus Ingenieurunternehmung AG	UeBA	Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke
NAGRA	Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle		

Einleitung*

«Kommt das Kernkraftwerk Gösgen?» Diese Frage stellte das Oltner Tagblatt am 13. September 1969 auf seiner Frontseite und informierte damit erstmals breitere Bevölkerungskreise über die Pläne zum Bau eines Atomkraftwerks im Solothurnischen Niederamt.¹ Im Bericht wurde die Ratifizierung eines Konsortialvertrags verkündet, mit dem verschiedene Unternehmen aus dem Kraftwerksbereich ihre Zusammenarbeit beim Projekt für ein Atomkraftwerk in der Nähe von Gösgen beschlossen hatten. In der Schweiz waren seit Mitte der 1960er-Jahre verschiedene Konsortien mit der Planung von Atomkraftwerken beschäftigt. Insgesamt waren zehn verschiedene AKW-Projekte bekannt, die entlang des Aare-Rhein-Systems hätten verwirklicht werden sollen. Die Pläne für ein Atomkraftwerk in Gösgen lagen bei der Aare-Tessin AG für Elektrizität (ATEL) bereits im Jahr 1966 auf dem Tisch. Die in Olten ansässige Firma liess damals in der Region erste Abklärungen vornehmen, welche die Eignung des Standortes Gösgen für den Bau eines Atomkraftwerks bestätigten. Bis zur Inbetriebnahme der Anlage im Jahr 1979 sollte es aber noch ein weiter Weg sein. Das Projekt Kernkraftwerk Gösgen musste sich einerseits innerhalb der Elektrizitätsbranche durchsetzen, andererseits zahlreiche bewilligungspolitische Hürden nehmen. Die Planungs- und Bauzeit gestaltete sich langwieriger und komplizierter, als die Projektanten sich dies am Anfang wohl vorgestellt hatten. Als das Kernkraftwerk Gösgen schliesslich 1979 ans Netz ging, war es das erste Atomkraftwerk in der Schweiz, das trotz Widerstand aus der Bevölkerung den Betrieb aufnahm. Rund um das Jahr 1970 waren die ersten drei AKWs der Schweiz ohne nennenswerte Opposition in Betrieb genommen worden. Bereits das AKW-Projekt in Kaiseraugst, dessen Planung lange Zeit fortgeschrittener war als dasjenige von Gösgen, erfuhr auf Grund des Widerstands aus der Bevölkerung grosse Verzögerungen. In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre kam es dann auch in Gösgen zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen das geplante AKW. Diese seien aber, so legte die Darstellung der Standortgemeinde Däniken nahe, in erster Linie von AKW-Gegnern aus den grossen urbanen Zentren getragen worden. Die Menschen in der Region hätten sich bei den grossen Massenaufmärschen im Jahr 1977 gegen «Gösgen» nicht beteiligt. Wurde das Atomkraftwerk-Projekt in der Region also ohne Vorbehalte willkommen geheissen?

*Die vorliegende Lizentiatsarbeit in Neuster Geschichte, 2008 an der Universität Bern eingereicht, wurde für die vorliegende Publikation leicht überarbeitet.

¹ Oltner Tagblatt vom 13.9.1969, 1.

Gab es keine regionale Opposition, die sich gegen ein AKW «vor der Haustüre» stark gemacht hätte? Und welche Position nahmen die Däniker Behörden ein? Diesen Fragen will die vorliegende Arbeit nachgehen.

Wie bei den Untersuchungen methodisch vorgegangen wurde und welche Quellen dabei Verwendung fanden, wird im ersten Kapitel dargelegt. Dort wird auch ein kurzer Überblick über den Forschungsstand und die verwendete Literatur gegeben. Schliesslich werden auch die Erkenntnisinteressen und der Rahmen der Untersuchung festgelegt, bevor dann zum Schluss dieses ersten Kapitels einige sprachliche Aspekte des Untersuchungsgegenstands angesprochen werden.

Im zweiten Kapitel werden die Hintergründe des Projekts «Kernkraftwerk Gösgen» aufgearbeitet. Zuerst findet eine Einbettung in die allgemeine Geschichte der Atomenergienutzung in der Schweiz statt, wobei auch auf die Gesetzgebung und die Förderungspolitik des Bundesrats eingegangen wird. Danach wird unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Solothurner Regierung die politische Vorgeschichte des Projekts aufgerollt. Anschliessend wird kurz auf die technischen Aspekte des Projekts und die Trägerschaft eingegangen, bevor das Bewilligungsverfahren für Atomkraftwerke am Beispiel Gösgen erläutert wird.

Das dritte Kapitel widmet sich der Standortgemeinde Däniken, auf deren Boden das Kraftwerk zu über 90% steht. Zum Einstieg werden die Rahmenbedingungen der Gemeinde Däniken in den 1960er-Jahren beleuchtet, wobei insbesondere auch auf die Organisation des Gemeinderats eingegangen wird. Anschliessend werden in mehreren Unterkapiteln verschiedene Aspekte der gemeinderätlichen Arbeit untersucht. Neben der Meinungsbildung und der Informationstätigkeit finden auch einzelne Geschäfte des Gemeinderats, die in Zusammenhang mit dem AKW-Projekt standen, Erwähnung.

In Kapitel 4 widmet sich die Arbeit dann dem regionalen Widerstand, wobei eingangs auch kurz auf die gesamtschweizerische Entwicklung der Haltung gegenüber Atomkraftwerken Anfang der 1970er-Jahre eingegangen wird. Nach der Darlegung der damaligen Stimmung im solothurnischen Niederamt werden dann anhand der Einspracheschriften gegen das Baugesuch für das Kernkraftwerk Gösgen die in der Region vorhandenen Argumente gegen das AKW aufgezeigt, bevor dann konkret auf die Aktion Pro Niederamt, eine überparteiliche Widerstandsorganisation aus der Region, eingegan-

gen wird. Das Kapitel endet mit Ausführungen über die Reaktion der Gemeindebehörden und der Bauherrschaft auf die aufkommende Opposition.

In einem Epilog wird schliesslich die weitere Entwicklung des Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen jenseits des Untersuchungszeitraums skizziert, wobei auch dort die Reaktion der Gemeinde Berücksichtigung findet. In den anschliessenden Schlussbetrachtungen werden die Erkenntnisse aus den einzelnen Kapiteln zu einem Gesamtbild zusammengefügt und abschliessend beurteilt.

Die vorliegende Arbeit versucht die Ereignisse rund um die Realisierung des AKW-Projekts in Gösgen miteinander zu verknüpfen und dabei die unterschiedlichen Sichtweisen der verschiedenen Akteure zu berücksichtigen. Sie ist geprägt vom Fokus auf die Behörden der Gemeinde Däniken, deren Arbeit zwischen den Forderungen der Bauherrschaft und den Vorwürfen der regionalen Opposition ein zentraler Drehpunkt der regionalen Ereignisse war. Gleichzeitig wird aber auch die Gegnerschaft mit ihren Beweggründen ausgeleuchtet. Die Betrachtung dieser zwei Akteursgruppen soll die Ereignisse der damaligen Zeit nachvollziehbarer machen und zum Verständnis der Handlungen derjenigen Menschen, die sich damals für oder gegen das Kernkraftwerk Gösgen engagiert haben, beitragen.

1. Konzeptuelle Überlegungen

1.1. Erkenntnisinteressen und Eingrenzung

Von der eingangs skizzierten Situation ausgehend, stellt sich die Frage, wie sich in der Standortregion des Kernkraftwerks Gösgen die Haltung zum Projekt entwickelte und ob das AKW in der Region wirklich von Anfang an willkommen geheissen wurde. Die erste forschungsleitende Frage, die für die vorliegende Arbeit gewählt wurde, lautet: Wie wurde das Projekt für ein AKW in Gösgen in der Region aufgenommen? Dabei richtet sich das Interesse vor allem auf die regionale Bevölkerung und ihre Reaktionen auf das geplante AKW, wobei geklärt werden soll, inwiefern es Widerstand aus der regionalen Bevölkerung gab. Auf die Haltungen der verschiedenen Einwohnergemeinden der Region kann nur am Rande eingegangen werden. Die Ausnahme soll dabei die Gemeinde Däniken bilden, auf deren Boden das Kernkraftwerk Gösgen zu grössten Teilen liegt. Die Däniker Behörden hatten sich ausgiebig mit dem Projekt zu befassen

und spielten dementsprechend bei der Realisierung des Projekts eine wichtige Rolle. Daraus ergibt sich die zweite forschungsleitende Frage: Welche Haltung nahmen die Däniker Behörden ein und wie hat sich diese auf die Realisierung des Projekts ausgewirkt? Seitens der Einwohnergemeinde Däniken waren sowohl die Baukommission als auch der Däniker Gemeinderat in die Verhandlungen mit der Bauherrschaft involviert. Für die vorliegende Untersuchung wurde vor allem auf die Arbeit des Gemeinderats fokussiert. Dieser befasste sich stärker mit den strategischen Fragen des Projekts, während sich die Baukommission vor allem um die baupolizeilichen Aspekte kümmerte. Der Gemeinderat wurde im Herbst 1969 ein erstes Mal über die Baupläne der ATEL informiert und beschäftigte sich in den darauf folgenden zehn Jahren in regelmässigen Abständen mit dem AKW-Projekt. Die Verhandlungen der Baukommission wurden in der vorliegenden Untersuchung nur ausschnittweise berücksichtigt, insbesondere im Zusammenhang mit der Erteilung der Baubewilligung, für welche die Baukommission in erster Instanz zuständig war.

Zeitlich beschränkt sich die Untersuchung auf den Zeitraum zwischen 1969 und 1975. Dies lässt sich einerseits mit dem Verlauf des Projekts erklären. Im Herbst 1969 informierte die ATEL zum ersten Mal eine breitere Öffentlichkeit über ihre Baupläne und begann mit der Öffentlichkeitsarbeit in der Region. Im Jahr 1975 wurde dann der Rohbau des Kernkraftwerks Gösgen fertiggestellt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bauherrschaft bereits einen dreistelligen Millionenbetrag in das Projekt investiert, so dass ein Rückzug des Projekts unwahrscheinlich erscheinen musste und zu erwarten war, dass die AKW-Kritiker in der Region ihren Widerstand gegen das Werk aufgaben. Die Eingrenzung des Untersuchungszeitraumes auf die Jahre von 1969 bis 1975 lässt sich aber auch mit Patrick Kuppers Einteilung der Anti-AKW-Bewegung in zwei verschiedene Hauptphasen begründen.² Gemäss Kupper bildeten sich in einer ersten Phase von 1969 bis 1975 die Konturen des Atomenergiekonflikts erst aus. Diese Zeitspanne könne wiederum in eine frühe Phase, in der die Atomkraftwerke noch nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurden, und eine spätere Phase ab 1973, in der sich fundamentaler Widerstand gegen Atomkraftwerke formierte, unterteilt werden. Den Beginn der zweiten Hauptphase setzt Kupper im Jahr 1975 an. Damals hatten sich gemäss Kuppers Darstellung klare Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern gebildet, die sich von da an nicht mehr grundlegend

²Kupper, Patrick: Atomenergie und gespaltene Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst. Zürich 2003, 152.

veränderten. Zu diesem Zeitpunkt seien denn auch sämtliche Argumente in den Diskurs eingeführt worden. Nach dieser Einteilung fällt der gewählte Untersuchungszeitraum für die vorliegende Arbeit also in eine Zeit, als sich der Konflikt um die Atomenergie erst ausbildete und die verschiedenen Lager erst am Entstehen waren. Für die Bearbeitung der gewählten Fragestellungen, die sich um die Meinungsbildung und die Reaktion auf das Projekt drehen, scheint dieser Zeitraum vielversprechend zu sein. In die Untersuchung der Arbeit des Däniker Gemeinderats wurden zusätzlich auch die Jahre 1965 bis 1969 mit einbezogen, um eine Vorstellung vom Kontext, in dem sich die Verhandlungen über das geplante AKW abspielten, zu gewinnen.

Räumlich beschränkt sich die vorliegende Untersuchung auf das solothurnische Niederamt, zu dem die Gemeinden des Aaretals zwischen den Städten Olten und Aarau gezählt werden. Der Fokus liegt dabei auf der Gemeinde Däniken, die als Standortgemeinde in besonderem Mass mit den Folgen des AKW-Projekts konfrontiert war.

1.2. Forschungsstand

Bei der vorliegenden Arbeit konnte nur bedingt auf frühere Untersuchungen zurückgegriffen werden. Zum AKW-Projekt in Gösgen konnten keine nennenswerten wissenschaftlichen Publikationen ausfindig gemacht werden, abgesehen von einer eigenen Arbeit des Autors aus dem Jahr 2008, in der unter Berücksichtigung der politischen Vorgeschichte ein Überblick über die Projektgeschichte des Werks gegeben wird. Diese Untersuchung wurde im Frühling 2008 als Seminararbeit an der Universität Bern eingereicht und bildet die Basis für das zweite Kapitel der vorliegenden Arbeit. Die einzige Darstellung, die sich daneben auch noch ausschliesslich mit dem Kernkraftwerk Gösgen befasst, wurde im Rahmen einer Mittelschullehrer-Weiterbildung verfasst. Sie untersucht die regionale Widerstandsorganisation «Aktion Pro Niederamt», die sich zwischen den Jahresenden 1972 und 1973 gegen das geplante AKW einsetzte. Harry Zuberbühler, der Autor der fünfundzwanzigseitigen Arbeit, hatte Zugang zu Quellen über die Aktion Pro Niederamt, die für die vorliegende Untersuchung nicht genutzt werden konnten. Darüber hinaus konnte er noch mit dem inzwischen verstorbenen Alt-Gemeindeammann Ernst Hagmann und dem ebenfalls verstorbenen Gemeindeschreiber Richard Suter Interviews führen. Insbesondere Hagmann hatte die damaligen Geschehnisse seitens der Gemeinde Däniken stark mitgeprägt. Von daher bietet Zuberbühlers Arbeit auf

der einen Seite gewisse Chancen. Auf der anderen Seite zeugt die Darstellung von einem eher fahrlässigen Umgang mit dem Quellenmaterial. So hat der Vergleich des Texts mit den vom Autor benutzten Quellen ergeben, dass insbesondere aus Materialien der AKW-Gegnerschaft unreflektiert abgeschrieben wurde, teilweise sogar ohne entsprechende Markierung in der Arbeit selbst. Alles in allem nimmt Zuberbühler dadurch eine Position ein, die sehr stark von der Sichtweise der AKW-Gegnerschaft geprägt ist. Für die vorliegende Untersuchung wurde Zuberbühlers Darstellung aus diesem Grund nicht berücksichtigt. Sie fand lediglich bei der Bildung von Arbeitsthesen während der eigenen Untersuchungen Verwendung. Daneben wird in verschiedenen Darstellungen der Anti-AKW-Bewegung auch auf einzelne Aspekte des Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen eingegangen, jedoch jeweils nur im Hinblick auf die Ereignisse in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre, als das Projekt ins Visier der Schweizerischen Anti-AKW-Bewegung geriet. So bezieht sich beispielsweise der Soziologe Hanspeter Kriesi in seiner aus dem Jahr 1982 stammenden soziologischen Untersuchung «AKW-Gegner in der Schweiz» an verschiedenen Stellen auf Ereignisse, die in Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Gösgen stehen. Kriesi befasst sich in seiner Darstellung in erster Linie mit dem Widerstand gegen das AKW-Projekt in Graben, wobei er einleitend auch eine Übersicht über die Anti-AKW-Bewegung bietet. Diese diente vor allem als Quelle für die ereignisgeschichtliche Darstellung im vierten Kapitel, wo in einem kurzen Epilog die Weiterentwicklung des Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen skizziert wird. Als weitere Autorin beschäftigte sich Susan Boos mit «Gösgen» und widmet dem Projekt ein eigenes Kapitel. Die Journalistin einer politisch linksorientierten Schweizer Wochenzeitung liefert in ihrem Buch «Strahlende Schweiz» eine AKW-kritische Auseinandersetzung mit verschiedensten Aspekten der Atomenergienutzung in der Schweiz. Boos stützt sich dabei stark auf die Darstellungen der AKW-Gegner und übernimmt damit auch deren Positionen. So werden im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen das Kernkraftwerk Gösgen beispielsweise Schilderungen aus der «Chronologie Kernkraftwerk Gösgen-Däniken», einer zeitgenössischen Aufarbeitung des frühen Widerstands durch eine regionale Widerstandsorganisation, ohne quellenkritische Würdigung wiedergegeben.³ Das Buch ist denn auch nicht als wis-

³ Vgl. Boos, Susan: Strahlende Schweiz. Handbuch zur Atomwirtschaft. Zürich 1999, 91 ff.; von Boos verwendeten Quelle: SOZARCH, Ar 201.130.3, Chronologie Kernkraftwerk Gösgen-Däniken, August 1977.

senschaftliche Darstellung zu werten, sondern vielmehr selbst ein Produkt der politischen Auseinandersetzungen um die Atomenergie. Darum wird in der vorliegenden Arbeit lediglich an einigen Stellen auf die Darstellung von Boos hingewiesen.

Der Atomenergienutzung als gesellschaftlichem Konfliktfeld hat sich Nicole Graf in einem Aufsatz gewidmet, wobei sie in erster Linie auf die Deutungsmuster der Kernenergie zwischen 1969 und 1985 eingeht. Dabei steht der Umgang der Bevölkerung mit wahrgenommenen Risiken, der anhand des Beispiels der Atomkraftwerke verdeutlicht wird, im Zentrum. Eine weitaus umfassendere Darstellung der Geschichte der zivilen Atomenergienutzung in der Schweiz zwischen 1960 und 1990 findet sich in der Dissertation von Patrick Kupper aus dem Jahr 2003. Anhand des Atomkraftwerkprojekts in Kaiseraugst zeichnet Kupper zuerst die staats- und unternehmenspolitischen Kontroversen der 1960er-Jahre nach. Anschliessend zeigt er auf, wie sich im Kontext der aufkommenden Umweltschutzbewegung aus dem Widerstand gegen das Projekt in Kaiseraugst die schweizerische Anti-AKW-Bewegung entwickelte. Die Dissertation ist zurzeit die umfassendste geschichtliche Auseinandersetzung mit der Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz und das in der vorliegenden Arbeit enthaltene Teilkapitel über den aufkeimenden Widerstand gegen Atomkraftwerke stützt sich im Wesentlichen auf die Untersuchungen Koppers. Kupper hatte sich bereits in seiner Lizentiatsarbeit aus dem Jahr 1997 mit dem Verhältnis der Umweltverbände zur AKW-Frage auseinandergesetzt. In seinem ebenfalls verwendeten Aufsatz von 1998 versucht er dann den Widerstand gegen die Atomkraftwerke im Kontext des gesellschaftlichen Wandels in den 1960er- und 1970er-Jahren zu verstehen. Bei den zwei zitierten Aufsätzen von Kupper aus dem Jahr 2003 handelt es sich um zusammenfassende Darstellungen der in seiner Dissertation publizierten Erkenntnisse.

Neben Koppers Darstellung wurde im Rahmen des ETH-Forschungsprojekts «Nuclear Energy and Society» im Jahr 2003 noch eine zweite Dissertation veröffentlicht, die sich der Geschichte der Atomenergienutzung in der Schweiz widmet. Tobias Wildi schreibt über den «Traum vom eigenen Reaktor» und liefert damit eine detaillierte Darstellung der Bestrebungen zur Entwicklung einer schweizerischen Reaktorlinie in den 1950er- und 1960er-Jahren. Insbesondere wird dabei auch auf die Reaktor AG als Trägerin der staatlich geförderten Entwicklungsarbeiten und das Scheitern des Versuchsatomkraftwerks in Lucens eingegangen. Auf die Darstellungen Wildis wurde vor allem im Kapitel über die Geschichte der

Atomenergienutzung in der Schweiz zurückgegriffen. Auch sein Aufsatz von 2005, der im Wesentlichen eine ergänzte Zusammenfassung von Teilen der Dissertation ist, fand hierbei Berücksichtigung. Auf Grund fehlender Quellenangaben nur am Rande verwendet wurde der Aufsatz von Peter Hug aus dem Jahr 1998, der auf den Erkenntnissen seiner Lizentiatsarbeit von 1989 basiert.

1.3. Methodisches Vorgehen

1.3.1. Interviews⁴

Zum Einstieg in die Untersuchungen des gesellschaftlichen Umgangs mit dem geplanten Atomkraftwerk in Gösgen wurden mehrere Interviews mit Zeitzeugen geführt, einerseits mit zwei ehemaligen Gemeinderäten der Gemeinde Däniken, andererseits mit zwei Personen, die in der regionalen Opposition gegen das AKW-Projekt engagiert waren. Werner Brühlmeier war von 1965 bis 1985 Mitglied des Däniker Gemeinderats und darüber hinaus von 1969 bis 1977 Mitglied der Gemeinderatskommission, des vorbereitenden Ausschusses des Gemeinderats. Im Gemeinderat war Brühlmeier zuständig für das Ressort Bauwesen, zudem bekleidete er in den 1970er-Jahren während mehrerer Jahre den Posten des Baupräsidenten der Gemeinde Däniken. Beruflich war er als leitender Angestellter in der Maschinenindustrie tätig. René Selig, das zweite Gemeinderatsmitglied mit dem ein Interview geführt wurde, trat 1969 in den Gemeinderat ein und blieb dort bis 1981. Er wurde 1973 ebenfalls Mitglied der Gemeinderatskommission. Selig hatte ein Ingenieursstudium in Kraftwerkstechnik absolviert und verfügte über Berufserfahrung im Bereich der konventionellen thermischen Kraftwerke. Ab Herbst 1973 war er bei der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) angestellt und arbeitete dort bis zu seiner Pensionierung als leitender Angestellter. Auf Grund seines fachlichen Hintergrunds wurde Selig vom Gemeinderat als Vertreter der Gemeinde in die Eidgenössische Kühlturmkommission delegiert, die zu Beginn der 1970er-Jahre einen Bericht über die Auswirkungen der Kühltürme auf die Umwelt erarbeiten musste.

Elisabeth Marrer war Ende des Jahres 1972 Mitglied der Einsprachegruppe «Pro Niederamt», die eine Einsprache gegen das Baugesuch für das Kernkraftwerk Gösgen einreichte. Sie engagierte sich auch in der Koordinationsgruppe der wenig später gegründete-

⁴Die verwendeten Fragelisten und die Transkriptionen der geführten Interviews sind im Anhang der Arbeit zu finden.

ten «Aktion Pro Niederamt», bis diese Ende 1973 ihre Tätigkeit einstellte. Frau Marrer war Mutter und Hausfrau und arbeitete im Elektrogerätegeschäft ihres Mannes mit. Von 1973 bis 1977 sass sie für den Landesring der Unabhängigen (LdU) im Solothurner Kantonsrat, der Legislative des Kantons Solothurn. Hans Bühlmann war ebenfalls Kantonsrat, er vertrat von 1965 bis 1973 die Christlichdemokratische Partei. Daneben war er Mitglied des Gemeinderats der Gemeinde Schönenwerd, der sich gegen das geplante AKW zur Wehr setzte. Bühlmann war Präsident des Patronatskomitees der Aktion Pro Niederamt. Vor seiner Pensionierung waltete er als Direktor einer Maschinenbaufirma.

Den Gesprächen wurden Uwe Flicks Überlegungen zum Narrativen Interview zugrunde gelegt.⁵ Eine offen gestellte einleitende Frage zur persönlichen Biographie soll den Redefluss in Gang bringen, wobei der Interviewende die Gesprächspartner bis zum Ende ihrer Ausführungen nicht unterbricht. Nach Abschluss der Ausführungen ist es in einer zweiten Phase möglich konkretisierende Fragen zu stellen und damit Aspekte der Fragestellung, die dem Interviewenden noch zu wenig ausgeführt wurden, zu vertiefen. In einer dritten Phase findet dann eine Bilanzierung statt, die den Abschluss des Gesprächs einleitet. Die Methode baut auf der Annahme auf, dass die befragten Personen über die Kompetenz zur Strukturierung einer Erzählung verfügen und dadurch ihre Erinnerungen strukturiert wiedergeben können. Durch den ungestörten Redefluss können die Interviewten einerseits selber bestimmen, auf welche Aspekte der angesprochenen Thematik sie in welchem Ausmass eingehen wollen. Dadurch ergibt sich eine Gewichtung der Erlebnisse nach der subjektiven Wahrnehmung der Befragten.

Auf der anderen Seite muss die befragte Person in ihren Ausführungen gewisse Zusammenhänge, die nicht direkt mit der Fragestellung zu tun haben, erläutern, um die komplexen Ausführungen verständlich zu machen. Dadurch werden auch Informationen weitergegeben, nach denen der Interviewende nicht konkret hätte fragen können, weil er nichts von ihrer Existenz wusste. Ein Nachteil dieser Methode liegt darin, dass die Ausführungen der Befragten wenig stark beeinflusst werden können. Ein Abdriften in Themenbereiche, die für die Untersuchung nicht relevant sind, ist schwierig zu verhindern. Ausserdem fällt je nach Redseligkeit der befragten Person sehr viel Interviewmaterial an, das verarbeitet werden muss.

⁵ Flick, Uwe: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbeck b. Hamburg 2007, 228 ff.

Die für die vorliegende Arbeit geführten Interviews waren denn auch unterschiedlich ergiebig. So konnte beispielsweise im Interview mit Hans Bühlmann, der von zwei der anderen Interviewten als führender Exponent des Widerstands genannt worden war, wenig über die Opposition gegen das geplante AKW herausgefunden werden. Bühlmann, der gemäss den untersuchten Inseraten der «Aktion Pro Niederamt» Präsident des Patronatskomitees war, gab an, keine Verbindungen zur Pro Niederamt gehabt zu haben. Auch an die entsprechenden Verhandlungen im Solothurner Kantonsrat und im Schönenwerder Gemeinderat konnte er sich nicht mehr erinnern. Er betonte, dass er heute ein Befürworter der Atomenergie sei. Im Gegensatz dazu waren die Ausführungen von Werner Brühlmeier sehr detailliert und ausführlich und insbesondere auch in Bezug auf die Jahreszahlen erstaunlich genau. Das mehrstündige Interview brachte aber dadurch einen umso höheren Bearbeitungsaufwand mit sich.

Die geführten Gespräche wurden entweder digital oder mit Tonband aufgenommen und anschliessend transkribiert, wobei eine Übersetzung der Gespräche in Standardsprache erfolgte. Danach wurden die einzelnen Aussagen aus den drei ergiebigen Interviews in einer Tabelle thematisch erfasst, sortiert und zusammengefügt. Dadurch ergab sich eine erste Übersicht über die verschiedenen Aspekte des zu untersuchenden Feldes. Insbesondere kristallisierten sich durch die Interviews auch einige Aspekte heraus, die für das Verständnis der Ereignisse grundlegend waren. So war beispielsweise in verschiedenen Gesprächen die Rede von weiteren Grossprojekten, welche die schweizerischen Post-, Telefon- und Telegraphenbetriebe (PTT) und die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) in den 1960er- und 1970er-Jahren in Däniken realisieren wollten und die den Gemeinderat stark beschäftigten. Wie sich später noch zeigen wird, kann die Haltung des Däniker Gemeinderats gegenüber dem AKW-Projekt nur im Zusammenhang mit diesen weiteren Grossprojekten verstanden werden. Dieser Umstand wurde nicht zuletzt dank der Interviews erkannt. Die Interviews dienten somit weniger dem Sammeln von Fakten, sondern waren vielmehr wertvoll für das Gewinnen eines Überblicks und das Herausarbeiten der zentralen Aspekte des zu untersuchenden Themengebiets. Mit Hilfe der Informationen aus den Interviews wurde einerseits ein Interpretationsrahmen für die Analyse der schriftlichen Quellen geschaffen, andererseits konnten sie während dieser Analyse immer wieder zur Erhärtung neuer Thesen hinzugezogen werden.

1.3.2. Schriftliche Quellen

Die Aufarbeitung der einzelnen Aspekte der Thematik machte die Konsultation verschiedener Quellenbestände nötig. Verwendet wurden Dokumente aus dem Schweizerischen Wirtschaftsarchiv in Basel, dem Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich, der Schweizerischen Nationalbibliothek in Bern, dem Däniker Gemeindearchiv, dem Staatsarchiv Solothurn sowie aus privaten Beständen.

Die Darstellung der im zweiten Kapitel umrissenen politischen Vorgeschichte des AKW-Projekts stützt sich im Wesentlichen auf die Akten des Baudepartements des Kantons Solothurn aus dem Staatsarchiv. Diese wurden auf Grund der abgelaufenen Schutzfrist von dreissig Jahren zugänglich gemacht. Der noch unerschlossene Aktenberg umfasst unter anderem Protokolle verschiedener politischer Sitzungen der kantonalen Behörde auf Bundesebene und mit Gemeindevertretern, ausserdem sind zahlreiche Aktennotizen und die Korrespondenz zwischen der Solothurner Regierung, den kantonalen Departementen und der Bauherrschaft erhalten. Diese Unterlagen gaben einen facettenreichen Einblick in das Seilziehen um das Kernkraftwerk Gösgen auf politischer Ebene. Die Projektgeschichte wurde dann in erster Linie mit Publikationen der Bauherrschaft rekonstruiert. Im Rahmen des Lobbyings und der Öffentlichkeitsarbeit wurden verschiedene Broschüren herausgegeben, die über unterschiedliche Aspekte des Projekts informieren. Diese Broschüren sind genauso wie die Geschäftsberichte der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG in der Sammlung des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs in Basel zu finden. Zur Aufarbeitung der technischen Aspekte des Projekts schien die Verwendung dieser Unterlagen unproblematisch, bei politisch geprägten Aspekten wie dem Standortentscheid und dem Bewilligungsverfahren wurde hingegen zusätzlich auf die Aktenbestände des Solothurner Staatsarchivs zurückgegriffen.

Für die Untersuchung der Tätigkeit der Däniker Gemeindebehörden wurde vorwiegend mit den Archivbeständen der Gemeinde Däniken gearbeitet. Ergänzend wurde die Korrespondenz in den Akten des Solothurner Baudepartements verwendet, die im Staatsarchiv Solothurn lagern. Aus dem Archiv der Einwohnergemeinde Däniken wurden die Gemeinderats- und Gemeinderatskommissionsprotokolle der Jahre 1965 bis 1975 sowie die Gemeindeversammlungsprotokolle von 1969 bis 1990 systematisch untersucht. Ereignisbezogen wurden auch die Protokolle der Baukommission hinzugezogen, insbesondere im Zusammenhang mit der Behandlung der Einsprachen

gegen das Baugesuch für das Atomkraftwerk. Ansonsten wurde zur Einschränkung der Quellen auf eine detaillierte Auswertung der Baukommissionsprotokolle verzichtet. Da die zentralen Entscheide der Baukommission ohnehin zusammen oder in Absprache mit dem Gemeinderat gefällt wurden, scheint diese Auslassung zulässig. Von den Sitzungen des Gemeinderats und der Baukommission bestehen Verhandlungsprotokolle, aus denen auch die Redebeiträge einzelner Rats- oder Kommissionsmitglieder ersichtlich werden. Zwar sind die Protokolle stellenweise zusammenfassend und in knapper und holpriger Sprache gehalten. Die protokollierten Meinungsäusserungen liegen also nicht im originalen Wortlaut der Sprechenden vor, sondern sind sprachlich mit Sicherheit von den Verfassern geprägt. Insbesondere bei den Gemeinderatsprotokollen deutet aber die Struktur darauf hin, dass die Wortmeldungen der Ratsmitglieder teilweise in Zitatform festgehalten wurden, auch wenn keine entsprechende typographische Markierung mit Anführungs- und Schlussstrichen erfolgte. Beim Protokollieren von Diskussionen wurden oft die Namen der Sprechenden und nach einem Doppelpunkt ihr Redebeitrag festgehalten. Auffälligerweise werden hierbei die direkte und die indirekte Rede vermischt.

Es ist daher davon auszugehen, dass die Protokollführer nicht nur den Inhalt der Wortmeldungen festgehalten haben, sondern darüber hinaus auch markante Formulierungen der Sprechenden übernommen haben. Beim Zitieren der Protokolle werden solche Textstellen daher als Zitate der entsprechenden Gemeinderatsmitglieder gewertet. Beschlüsse und Verlautbarungen des Gemeinderats werden hingegen dem gesamten Rat zugeordnet, der in diesen Fällen als Handlungseinheit dargestellt wird. Dies geschieht auch dann, wenn beispielsweise versucht wird, die Haltung des Gemeinderats zum AKW-Projekt darzustellen.

Wichtige Einblicke in die Arbeit der Däniker Gemeindebehörden gaben neben den Protokollen die Akten des Däniker Gemeinde- und des Bauverwalters zum AKW-Projekt, darunter unter anderem auch Veröffentlichungen und Medienmitteilungen der Gemeinde. Zum Bau des Kernkraftwerks Gösgen sind im Archiv der Gemeinde Däniken mehrere Bundesordner und lose Akten vorhanden, wobei die Unterlagen unsystematisch abgelegt sind und für die Archivierung nie speziell aufbereitet wurden. Gemäss dem Informations- und Datenschutzgesetz des Kantons Solothurn unterliegen amtliche Dokumente einer Schutzfrist von dreissig Jahren, auf Grund schützenswerter

privater oder wichtiger öffentlicher Interessen kann jedoch auch darüber hinaus eine eingeschränkte Zugänglichkeit verfügt werden.⁶ Im Fall der AKW-Akten der Gemeinde Däniken war deshalb ein Gesuch um Einsicht an den Gemeinderat und die Baukommission nötig. Mit Datum vom 10. Juli 2008 verfügten die beiden Behörden für die Untersuchungen im Rahmen der vorliegenden Lizentiatsarbeit eine Erlaubnis zur Akteneinsicht unter verschiedenen Auflagen. Freizugänglich waren lediglich die Gemeindeversammlungsprotokolle und die Exemplare der Dorfzeitschrift «Däniker Spate». Letztere wurden von ihrem ersten Erscheinen im Jahr 1974 bis zum Jahr 1980 untersucht. Einerseits interessierte, inwiefern die Publikation von den Befürwortern des AKW-Projekts als Plattform zur Förderung des Projekts genutzt wurde, andererseits wurde nach Hinweisen auf Konflikte in der Dorfgemeinschaft gesucht.

Zur Rekonstruktion der im Untersuchungszeitraum vorhandenen Argumente und Ängste der regionalen Bevölkerung wurde auf die 35 Einspracheschriften gegen das Baugesuch für das Kernkraftwerk Gösgen, die im Dezember 1972 eingereicht wurden, zurückgegriffen. Es ist davon auszugehen, dass die Einsprechenden möglichst dick auftrugen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, und so alle verfügbaren Argumente gegen das Atomkraftwerk angeführt wurden. Die Einspracheschriften geben daher einen verlässlichen Überblick über die damals in die Diskussion eingeführten Argumente. Gleichzeitig ist aus demselben Grund zumindest bei einem Teil der Einspracheschriften fraglich, ob sie auch die tatsächlich vorhandenen Ängste der Einsprechenden wiedergeben. Die Erwähnung eines Arguments in den Einspracheurteilen ist also nicht zwingend ein Beleg dafür, dass der Einsprechende auch selber an die Gültigkeit dieses Arguments glaubte.

Bei der Darstellung der regionalen Widerstandsvereinigung «Aktion Pro Niederamt» stützt sich die vorliegende Arbeit in erster Linie auf verschiedene Veröffentlichungen der Organisation. Im Niederämter Anzeiger, dem amtlichen Publikationsorgan der Region Niederamt, wurden insgesamt zehn Inserate der Pro Niederamt gefunden, die zwischen Dezember 1972 und Oktober 1973 publiziert worden waren. Vor allem zu Beginn sind die Inserate stark programmatisch geprägt und geben einen Einblick in die Forderungen und Argumente der Pro Niederamt. Die Eindrücke aus den Inseraten wurden ergänzt durch die Einsprache der Einsprachegruppe Pro Nie-

⁶ Kanton Solothurn, InfoDG §13, Abs. 2.

deramt gegen das Baugesuch und durch ihre Informationsschrift, die im März 1973 in der ganzen Region verteilt wurde. Das Kapitel über die Pro Niederamt greift ausserdem stärker als andere Teile der Arbeit auf Informationen aus den Interviews zurück. Eine weitere Quelle für Hinweise auf die Aktivitäten der Opposition in der Region wären Leserbriefe in der regionalen Presse sowie die Berichterstattung über Veranstaltungen der Pro Niederamt gewesen. Die Untersuchung der Leserbriefe hätte das Quellenfeld allerdings ungemein vergrössert und wäre im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht zu bewältigen gewesen. Deshalb wurde auf diese Option verzichtet. Aus demselben Grund wurde auch auf eine Untersuchung der Presseberichterstattung verzichtet, auch wenn die Berichte über die Aktivitäten der Pro Niederamt möglicherweise die vorhandenen Unklarheiten bezüglich des Ablaufs der Veranstaltungen hätten ausräumen können.

1.4. Sprachliche Aspekte

An dieser Stelle wird kurz auf einige terminologische Aspekte eingegangen. Bei der Auseinandersetzung mit dem untersuchten Themenbereich stellt sich dem Historiker die Frage nach dem Gebrauch ideologisch aufgeladener Begriffe wie «Atomenergie» oder «Kernenergie», deren Verwendung oftmals von politischen Einstellungen der Technologie gegenüber geprägt ist. Während in Kreisen der Befürworter und im wissenschaftlichen Kontext seit Beginn der 1970er-Jahre vorwiegend die «Kern»-Komposita zum Einsatz kommen, deuten die Verwendung der «Atom»-Komposita eher auf eine Ablehnung der Technologie hin.⁷ Kupper weist jedoch darauf hin, dass auch wissenschaftliche Kapazitäten wie etwa Paul Scherrer lange Jahre in der Öffentlichkeit von Atomenergie sprachen. Die sprachliche Unterscheidung zwischen «Atomkraftwerk» und «Kernkraftwerk» scheint sich erst im Laufe der 1970er-Jahre etabliert zu haben. In den Protokollen des Gemeinderats Däniken, der dem Projekt Gösigen durchaus wohlgesinnt war, war noch Ende der 1960er-Jahre ausschliesslich von «Atomkraftwerken» die Rede. Ab Mitte des Jahres 1970 wurden dann beide Begriffe synonym verwendet,⁸ bevor sich der Begriff «Kernkraftwerk» in den Protokollen ab 1973 durch-

⁷ Kupper, Patrick: Abschied von Wachstum und Fortschritt. Die Umweltbewegung und die zivile Nutzung der Atomenergie in der Schweiz (1960–1975), in: Preprints zur Kulturgeschichte der Technik 2 (1998), 1–141, hier 15.

⁸ Erste Verwendung des Begriffs «Kernkraftwerk» in einem Gemeinderatsprotokoll: 8.6.1970. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 8.6.1970.

setzte und im Däniker Gemeinderat nur noch die «Kern»-Komposita verwendet wurden.⁹ Die dritte Variante wäre die erst später aufgekommene Bezeichnung «nukleares Kraftwerk».

In der vorliegenden Untersuchung wird im Folgenden von «Atomenergie» und «Atomkraftwerk» gesprochen, da diese Terminologie im Alltagsgebrauch immer noch weiter verbreitet ist und zumindest in Teilen des untersuchten Zeitraums bei allen Beteiligten vorherrschend war. Begriffe wie «Kernkraftwerk» kommen bei Zitaten oder bei dem als Eigenname gewerteten Ausdruck «Kernkraftwerk Gösgen» zum Einsatz. Eine politisch motivierte Verwendung der Begrifflichkeiten in den nachfolgenden Ausführungen wird hiermit ausdrücklich ausgeschlossen.

2. Atomenergienutzung in der Schweiz: via Lucens nach Gösgen

2.1. Einstieg in die Nutzung der Atomenergie

2.1.1. Förderungspolitik des Bundes

Die Anfänge der Nutzung der Atomenergie in der Schweiz reichen in das Jahr 1945 zurück. Damals beauftragte der Bundesrat eine «Studienkommission für Atomenergie» (SKA) mit der Erforschung der Möglichkeiten der neuartigen Technologie. Die Kommission nahm unter dem Vorsitz des Physikprofessors Paul Scherrer im November 1945 ihre Arbeit auf. Ausgerüstet mit beachtlichen finanziellen Mitteln förderte die SKA in den folgenden Jahrzehnten verschiedene Projekte zur Erforschung der Atomenergie an Universitäten und Hochschulen. Daneben war ihre Arbeit geprägt von den Bemühungen in den Besitz von Uran zu gelangen, das für die Forschungsprojekte dringend benötigt wurde.¹⁰ Das erklärte Ziel war es, dem Einstieg der Schweiz ins Atomzeitalter den Weg zu bereiten.

Das Engagement der Eidgenossenschaft zu Gunsten einer zivilen Atomenergienutzung beschränkte sich aber nicht nur auf eine finanzielle Wissenschaftsförderung. Parallel dazu wurden in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre gesetzliche Grundlagen geschaffen, die dem Einstieg der Schweizer Elektrizitätsgesellschaften in die

⁹ Letzte Verwendung des Begriffs «Atomkraftwerk» in einem Gemeinderatsprotokoll: Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 1. 2. 1973. Es liegen Berichte vor, wonach man noch in den 1980er-Jahren im Gespräch mit alteingesessenen Dänikern bei der Verwendung des Begriffs «Atomkraftwerk» korrigiert worden sei.

¹⁰ Kupper, Patrick: Sonderfall Atomenergie. Die Bundesstaatliche Atompolitik 1945–1970, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 53 (2003), 87–93, hier 88.

Atomwirtschaft sehr entgegenkamen. Bundesrat und Parlamentsmehrheit waren damals davon überzeugt, dass «die Nutzung der Atomenergie für die künftige Sicherstellung der Energieversorgung der Schweiz unausweichlich sei».¹¹ Mit einer Ergänzung der Bundesverfassung wurde festgelegt, dass die «Gesetzgebung auf dem Gebiet der Atomenergie (...) Bundessache» sei.¹² Diese für die Schweiz ungewöhnliche zentralstaatliche Lösung weist darauf hin, dass der Bundesrat der Atomenergie einen besonderen Stellenwert einräumte. Am 1. Juli 1960 trat das neu geschaffene «Bundesgesetz über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz» (AtG) in Kraft. Dieses habe, so die Einschätzung Fischers, nicht auf eine Regulierung der Atomwirtschaft abgezielt, sondern sei vielmehr für die Förderung der Atomenergie geschaffen worden.¹³ Das Gesetz sprach der Atomenergienutzung in verschiedener Hinsicht einen Sonderstatus zu. Für Diskussionsstoff sorgte unter anderem die darin vorgesehene wirtschaftsrechtliche Stellung der Atomwirtschaft.¹⁴ Das Parlament entschied sich gegen ein Konzessionssystem oder ein wirtschaftspolitisches Bewilligungsverfahren und wählte stattdessen eine Lösung mit blosser Polizeibewilligung. Demnach war der Bund zwar dazu verpflichtet, in einem Bewilligungsverfahren die «polizeilichen Erfordernisse» zu prüfen, bei Erfüllung der notwendigen Voraussetzung bestand aber ein Rechtsanspruch des Gesuchstellers auf eine Bewilligung der Atomanlage. Die Frage nach dem Bedarf einer Atomanlage spielte also beim Bewilligungsverfahren keine Rolle. Der Gesetzgeber legte vielmehr grossen Wert darauf, «dass der freie Wettbewerb möglichst gewahrt» blieb.¹⁵

Neben dem Bewilligungsverfahren wurde auch die Frage nach der Haftung der Atomkraftwerksbetreiber kontrovers diskutiert. Das AtG beschränkte die Haftpflicht der Inhaber auf 40 Millionen Franken, für grössere Schäden sah das Gesetz Deckungsbeiträge durch den Bund vor.¹⁶ Gemessen an den Investitionskosten von 1,25 Milliarden Franken, die beispielsweise für das Atomkraftwerk Gösgen veranschlagt wurden,¹⁷ nimmt sich dieser Betrag sehr bescheiden aus.

¹¹ Fischer zitiert nach Kriesi, Hanspeter: AKW-Gegner in der Schweiz. Eine Fallstudie zum Aufbau des Widerstands gegen das geplante AKW in Graben. Diessenhofen 1982, 13.

¹² Lienhard, Hans: Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft. Eine Analyse gegenwärtiger und zukünftiger Probleme. Bern 1976, 182.

¹³ Fischer zitiert nach Kriesi (wie Anm. 11), 13.

¹⁴ Kupper (wie Anm. 2), 90.

¹⁵ Rausch, Heribert: Schweizerisches Atomenergierecht. Zürich 1980, 45 f.

¹⁶ Kriesi (wie Anm. 11), 14.

¹⁷ SWA, H+I Bi 905 (Bro), Broschüre Kt. Basel-Stadt «Ratschlag betreffend Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG», 1973, 22.

Elektrizitätswerke und Maschinenindustrie hatten in der Vernehmlassung aber verlauten lassen, dass eine unbeschränkte Haftung und das damit verbundene unternehmerische Risiko den Einstieg in den Atomanlagebau verhindern würden.¹⁸ Diesem Standpunkt wurde mit dieser Regelung Rechnung getragen. Kupper wertet die Beschränkung der Haftung als «bedeutendste Förderungsmassnahme des Bundes zugunsten der Atomenergie» und weist darauf hin, dass die Schweiz mit dieser Regelung im internationalen Vergleich besonders weit ging.¹⁹

Eine weitere, indirekte Förderungsmassnahme des Bundes sieht Kupper im Verzicht auf eine gesetzliche Regelung der Frage der radioaktiven Abfälle. Mit Blick auf die bis heute andauernden Schwierigkeiten der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA), einen definitiven Standort für die Endlagerung des Schweizer Atommülls zu finden, ist davon auszugehen, dass eine solche Regelung die Inbetriebnahme der ersten AKWs stark verzögert hätte.

2.1.2. Entwicklung einer Schweizer Reaktorlinie

In den 1950er-Jahren entschieden sich verschiedene privatwirtschaftliche Akteure zu einem Engagement in der Entwicklung der Atomtechnologie. Namentlich die beiden Grossfirmen Sulzer und Brown Boveri Cie. (BBC) waren stark an einer eigenständigen Schweizer Forschung interessiert, da ihre traditionellen Geschäftsfelder von der neuen Technologie tangiert wurden. Auf Initiative des BBC-Präsidenten Walter Boveri wurde am 1. März 1955 in Würenlingen im Kanton Aargau die Reaktor AG gegründet, die den Rahmen für den Bau und Betrieb eines eigenen Forschungsreaktors bilden sollte. Insgesamt waren bei der Gründung der Reaktor AG weit über hundert²⁰ verschiedene Firmen finanziell beteiligt, darunter auch zahlreiche Elektrizitätswerksgesellschaften. Der Bund zählte zwar nicht zu den Aktionären der Reaktor AG, unterstützte die Firma aber in ihren ersten Betriebsjahren finanziell und stellte ihr leihweise den

¹⁸ Kupper (wie Anm. 10), 90 f.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Während Wildi bei der Zahl der beteiligten Firmen davon spricht, dass es ursprünglich 125, später dann 171 Firmen gewesen seien, gibt die Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute «80 Firmen der Industrie, 44 Firmen aus Handel- und Finanzwirtschaft und 45 Elektrizitätswerksgesellschaften» an. Wildi, Tobias: Die Reaktor AG. Atomtechnologie zwischen Industrie, Hochschule und Staat, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 55 (2005), 70–84, hier 74; Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute: Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz. Die ersten 30 Jahre. 1939–1969. Oberbözingen 1992, 120.

für den Betrieb benötigten Spaltstoff zur Verfügung.²¹ Im Herbst 1955 konnte der Bund der Reaktor AG darüber hinaus einen von den USA erworbenen funktionstüchtigen Atomreaktor zu Forschungszwecken übergeben. Der auf den Namen «Saphir» getaufte Reaktor war der Eidgenossenschaft nach einer Genfer Atomkonferenz zu einem günstigen Preis überlassen worden und wurde am 30. April 1957 von der Reaktor AG in Würenlingen zum ersten Mal hochgefahren.²²

Trotz des Erwerbs von Saphir war man aber auch in der Schweiz vom Ehrgeiz getrieben einen eigenen Reaktortyp zu entwickeln. Entsprechende Pläne wurden mit finanzieller Unterstützung der Studienkommission für Atomenergie bereits seit 1953 verfolgt. Im Jahre 1955 beschloss die Reaktor AG dann den Bau eines Forschungsreaktors mit Namen «Diorit» auf ihrem Firmengelände in Würenlingen. Diorit wurde nach vierjähriger Bauzeit am 15. August 1960 zum ersten Mal hochgefahren.²³ Eine direkte Weiterentwicklung von Diorit wurde danach zum Herzstück des ersten Versuchsatomkraftwerks der Schweiz, das von der Westschweizer Energie Nucléaire S.A. (ENUSA) in Lucens errichtet wurde. Das Projekt sollte die Entwicklung eines eigenständigen Siedewasserreaktors zur Stromproduktion voranbringen.²⁴ Nach rund vierjähriger Bauzeit wurde der Reaktor in Lucens schliesslich im Jahr 1966 zum ersten Mal hochgefahren, ab Mai 1968 wurde das Kraftwerk während drei Monaten ununterbrochen betrieben. Doch die Freude über diesen Erfolg währte nicht lange. Als nach den darauf folgenden Revisionsarbeiten am 21. Januar 1969 der Betrieb wieder aufgenommen wurde, kam es im Reaktor zu einer schweren Störung.²⁵ Dabei schmolzen Teile des Brennstoffs, und ein Brennstoffbündel geriet in Brand. Der dabei entstandene hohe Druck führte zur Explosion eines Druckrohres, und es kam zum Austritt radioaktiver Stoffe in die den Reaktor umgebende Kaverne. Die Versuchsanlage in Lucens wurde bei diesem als «Zwischenfall» bezeichneten Ereignis so schwer beschädigt, dass eine Fortführung des Projekts unmöglich war.²⁶

Der Störfall in Lucens bedeutete das vorzeitige Ende der Pläne zur Entwicklung einer eigenständigen schweizerischen Reaktorlinie. Trotz ihres Scheiterns waren die langjährigen Forschungsanstrengun-

²¹ Wildi (wie Anm. 20), 74 f.

²² Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute (wie Anm. 20), 94.

²³ Ebd., 101.

²⁴ Wildi (wie Anm. 20), 80.

²⁵ Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute (wie Anm. 20), 146 f.

²⁶ Wildi, Tobias: Der Traum vom eigenen Reaktor. Die schweizerische Atomtechnologieentwicklung 1945–1969. Zürich 2003, 252.

gen aber für den Einstieg der Schweizer Elektrizitätswirtschaft in die Nutzung der Atomenergie von grosser Wichtigkeit. Dieser Einstieg wäre, so Hug, ohne den «Aufbau einer bedeutenden wissenschaftlich-technisch-bürokratischen Infrastruktur im Atomsektor», der im Zuge der Entwicklung einer Schweizer Reaktorlinie erfolgte, nicht möglich gewesen.²⁷ So war aber Mitte der 1960er-Jahre der Weg zum Einstieg in die zivile Atomenergienutzung geebnet.

2.1.3. Etablierung in der Elektrizitätswirtschaft

Die Elektrizitätswirtschaft hatte sich gegenüber der Atomtechnologie zunächst sehr abwartend verhalten und vor allem auf den Ausbau der Wasserkraft gesetzt. Als dann aber Mitte der 1950er-Jahre die traditionellen Formen der Stromerzeugung zunehmend als begrenzt wahrgenommen wurden, begannen sich die Elektrizitätsgesellschaften, ernsthaft mit dem Einstieg in die Atomwirtschaft zu befassen. Im Juni 1957 schlossen sich verschiedene grosse Gesellschaften zur Suisatom zusammen, mit dem Ziel, gemeinsam die Möglichkeiten der Atomenergie zu prüfen.²⁸ Mitte der 1960er-Jahre waren dann bereits verschiedene Konsortien mit den Planungsarbeiten für den Bau von Atomkraftwerken beschäftigt, 1964 und 1966 erfolgten die ersten Reaktor-Bestellungen bei US-amerikanischen Firmen.²⁹ Atomkraftwerke waren an den Standorten Beznau (I und II), Mühleberg, Gösgen, Leibstadt, Kaiseraugst, Graben, Inwil, Verbois und Rüthi vorgesehen. Von den geplanten AKWs wurden bis heute aber nur die ersten fünf realisiert. Als erstes Schweizer Atomkraftwerk nahm Beznau I im Jahr 1969 den Betrieb auf, 1972 folgten die Inbetriebnahmen des zweiten Reaktorblocks in Beznau und des Kernkraftwerks Mühleberg. Nach mehrjährigen Kontroversen um die Atomenergie ging dann 1979 das Kernkraftwerk Gösgen ans Netz, bevor als bisher letztes Schweizer AKW schliesslich im Jahr 1984 das Kernkraftwerk Leibstadt in Betrieb genommen wurde. Die restlichen Projekte wurden entweder aufgegeben oder auf Eis gelegt, ob aus mangelnder Wirtschaftlichkeit oder auf Grund fehlender politischer Durchführbarkeit sei an dieser Stelle offen gelassen.³⁰

²⁷ Hug, Peter: Atomtechnologieentwicklung in der Schweiz zwischen militärischen Interessen und privatwirtschaftlicher Skepsis, in: Heintz, Bettina / Nievergelt, Bernhard (Hrsg.): Wissenschafts- und Technikforschung in der Schweiz. Zürich 1998, 225-242, hier 239.

²⁸ Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute (wie Anm. 20), 122.

²⁹ Für das Kraftwerk Beznau I wurde ein Druckwasserreaktor von Westinghouse, für Mühleberg ein Siedewasserreaktor von General Electric bestellt. Vgl. Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute (wie Anm. 20), 148 f.

³⁰ Eine umfassende Aufarbeitung des Atomkraftwerkprojekts in Kaiseraugst liefert die Dissertation von Patrick Kupper: Kupper (wie Anm. 2), 252–288.

2.2. Politisches Seilziehen um die Standorte

2.2.1. Engagement des Kantons Solothurn

In der Schweiz war der Bau von Atomkraftwerken während der 1960er- und 1970er-Jahre stark von den föderalistischen Strukturen des Landes geprägt. Atomkraftwerke waren mit Prestige und Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung verbunden, und verschiedene Kantone wollten sich die Vorzüge eines AKWs auf ihrem Gebiet sichern. Der Regierungsrat des Kantons Solothurn stand der Erstellung von Atomkraftwerken auf seinem Kantonsgebiet nicht nur wohlgesinnt gegenüber, sondern setzte sich aktiv für mögliche Standorte im Kanton Solothurn ein. Man mache vom Kanton und der Regionalplanungsgruppe aus «alles, um das KKW Gösgen zu fördern», erklärte Regierungsrat Erzer in einer Aussprache mit den Gemeinden des Niederamts im Sommer 1972.³¹ Schon als 1965 bekannt wurde, dass die im solothurnischen Olten ansässige ATEL zusammen mit anderen Gesellschaften den Bau eines Kraftwerkes im aargauischen Kaiseraugst plante, regte die Solothurner Regierung bei der ATEL an zu prüfen, «ob für das zu erstellende neue Kraftwerk nicht ein Standort im Kanton Solothurn in Aussicht genommen werden könnte».³² Diese Forderung wurde durch die Regierung später mehrfach wiederholt. In der Antwort auf eine Interpellation der SP-Fraktion im Solothurner Kantonsrat,³³ sprach die Regierung im April 1967 mit Blick auf die Beteiligung des Kantons an der ATEL gar von einem «moralischen Anspruch darauf, dass der Kanton Solothurn in

³¹ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969–1972», Mappe «Atomkraftwerke», Aktennotiz ATEL über die Besprechung zwischen Kanton, ATEL und Gemeinden zum Bebauungsplan, 28. 7. 1972.

³² Zwischen der ATEL und dem Solothurner Regierungsrat bestanden zu dieser Zeit enge Kontakte. Am 26. 3. 1961 hatte die solothurnische Stimmbevölkerung eine finanzielle Beteiligung des Kantons an der ATEL mit grossem Mehr gutgeheissen. Der Kanton Solothurn wurde in der Folge zum zweitgrössten Aktionär der ATEL nach der Badener Motor-Columbus Ingenieurunternehmung AG, die damals als Hauptaktionärin 40 % der Anteile hielt. Die Solothurner Regierung war mit zwei Personen im Verwaltungsrat der ATEL vertreten. Ende der 1960er-Jahre waren dies die beiden Regierungsräte Ritschard und Erzer, wobei Ritschard nicht nur Vizepräsident des Verwaltungsrates war, sondern auch dem leitenden Ausschuss der ATEL angehörte. Vgl. STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969–1972», Mappe «Motor-Columbus A.-G. Baden / Atomkraftwerk», Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Solothurn, 25. 11. 1966; STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Motor-Columbus A.-G. Baden / Atomkraftwerk», Aktennotiz Regierungsrat Ritschard zur Besprechung mit Motor-Columbus, 20. 2. 1967.

³³ Die Atomenergienutzung fand zu dieser Zeit über die Parteigrenzen hinweg grosse Unterstützung und insbesondere die Solothurner Ratslinke engagierte sich sehr für ein Atomkraftwerk im Kanton Solothurn. Der damalige Solothurner Finanzdirektor Willi Ritschard, Mitglied der SP, war ein vehementer Verfechter der Atomenergie und setzte sich später auch als Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiedepartements für den AKW-Bau ein.

der zukünftigen Entwicklung der ATEL in erster Linie berücksichtigt wird».³⁴ Dabei verhehlte man nicht, dass die Interessen an einem AKW auf solothurnischem Kantonsgebiet vor allem «fiskalischen Gründen» entsprangen, wie es in einem Protokollauszug des Regierungsrats 1966 hiess.³⁵

Das Engagement des Kantons Solothurn stand auch unter dem Eindruck des Vorgehens der Nachbarkantone Bern und Aargau. Diese hatten bei der Realisierung der Atomkraftwerkprojekte in Mühleberg (BE) und Beznau (AG), wie es der Delegierte des ATEL-Verwaltungsrats, Charles Aeschmann, ausdrückte, «ohne Rücksicht auf andere Kantone geschaltet und gewaltet» und den Kraftwerkbau trotz bestehender Unklarheiten bezüglich kantonaler Bewilligungsbefugnisse vorangetrieben.³⁶ Durch das rasche Vorgehen wurden vollendete Tatsachen geschaffen, noch bevor unter den Kantonen geklärt werden konnte, wie die begrenzten Kühlkapazitäten der Aare aufgeteilt werden sollten. Die Solothurner Regierung war darum fest entschlossen eine Gleichbehandlung einzufordern und sich für ein Atomkraftwerk im eigenen Kanton das Kühlwasser zu sichern.³⁷

2.2.2. Der Kampf um Kühlwasser

Im November 1968 wurde der Regierungsrat des Kantons Solothurn mit einem Schreiben der ATEL offiziell über die AKW-Baupläne in Gösgen in Kenntnis gesetzt. Im Brief forderte die ATEL die politische Unterstützung ein, die von der Regierung beim vorangegangenen Werben signalisiert worden war. Die ATEL schrieb, sie halte es

³⁴ STASO, Protokoll des Kantonsrats vom 26.04.1967.

³⁵ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969–1972», Mappe «Motor-Columbus A.-G. Baden / Atomkraftwerk», Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Solothurn, 25.11.1966.

³⁶ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969–1972», Mappe «Atomkraftwerke», Schreiben Regierungsrat Erzer an Regierungsrat Ritschard, 11.9.1970. In den Akten des Solothurnischen Baudepartements finden sich verschiedentlich Hinweise darauf, dass die Solothurner Regierung das Projekt mit Nachdruck unterstützte. Regierungsvertreter wurden auch bei der Presse vorstellig, um eine positive Darstellung des Projekts sicherzustellen. So schlug Regierungsrat Erzer beispielsweise in einem vertraulichen Brief an den damaligen Ständerat und Chefredaktor der Solothurner Zeitung Ulrich Luder ein Treffen mit dem Motor-Columbus-Direktor Michael Kohn vor, um über einen unliebsamen Artikel der Solothurner Zeitung zu sprechen. «Der Ausgangspunkt für das Gespräch mit Herrn Kohn war ein Artikel in der Solothurner Zeitung vom 1.10.70, Nr. 227, S. 39, in welchem F.L. die Ergebnisse des Gutachtens Tsivoglu [AKW-Experte, A.d.V.] bespricht. Die Motor Columbus, die bekanntlich die Mehrheitsbeteiligung der Atel besitzt, erachtet es für wichtig, wenn eine sachliche Information stattfindet und möchte einer nicht objektiven Orientierung zuvorkommen». Vgl. STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969–1972», Mappe «Atomkraftwerke», Brief Erzer an Luder, 12.10.1970.

³⁷ Wyser, Alfred: Der Kühlturm. Olten 2000, 11.

für angebracht die Regierung zu kontaktieren, da «die einzelnen Kantone in Anbetracht der Begrenzungen, die sich aus zukünftigen Vorschriften ergeben könnten, zur Frage der geographischen Verteilung der Atomwerkstandorte» würden Stellung nehmen müssen.³⁸ Mit den angesprochenen zukünftigen Vorschriften nimmt die ATEL Bezug auf die damals aktuelle Diskussion über die Begrenzung der thermischen Belastung der Flüsse. Im März 1968 hatte der Bund den Bericht einer Expertenkommission unter Leitung des damaligen Direktors des eidgenössischen Gewässerschutzamtes, Friedrich Baldinger, veröffentlicht, der sich mit den gewässerschützerischen Auswirkungen des AKW-Baus befasste. Die zu dieser Zeit in der Schweiz geplanten Atomkraftwerke waren alle auf eine direkte Flusswasserkühlung ausgelegt, bei der einem Fluss Kühlwasser entnommen und schliesslich in erwärmtem Zustand wieder zurückgegeben wird. Der Kühlwasserbericht der Kommission Baldinger hielt nun fest, dass die daraus resultierende Erwärmung der Flüsse unerwartet langsam wieder abklingt und sich so über lange Strecken auf einen Fluss auswirken kann. Die Erwärmung durch mehrere an einem Flusslauf hintereinander gestaffelte Atomkraftwerke könne sich unter diesen Umständen kumulieren, wodurch die Auswirkungen der Atomkraftwerke weit über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus messbar wären.³⁹ Um einschneidende Folgen für die Natur zu verhindern, schlug die Kommission Baldinger Grenzwerte für die Erwärmung des Flusswassers durch den Betrieb von Atomkraftwerken vor, was gleichzeitig auch eine Begrenzung der flusswassergekühlten AKWs bedeutet hätte. An der Aare war zu diesem Zeitpunkt auf Berner Kantonsgebiet das Kraftwerk Mühleberg in Bau, ausserdem wurde die Erstellung einer Anlage in Graben diskutiert; auf Aargauer Kantonsgebiet standen die Bauarbeiten für Beznau I kurz vor der Vollendung, während für Beznau II bereits die Anschlussarbeiten aufgenommen worden waren. Das Solothurner Amt für Wasserwirtschaft (AWW) wies nach der Veröffentlichung des Kühlwasserberichts das Solothurner Baudepartement darauf hin, dass die Umsetzung aller in den Nachbarkantonen geplanten Projekte «für eine spätere Realisierung eines Werkes im Kt. Solothurn zweifellos sehr ungünstige Konsequenzen» hätte und eventuell ein solches Werk sogar gar nicht mehr realisierbar

³⁸ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Schreiben an RR Bern / RR Solothurn», Schreiben ATEL an den Regierungsrat des Kantons Solothurn, 14. 11. 1968.

³⁹ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Protokoll Aussprache zwischen Bund und Kantonen zur Kühlwasserentnahme für Atomkraftwerke, 12. 5. 1969.

wäre.⁴⁰ In seiner Stellungnahme zum Kühlwasserbericht hielt das AWW deshalb fest, dass zur Wahrung der Nutzungsrechte der solothurnischen Aare eine Absprache zwischen den Kantonen dringend erforderlich sei, und drängte auf ein «beschleunigtes Vorgehen».⁴¹

Im Mai 1969 trafen sich schliesslich Vertreter der an Aare und Rhein gelegenen Kantone, um sich unter Vermittlung des Bundes über die Kühlwasserfrage auszutauschen. Im Zentrum stand dabei die rechtliche und politische Problemstellung, wonach der Bund zwar für die nukleare Bewilligung eines Atomkraftwerks zuständig war, das Recht zur Erteilung von Konzessionen zur Kühlwasserentnahme aber bei den Kantonen lag. Eine kantonale Bewilligung hatte jedoch auch Auswirkungen auf die Flusswasserwärme in flussabwärts liegenden Kantonen und tangierte dadurch deren Hoheitsrecht. Darum war es nötig die Nutzung des Kühlwassers in interkantonalen Absprache zu regeln. Bund und Kantone einigten sich an der Sitzung vom 12. Mai 1969 schliesslich auf die Erarbeitung von Wärmelastplänen, welche die Kühlkapazitäten von Aare und Rhein unter den verschiedenen Kantonen aufteilen sollten.⁴² Eine in dieser Frage eingesetzte Kommission legte nach zweijährigen Untersuchungen im Frühjahr 1971 ihre Vorschläge für die Aufteilung des Kühlwassers vor. Bereits kurz darauf trat jedoch der Aspekt der Flusswassererwärmung und damit auch die Aufteilung der Kühlkapazitäten durch einen einschneidenden Entscheid des Bundesrats in den Hintergrund.

2.2.3. Der bundesrätliche Kühlturmentscheid

An der Aussprache zwischen Bund und Kantonen vom 5. März 1971 rückten neben den rechtlichen und politischen Aspekten der Kühlwasserverteilung die Fragen des Gewässerschutzes, die von der Kommission Baldinger aufgeworfen worden waren, wieder stärker ins Zentrum. Die Untersuchungen des Eidgenössischen Gewässerschutzamtes hatten ergeben, dass an der Aare keine weiteren Atomkraftwerke mit reiner Flusswasserkühlung möglich waren, ohne die gesetzlichen Bestimmungen zur Wasserqualität zu verletzen. Trotzdem sprachen sich die Bundesbehörden nach wie vor klar für den Bau von Atomkraftwerken aus, da diese ihrer Ansicht nach im Vergleich

⁴⁰ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Schreiben des kantonalen Amtes für Wasserwirtschaft an das Baudepartement, 22. 6. 1968.

⁴¹ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Bericht und Antrag des Amtes für Wasserwirtschaft über die Erstellung von thermischen Kraftwerken im Kanton Solothurn, 2. 10. 1968.

⁴² STASO (wie Anm. 39).

zu den bestehenden Alternativen «die kleinste Abhängigkeit vom Ausland und auch die kleinste Belastung der Umwelt» zur Folge hätten.⁴³ Um dabei trotz allem den Aspekten des Gewässerschutzes Rechnung zu tragen, verbot der Bundesrat kurzerhand die direkte Flusswasserkühlung. An deren Stelle schlug er für die Kühlung der Reaktoren den Bau von Kühltürmen vor. Schon in der Besprechung vom Mai 1969 hatte Bundesrat Bonvin als Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiedepartements (EVED) auf diese Möglichkeit hingewiesen, dabei aber auch die beträchtlichen Nachteile dieser Methode zu bedenken gegeben. Trotzdem empfahl er den Kantonen schon damals, die verschiedenen Planungskonsortien dazu anzuhalten, die Atomkraftwerke mit Kühltürmen zu projektieren. Mit dem Verbot der reinen Flusswasserkühlung durch den Bundesrat im März 1971 wurde eine Umprojektierung der noch nicht in Bau befindlichen AKWs nun unumgänglich.

Bei den Verantwortlichen der ATEL löste der «Kühlturmbefehl» des Bundesrats grossen Unmut aus.⁴⁴ Grund dafür waren gemäss den Notizen des Delegierten des ATEL-Verwaltungsrats, Aeschimann, weniger die dadurch entstehenden Mehrkosten, als vielmehr der erwartete Widerstand der lokalen Bevölkerung gegen ein Bauwerk in dieser Grössenordnung. Die Umprojektierung und die zu leistende Überzeugungsarbeit würde, so die Befürchtungen der ATEL, das Projekt um mehrere Jahre verzögern.⁴⁵ In einer Aussprache mit Bundesrat Bonvin legten die Vertreter der ATEL ihre Sichtweise dar und verliehen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass für das Atomkraftwerkprojekt in Gösgen eine Ausnahme vom Verbot der direkten Flusswasserkühlung möglich wäre.⁴⁶ Schützenhilfe erhielt die ATEL im Kampf gegen den Kühlturmentscheid auch vom Regierungsrat des Kantons

⁴³ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Protokoll Aussprache zwischen Bund und Kantonen zur Kühlwasserentnahme aus der Aare und dem Rhein für Atomkraftwerke, 5.3.1971.

⁴⁴ Der Begriff wird von Alt-Regierungsrat Wyser in seiner Aufarbeitung der damaligen Geschehnisse ohne sprachliche oder graphologische Markierung verwendet. Die Vermutung liegt nahe, dass er bereits in den 1970er-Jahren als abschätzig Bezeichnung für das Bundesrätliche Verbot der Frischwasserkühlung gängig war. Vgl. Wyser (wie Anm. 37), 51.

⁴⁵ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Aktennotiz Aeschimann zum Gespräch mit Bundesrat Bonvin vom 11. Mai 1971, 13.5.1971. Solche Befürchtungen wurden während der ganzen Projektzeit immer wieder laut. Es ist schwierig abzuschätzen, inwiefern die angegebenen Schätzungen realistisch sind, da drohende Verzögerungen auch als politisches Druckmittel eingesetzt wurden (vgl. hierzu entsprechende Äusserungen an einer Aussprache mit Gemeindevertretern: STASO (wie Anm. 31)). Die hier zitierte Aktennotiz der ATEL wurde nicht nur für interne Zwecke erstellt, sondern auch an die Solothurner Regierung weitergeleitet, wodurch sie auch eine Aussenwirkung erhielt.

⁴⁶ STASO (wie Anm. 45).

Solothurn. Demonstrativ hatte dieser der ATEL im April 1971 trotz bestehender Unklarheiten die baldige Erteilung der Kühlwasserkonzession in Aussicht gestellt.⁴⁷ Doch auch Interventionen an höchster Stelle konnten dem Anliegen der Projektträgerschaft nicht zum Durchbruch verhelfen, der Bundesrat beharrte auf seinem Entscheid. Schlussendlich fügten sich die Projektanten des Kernkraftwerks Gösigen als letztes Schweizer Planungskonsortium dem bundesrätlichen Verbot und arbeiteten das Projekt auf eine Kühlung mit Kühlturm um.⁴⁸

2.2.4. Konkurrenz der AKW-Projekte

Das Seilziehen um das Kernkraftwerk Gösigen fand aber nicht nur auf bundespolitischer Ebene statt. Auch innerhalb der Elektrizitätswirtschaft musste sich das Projekt Gösigen durchsetzen. Gleich fünf Unternehmen hatten in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre Pläne zum Bau von Atomkraftwerken verkündet.⁴⁹ Die elektrische Leistung der geplanten Werke überstieg dabei den Bedarf des Schweizer Strommarktes bei weitem, so dass man nach jahrelanger Diskussion über eine drohende Stromknappheit nun plötzlich eine «Energieschwemme» befürchtete.⁵⁰ Gleichzeitig ergaben sich Anfangs der 1970er-Jahre Engpässe bei den für die Bewilligung der AKWs zuständigen Bundesbehörden, deren Kapazitäten die Bearbeitung nur jeweils eines Projekts erlaubte.⁵¹ Aus diesen Gründen sah sich der Bund dazu veranlasst, auf eine zeitliche Staffelung der Projekte zu drängen.

Dies verschärfte den Wettstreit zwischen den geplanten AKW-Standorten, der bereits durch die Kühlwasserfrage angeheizt worden war. Die AKW-Projekte in Kaiseraugst und Gösigen standen zusätzlich in einer direkten Konkurrenz, da sowohl Motor-Columbus als

⁴⁷ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «RRB», Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Solothurn, 23. 4. 1971.

⁴⁸ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Protokoll Aussprache zum Atomkraftwerk Gösigen, 18. 2. 1972.

⁴⁹ Namentlich waren dies die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) bei Beznau und Rüthi, die Bernische Kraftwerke AG (BKW) bei Mühleberg und Graben, die Elektrowatt bei Leibstadt, die Services Industriels de Genève bei Verbois und die Motor-Columbus in Kaiseraugst. 1971 folgte die Centralschweizerische Kraftwerke AG (CKW) mit einem Projekt bei Inwil. Vgl. hierzu: Kupper, Patrick: „Kein blinder Widerstand gegen den Fortschritt, aber Widerstand gegen einen blinden Fortschritt“, in: König, Mario u.a. (Hrsg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Zürich 1998, 227-239, hier 230.

⁵⁰ Kupper (wie Anm. 2), 65.

⁵¹ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Schreiben Regierungsrat Ritschard an die ATEL bezüglich Telefonat mit dem Eidgenössischen Amt für Energiewirtschaft, 14. 9. 1970.

auch die ATEL bei beiden Standorten an den Vorprojekten mitarbeiteten. Ende der 1960er-Jahre bestand intern noch keine Einigkeit darüber, ob beide Projekte vorangetrieben werden sollten und welches Projekt allenfalls den Vorzug erhalten würde. Während sich die ATEL für das Projekt in Gösgen, bei dem sie die Federführung innehatte, einsetzte, bevorzugte Motor-Columbus den Standort Kaiseraugst. Die Planungsarbeiten waren dort bereits weiter fortgeschritten als in Gösgen, das Bewilligungsverfahren und die Finanzbeschaffung liefen und es war schon viel Aufwand in die Öffentlichkeitsarbeit gesteckt worden. Diese Umstände führten die Vertreter von Motor-Columbus als Gründe für eine Bevorzugung des Projektes in Kaiseraugst an.⁵² Motor-Columbus bekannte sich zwar auch zum Projekt in Gösgen, gab den Vertretern des Kantons Solothurn aber zu verstehen, dass sich dieses «in der Reihe hinten anschliessen» müsse.⁵³ Die Zurückstellung von Gösgen hätte nach Einschätzungen Aeschimanns eine Verzögerung des Projektes um sieben bis acht Jahre bedeutet.⁵⁴ Die ATEL und der Kanton Solothurn befürchteten darüber hinaus, dass das Atomkraftwerkprojekt in Gösgen durch die vorgängige Realisierung des AKWs in Kaiseraugst grundsätzlich in Frage gestellt werden könnte.

In einer Aktennotiz hielt Aeschimann fest, dass Gösgen vor Kaiseraugst erstellt werden müsse, «wenn man diesem Standort eine reelle Chance einräumen will». Es sei, so Aeschimann, «wahrscheinlich, dass – wenn wir [die ATEL, A.d.V.] einmal an einem ersten Reaktor in Kaiseraugst beteiligt sind – es wesentlich wirtschaftlicher sein würde, später bei einem zweiten Reaktor auf dem gleichen Areal mitzumachen». Durch den Bau von Kaiseraugst würde «der wirtschaftliche Vorteil von Gösgen zusammenschrumpfen».⁵⁵ Offenbar hatten sich auch innerhalb der ATEL die regionalpolitischen Argumente der Solothurner Regierung durchgesetzt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass man sich im Verwaltungsrat der Motor-Columbus darüber beklagte, dass der Wille zur Zusammenarbeit seitens der ATEL «nicht immer im gewünschten Ausmass vorhanden»

⁵² STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Motor-Columbus A.-G. Baden / Atomkraftwerk», Schreiben Motor-Columbus an Regierungsräte Ritschard und Erzer, 16.3.1967.

⁵³ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Motor-Columbus A.-G. Baden / Atomkraftwerk», Aktennotiz Regierungsrat Ritschard zur Besprechung mit Motor-Columbus, 20.2.1967.

⁵⁴ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Motor-Columbus A.-G. Baden / Atomkraftwerk», Aktennotiz Aeschimann, 10.3.1967. Bezüglich Glaubwürdigkeit der Verzögerungsschätzungen vgl. Anm. 45.

⁵⁵ STASO (wie Anm. 54).

sei.⁵⁶ Die Beziehung zwischen der ATEL und ihrer Hauptaktionärin Motor-Columbus blieb auf Grund der fortwährenden Uneinigkeiten während mehrerer Jahre gestört.⁵⁷

Kupper schätzt die Konkurrenzsituation zwischen den verschiedenen AKW-Projekten als folgenschwer ein. Schlussendlich sei sie zum Nachteil des ganzen Atomenergiesektors gewesen. Die Projektanten hätten sich bei jeder Gelegenheit gegenseitig obstruiert, ein projektübergreifender Lernprozess sei auf Grund der Abschottung nicht möglich gewesen.⁵⁸ Gerade in einem neuen und hochkomplexen Bereich wie der zivilen Nutzung der Atomenergie forderte dies ein hohes Lehrgeld. Besonders folgenreich erscheint schliesslich aber vor allem der Umstand, dass durch die Konkurrenz der Faktor Zeit eine unverhältnismässige Wichtigkeit erhielt. Gewisse Planungen wurden in mehreren Varianten ausgeführt, um trotz vorhandener Unklarheiten keine Zeit zu verlieren. Ausserdem wurde, so Kupper, auf Grund des Zeitdrucks nicht immer nur die bessere, sondern gelegentlich auch die schnellere Lösung gewählt.⁵⁹ Dieses Klima war auch während der Umsetzung des AKW-Projekts in Gösgen deutlich spürbar. An der Schnittstelle Bauherrschaft-Gemeindebehörden spielte der Zeitdruck immer wieder eine Rolle und hatte, wie zu sehen sein wird, einen wesentlichen Einfluss auf den Verlauf des Baubewilligungsverfahrens.

2.3. Das Projekt «Gösgen»

2.3.1. Bildung des Konsortiums

Im Jahr 1966 nahm die ATEL in Zusammenarbeit mit der Motor-Columbus erste grundsätzliche Abklärungen über die Eignung des Standorts in Däniken für den Bau eines Atomkraftwerks vor.⁶⁰ Nach ersten positiven Befunden wurde dann im Mai 1969 das «Studienkonsortium Kernkraftwerk Gösgen» ins Leben gerufen, welches die Vorprojektierung für das geplante Atomkraftwerk an die Hand nehmen sollte.⁶¹ Die ATEL wäre nicht in der Lage gewesen die Erstel-

⁵⁶ Eugène Tappy, Projektverantwortlicher der Motor-Columbus für Kaiseraugst, zitiert nach: Kupper (wie Anm. 2), 75.

⁵⁷ Kupper (wie Anm. 2), 75.

⁵⁸ Ebd., 103.

⁵⁹ Ebd..

⁶⁰ SWA (wie Anm. 17), 3.

⁶¹ SWA, H+I Bi 905 (Bro), Broschüre «Kernkraftwerk Gösgen. Technik und Betrieb», 2000, 4.

lung einer solchen Anlage alleine zu bewältigen und das alleinige Risiko zu tragen, darum hatte man sich nach Partnern umgesehen und die Bildung eines Konsortiums initiiert.⁶² An diesem beteiligten sich einerseits verschiedene Schweizer Energieproduzenten, andererseits auch grosse Stromverbraucher aus der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Bereich. Das Studienkonsortium koordinierte die weiteren Vorprojektierungsarbeiten und reichte nach Abschluss der Vorarbeiten im Juni 1970 beim Eidgenössischen Verkehrs- und Energiedepartement (EVED) das Gesuch um eine Standortbewilligung für ein Atomkraftwerk in Däniken ein.⁶³ Per 27. Februar 1973 wurde das Konsortium schliesslich aufgelöst und in die «Bau- und Betriebsgesellschaft Kernkraftwerk Gösgen-Däniken» (KKG) überführt. In der neu geschaffenen Betriebsgesellschaft waren mit Ausnahme der Stadt Basel dieselben Akteure vereint, die auch schon dem Studienkonsortium angehört hatten. Die Anteile verteilten sich dabei wie folgt auf die verschiedenen Gesellschafter:⁶⁴

Gesellschafter	Anteil
Aare-Tessin AG für Elektrizität (ATEL)	27.5 %
Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK)	25 %
Elektrizitätswerk der Stadt Zürich	15 %
Centralschweizerische Kraftwerke (CKW)	12.5 %
Schweizerische Aluminium AG (Alusuisse)	7.5 %
Einwohnergemeinde der Stadt Bern	7.5 %
Schweizerische Bundesbahnen (SBB)	5 %

Abbildung 1: Gesellschafter der KKG

In Basel hatten die Stimmbürger in einer Volksabstimmung im Februar 1974 eine Beteiligung am Kernkraftwerk Gösgen abgelehnt.⁶⁵ Der von Basel ursprünglich angestrebte Anteil von 10% wurde auf die ATEL, die NOK und die CKW verteilt.⁶⁶ Somit war eine deutliche Mehrheit von 65% der Anteile am Kernkraftwerk Gösgen in der Hand der Energieversorgungs-Unternehmen.⁶⁷

⁶² STASO (wie Anm. 38).

⁶³ SWA (wie Anm. 61), 4.

⁶⁴ SWA, H+I Bi 905 (Bro), Broschüre «Kernkraftwerk Gösgen», 1975, 2.

⁶⁵ Ebd., 4.

⁶⁶ Vgl. SWA (wie Anm. 17), 24.

⁶⁷ Sowohl Alusuisse als auch die SBB haben ihre Anteile am Kernkraftwerk Gösgen mittlerweile veräussert. Ihre Anteile wurden von der ATEL übernommen.

2.3.2. Standortwahl

Als Standort für das Kernkraftwerk Gösgen wurde ein Areal auf dem Gebiet der solothurnischen Gemeinde Däniken gewählt. Das 1086 Aren grosse Gelände liegt in einer Flussschleife der Aare und wird von dieser im Norden und Westen begrenzt. Der Untergrund besteht aus einer 20 bis 30 Meter dicken Kiesschicht, die auf Kalksteinfels ruht und einen mehrere hundert Meter breiten Grundwasserstrom führt.⁶⁸ Die Wahl begründet sich mit den speziellen Anforderungen an einen AKW-Standort. In Dokumentationen der Projektanten werden die folgenden vier wesentlichen Faktoren genannt:⁶⁹

1. Lage in «Zentren des Energieverbrauchs»;
2. Nähe zu einer «leistungsfähigen Schaltanlage für den Abtransport der Energie»;
3. Nähe zu einem grösseren Flusslauf zur Entnahme von Kühlwasser;
4. Möglichkeit zum Abtransport «schwerer und voluminöser Maschinenteile».

Diese Anforderungen erfüllte der Standort in Däniken allesamt. Das nördliche Mittelland war energietechnisch gesehen schon damals ein Verbraucherschwerpunkt für elektrischen Strom. Durch die Situierung des Atomkraftwerks in dieser Region erübrigte sich ein weiterer Ausbau des Stromversorgungsnetzes. Rund zweihundert Meter östlich des gewählten Areals befand sich «einer der wichtigsten Knotenpunkte des schweizerischen Hochspannungsnetzes», der einen direkten Anschluss des Kernkraftwerks Gösgen ans Netz möglich machte.⁷⁰ Die ans Kraftwerkareal angrenzende Aare ermöglichte eine Entnahme von Kühlwasser, das für den Betrieb eines Atomkraftwerks benötigt wurde. Der Standort bot ausserdem auch die Möglichkeit zum Anschluss an das südöstlich zum Areal verlaufende Schienennetz der SBB. Ein weiterer Vorteil, den der Standort in Däniken bot, war die unmittelbare Nachbarschaft zum Flusskraft-

⁶⁸ SWA (wie Anm. 64), 3.

⁶⁹ SWA, H+I Bi 905 (Bro), Broschüre «Kernkraftwerk Gösgen-Däniken. Notwendig und sicher», verm. 1973, 5.

⁷⁰ SWA (wie Anm. 64), 3. Dass die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG mit der vorhandenen Schaltanlage für den Standort Gösgen argumentiert, ist insofern spannend, als das Baugesuch für diese Schaltanlage erst im Jahr 1968 eingereicht wurde. Zu dieser Zeit liefen bei der ATEL die Planungen für das Atomkraftwerk in Gösgen bereits auf Hochtouren. Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll Baukommission vom 28. 8. 1968.

werk Gösgen, das ebenfalls im Besitz der ATEL war. Im Falle eines planmässigen oder ausserplanmässigen Herunterfahrens des Reaktors war damit eine unabhängige Stromquelle für die Versorgung der Nebenbetriebe des AKWs vorhanden.⁷¹

Offenbar gab es aber auch Gründe, die gegen den Standort Gösgen sprachen. Kontrovers diskutiert wurde der Einfluss des bereits erwähnten Grundwasserstroms, der sich unter dem vorgesehenen Standort in Gösgen hinzieht. Zu dessen Schutz waren ebenso aufwändige wie kostspielige bauliche Massnahmen nötig. Vertreter von Motor-Columbus führten diesen Umstand als Argument gegen das Projekt in Gösgen an.⁷² In einer Stellungnahme der ATEL zur Grundwasserproblematik wird hingegen betont, dass die «notwendigen Massnahmen technisch ohne weiteres realisierbar» seien, wobei die ATEL insbesondere auch auf einen Bericht der Motor-Columbus selbst verwies. Die durch die Schutzmassnahmen entstehenden Mehrkosten würden durch «andere Vorteile des Standortes Gösgen (...) mehr als ausgeglichen», war der Delegierte des ATEL-Verwaltungsrats Aeschmann überzeugt. Gösgen biete «billigeres Terrain, billigere Energieversorgung für den Eigenbedarf des Atomkraftwerkes und billigeren Anschluss an das Hochspannungsnetz» als beispielsweise der Standort Kaiseraugst.⁷³ Offenbar haben sich diese Argumente schliesslich durchgesetzt.

2.3.3. Technische Aspekte

Die technische Planung des Kernkraftwerks Gösgen wurde vollumfänglich der Motor-Columbus übertragen. Geplant war die Erstellung eines 600 MW-Reaktors mit direkter Flusswasserkühlung. Motor-Columbus prüfte in einem Vorprojekt den Einsatz dreier unterschiedlicher Reaktortypen⁷⁴ und erbat sich hierfür Vorofferten von insgesamt zehn verschiedenen Herstellern. Daraufhin schränkte man die Optionen bis im Herbst 1970 auf Druck- und Siedewasserreaktoren ein und holte konkrete Offerten ein. Von den vier im Herbst 1971

⁷¹ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Schreiben an RR Bern / RR Solothurn», Schreiben ATEL an den Regierungsrat des Kantons Solothurn, 14. 4. 1968.

⁷² STASO (wie Anm. 53).

⁷³ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Motor-Columbus A.-G. Baden / Atomkraftwerk», Aktennotiz Aeschmann, 20. 2. 1967.

⁷⁴ Namentlich waren Druckwasserreaktoren, Siedewasserreaktoren und gasgekühlte Reaktoren verschiedener Hersteller im Gespräch. Der Schwerwassermoderierte Reaktor wurde als «für unsere Verhältnisse uninteressant» nicht in Betracht gezogen. Vgl. SWA (wie Anm. 64), 5.

eingegangenen Angeboten waren zwei mit einem Druckwasserreaktor und zwei mit einem Siedewasserreaktor veranschlagt, wobei eine Auswertung des Studienkonsortiums ergab, dass alle vier Angebote in Frage kommen würden.

In dieser Phase wurde die Reaktorwahl – und damit das ganze Projekt – durch innenpolitische Entwicklungen verzögert. Auf Grund des bundesrätlichen Verbots der direkten Flusswasserkühlung vom März 1971 war das Studienkonsortium gezwungen, die bestehenden Pläne zu überarbeiten. Anfänglich strebte man als Alternative eine Kombination von Kühlzellen und direkter Flusswasserkühlung an, wodurch die Beeinflussung der Flusswassertemperatur geringer ausgefallen wäre. Doch die Bundesbehörden gingen auf diesen Kompromiss nicht ein und beharrten auf dem absoluten Verbot von direkter Flusswasserkühlung am Aare-Rhein-System.⁷⁵ So beschloss das Planungskonsortium schlussendlich widerwillig eine Kühlung mit Kühlturm. Dieser Entscheid eröffnete bei allen politischen Nachteilen auch die Möglichkeit, ein leistungsfähigeres Atomkraftwerk zu erstellen. Dank der höheren Kühlleistung des Kühlturms konnte das neue Projekt auf einen Reaktor mit 900 MW-Leistung ausgelegt werden. Nach den nötigen meteorologischen Untersuchungen über die Auswirkungen eines Kühlturms wurden neue Offerten eingeholt und schliesslich dann eine Entscheidung zu Gunsten eines Druckwasserreaktors der in Mühlheim ansässigen Kraftwerk Union AG (KWU) gefällt. Entscheidend waren dabei die «günstige Bauzeit» und «wirtschaftliche Aspekte». Die Bestellung des Reaktors erfolgte Mitte Januar 1973.⁷⁶ Am 1. März 1973 begann dann mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung für eine schlüsselfertige Lieferung die vertragliche Lieferfrist von 56 Monaten zu laufen. Die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Gösgen war damals für den Spätherbst 1977 geplant.⁷⁷

2.3.4. Das Bewilligungsverfahren

Die Realisierung eines AKW-Projekts erforderte eine Vielzahl verschiedener Bewilligungen. In das Verfahren waren sowohl der Bund als auch der Standortkanton und die Standortgemeinde involviert. Gemäss der geltenden Atomgesetzgebung war die eigentliche Bewil-

⁷⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Gemeindeganzlei, Ordner «Kernkraftwerke II, ab März 1973», Schreiben ATEL Detailabonnenten und lokale Elektrizitätsgesellschaften, Mai 1973.

⁷⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 22. 1. 1973.

⁷⁷ SWA (wie Anm. 64), 5.

ligung von Atomanlagen Sache des Bundes und musste vom EVED erteilt werden.⁷⁸ Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass Projektanten einen Rechtsanspruch auf den Bau eines Atomkraftwerks hatten. Der Bund musste einem Gesuchsteller die Bewilligung erteilen, sofern dieser die Voraussetzungen für den Betrieb eines Atomkraftwerks erfüllte. Ob dies der Fall war, wurde im Rahmen eines Bewilligungsverfahrens überprüft, das aus vier verschiedenen Teilschritten bestand: der Standortbewilligung, der Nuklearen Baubewilligung, der Inbetriebnahmebewilligung und der Betriebsbewilligung. Die Nukleare Baubewilligung war dabei zusätzlich in weitere Teilbaubewilligungen unterteilt.⁷⁹

Im Juni 1970 reichte die ATEL im Namen des «Studienkonsortiums Kernkraftwerk Gösgen» beim EVED das Gesuch um die Erteilung einer Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen ein.⁸⁰

Die Erteilung der Standortbewilligung bedeutete lediglich, dass «unter dem Gesichtspunkt der nuklearen Sicherheit ein Kernkraftwerk vom vorgesehenen Typ am vorgesehenen Standort erstellt werden» kann.⁸¹ Um dies zu prüfen waren umfassende Abklärungen seitens der Bundesbehörden nötig. Unter anderem wurden Stellungnahmen der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (NHK) und des Standortkantons Solothurn eingeholt.⁸² Von zentraler Bedeutung war aber vor allem der Bericht der Eidgenössischen Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen (KSA), die sich mit der Sicherheit und den Auswirkungen eines Atomkraftwerkes befasste. Die Kommission kam in ihrem Gutachten vom 5. August 1971 zum Schluss, «dass ein Atomkraftwerk in der [vorgeschlagenen] Art und Grösse (...) an dem vorgesehenen Standort Gösgen so betrieben werden kann, dass der vom Atomgesetz geforderte Schutz von Menschen, fremden Sachen und wichtigen Rechtsgütern gewährleistet

⁷⁸ Eine Auflistung der Tätigkeiten, die durch das Atomgesetz einer Bewilligung des Bundes unterstellt wurden, findet sich bei Lienhard (wie Anm. 12), 182 f.

⁷⁹ Die Zahl der Teilschritte der nuklearen Baubewilligungen war bei den verschiedenen Atomkraftwerkprojekten unterschiedlich. Während in Gösgen noch sieben Teilbaubewilligungen erteilt wurden, waren es beim AKW Leibstadt noch zwei. Vgl. Rausch (wie Anm. 15), 55.

⁸⁰ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Schreiben ATEL an Bundesrat Bonvin, 26. 6. 1970.

⁸¹ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Schreiben des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiedepartements an die Städte Basel, Bern und Zürich, 11. 3. 1971.

⁸² Der Kanton hatte dabei auch die Standpunkte der Gemeinden der betroffenen Region einzubeziehen. Zur Diskussion der Vernehmlassungsantwort des Däniker Gemeinderats: 30. 11. 1970. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 30. 11. 1970.

ist».⁸³ Trotz dieser positiven Beurteilung verzögerte sich die Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen auf Grund der unklaren Situation bezüglich der Kühlwasserfrage um weitere Monate. Nach dem bundesrätlichen Verbot der Flusswasserkühlung war eine Abänderung des Projekts Gösgen, das ursprünglich auf Frischwasserkühlung ausgelegt war, unumgänglich. Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission hatte sich aber bei ihrer Einwilligung zum Standort Gösgen explizit eine Neuurteilung vorbehalten, falls eine Umprojektierung auf Kühlturmkühlung vorgenommen werden sollte. Dieser Vorbehalt stand der Erteilung der Standortbewilligung durch das EVED vorerst im Weg.⁸⁴ Neben dem Einverständnis der NHK war für den Kühlturbetrieb ausserdem ein positiver Befund der sogenannten Kühlturmkommission nötig. Diese Kommission war nach dem Verbot der Flusswasserkühlung durch den Bundesrat im März 1971 ins Leben gerufen worden und hatte die Auswirkungen von Kühltürmen auf die Umwelt an den AKW-Standorten zu untersuchen. Dabei wurden neben den Einflüssen auf das Landschaftsbild auch Geräuschimmissionen, Aspekte des Gewässerschutzes, meteorologische Auswirkungen und allfällige Folgen der Kühltürme für die Gesundheit des Menschen und die Vegetation geprüft.⁸⁵ In ihrem Bericht für das Kernkraftwerk Gösgen hielt die Kommission 1972 schliesslich die Unbedenklichkeit einer Anlage mit Kühlturm fest. Auf Grund dieses Befundes und nach dem positiven Bericht der KSA stand der Erteilung der Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen schliesslich nichts mehr im Wege. Die NHK hatte nämlich in der Zwischenzeit von einer Wiedererwägung abgesehen. Darauf hin erteilte das EVED am 31. Oktober 1972 dem Kernkraftwerk Gösgen die Standortbewilligung.⁸⁶

Die Grundlage für die Erteilung der nuklearen Baubewilligungen bildete ein weiterer Bericht der KSA, der für Gösgen im Mai 1973 fertiggestellt wurde.⁸⁷ Die KSA hatte in diesem Bewilligungsschritt zu untersuchen, ob das Projekt Gösgen «alle nach dem Stand der Wissenschaft und Technik notwendigen und zumutbaren Sicherheitsbedingungen für den Bau und Betrieb der Reaktoranlage zum Schutz

⁸³ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Schreiben des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiedepartements an die ATEL, 2. 9. 1971.

⁸⁴ Ebd..

⁸⁵ Lienhard (wie Anm. 12), 184.

⁸⁶ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Schreiben des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiedepartements an die ATEL, 31. 10. 1972.

⁸⁷ SWA (wie Anm. 64), 7.

von Menschen und Sachen» erfüllte.⁸⁸ Auf Basis des von der KSA erstellten Gutachtens erteilte dann das EVED, aufgeteilt in sieben Schritte, die nukleare Teilbaubewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen.⁸⁹ Als letzte bundesbehördliche Bewilligungshürden auf dem Weg zur Aufnahme der Produktion verblieben nun noch die Bewilligung für die Inbetriebsetzung und die Betriebsbewilligung. Mit der Inbetriebsetzungsbewilligung erteilte der Bund im Januar 1979 grünes Licht für einen mehrmonatigen Probebetrieb. Dessen reibungsloser Ablauf führte schlussendlich im November 1979 zur Erteilung der definitiven Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen.

Neben den Bewilligungen der Bundesbehörden waren für das Kernkraftwerk Gösgen auch wasserrechtliche Konzessionen des Standortkantons Solothurn nötig. Der Kanton war zudem auch für die Bewilligung des Kühlturms zuständig. Angesichts der bereits aufgezeigten Unterstützung des Projekts durch die Solothurner Regierung waren die nötigen Bewilligungen und Konzessionen eher eine Formsache. Nach längerer Verzögerung, bedingt durch die Unklarheiten bei der Aufteilung des Kühlwassers, erteilte der Regierungsrat der KKG am 24. August 1973 die Konzessionen zur Entnahme von Kühlwasser und zur Errichtung einer Wasserfassung für Kühlzwecke.⁹⁰ Am 3. September 1974 erfolgte dann die Bewilligung des Kühlturms durch das Solothurner Arbeitsinspektorat.⁹¹ Gegen die vom Regierungsrat erteilte wasserrechtlichen Bewilligungen und Konzessionen wurden insgesamt siebzehn Beschwerden eingereicht. Das Bundesgericht entschied jedoch am 14. November 1973 in letzter Instanz, dass auf diese Beschwerden nicht einzutreten sei.⁹²

Schlussendlich war für das Atomkraftwerk, wie bei einem herkömmlichen Bauvorhaben auch, eine baupolizeiliche Bewilligung durch die Standortgemeinde nötig. Diese wurde von der Däniker Baukommission am 12. Januar 1973 erteilt. Gegen den Entscheid gab es verschiedene Einsprachen, die am 16. November 1973 vom Solothurner Verwaltungsgericht in dritter Instanz abgewiesen wurden.⁹³

⁸⁸ Lienhard (wie Anm. 12), 184.

⁸⁹ Rausch weist darauf hin, dass die Aufteilung in mehrere Schritte in der Praxis nicht unproblematisch sei. Da nach den ersten Teilbaubewilligungen bereits hohe Beträge in den Bau investiert werden, bestehe die Gefahr, dass Sicherheitsbedenken bei späteren Teilbaubewilligungen angesichts der vollendeten Tatsachen ein geringeres Gewicht hätten. Vgl. Rausch (wie Anm. 15), 58.

⁹⁰ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW, 1. Entscheid», Chronologischer Ablauf Bewilligungsverfahren, 7.7.1977, 11.

⁹¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 30.9.1974.

⁹² SWA (wie Anm. 64), 5.

⁹³ Eine ausführlichere Behandlung des kommunalen Baubewilligungsverfahrens folgt im Kapitel 3.4.4.

3. Das AKW im Däniker Gemeinderat

3.1. Ein Bauerndorf erwacht

3.1.1. Däniken in den 1960er-Jahren

Die Gemeinde Däniken liegt im solothurnischen Niederamt in der Mitte zwischen den beiden urbanen Zentren Olten und Aarau. Das Dorf hatte zu Beginn der 1960er-Jahre knapp 1500 Einwohnerinnen und Einwohner und konnte über Steuereinnahmen in der Höhe von rund 350'000 Franken verfügen.⁹⁴ Däniken war damals noch stark von der Landwirtschaft geprägt, und auch das Selbstverständnis im Gemeinderat basierte auf dem Bild der ländlichen Dorfgemeinschaft.⁹⁵ In den 1960er-Jahren war in Däniken aber auch eine fortschreitende Modernisierung der Infrastruktur zu verzeichnen. Die «Staubfreimachung»⁹⁶ des Strassennetzes und der Anschluss der Wohnhäuser an die Kanalisation und ans Wassernetz waren im Gemeinderat noch bis Ende des Jahrzehnts wichtige Themen. Ein besonders zentrales Geschäft war ausserdem die detaillierte Ausarbeitung des erst in groben Zügen umrissenen Industrie-Zonenplans für die Aussenbereiche des Gemeindegebiets.⁹⁷

Der Gemeinderat der Gemeinde Däniken bestand damals aus zwölf Personen. Sechs davon gehörten der Freisinnig-demokratischen Partei (FdP) an, die anderen Sitze teilten sich je zur Hälfte die Sozialdemokratische Partei (SP) und die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP). Den interviewten Gemeinderäten zufolge spielte allerdings die Parteifarbe im politischen Alltag der Gemeinde eine untergeordnete Rolle. Den Vorsitz des Gemeinderats hatte der sogenannte Gemeindeammann inne. Im untersuchten Zeitraum wurde dieses Amt durchgehend vom Landwirt Ernst Hagmann wahrgenommen. Er

⁹⁴ Gemäss einer Auskunft der Gemeindeverwaltung Däniken vom 3.6.2008.

⁹⁵ So kommt beispielsweise in den Verhandlungen um eine Neuorganisation des Regionalen Planungsverbands, eines privatrechtlichen Vereins zur Koordination der regionalen Entwicklung, das Misstrauen gegenüber der Stadt zum Vorschein: «Es geht uns im wesentlichen darum, dass [sic] Mitspracherecht der Gemeinden besser auszudrücken und zu verankern, nicht dass ihr etwas wider Willen aufgezwungen wird; sich gegen das Übergewicht der Stadt (auch geistige) abzusichern, indem sie z.B. nicht mehr als 3 Mitglieder in den Regionalrat stellen darf; kann die Stadt ihr nicht gelegene Betriebe oder solche mit Immissionen in die Landschaft abschieben?». Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 19.2.1972.

⁹⁶ Gemeint ist wohl die Asphaltierung.

⁹⁷ Vgl. u.a. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 16.9.1968.

war, wie auch die anderen Mitglieder des Gemeinderats, ehrenamtlich tätig. Den Behördemitgliedern wurde lediglich ein bescheidenes Sitzungsgeld ausbezahlt.⁹⁸ Gemäss dem damaligen Gemeinderatssystem kümmerte sich der Ammann um alle wichtigen Geschäfte und erledigte einen Grossteil der Arbeit. Ein Ausschuss des Gemeinderats, die Gemeinderatskommission, beriet zudem grössere Geschäfte vor und unterbreitete sie dann dem Gesamtrat zur Entscheidung. Diese Gemeinderatskommission, ebenfalls vom Gemeindeammann präsiert, bestand ursprünglich aus drei Personen, wurde jedoch im Laufe der 1960er-Jahre auf fünf Personen vergrössert.

3.1.2. Konzentration der Grossprojekte

Das AKW-Projekt Gösgen war nicht das einzige grosse Infrastrukturprojekt, mit dem der Däniker Gemeinderat in den Jahren von 1965 bis 1975 konfrontiert war. In dieser Periode gab es nicht weniger als vier weitere überregional bedeutsame Einrichtungen, die, zumindest teilweise, auf Däniker Boden erstellt werden sollten. Mit ihrer zentralen Lage im Mittelland, dem wirtschaftlich und verkehrstechnisch schon damals wichtigsten Grossraum der Schweiz, verfügte Däniken über klare Standortvorteile, und auch die Lage an der Aare und die Anbindung an die durch Däniken verlaufende wichtige Eisenbahnachse Olten-Zürich erwies sich als günstig. Zudem verfügte die Gemeinde damals noch über grosse Landreserven in der Industriezone. Die Gemeinde bot sich also als Standort für grosse Infrastrukturanlagen an.

Das Projekt, das neben dem Kernkraftwerk Gösgen am meisten Aufsehen erregte, war der geplante Rangierbahnhof der SBB. Im Gebiet zwischen der Aare und der Eisenbahnlinie planten diese eine Anlage mit mehreren Dutzend Geleisesträngen, welche der Zusammenstellung von Zugkompositionen dienen sollte. Bereits in den 1950er-Jahren war dazu ein Vorprojekt durchgeführt worden.⁹⁹ Im untersuchten Zeitraum von 1965 bis 1975 hatte sich der Gemeinderat dann immer wieder mit dem Projekt zu beschäftigen, wobei die intensivste Phase mit der Behandlung des Baugesuches im Jahr 1974 begann. Im Rat stand man dem geplanten Rangierbahnhof sehr kritisch gegenüber. Er verschlang wesentliche Teile der Däniker Indu-

⁹⁸ In den 1960er-Jahren betrug dieses gemäss Aussagen Brühlmeiers, analog zum damaligen Feuerwehrsold, einen Franken pro Sitzungsstunde. Vgl. Interview mit Werner Brühlmeier, Däniken, 9. 7. 2008.

⁹⁹ Brühlmeier (wie Anm. 98).

striezone, und vom Landenteignungsverfahren, das die SBB anstrebten, waren zahlreiche Däniker Landeigentümer betroffen.¹⁰⁰ Darüber hinaus befürchtete man hohe Lärmimmissionen auf Grund der Rangierarbeiten, wobei insbesondere das charakteristische «Kurvenkreischen» die Gemüter erhitzte. Das Projekt war für die Gemeinden dabei umso weniger attraktiv, als die SBB als Staatsbetrieb am Standort keine Steuern zu entrichten hatten und darum kaum Einnahmen brachten. Entsprechend beklagte man sich im Gemeinderat mehrfach über die negativen finanziellen Auswirkungen des Projektes.¹⁰¹ Auch die zusätzlichen Arbeitsplätze waren nicht als Vorteil zu sehen. Auf Grund der damaligen Situation am Arbeitsmarkt musste vielmehr damit gerechnet werden, dass lokale Betriebe durch die neuen Infrastrukturbetriebe konkurrenziert werden würden. Der Spielraum für Opposition gegen den Rangierbahnhof war für die Gemeinde Däniken jedoch denkbar klein. Die SBB konnten sich auf das Eisenbahnrecht berufen, das ihnen weitreichende Handlungsfreiheiten gewährte. So beliess es der Gemeinderat dabei, dem Rangierbahnhof im Verfahren eine eher behindernde Behandlung zukommen zu lassen.¹⁰²

Ähnliche Probleme wie der Rangierbahnhof bereiteten den Däniker Behörden die Pläne der schweizerischen PTT zur Erstellung eines Post-Verteilzentrums. Im November 1967 erfolgte die erste Orientierung über das Projekt. Die PTT beriefen sich dabei genauso wie die SBB auf das Eisenbahnrecht, womit auch im Rahmen des Postzentrumprojekts Landenteignungen drohten. Gleichzeitig bestand beim Projekt Postzentrum ebenso wenig Aussicht auf Steuereinnahmen wie beim Rangierbahnhof. Es ist daher kaum verwunderlich, dass die Däniker Behörden auch diesem Projekt kritisch gegenüberstanden.¹⁰³ Das dritte Grossprojekt, das auf Däniker Boden realisiert werden sollte, war ein Schnellgutbahnhof, der ebenfalls von den SBB geplant wurde. Dieser sollte als Verladestation eine Schnittstelle zwischen dem motorisierten Güterverkehr und demjenigen auf Schienen bilden.

Die Abbildung 2 zeigt den Ausschnitt eines Plans von 1972, in dem die drei bereits genannten Infrastrukturprojekte und das Kernkraftwerk eingezeichnet sind. Südwestlich der Kartenmitte befindet sich der damalige Dorfkern der Gemeinde Däniken, nördlich davon erstreckt sich das Gebiet, in dem der Rangierbahnhof geplant war.

¹⁰⁰ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 9. 11. 1967.

¹⁰¹ Ebd..

¹⁰² Brühlmeier (wie Anm. 98). Das Rangierbahnhofprojekt beschäftigte die Gemeinde noch bis in die 1980er Jahre hinein, bevor es dann schliesslich fallengelassen wurde.

¹⁰³ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 15. 01. 1968.

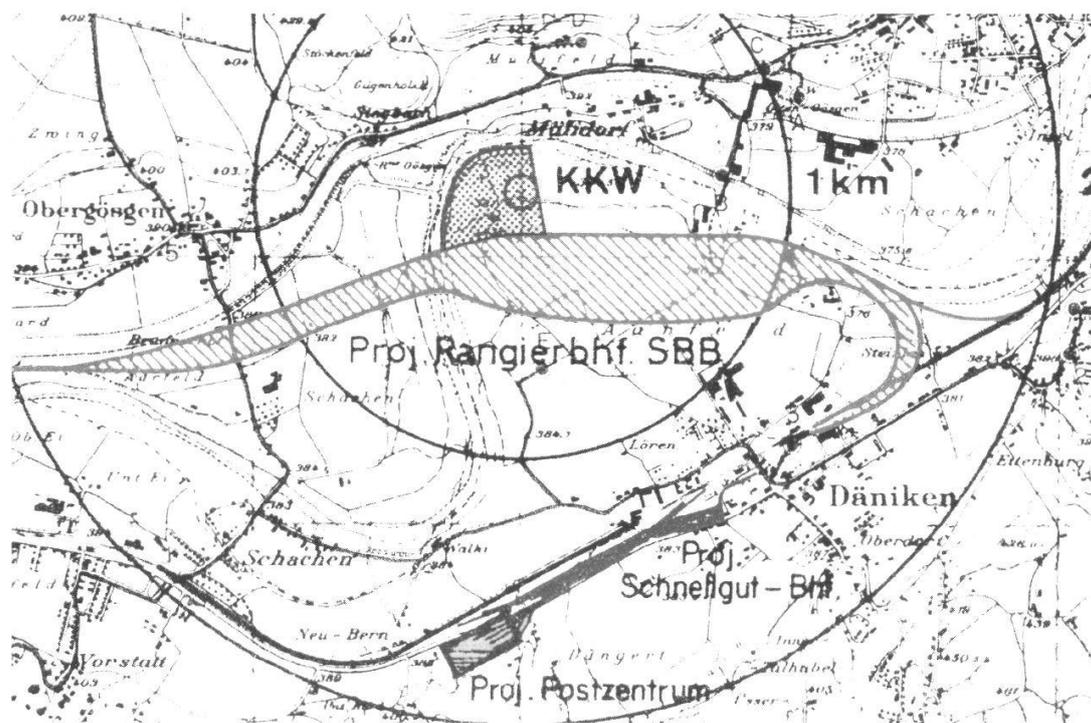


Abbildung 2: Infrastrukturprojekte in Däniken, Stand 1972¹⁰⁴

Südwestlich kommen an der Eisenbahnlinie das Postzentrum und der Schnellgutbahnhof zu liegen. Das dem KKW zugedachte Gelände befindet sich am Ufer der Aare, nördlich des geplanten Rangierbahnhofs. Die Industriezone der Gemeinde Däniken befand sich im Wesentlichen zwischen der diagonal durch Däniken verlaufenden Bahnlinie und der Aareschleufe.

3.1.3. Däniken, ein Sonderfall?

Als fünftes Projekt, von dem die Gemeinde Däniken betroffen war, kam 1971 die Erdgas-Transitleitung Holland-Italien auf die Traktandenliste.¹⁰⁵ Die von der Elektrowatt, der zuständigen Ingenieursunternehmung, vorgesehene Trasseeführung durchschnitt das westliche Gemeindegebiet von Norden nach Süden und zerteilte dabei mehrere Grundstücke und potentielle Kiesabbaugebiete. Ausserdem war eine dauerhafte, mehrere Meter breite Schneise durch Däniker Waldgebiet geplant. Auch dieses Projekt stiess beim Gemeinderat auf wenig Gegenliebe. Die Korrespondenz mit dem Baudepartement des Kantons Solothurn über das Projekt offenbart die ablehnende Haltung der Däniker Behörden. Gleichzeitig wird darin die Verärgerung über die Kumulation der Grossprojekte erkennbar. «Däniken hat keine

¹⁰⁴ Privatarchiv Werner Brühlmeier, Däniken, Karte Infrastrukturprojekte, 1972.

¹⁰⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 3. 5. 1971.

Lust, diese Leitung noch auf ihrem Gebiet zu haben, es konzentriert sich sonst schon sehr viel hier», brachte Ammann Hagmann die Haltung auf den Punkt.¹⁰⁶ In einer Einsprache an das kantonale Baudepartement beklagte sich die Gemeinde in der Folge und wies auf die kumulierten Belastungen hin, welche die Gemeinde zu tragen habe: «Unser Gemeindegebiet ist bereits ausserordentlich stark mit Anlagen und Projekten belastet, welche die Umwelt beeinträchtigen (...).» Solche Klagen häufen sich zu Beginn der 1970er-Jahre¹⁰⁷ und angesichts der hohen Konzentration von überregional bedeutsamen Infrastrukturprojekten auf dem Gebiet der Gemeinde scheinen sie durchaus nachvollziehbar. Die Belastungen für die Gemeinde Däniken und die negative Wahrnehmung derselben im Gemeinderat scheinen entscheidend zu sein für die spätere Reaktion des Rats auf das AKW-Projekt. Das Handeln des Däniker Gemeinderats war geprägt von der Selbstwahrnehmung als «Sonderfall innerhalb der Region».¹⁰⁸

Die Jahre rund um 1970 wurden im Rat bewusst als Phase der Veränderung wahrgenommen, und man sah darin begründet Handlungsbedarf für den Gemeinderat. «Unsere Gemeinde ist aus bekannten Gründen im Begriff, ihr Gesicht zu verändern und dies bedingt Planung», konstatierte der Statthalter¹⁰⁹ anlässlich des Jahresrückblicks im Dezember 1967.¹¹⁰ Dass die bevorstehenden Veränderungen seitens der Behörde durchaus ambivalent beurteilt wurden, legen die Grussworte des Ammanns im Informationsblatt der Gemeinde nahe: «In unserer Gemeinde stehen wir gegenwärtig vor einem gewaltigen Aufbruch nach «vorn». Die Grossbauten auf unserem Gemeindeboden (Postverteilzentrum, Schnellgutstammbahnhof, Kernkraftwerk und Grossrangierbahnhof) lassen für die kommenden Jahre ein ansehnliches Wachstum auch der Bevölkerungszahl erwarten. Je grösser jedoch ein Gemeinwesen ist, desto verlorener kommt sich der Einzelne innerhalb seiner Wohngemeinde vor».¹¹¹ Umso klarer schien die Notwendigkeit, dass die Gemeinde «zur Wahrung ihrer Interessen wie auch jener unserer Mitbürger» Einfluss auf den Lauf der Dinge nahm und ein Mitgestaltungsrecht einforderte.¹¹² Dies tat die Gemeinde Däniken mit Nachdruck, die Gemeinderatsprotokolle geben das Bild einer mit Selbstbewusstsein auftretenden Behörde

¹⁰⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 10. 5. 1971.

¹⁰⁷ Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 95); Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 17. 4. 1972.

¹⁰⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 95).

¹⁰⁹ Stellvertreter des Gemeindeammanns.

¹¹⁰ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 28. 12. 1967.

¹¹¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Dorfzeitschrift «Däniker Spate», 1 (1974), 1.

¹¹² Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 9. 8. 1971.

wieder. Der Rat forderte erfolgreich Aussprachen mit kantonalen und eidgenössischen Behörden und den Bauherren, reichte Einsprachen ein und versuchte mit Auflagen und Bedingungen aktiv auf die Projektgestaltung Einfluss zu nehmen.¹¹³ Dabei sammelte sie wertvolle Erfahrungen im Umgang mit Grossprojekten und in der Verhandlungsführung. Als der Gemeinderat 1969 erstmals über das anstehende Atomkraftwerkprojekt auf ihrem Gemeindegebiet informiert wurde, hatte er sich bereits während mehrerer Jahre mit den spezifischen Herausforderungen solcher Projekte auseinandergesetzt und ging entsprechend nicht unvorbereitet in die Verhandlungen mit der Bauherrschaft.

3.2. Meinungsbildung im Gemeinderat

3.2.1. Der erste Kontakt

In den Protokollen des Gemeinderats wird das Projekt Kernkraftwerk Gösgen im September 1969 zum ersten Mal erwähnt.¹¹⁴ Anlässlich eines Zeitungsberichts im Oltner Tagblatt, in dem die Baupläne der ATEL einer breiten Öffentlichkeit unterbreitet wurden, beschloss der Rat den Kontakt mit der ATEL zu suchen, um die Einflüsse des AKW-Projekts auf die Zonenplanung im entsprechenden Gebiet zu klären. Diese stand damals kurz vor dem Abschluss. An der darauf folgenden Sitzung vom 6. Oktober 1969 informierte Ammann Hagmann im Gemeinderat ein erstes Mal über das Projekt und die zu erwartenden Dimensionen. Demnach sollte das Werk zu 90% auf Däniker Boden zu stehen kommen. Besonders erwähnte Hagmann die zu erwartenden Steuererträge. Da sich diese in Berücksichtigung des Standortes der Anlagen verteilen, könne die Gemeinde «mit einem namhaften Betrag» rechnen.¹¹⁵ Bis zur ersten protokollierten ausführlichen Diskussion über die Haltung des Gemeinderats zu Atomkraftwerken verstrichen mehr als vierzehn Monate. In dieser Zeit befasste man sich im Gemeinderat in Zusammenhang mit dem AKW-Projekt praktisch ausschliesslich mit den zu erwartenden Steuereinkünften. Seitens der umliegenden Gemeinden, die auf Grund der geltenden Steuergesetze leer auszugehen drohten, wurde schon bald die Forderung nach einer Beteiligung am Steuersegen laut. Dies

¹¹³ Vgl. u.a. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokolle des Gemeinderats vom 9. 11. 1967, 15. 1. 1968, 12. 2. 1968, 4. 3. 1968, 10. 5. 1971 und 9. 8. 1971.

¹¹⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 15. 9. 1969.

¹¹⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 6. 10. 1969.

gab im Däniker Gemeinderat immer wieder Anlass zu Diskussionen, wobei mehrmals klargestellt wird, dass man nicht daran denke, die zu erwartenden Steuererträge zu teilen.

Ende November 1970 forderte dann das Baudepartement des Kantons Solothurn für seine Vernehmlassungsantwort an den Bundesrat im Rahmen der Standortbewilligung eine Stellungnahme der Gemeinde Däniken ein. Dies nahm der Däniker Gemeinderat zum Anlass für die erste Grundsatzdiskussion über Atomkraftwerke im Rahmen der Ratsverhandlungen. Die Thematik wurde breit und allgemein aufgerollt. Bezüglich der Sicherheit der Anlage war man sich einig, dass man in die «Behörde in Bern» Vertrauen haben müsse, die «Frage der Strahlen» könne als gelöst angesehen werden. Kontroverser wurden die Kühlungstechniken diskutiert. Während sich die einen kategorisch gegen Kühltürme aussprachen, äusserten sich andere diesbezüglich offen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage der Flusswassererwärmungen erwähnt, die allerdings als unproblematisch eingestuft wurde. Eine direkte Flusswasserkühlung wurde also seitens des Gemeinderats nicht ausgeschlossen. Mit der Frage, ob durch den Bau eines AKWs «für die Nachwelt nicht grosse hemmende Eingriffe» geschaffen werden, fand am Rande auch die Thematik der atomaren Abfälle Eingang in die Diskussion. Bei dieser ersten Diskussion waren demnach die wichtigsten Themen des damaligen Diskurses – nukleare Sicherheit, Flusswassererwärmung, Kühltürme und Abfallproblematik – bereits eingeführt. Grundsätzliche Kritik an der Atomtechnologie wurde aber nicht geäussert. Schon zu diesem Zeitpunkt zeichnet sich im Gemeinderat eine der Atomkraft gegenüber positive Grundhaltung ab.¹¹⁶

3.2.2. Informationsbeschaffung und Weiterbildung

Nach der ersten Nachricht über das geplante Atomkraftwerk begann der Gemeinderat damit, sich über die Technologie und die denkbaren Folgen für das Dorf zu informieren. Der grösste Teil der Gemeinderatsmitglieder waren Laien auf dem Gebiet der Kraftwerkstechnik. Darum suchte man einerseits den Austausch mit Regionen, die ebenfalls von AKWs betroffen waren, andererseits strebte man danach, das grundlegende Wissen über die Atomtechnologie zu vertiefen. So trat man in Kontakt mit den Gemeindebehörden von Kaiseraugst, um aus erster Hand Informationen über deren Erfahrungen mit dem dortigen AKW-Projekt zu erhalten. Schon beim Projekt Rangierbahnhof

¹¹⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 82).

hatte sich dieses Vorgehen bewährt. Damals hatte man sich mit der Gemeinde Spreitenbach ausgetauscht, wo ein anderes Rangierbahnhofprojekt der SBB bereits weiter fortgeschritten war.¹¹⁷ Auch das AKW-Projekt in Kaiseraugst war bereits weiter fortgeschritten, und so suchte man den Austausch mit dem Kaiseraugster Gemeinderat und erkundigte sich über seine Sichtweise. Mit ähnlichen Zielen reiste der Gemeinderat dann im Juni 1972 praktisch in corpore ins deutsche Ruhrgebiet, um sich vor Ort ein Bild über die Auswirkungen von Kühltürmen zu machen. Die Reise, zu der rund hundert Vertreter der umliegenden Gemeinden und der Presse eingeladen waren, wurde von der ATEL organisiert und finanziert.¹¹⁸ Auf dem Programm stand neben der Besichtigung von Kühltürmen auch der Austausch mit lokalen Gemeindevertretern und betroffenen Anwohnern.¹¹⁹ Eine weitere Besichtigung führte den Däniker Gemeinderat in das bereits fertiggestellte Atomkraftwerk der NOK in Beznau.¹²⁰

Für den Aufbau von Hintergrundwissen über die Atomenergiegewinnung war vorab von Bedeutung, dass mit René Selig ein Mitglied des Gemeinderats als Ingenieur für konventionelle thermische Kraftwerke bereits ein vertieftes Verständnis für die technischen Zusammenhänge eines Atomkraftwerks mitbrachte. Auf Grund dieses beruflichen Hintergrundes wurde er auch vom Gemeinderat als Vertreter in die Eidgenössische Kühlturmkommission delegiert.¹²¹ Diese Kommission war nach dem bundesrätlichen Verbot der direkten Flusswasserkühlung einberufen worden, um die Auswirkungen von Kühltürmen auf die Umwelt zu untersuchen.¹²² Die Mitarbeit Seligs in dieser Kommission war gerade in der heftig geführten Diskussion um die Problematik der Kühltürme eine wichtige Quelle, durch die sich der Gemeinderat aus erster Hand über den aktuellen Stand der Dinge informieren konnte.¹²³ Man belies es aber nicht bei

¹¹⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 12. 11. 1965.

¹¹⁸ SWA, H+I Bi 905 (Bro), Broschüre «Gösgen im Betrieb. Pressekonferenz vom 22. November 1979», 1979. Die Däniker Delegation umfasste zwölf Personen, ähnlich grosse Delegationen wurden von den Gemeinden Gretzenbach, Niedergösgen und Obergösgen entsandt. Daneben nahmen auch Vertreter des Regierungsrats, der Presse und der Bauherrschaft an der Reise teil. Vgl. Privatarchiv Werner Brühlmeier, Däniken, Teilnehmerliste Kühlturmreise, undatiert.

¹¹⁹ Privatarchiv Werner Brühlmeier, Däniken, Definitives Programm Kühlturmbesichtigung vom 16./17. Juni 1972, undatiert. Im Rahmen der Diskussion um Atomkraftwerke und Kühltürme luden verschiedene Planungskonsortien zur Besichtigungen von Anlagen im Ausland ein. In der Presse wurden diese Reisen gemäss Brühlmeier auch als «Spanien-Reisli» bezeichnet. Vgl. Brühlmeier (wie Anm. 98).

¹²⁰ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 14. 12. 1970.

¹²¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 8. 11. 1971.

¹²² In der Schweiz gab es damals noch keine Kühltürme dieser Dimension, der Kühlturm des Kernkraftwerks Gösgen war in der Schweiz der erste seiner Art.

¹²³ Selig selbst exponierte sich ansonsten in der öffentlichen Diskussion im Dorf trotz seiner

der Beratung durch den Fachmann aus den eigenen Reihen oder den zahlreichen Orientierungsveranstaltungen und Aussprachen mit der Bauherrschaft. Mehrmals nahmen Mitglieder des Gemeinderats auch an Fachtagungen zur Atomenergie teil. So besuchten beispielsweise im November 1970 drei Personen ein mehrtägiges Seminar der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie «über die Sicherheit von Kernkraftwerken und die Probleme der Radioaktivität».¹²⁴ Im April 1973 nahm ein Vertreter des Rats an einer Tagung über die «Strahlenbelastung des modernen Menschen» teil¹²⁵ und im November 1974, als sich das AKW bereits im Bau befand, schickte man den neuen Bauvorsteher der Gemeinde an eine Tagung über «Sicherheitsfragen bei Kernkraftwerken».¹²⁶

Der betriebene Weiterbildungsaufwand, der in den Gemeinderatsprotokollen dokumentiert ist, ist nicht zuletzt auch darum erstaunlich, weil sich alle drei besuchten Veranstaltungen um Themen der nuklearen Sicherheit drehten. Genau dieser Aspekt gehörte aber beim Bewilligungsverfahren für das Kernkraftwerk Gösgen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde, für die Erteilung der nuklearen Baubewilligung waren allein die Bundesbehörden zuständig. Offenbar war es dem Däniker Gemeinderat wichtig, auch jenseits seines bürokratischen Verantwortungsbereichs über die neuartige Technik und ihre Folgen informiert zu sein und damit auch einer moralischen Verantwortung gerecht zu werden.¹²⁷

3.2.3. *Die Haltung des Gemeinderats*

Zu Beginn der Auseinandersetzung des Gemeinderats mit dem Atomkraftwerkprojekt gab es unter den Ratsmitgliedern keinen grundsätzlichen AKW-Gegner.¹²⁸ Man war damals davon überzeugt, dass der

fachlichen Qualifikation wenig. Dies hängt wohl damit zusammen, dass er schon bald eine Anstellung im Atomkraftwerk anstrebte. Im Juni 1973 orientierte er den Gemeinderat darüber, dass er im Herbst 1973 «in den Dienst der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG» eintrete. Gleichzeitig gab er den Austritt aus dem speziellen KKW-Ausschuss des Gemeinderats. Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 18. 6. 1973.

¹²⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 28. 9. 1970.

¹²⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 7. 4. 1973.

¹²⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 7. 10. 1974.

¹²⁷ Dieser Aspekt der moralischen Verantwortung scheint auch heute, gut 35 Jahre nach Erteilung der Baubewilligung durch die Gemeinde Däniken, noch eine Rolle zu spielen. Bei den durchgeführten Interviews begründete ein ehemaliges Mitglied des Gemeinderats das Aufbewahren der entsprechenden Akten damit, dass es im Falle eines Zwischenfalls im Kernkraftwerk Gösgen im Stande sein möchte zu belegen, dass die Däniker Behörden damals nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben.

¹²⁸ Erst mit den Wahlen 1973 wurde ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in den Gemeinderat gewählt, der grundlegend gegen den AKW-Bau war.

«Energie-Mehrbedarf nur durch Kernkraftwerke produziert werden kann» und befürwortete deshalb den Bau von Atomkraftwerken.¹²⁹ Die als zwingend empfundene Notwendigkeit von AKWs prägte die Grundhaltung des Gemeinderats und liess dabei auch Nachteile der neuen Technologie wie beispielsweise die Abfallproblematik in den Hintergrund treten. Diese Überzeugung war den Aussagen ehemaliger Gemeinderäte zufolge auch der Grund dafür, dass man das AKW-Projekt – im Gegensatz zu den anderen anstehenden Grossprojekten – förderlich behandelte und konstruktiv mit den Bauherren zusammenarbeitete.¹³⁰ Dass das AKW willkommener war als die Anlagen der SBB und der PTT wird aber sicherlich auch daran gelegen haben, dass ersteres der Standortgemeinde namhafte Steuerbeträge zu entrichten hatte, während bei letzteren der finanzielle Segen ausblieb. Der Umstand, dass sich die Gemeinderatsverhandlungen im Zusammenhang mit dem AKW-Projekt während der ersten vierzehn Monate praktisch ausschliesslich um Steuerfragen drehten, macht die Wichtigkeit dieses Aspekts für die Däniker Behörden deutlich. Die ATEL hat denn diese Vorteile auch wiederholt betont und als Argument für die Befürwortung des Werks in die Waagschale geworfen: «Die Gemeindesteuereinnahmen von total 3,5 Millionen Franken sind aber auch für die Gemeinden des Niederamtes sehr erwünscht, nachdem ein Teil von ihnen im gesamtschweizerischen Interesse wertvolles und gut geeignetes Industrieland und fruchtbares Landwirtschaftsgebiet dem Ausbau der Anlagen der SBB und der PTT opfern musste. Neben dem Ausgleich für diese erbrachten Opfer werden diese Steuerbeiträge (...) aber auch ermöglichen, verschiedene Massnahmen inbezug auf die Gestaltung der Region zu verwirklichen (Schaffung von Ruhezonem, Hallenbad usw.). Ausserdem wird die Kernkraftwerkanlage, die zu den modernsten und grössten ihrer Art gehören wird, eine zusätzliche Attraktivität für die Region bringen.»¹³¹

Die Bauherrschaft legte viel Wert auf ein gutes Verhältnis mit der Standortgemeinde und zeigte sich in den verschiedenen Verhandlungsetappen kompromissbereit und grosszügig. Als beispielsweise der von der Gemeinde Däniken hinzugezogene Rechtsberater für die erbrachten Beratungsleistungen als Honorar eine unerwartet hohe

¹²⁹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 82).

¹³⁰ Brühlmeier (wie Anm. 98).

¹³¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW», Stellungnahme der ATEL zu den Einsprachen gegen das Baugesuch, 9. 1. 1973. Eine teilweise wortwörtlich gleiche Argumentation findet sich auch in: Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW, 1. Entscheid», Aktennotiz zur Gemeindeversammlung, 11. 12. 1972.

Summe einforderte, war die ATEL relativ rasch bereit, die Rechnung für die Gemeinde Däniken zu begleichen. Im Protokoll des Gemeinderats wurde entsprechend festgehalten: «Dieser Betrag erscheint auch der KKW ausserordentlich hoch. Um Schwierigkeiten zu vermeiden, wird uns der volle Betrag zurückvergütet vom KKW.»¹³²

Diese fiskalischen Argumente blieben im Däniker Gemeinderat mit Sicherheit nicht ungehört. Gleichwohl hat man im Gemeinderat dem Projekt nicht einfach nur applaudiert. Das Atomkraftwerk brachte für die Gemeinde, wie noch zu zeigen sein wird, nämlich auch zahlreiche Herausforderungen mit sich.¹³³ Vor allem die Fragen der Erschliessung des Geländes und die Erteilung der Baubewilligung verursachten hohe Kosten und einen grossen Arbeitsaufwand. Bei der genaueren Betrachtung des Baubewilligungsverfahrens wird sichtbar, dass der Gemeinderat das Projekt nicht einfach nur durchgewinkt hat. Vielmehr hat man versucht, Vorteile für die Gemeinde herauszuschlagen und durch Auflagen in der Bewilligung die Interessen der Bevölkerung zu wahren.¹³⁴ Zumindest in den Reihen der Baukommission bestand in Däniken auch ein gewisses Misstrauen gegenüber der Bauherrschaft: «Wir haben es mit einem mächtigen Partner zu tun und wir sind der Überzeugung, dass es naiv wäre zu glauben, dass uns viel geschenkt wird», lautet die Einschätzung ihrer Arbeitskonzeption für die Bewilligung des Atomkraftwerks.¹³⁵ Dementsprechend hartnäckig haben die Däniker in den Verhandlungen mit der ATEL und der KKG auf gewissen Forderungen beharrt. Als Folge davon waren der Däniker Gemeinderat und die Bauherrschaft, insbesondere wenn es um Finanzierungsfragen ging, nicht immer ein Herz und eine Seele, auch wenn man nach Einschätzung des Rats im Grossen und Ganzen mit der Bauherrschaft «ein gutes Verhältnis» pflegte.¹³⁶ Auch anhand der Frage des Kühlturms wird die ambivalente Haltung des Gemeinderats deutlich. Im Mai 1972 wurde der Rat offiziell darüber informiert, dass das Kernkraftwerk Gösgen

¹³² Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 25. 8. 1975. Auch anlässlich der Einweihung der Kraftwerksanlage im Frühling 1981 zeigte sich die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG grosszügig. Die Geschäftsleitung sprach «Beiträge an soziale Institutionen sowie Leistungen kultureller Art» in der Höhe von 1,5 Millionen, die allesamt regionalen Organisationen der Standortregion zugute kamen. Vgl. SWA, H+I Bi 905 (Bro), Broschüre «Einweihung vom 15. Mai 1981. Begrüssung und Ansprachen», 1981.

¹³³ Vgl. Kapitel 3.4.

¹³⁴ Vgl. Kapitel 3.4.4.

¹³⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Gemeindeganzlei, Ordner «Kernkraftwerk II, ab März 1973», Arbeitskonzeption zur Kernkraftwerksbewilligung, 27. 4. 1973.

¹³⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 12. 3. 1973.

definitiv mit einem Kühlturm gebaut werden solle.¹³⁷ Schon bei der oben erwähnten ersten Diskussion über das Kernkraftwerksprojekt im Herbst 1970 hatte es Mitglieder gegeben, die den Bau eines Kühlturms grundsätzlich ablehnten. So war beispielsweise der Ingenieur Selig der Meinung, «dass wir hier an Kühltürmen absolut nicht interessiert sind, sonst haben wir die Immissionen (Nebel) allein».¹³⁸ Die Kühlturmreise, die der Gemeinderat dann im Juni 1972 unternahm, bestärkte die Ratsmitglieder in dieser ablehnenden Haltung.¹³⁹ Aufgrund der Rückmeldungen der betroffenen Bevölkerung wurden die Gemeinderäte auf verschiedene negative Einflüsse von Kühltürmen aufmerksam. Sie erfuhren, dass im Winter aufgrund des ausgestossenen Wasserdampfs im näheren Umkreis des Kühlturms Spiegelglätte auf Strassen entstehen könne und manchmal gar die Türen von Wohnhäusern zufrieren würden. Solche Auswirkungen auf Wohngebiete wollte der Däniker Gemeinderat nicht akzeptieren. Da auf Grund des bundesrätlichen Verbots der direkten Flusswasserkühlung keine Alternative zur Turmkühlung bestand, verzichtete man in der Folge zwar auf eine totale Opposition gegen den Kühlturmbau. Man setzte sich aber für technische Massnahmen ein, welche die Auswirkungen des Kühlturms auf die Wohngebiete begrenzen. Ausserdem forderte man erfolgreich die Einsetzung eines Schiedsgerichts, vor dem Personen, denen durch den Kühlturm ein Nachteil entstanden ist, vereinfacht gegen die Kraftwerksbetreiber klagen können. Nicht zuletzt verfügte man zudem in der Baubewilligung für das Atomkraftwerk unter gewissen Bedingungen eine Verpflichtung zum vorzeitigen Abbruch des Kühlturms. Demnach hätte nach einer Betriebszeit von zehn Jahren der Kühlturm abgebrochen werden müssen, sobald ein «besseres Kühlsystem» verfügbar gewesen wäre.¹⁴⁰ Diese Forderung mutet ziemlich abenteuerlich an und wurde auf eine Beschwerde der KKG hin später vom Verwaltungsgericht aus der Baubewilligung entfernt. Sie zeigt aber, dass der Däniker Gemeinderat nicht einfach bedingungslos hinter dem AKW-Projekt stand und der Bauherrschaft hörig war, wie dies teilweise von der AKW-Gegnerschaft dargestellt wurde. Trotzdem dürfen diese Vorbehalte des Gemeinderats nicht

¹³⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 3.5.1972.

¹³⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 82).

¹³⁹ In diesem Punkt widersprechen sich die Darstellungen von Alt-Regierungsrat Wyser und Alt-Gemeinderat Brühlmeiers. Hier wird die Darstellung Brühlmeiers wiedergegeben. Vgl. Brühlmeier (wie Anm. 98). Gemäss Wyser äusserte sich der Gemeindeammann Hagmann dahingehend, dass ihn die Kühlturmreise «von gewissen Skrupeln befreit» habe. Vgl. Wyser (wie Anm. 37), 25.

¹⁴⁰ Die wesentlich weniger hohen Hybridkühltürme waren damals schon bekannt, allerdings in der Praxis erst wenig erprobt.

darüber hinwegtäuschen, dass die Behörden der Gemeinde Däniken spätestens mit dem Beginn des Jahres 1973 klar darauf hinarbeiteten, das AKW-Projekt zu realisieren. «Die Bauherrschaft wie die Gemeinde (auch die Baukommission) möchte das gleiche Ziel erreichen; auf dem Gemeindegebiet soll rasch der Bau eines Kernkraftwerkes möglich werden».¹⁴¹ Das Ziel für die gemeinderätliche Arbeit war also klar vorgegeben.

3.3. Informierung der Bevölkerung

Bereits als der Gemeinderat Ende November 1970 ein erstes Mal ausführlich über Vor- und Nachteile der Atomenergie diskutierte, kam auch die Informierung der Öffentlichkeit zur Sprache. «Wir sind unserer Bevölkerung eine offizielle und öffentliche Orientierung schuld» wurde im Protokoll festgehalten und der Gemeindeammann fasste den Auftrag, «diesbezüglich bei der ATEL zu sondieren».¹⁴² Die Informationsarbeit des Gemeinderates stützte sich in erster Linie auf öffentliche Informationsveranstaltungen ab, wobei eng mit der Bauherrschaft zusammengearbeitet wurde.

Zu Beginn des Jahres 1971 fanden im Niederamt verschiedene Informationsveranstaltungen zum Atomkraftwerkprojekt statt. Die ATEL führte für die interessierte Öffentlichkeit am 14. Januar 1971 eine regionale Informationsveranstaltung im Oltner Stadttheater durch.¹⁴³ Parallel dazu organisierten die vier Gemeinden, deren Gebiet vom Bau des Atomkraftwerks betroffen war, lokale Veranstaltungen für ihre Einwohnerschaft. Däniken setzte seinen Infoabend am 9. Februar 1971 an und lud alle seine Einwohnerinnen und Einwohner schriftlich für den Anlass ein. Das Programm sah mehrere Kurzreferate von Vertretern der ATEL und einen Film über die Entstehung des Kernkraftwerks Beznau vor. Anschliessend stellte man Zeit für Diskussionen zur Verfügung und führte eine Fragerunde durch.¹⁴⁴

Weitere inoffizielle Informationsveranstaltungen zum Atomkraftwerk wurden in Däniken von den politischen Parteien durchgeführt, denen bei der Meinungsbildung im Dorf eine wichtige Rolle zuge-dacht war.¹⁴⁵ Das geplante Atomkraftwerk war ausserdem mehrfach ein Thema an den Gemeindeversammlungen der Gemeinde

¹⁴¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 135). Diese Position wird auch in einem Gemeinderatsprotokoll im März 1973 so wiederholt: «Das gemeinsame Endziel ist nunmehr die Inbetriebsetzung des Werks.»

¹⁴² Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 82).

¹⁴³ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 120).

¹⁴⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 28. 1. 1971.

¹⁴⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 123).

Däniken.¹⁴⁶ Am 15. Juni 1970 wurde die Gemeindeversammlung ein erstes Mal offiziell von Seiten der Däniker Behörden über das AKW-Projekt informiert. Dabei berichtete man in knapper Form über den Standort und die laufenden Vorarbeiten. Auf die Frage, ob denn der Bau eines Atomkraftwerkes verhindert werden könne, antwortete der Gemeindeamman, dass die Gemeinde «hierzu kaum kompetent» wäre. Er verwies dabei insbesondere auch darauf, dass die Solothurner Regierung dem Projekt sehr positiv gegenüberstehe. Jedenfalls, so das Fazit, werde der Gemeinderat keine Opposition betreiben. Begründet wurde dies auch damit, dass man beim Kanton bereits negativ aufgefallen sei, weil man der Idee eines Steuerverteilers kritisch gegenüber stand. Damit war die Diskussion erschöpft, weitere Fragen zum Atomkraftwerk wurden an diesem Abend keine gestellt.¹⁴⁷ Nach dieser ersten Information im Rahmen einer Gemeindeversammlung gab es noch zwei Gemeindeversammlungen, an denen Geschäfte im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Gösgen traktandiert waren. Im Dezember 1972 stimmten die Däniker über eine Verteilung der Steuern auf die umliegenden Gemeinden ab, im Juli 1973 wurde über den Abschluss eines Erschliessungsvertrags mit der KKG entschieden. An diesen zwei Versammlungen scheint dann der Informations- und Diskussionsbedarf ausgeprägter gewesen zu sein. Verschiedene Einwohnerinnen und Einwohner äusserten sich auch zum Atomkraftwerk im Allgemeinen. Auch die Vertreter des Gemeinderats nutzten zumindest die Versammlung im Dezember 1972, um erneut über den Stand des Projekts zu informieren. Der Vorschlag eines Versammlungsteilnehmers, eine weitere Orientierungsversammlung zum AKW-Projekt durchzuführen, wurde bei dieser Gelegenheit allerdings abgelehnt. Anstelle davon beschloss die Gemeindeversammlung, eine Zusammenfassung der einschlägigen Bundesgutachten in alle Haushalte zu verschicken.¹⁴⁸

3.4. Zentrale Geschäfte der Däniker Behörden

Verschiedene Aspekte des AKW-Projekts haben den Däniker Gemeinderat in grossem Ausmass beschäftigt. Anschliessend sollen vier der Geschäfte, die der Rat in Zusammenhang mit dem AKW behandeln musste, genauer betrachtet werden: die Aushandlung eines freiwilligen Steuerverteilers mit den umliegenden Gemeinden,

¹⁴⁶ Die Gemeindeversammlung ist die Legislative der Gemeinde Däniken.

¹⁴⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 15. 6. 1970.

¹⁴⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 11. 12. 1972.

der Abschluss eines Infrastrukturvertrages mit der Bauherrschaft, welcher die Übernahme der Erschliessungskosten regeln sollte, die Anpassung des Zonenplans und schliesslich die Behandlung des Baugesuchs für das Kernkraftwerk Gösgen.

3.4.1. Feilschen um den Steuersegen

Bereits an der ersten Sitzung, an der sich der Däniker Gemeinderat mit dem Atomkraftwerkprojekt beschäftigte, kamen die zu erwartenden Steuereinkünfte zur Sprache. Bei andern Gemeinden der Region war das offenbar nicht anders. Die Gemeinde Obergösgen forderte schon kurz nach dem Bekanntwerden der Baupläne eine Beteiligung an den künftigen Steuerzahlungen des Atomkraftwerkes. Obwohl der Dorfkern Obergösgens dem geplanten Standort räumlich am nächsten lag, sollte die Gemeinde bei der Steuererhebung leer ausgehen, weil auf ihrem Gemeindegebiet nicht gebaut wurde. Steuerzahlungen waren von Gesetzes wegen nur für die Standortgemeinden vorgesehen. Auch weitere Gemeinden kritisierten offen, dass sie nicht in Genuss der Segnungen des Atomkraftwerks kommen würden, obwohl sie von seinen Nachteilen betroffen wären. Um den drohenden Streit zu schlichten, beschloss der Regierungsrat des Kantons Solothurn im Februar 1970 die Bildung einer Kommission, die einen Vorschlag zur freiwilligen Verteilung der Steuereinnahmen ausarbeiten sollte. Die Kommission setzte sich aus dem Oberrichter, Nationalrat und Präsident der Regionalplanungsgruppe Olten-Gösgen-Gäu, Leo Schürmann, dem Oberamtmann Iwan Grob aus Winznau und dem kantonalen Steuerverwalter Louis Vögeli zusammen.¹⁴⁹

Für die Aufteilung der Steuereinnahmen der Standortgemeinden unter allen Gemeinden im näheren Umkreis gab es keine gesetzlichen Grundlagen. Um «freiwillige Vereinbarungen unter den in Frage kommenden Gemeinden zu fördern», erweiterte der Solothurner Kantonsrat 1971 zwar das Steuergesetz dahingehend, dass die Gemeinden das Recht hatten, «die ihnen entrichteten Gemeindesteuern von Wirtschaftsunternehmen mit regionaler Bedeutung (...) nach selbstbestimmten Grundsätzen zu verteilen».¹⁵⁰ Diese Erweiterung schuf aber kein neues Recht, sondern wies lediglich explizit auf die bereits bestehenden rechtlichen Spielräume hin. Die Gemeinden

¹⁴⁹ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «RRB», Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Solothurn, 6.2.1970.

¹⁵⁰ Reinhardt, Klaus: Die Verteilung der Gemeindesteuern der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG, in: Justiz-Departement des Kantons Solothurn (Hrsg.): Festschrift 500 Jahre Solothurn im Bund. Beiträge solothurnischer Juristen und Historiker. Solothurn 1981, 363-374, hier 363 f.

konnten dadurch nicht zu einer entsprechenden Vereinbarung verpflichtet werden.

Im Däniker Gemeinderat war man über die geforderte Verteilung der Steuereinnahmen alles andere als erfreut. Teilweise muten Aussagen aus dem Gemeinderatsprotokoll geradezu polemisch an, etwa wenn im Zusammenhang mit der eingesetzten Dreierkommission von den «drei Weisen» die Rede ist.¹⁵¹ Einige Mitglieder des Rats konnten dem Ganzen auch positive Aspekte abgewinnen. «Mit Geld kann man die Opposition aus dem Wege räumen», gab ein Ratsmitglied zu bedenken. Er habe den Eindruck, die Kommission habe lediglich den Auftrag erhalten Ideen auszuarbeiten, weshalb man nicht allzu früh nein sagen solle.¹⁵² Diese Sichtweise konnte sich im Däniker Gemeinderat aber lange nicht durchsetzen. «Der Rat lehnt es einmütig ab, dass die Standortgemeinde in einen Steuerperimeter einbezogen würde», teilte man dem Solothurner Regierungsrat im Januar 1970 mit.¹⁵³ In den darauf folgenden Monaten kam die Sprache immer wieder auf die Frage des Steuerverteilers und beinahe gebetsmühlenartig wiederholte man den Standpunkt des Gemeinderats.¹⁵⁴ Erste Anzeichen für ein Nachgeben der Gemeinde in dieser Sache finden sich in den Protokollen des Gemeinderates erst gut zweieinhalb Jahre nach der ersten Diskussion über den Steuerverteiler. Ende Juli 1972 werden in der Gemeinderatskommission zum ersten Mal Bedingungen genannt, unter denen man sich mit einer solchen abfinden könnte. Demnach würde man zu einem Steuerverteiler «Hand bieten, sofern die Darlehenskasse nach Däniken käme».¹⁵⁵

Die vom Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe schlug schliesslich vor, alle Gemeinden, «deren Siedlungsmittelpunkt im Umkreis von 4000 m des Werkes liegt», in die angestrebte Vereinbarung über die Verteilung der Steuergelder einzubeziehen.¹⁵⁶ Davon waren nebst den drei Standortgemeinden sieben weitere Gemeinden im solothurnischen Niederamt betroffen.¹⁵⁷ Die Summe der von der AKW-Betreiberin geschuldeten Ertrags- und Kapitalsteuern sollte nach einem komplexen Schlüssel aufgeteilt werden, wobei sowohl die Distanz

¹⁵¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 5. 10. 1970.

¹⁵² Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 26. 1. 1970.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokolle des Gemeinderats vom 27. 2. 1970, 7. 12. 1970 und 3. 5. 1972.

¹⁵⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 24. 7. 1972. Damit ist vermutlich gemeint, dass Däniken nicht nur Standortgemeinde des AKWs, sondern auch Sitzgemeinde der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG werden sollte.

¹⁵⁶ Reinhardt (wie Anm. 150), 366 f.

¹⁵⁷ Namentlich waren dies die Gemeinden Obergösgen, Dulliken, Schönenwerd, Lostorf, Winznau, Starrkirch und Stüsslingen. Vgl. Reinhardt (wie Anm. 150), 367.

der Gemeinden zum Atomkraftwerk als auch die zu tätigen Investitionen der Standortgemeinden berücksichtigt wurden. Von der erwarteten Steuersumme von 5,5 Millionen Franken wären rund zwei Millionen dem Standortkanton zugekommen, während die restlichen 3,5 Millionen Steuereinnahmen unter den drei Standortgemeinden Däniken, Gretzenbach und Niedergösgen verteilt worden wären. Der Löwenanteil des Betrags stand der Gemeinde Däniken zu, auf deren Boden nach den damaligen Bauplänen 91 % des Atomkraftwerks zu stehen kommen sollten.¹⁵⁸ Gemäss dem von der Kommission vorgeschlagenen Steuerverteiler wären nun der Gemeinde Däniken im Modellfall immerhin noch 2,38 Millionen Franken zugestanden, während Obergösgen mit dem nächst grössten Anteil bereits nur noch 322'324 Franken erhalten hätte.¹⁵⁹ Dabei darf trotzdem nicht vergessen werden, dass die Gemeinde Däniken diesem Vorschlag zufolge auf annähernd eine Million Franken Steuereinnahmen hätte verzichten müssen. Bei der Besprechung des Vorschlags der Dreierkommission im November 1972 war die Meinung im Däniker Gemeinderat nach wie vor geteilt. Zum ersten Mal nahm nun aber Gemeindeammann Hagmann Stellung zu Gunsten des Steuerverteilers. «Der Verteiler war und ist eine absolute Bedingung der Aussengemeinden. So gesehen war die Regierung unter Druck gesetzt. In Anbetracht des Werks und der Immissionen ist eine gewisse Verteilung nicht von der Hand zu weisen. Wir sollten unser Entgegenkommen und den Goodwill zeigen.»¹⁶⁰ Schlussendlich beschloss der Gemeinderat an dieser Sitzung, den Vorschlag der Kantonsregierung der Gemeindeversammlung (GV) zur Abstimmung vorzulegen. Am 11. Dezember 1972 wurde das Geschäft schliesslich vor die Gemeindeversammlung gebracht. Nach ausführlichen und kontroversen Diskussionen stimmten die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Däniken dem freiwilligen Steuerverteiler schliesslich zu¹⁶¹ – «auf Wunsch des Kantonalen Finanzdepartementes [...] und auf Drängen unserer Nachbargemeinden», wie der damalige Gemeindegemeinschreiber in einer von ihm verfassten Übersicht über das Bewilligungsverfahren festhielt.¹⁶² Die Äusserungen im Gemeinderat lassen aber darauf schliessen, dass man im Grossen und Ganzen trotzdem zufrieden war mit dem abgeschlossenen Vertrag.¹⁶³

¹⁵⁸ Reinhardt (wie Anm. 150), 374.

¹⁵⁹ Ebd.

¹⁶⁰ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 6. 11. 1972.

¹⁶¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 148).

¹⁶² Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 90), 2.

¹⁶³ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 27. 11. 1972.

3.4.2. Abschluss eines Infrastrukturvertrags

Kaum hatte die Däniker Gemeindeversammlung im Dezember 1972 den Steuerverteiler angenommen, musste sich der Gemeinderat bereits mit dem nächsten Geschäft befassen, bei dem es um die Wahrung der finanziellen Interessen der Gemeinde ging. In der Sitzung vom 31. Januar wurde zum ersten Mal über die Erschliessungsarbeiten für das Atomkraftwerk, namentlich den Anschluss an das Strassen-, das Wasser- und das Kanalisationsnetz der Gemeinde, gesprochen. Gemäss den gesetzlichen Bestimmungen hätten die dabei entstehenden Kosten von der Gemeinde Däniken übernommen werden müssen. Der Gemeinderat beschloss aber, mit der KKG als Verursacherin Verhandlungen über die Kostenfrage aufzunehmen. Man war überzeugt, dass «durch geschicktes Verhandeln (...) etwas herauszuholen» sei, da die bestehenden Reglemente nicht für «Werke solchen Ausmasses» ausgelegt seien.¹⁶⁴ Im Februar 1973 traf man sich mit Vertretern von Motor-Columbus und ATEL, um ein erstes Mal über die Forderungen der Gemeinde zu sprechen. Bereits knapp drei Monate nach der ersten protokollarischen Erwähnung zeichnete sich dann im April 1973 die Bereitschaft der ATEL ab, sich «grosszügig an den Kosten der Erschliessung» zu beteiligen.¹⁶⁵ Bis zur Jahresmitte hatte der Gemeinderat dann in Zusammenarbeit mit einem juristischen Berater einen siebzehnseitigen Vertragsentwurf erarbeitet. Gemäss diesem sollte die ATEL Leistungen in der Höhe von «schätzungsweise» acht Millionen Franken erbringen, um die Gemeinde «für öffentliche Anlagen und weitere Aufwendungen» zu begleichen.¹⁶⁶ An der Gemeindeversammlung vom 2. Juli 1973 war dann schliesslich von fünf Millionen die Rede, während klar festgehalten wurde, dass Däniken für die Erschliessung nichts bezahlen müsse. Der Erschliessungsvertrag wurde an der Gemeindeversammlung von den Einwohnerinnen und Einwohnern Dänikens mit «grosser Mehrheit» angenommen.¹⁶⁷ Bereits im August desselben Jahres trafen dann die ersten Zahlungen der KKG in der Höhe von beinahe 300'000 Franken bei der Gemeinde Däniken ein.¹⁶⁸ Damit hatte es gerade mal sechs Monate gedauert, bis sich die Gemeinde mit der Bauherrschaft über die Kostenübernahme geeinigt hatte.

¹⁶⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 31. 1. 1973.

¹⁶⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 25. 4. 1973.

¹⁶⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 123).

¹⁶⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 2. 7. 1973.

¹⁶⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 13. 8. 1973.

3.4.3. Änderung des Zonenplans

Für die Realisierung des Atomkraftwerks am geplanten Standort war eine Abänderung des Zonenplans der Standortgemeinden Däniken und Gretzenbach nötig. Das Baudepartement des Kantons Solothurn forderte im Sommer 1972 die Erarbeitung eines «speziellen Bebauungsplans über das Gebiet Kernkraftwerk und Kühlturm».¹⁶⁹ Die Ausarbeitung war zwar Sache der Gemeinden, wurde aber angesichts des knappen Zeitplans und der Bedeutung für das Gesamtprojekt eng von den kantonalen Behörden und der Regionalplanungsgruppe Olten-Gösigen-Gäu betreut und forciert.¹⁷⁰ Diese übernahm auf Drängen der Gemeinde Gretzenbach¹⁷¹ auch die Kosten für die Planungsarbeiten.¹⁷²

Diese enge Zusammenarbeit barg dabei ein gewisses Konfliktpotential, da die Gemeinde Däniken stets sehr darauf bedacht war, sich nicht in ihren Kompetenzbereich hineinreden zu lassen. Schon bei den Verhandlungen zum Erschliessungsvertrag hielt der Gemeindeammann fest: «Die Gemeinde wahrt ihre Selbständigkeit, weder Solothurn noch techn. oder jur. Berater entscheiden über unsere Köpfe».¹⁷³ Bei der Erarbeitung des Zonenplans löste dann die Frage nach der Erteilung der Planungsaufträge einigen Unmut aus. Zur Erarbeitung des speziellen Bebauungsplans hatte das kantonale Baudepartement ohne Rücksprache mit der Gemeinde Däniken einen Ingenieur beauftragt, den die Regionalplanungsgruppe bereits mit anderen regionalen Planungsfragen betraut hatte. Dieses Vorgehen stiess dem Däniker Gemeinderat sauer auf, man fühlte sich offenbar übergangen und bevormundet. Der Rat beschloss den vom Baudepartement eingesetzten Planer abzulehnen und ein eigenes Planungsbüro mit dem «Auflageplan für die Kernkraftwerkszone» zu beauftragen.¹⁷⁴ In einem Brief an die Regionalplanungsgruppe stellte man klar: «Als mutmasslich hauptbeteiligte Gemeinde möchten wir inbezug auf das Kernkraftwerkvorhaben von Anfang an eine klare Situation schaffen, d. h. uns

¹⁶⁹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 3. 7. 1972.

¹⁷⁰ Die Regionalplanungsgruppe Olten-Gösigen-Gäu war ein privatrechtlicher Verein, dessen Zweck die Koordination der regionalen Flächennutzungsplanung war, so z.B. beim Gewässerschutz, bei der Schwimmbadplanung, bei der Altersheimplanung oder bei der Landwirtschaftsstruktur. Den Vorsitz hatte der Obergerichtspräsident und Nationalrat Leo Schürmann inne, der auch die Dreierkommission für den Steuerverteiler präsidierte. Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 95).

¹⁷¹ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Kernkraftwerk Gösigen / Spezieller Bebauungsplan», Schreiben Gretzenbach an Regierungsrat bezüglich Spezieller Bebauungsplan KKG, 21. 7. 1972.

¹⁷² STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Atomkraftwerke», Aktennotiz Aeschmann über die Besprechung zwischen Kanton, ATEL und Gemeinden zum Bebauungsplan, 28. 7. 1972.

¹⁷³ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 5. 5. 1973.

¹⁷⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 13. 7. 1972.

nicht in überwiegender Masse von anderen Instanzen dreinreden lassen. (...) Schliesslich haben wir einige Erfahrung mit Werken von «übergeordnetem Charakter», um die uns bisweilen Nichtbetroffene kaum beneiden.»¹⁷⁵

Die Regionalplanungsgruppe beeilte sich daraufhin den eigenen Planer zurückzuziehen und zu betonen, dass «das entsprechende Verfahren (...) durch die Gemeinden durchzuführen» sei.¹⁷⁶ Gleichzeitig lud man zu einer Sitzung ein, um die offenen Fragen zu klären. Damit glätteten sich die Wogen relativ rasch. Doch die Ruhe währte nicht lange. Im Oktober 1972 erhob die Gemeinde Obergösgen gegen den aufgelegten Zonenplan Einsprache. Sie forderte, der Zonenplan «sei nicht zu genehmigen und das Kraftwerk sei an einem andern Ort aufzustellen». Offenbar begründete man diese Forderung mit Einwänden bezüglich der Sicherheit und der Ästhetik des Kühlturms. Aus Sicht des Däniker Gemeinderats war die Einsprache der Nachbargemeinde haltlos. «Die meisten der angeführten Gründe wären eher bei einem späteren Baugesuch am Platze. Bezüglich Sicherheit vertrauen wir den Fachleuten, wieso Kühltürme erforderlich sind, ist die Behörde von Obergösgen ebenso gut im Bilde.» Für den Statthalter der Gemeinde Däniken war darum der Fall klar: «Die Einsprache ist ein Druckmittel für den Steuerperimeter.» Es sei eine unlogische Haltung, einerseits «das Werk zu verwünschen» und gleichzeitig bei den Verhandlungen um den Steuerverteiler möglichst viel Geld «herauszuholen» zu wollen.¹⁷⁷

Noch im November drohte offenbar auch die Gemeinde Gretzenbach aus Unzufriedenheit mit den Steuerverteiler-Verhandlungen, den Zonenplan nicht zu genehmigen. Im Däniker Gemeinderat fiel in diesem Zusammenhang das Wort «Erpressung».¹⁷⁸ Plötzlich ging dann aber alles sehr schnell. Nach der Befürwortung des Steuerverteilers durch den Däniker Gemeinderat und dessen Beschluss, das Vertragswerk vor die Gemeindeversammlung zu bringen, zog die Gemeinde Obergösgen ihre Einsprache gegen den Zonenplan zurück.¹⁷⁹ Schlussendlich konnten die Däniker den Zonenplan Ende

¹⁷⁵ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Kernkraftwerk Gösgen / Spezieller Bebauungsplan», Brief Däniken an die Regionalplanungsgruppe zum «Bebauungsplan Kernkraftwerk Gösgen», 20. 7. 1972.

¹⁷⁶ STASO, Baudepartement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», Mappe «Kernkraftwerk Gösgen / Spezieller Bebauungsplan», Brief Regionalplanungsgruppe an Gemeinden, Kanton und Bauherren, 24. 7. 1972.

¹⁷⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 30. 10. 1972.

¹⁷⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 160).

¹⁷⁹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 163).

November 1972 verabschieden,¹⁸⁰ im Januar 1973 erfolgte dann die Genehmigung durch den Regierungsrat.¹⁸¹

3.4.4. Das kommunale Baubewilligungsverfahren

Besonders viel Aufwand bedeutete für die Gemeinde Däniken das Bewilligungsverfahren für den Bau des Atomkraftwerks.¹⁸² Am 28. November 1972 reichte die ATEL bei der Gemeinde Däniken das Baugesuch für den Kraftwerksblock und den Kühlturm ein. Bereits am folgenden Tag wurde dieses an einer Sitzung der Baukommission, die als baupolizeiliche Behörde für die Behandlung des Gesuchs zuständig war, ein erstes Mal behandelt.¹⁸³ Vom 30. November bis zum 14. Dezember 1972 wurden dann die Baupläne für das Atomkraftwerk im Schulhaus Däniken öffentlich aufgelegt, womit die vierzehntägige Einsprachefrist zu laufen begann.¹⁸⁴ Gleichzeitig zeigte ein Baugespann die Ausmasse des geplanten Bauwerks an und Ballone markierten die Höhe des Kühlturms. Am 14. Dezember lief die Einsprachefrist gegen das Baugesuch ab. Trotz der kurzen Frist waren insgesamt 35 Einsprachen eingereicht worden. Gemäss einer Zusammenfassung der Gemeinde Däniken bezogen sich diese «im wesentlichen auf Einwendungen aus Gründen nuklearer Sicherheit, des Gewässerschutzes und der Beeinträchtigung durch den Kühlturm (...). Unzulässige Immissionen werden zum Teil auch während des Bauvorganges befürchtet. Benachbarte Grundeigentümer machen Schadenersatzansprüche geltend, im Weiteren wird auch die Verletzung von Form- und Verfahrensvorschriften gerügt».¹⁸⁵

Unter grossem Zeitdruck bearbeitete die Baukommission in der zweiten Dezemberhälfte die Einsprachen.¹⁸⁶ «Damit keine Formfehler entstehen können» beantragte man beim Gemeinderat den Beizug eines juristischen Beraters, welcher die Baukommission dann nach

¹⁸⁰ Ebd..

¹⁸¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 21. 1. 1973.

¹⁸² Einen Überblick über das gesamte Baubewilligungsverfahren, insbesondere über das Vorgehen der Gemeinde Däniken, gibt die über sechzigseitige Baubewilligung. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW, 1. Entscheid», Baubewilligung mit Auflage, 11. 1. 1973.

¹⁸³ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 90), 7.

¹⁸⁴ Anfänglich wurde fälschlicherweise eine Einsprachefrist von zehn Tagen kommuniziert, später erfolgte dann eine Anpassung auf die gesetzlich vorgeschriebene Dauer von vierzehn Tagen. Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW, 1. Entscheid», Baubewilligung mit Auflagen, 12. 1. 1973, 4.

¹⁸⁵ Ebd. Eine detailliertere Betrachtung der Einsprachen erfolgt im Kapitel 4.3.

¹⁸⁶ Hinweise darauf finden sich im Schriftverkehr innerhalb der Baukommission, beispielsweise in einem Brief des Gemeindeverwalters an die BK-Mitglieder, in dem dieser mit folgenden Grussworten schloss: «Entschuldigt bitte den flüchtigen Stil etc. aber es eilt, eilt, eilt!». Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW, 1. Entscheid», Brief Spielmann an Baukommission, verm. Dezember 1972.

der Bewilligung durch den Gemeinderat bei der Behandlung der Einsprachen unterstützte.¹⁸⁷ Obwohl gesetzlich nicht vorgeschrieben, beschloss die Baukommission in Absprache mit dem Juristen, Einspracheverhandlungen durchzuführen, um den Beschwerdeführern die Gelegenheit zu bieten, ihre Einsprache persönlich zu erläutern.¹⁸⁸ Diese Verhandlungen wurden am 4. und 5. Januar 1973 im Beisein des juristischen Beraters der Baukommission und Vertretern der Bauherrschaft durchgeführt. Die meisten Einsprecher machten von der Möglichkeit der Teilnahme an der Einspracheverhandlung Gebrauch.¹⁸⁹ Im Nachhinein wurde dann allerdings von Vertretern der regionalen Opposition kritisiert, dass «es sich nicht um Verhandlungen im Sinne des Wortes handelt, sondern lediglich um eine Art «Orientierung der Einsprecher»».¹⁹⁰

Am 12. Januar 1973 erteilte die Baukommission dann dem Baugebrauch für den Kraftwerksblock und den Kühlturm die Bewilligung.¹⁹¹ Die 35 Einsprachen wurden alle abgelehnt, zum grössten Teil, weil sie nicht in den Zuständigkeitsbereich der Baukommission fielen oder die Einsprechenden gemäss Bauverordnung nicht zur Einsprache berechtigt waren. Falls sich diese Ablehnung bereits an den Einspra-

¹⁸⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 18.12.1972. Die Frage, ab wann eine juristische Beratung nötig war, beschäftigte den Gemeinderat verschiedene Male. Darüber entbrannte Brühlmeier zufolge auch die einzige ernsthafte interne Auseinandersetzung, die im Gemeinderat während des AKW-Projekts ausgefochten wurde, vgl. Brühlmeier (wie Anm. 98). Im Februar 1973 beschloss man trotz der Warnung einzelner Mitglieder vor Formfehlern, erst dann einen Anwalt hinzuzuziehen, wenn man mit der ATEL nicht «zu einer vernünftigen Einigung» gekommen war (vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 19.2.1973). Im März 1973 beschied dann die Baukommission, dass sie «ohne jur. od. techn. Beratung (...) gezwungen [wäre], das Mandat sofort niederzulegen». Wieder wurde im Gemeinderat mit Kostengründen gegen die Forderung argumentiert (vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken [wie Anm. 136]). Im April beschloss der Gemeinderat dann ein beschränktes Mandat, betonte allerdings, dass «das Kostendenken im Vordergrund stehen» müsse. Offenbar ging es aber bei der Zurückhaltung nicht nur um finanzielle Aspekte. Verschiedentlich wird auch ein grundlegendes Misstrauen gegenüber den Juristen erkennbar: «Die grössten Streitigkeiten entstehen immer dann, wenn Juristen am Werke sind, sie schaffen sich die Arbeit selbst» (vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 136)). «Die Gemeindebehörde kann ihre Verantwortung nicht an einen Juristen abtreten. Wir möchten demokratisch bleiben und verhindern, dass ein «Aktenberg und kalter Kakao» zurückbleibt». «Es entspräche nicht dem Interesse der Sache, wenn Krähenbühl [der juristische Berater der Gemeinde A.d.V.] hintenrum die Fäden zu 100% in den Händen hielte. So wird das Problem mehr und mehr aufgebauscht» (vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 125)).

¹⁸⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW, 1. Entscheid», Einladung zur Einspracheverhandlung, 22.12.1972, 7.

¹⁸⁹ Ebd., 10.

¹⁹⁰ SOZARCH (wie Anm. 3), 14.

¹⁹¹ In den darauffolgenden Monaten und Jahren wurden darauf insgesamt 29 weitere Teilbaubewilligungen für die Kraftwerksanlage, sowie 41 Tankanlagenbewilligungen erteilt. Dazu kamen noch 17 Baubewilligungen für Baustelleneinrichtungen. Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 90).

cheverhandlungen abgezeichnet hatte, ist verständlich, dass diese eher wie eine «Orientierung der Einsprecher» wirkte. Dabei macht es nicht den Eindruck, als habe die Baukommission für die Einsprechenden kein Verständnis gehabt. Verschiedene Befürchtungen wurden in der Verfügung zur Baubewilligung speziell gewürdigt. So sei «für die nächsten Nachbarn zweifellos nicht zum vornherein von der Hand zu weisen», dass es zu einer Entwertung der Grundstücke kommen würde. Gleichzeitig wurde aber auch festgehalten, dass der Entscheid über Schadenersatzansprüche nicht im Zuständigkeitsbereich der Baukommission liege, sondern vielmehr ein Fall für die Zivilgerichte sei.¹⁹² Auch für den Gewässerschutz betrachtete sich die Baukommission als nicht zuständig und betonte ihr Vertrauen in die verantwortlichen staatlichen Stellen. Die entsprechenden Beschwerden wurden aber gemäss Baubewilligung «an den Regierungsrat des Kantons Solothurn [weitergeleitet], damit er direkt entscheide, soweit er sich als zuständig erachtet».¹⁹³ Den Anliegen der Einsprechenden trug die Baukommission insofern Rechnung, als sie den Bauherren in der Bewilligung verschiedene Auflagen machte. Auf sechs Seiten wurden zahlreiche Bedingungen aufgeführt, die durch die Bauherrschaft vor Baubeginn zu erfüllen waren. Bemerkenswert scheinen unter anderem vor allem die folgenden drei Punkte:

- «Ferner müssen rechtskräftige Vorschriften und Verpflichtungen über die Abfallbeseitigung, aber auch für die Zeit nach der Ausbrennung des Werkes bzw. für den ganzen oder teilweisen Liquidationsfall vorgelegt werden. Atommüll darf im Werk maximal drei Jahre lang gelagert werden. (...)
- Die Baukommission behält sich vor, zu Gunsten der in einem noch zu umschreibenden Gebiet liegenden Grundeigentümer die Bauherrschaft zur Schaffung eines für die Ansprecher grundsätzlich kostenlosen Schiedsgerichtes zur Regelung der allfälligen zivilrechtlichen Ansprüche aus der Existenz und dem Betrieb des Kühlturmes zu verpflichten. (...)
- Im Widerrufsrecht eingeschlossen ist das Recht, zusätzliche Sicherheitsmassnahmen, die Drosselung des Betriebes oder umweltfreundlichere Kühlmethoden zu verlangen. Bezüglich des Kühlturmes und des Abluftkamins wird ein entschädigungsloser Abbruchvorbehalt angebracht. Ein freier entschädigungsloser Widerrufs- und Abbruchvorbehalt gilt ab vollendetem 30. Jahr seit

¹⁹² Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 188), 27 f.

¹⁹³ Ebd., 27.

Inbetriebnahme des Werkes bzw. dann, wenn der Betrieb wesentlich eingeschränkt werden sollte.»¹⁹⁴

Alle drei aufgeführten Auflagen griffen Anliegen aus den Einspracheschriften auf, nämlich die Frage nach dem Rückbau der Anlage und der Lagerung des radioaktiven Abfalls, die Schadenersatzforderungen für entwertete Liegenschaften¹⁹⁵ und nicht zuletzt die Einwände gegen den Kühlturm. Auch wenn die Einsprachen alle abgelehnt wurden, scheinen verschiedene Bedenken der kritischen Bevölkerungsteile in die Baubewilligung eingeflossen zu sein. Die Auflagen können als Beleg dafür gelten, dass die Baukommission nicht einfach nur als ausführende Instanz die Wünsche der Bauherrschaft erfüllte. Diese war alles andere als erfreut über diese Auflagen und nahm insbesondere am Abbruchvorbehalt bezüglich des Kühlturms Anstoss.¹⁹⁶ Doch auch der Däniker Gemeinderat, der in zweiter Instanz eine entsprechende Einsprache der Bauherrschaft zu behandeln hatte, liess den Abbruchvorbehalt in der Baubewilligung stehen. Allerdings weisen die Protokolle des Rats darauf hin, dass diese Forderung nur halbherzig vertreten wurde. Man solle zwar, so die Meinung im Gemeinderat, an dieser Forderung festhalten. Bezüglich der drohenden Anpassung durch eine höhere Instanz wurde allerdings festgehalten: «Wenn eine übergeordnete Instanz anders beschliesst oder in abgeschwächter Form, kann uns dies evtl. egal sein.»¹⁹⁷

Mit der Erteilung der Baubewilligung durch die Baukommission begann der Weg der Einsprechenden durch die Instanzen. Beim Däniker Gemeinderat, der als zweite Beschwerdeinstanz waltete, gingen 18 Einsprachen ein, darunter eine der Bauherrschaft. Während letztere teilweise gutgeheissen wurde, lehnte der Gemeinderat die übrigen Einsprachen ab. Zwölf davon wurden darauf an das kantonale Baudepartement weitergezogen. Das kantonale Verwaltungsgericht lehnte schlussendlich am 16. November 1973 in 4. Instanz sämtliche Beschwerden gegen die Baubewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen ab. Dabei wurden auch verschiedene Auflagen der Gemeinde

¹⁹⁴ Ebd., 56 ff.

¹⁹⁵ Durch das Schiedsgerichtsverfahren konnten betroffene Personen «klagen, ohne den Richter anzurufen. Der Geschädigte muss aber selbst den Beweis erbringen», dass er vom Kühlturm betroffen war. Der später ausgehandelte Schiedsgerichtsvertrag begrenzte den Kreis der vor dem Schiedsgericht klageberechtigten Personen auf die Anwohner, die im Umkreis von 500 Meter um das Werk wohnten. Ausserdem konnten nur «Emissionen und Immissionen des Kühlturms» geltend gemacht werden, nicht aber andere Einflüsse des Werks. Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 5. 8. 1974.

¹⁹⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 9. 4. 1973.

¹⁹⁷ Ebd.

Däniken aus der Baubewilligung entfernt, darunter die oben genannten Abbruchvorbehalte.¹⁹⁸ Das Bundesgericht als letzte Instanz wurde nicht mehr angerufen.

3.5. Belastung der Gemeindebehörden

Für die Behörden der Gemeinde Däniken hatte das Kraftwerkprojekt vor allem auch eine hohe Arbeitsbelastung zur Folge. Der Gemeinderat beschäftigte sich im Jahr 1973 in 21 von insgesamt 30 Sitzungen ausführlicher mit dem Projekt, die Sitzungen der Gemeinderatskommission nicht mit eingerechnet. Um den Gemeinderat von den AKW-Geschäften zu entlasten, wurde Anfangs 1973 ein Ausschuss gebildet, der dann die entsprechenden Traktanden jeweils vorbereitet.¹⁹⁹ Ein ähnlicher Ausschuss wurde auch in der Baukommission gebildet. Diese war vor allem durch die zahlreichen Bewilligungen für das Atomkraftwerk stark ausgelastet. Von 1973 bis 1975 hatte sie insgesamt 46 Teilbaugesuche für Baustellen- und Kraftwerkseinrichtungen sowie 41 Tankanlagen zu bewilligen, wobei insbesondere die Bewilligung des Reaktorblocks und des Kühlturms und das damit verbundene Einspracheverfahren viel Aufwand bereitete.²⁰⁰

Neben dem AKW-Projekt wurden die Däniker Behörden im gleichen Zeitraum auch durch die bereits erwähnten weiteren Grossprojekte belastet. Die anfallenden Landumlegungsverfahren und Erschliessungsarbeiten brachten neben dem Arbeitsaufwand auch finanzielle Herausforderungen mit sich. Nach Angaben des damaligen Baupräsidenten hatte die Gemeinde im Rahmen der verschiedenen Projekte Arbeiten mit Gesamtkosten von rund 27 Millionen zu verrichten und aus der Gemeindekasse vorzufinanzieren.²⁰¹ Diese Leistungen waren für eine kleine Gemeinde wie Däniken schwer zu erbringen. Als im Herbst 1973 Entschädigungszahlungen der verschiedenen Projektanten im Verzug waren, musste der Däniker Gemeindeverwalter dem Gemeinderat gar mitteilen, dass sich die Gemeinde in einer «prekären Finanzklemme» befinde und ausstehende Rechnungen nicht beglichen werden könnten. Der Gemeinderat beschloss darauf, dass in Zukunft «keine Fremdfinanzierung mehr vorgenommen» werden sollte.²⁰² Auf Grund der hohen Arbeitsbelastung wurde ausserdem die Gemeindeverwaltung personell auf-

¹⁹⁸ SWA (wie Anm. 64), 5.

¹⁹⁹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 164).

²⁰⁰ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 90).

²⁰¹ Brühlmeier (wie Anm. 98).

²⁰² Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 8. 10. 1973.

gestockt und der Bau eines neuen Gemeindehauses in Angriff genommen.²⁰³ Die Belastungen, welche die verschiedenen Projekte für die Gemeinde mit sich brachten, reizten die Möglichkeiten des Milizsystems aus und brachten eine kleine Gemeinde wie Däniken an ihre Grenzen. Die Mitglieder des Gemeinderates und der Baukommission waren alle ehrenamtlich tätig und darüber hinaus auf dem Gebiet der Kraftwerkstechnik grösstenteils Laien. Der hohe Arbeitsaufwand, der durch das AKW-Projekt anfiel, verlangte den Behördemitgliedern vieles ab. Wenn Einzelne dabei an den Rand der Überforderung gelangten, dann lag dies wohl weniger an ihren Fähigkeiten, als viel mehr an der ungewöhnlichen lokalen Häufung von Grossprojekten und an gesetzlichen Bestimmungen, die den Gemeindebehörden im Falle solcher Projekte sehr viel Aufwand zumuteten.

4. Gösigen im Gegenwind

4.1. Aufkeimender Widerstand gegen AKWs in der Schweiz²⁰⁴

4.1.1. Atomkraft als Hoffnungsträgerin

Bis Ende der 1960er-Jahre war Widerstand gegen die zivile Nutzung der Atomenergie in der Schweiz kein öffentliches Thema. Warnende Stimmen blieben selten, die frühen AKW-Gegner hatten grosse Schwierigkeiten, überhaupt wahrgenommen zu werden. In der Öffentlichkeit war man sich darüber einig, dass die sogenannte «friedliche Nutzung» der Atomenergie sehr positiv zu bewerten sei, die Atomenergie wurde in der von Wachstums- und Fortschrittsideologie geprägten Gesellschaft der 1950er- und 1960er-Jahre gar als Versinnbildlichung des technischen Fortschritts schlechthin gesehen. Der Bundesrat drängte anfangs der 1960er-Jahre auf einen raschen Einstieg in die Atomenergienutzung. Sogar die schweizerische Antiatombewegung, die in den 1950er- und 1960er-Jahren gegen eine atomare Aufrüstung gekämpft hatte, unterstützte die «friedliche Verwendung» der Atomenergie. Die Naturschutzverbände, allen voran der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN), forderten

²⁰³ Der Gemeinderat konnte bis dahin lediglich über einzelne Zimmer im Schulhaus verfügen.

²⁰⁴ Einen umfassenden Überblick über das Aufkommen von Widerstand gegen Atomkraft und die Entstehung der Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz bietet die Dissertation von Kupper: Kupper (wie Anm. 2), 105–170.

lautstark einen Einstieg in die Atomenergienutzung.²⁰⁵ Während ihres erbitterten Widerstands gegen die stets grösser dimensionierten Wasserkraftwerke in den 1950er- und 1960er-Jahren avancierte die Atomenergie zur grossen Hoffnungsträgerin, die als «umweltfreundliche Alternative» den Bau von weiteren hydraulischen Grosswerken und von der Energiewirtschaft geplanten konventionellen thermischen Kraftwerken überflüssig machen würde. So wurden die ersten drei Atomkraftwerke der Schweiz zwischen 1965 und 1972 ohne nennenswerten Widerstand erbaut und in Betrieb genommen.²⁰⁶ Da die Elektrizitätswirtschaft dank dem AKW-Bau auf umstrittene hydraulische und konventionell-thermische Kraftwerkprojekte verzichtete, begann in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre eine kurze Phase des «energiepolitischen Friedens».²⁰⁷

4.1.2. Erster Widerstand in Kaiseraugst

Der Konsens war aber nur von kurzer Dauer, bereits im Jahr 1969 war es mit dem Frieden in der Elektrizitätsbranche wieder vorbei. Damals wurde das bis dahin kaum umstrittene Atomkraftwerkprojekt in Kaiseraugst «innerhalb weniger Monate zu einem nationalen Politikum».²⁰⁸ Auslöser dafür war die Publikation des Berichts der Kommission Baldinger, der vom Bundesrat in Auftrag gegeben worden war, im März 1969. Darin wiesen die Experten des Eidgenössischen Amtes für Gewässerschutz auf die Problematik der Flusswassererwärmung durch die Kühlsysteme der AKWs hin und warnten vor einschneidenden Folgen.²⁰⁹ Diese Warnung verhallte nicht ungehört. Der Gewässerschutz hatte innerhalb der schweizerischen Naturschutzbewegung eine lange Tradition, und so wurde die Problematik von den Naturschützern rasch aufgenommen und heiss debattiert.

Die lancierte Diskussion um die Flusswassererwärmung führte in der Region Kaiseraugst bald zur Konfrontation mit einer weiteren Problematik des AKW-Baus. In Basel erkannten die Politiker, dass sie bei der bisherigen Projektierung des AKWs in Kaiseraugst völlig übergangen worden waren. Auf Grund der in der schweizerischen Atomgesetzgebung vorgesehenen Bewilligungsprozesse wurde nur

²⁰⁵ Kupper (wie Anm. 49), 230.

²⁰⁶ Graf, Nicole: Das Zeitalter der subatomaren Energie? Die Deutungsmuster der Kernenergie zwischen 1969 und 1985, in: Eisner, Manuel u.a. (Hrsg.): Risikodiskurse. Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich 2003, 125–151, hier 134. Beznau I nahm am 1. 9. 1969 den Betrieb auf, Beznau II folgte am 1. 12. 1971 und Mühleberg schliesslich am 6. 11. 1972.

²⁰⁷ Kupper (wie Anm. 2), 64.

²⁰⁸ Kupper (wie Anm. 2), 119.

²⁰⁹ Vgl. Kapitel 2.2.2.

der Standortkanton in die Vernehmlassung des Standorts einbezogen, im Falle von Kaiseraugst war dies der Kanton Aargau. Kaiseraugst lag aber nur rund zehn Kilometer von der Stadt Basel entfernt, wodurch die Region Basel am stärksten von den erwarteten Auswirkungen des AKWs betroffen gewesen wäre. Auf Grund des Verlaufs der Kantonsgrenze konnten die Basler jedoch weder offiziell auf den Entscheidungsprozess Einfluss nehmen, noch sollten sie von den Steuerzahlungen des Atomkraftwerks profitieren. Gemäss den Darstellungen Koppers fühlten sich die Basler Kantone übergangen und versuchten die fehlenden politischen Möglichkeiten durch politischen Druck zu kompensieren. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, brachten sie nicht nur die Kühlwasserfrage öffentlich zur Sprache, sondern wiesen auch auf andere Probleme der Atomkraft hin, etwa die Strahlengefahr oder die Problematik der radioaktiven Abfälle.²¹⁰

Im Mai 1970 organisierte sich der Widerstand im Raum Basel auf regionaler Ebene im Nordwestschweizerischen Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst (NAK). Das NAK war die erste regionale Anti-AKW-Organisation der Schweiz und wurde in den folgenden Jahren «zum Sammelbecken der Opposition» gegen das AKW Kaiseraugst. Zu Beginn des Jahres 1972 zählte es bereits 1200 Einzelmitglieder sowie vierzehn Gemeinden als Kollektivmitglieder. Der Widerstand richtete sich in erster Linie gegen die Erstellung eines Atomkraftwerks in dicht besiedeltem Gebiet und gegen die «weltweit einmalige Häufung von Kernkraftwerken» im Raum des Dreiländerecks.²¹¹ Dem frühen Widerstand lagen weder Ängste vor den Risiken der Atomenergie zu Grunde, noch richtete er sich grundsätzlich gegen den Bau von Atomkraftwerken. Die frühen AKW-Gegner betonten immer wieder, dass sie die Atomenergienutzung grundsätzlich befürworteten. Sie hätten es sich auch gar nicht leisten können, sich gegen die Atomenergie auszusprechen. Da diese noch bis Anfang der 1970er-Jahre uneingeschränkt als Sinnbild des technischen Fortschritts galt, wären sie mit einer solchen radikalen Position gar nicht ernst genommen worden.²¹² In dieser Phase des Widerstands

²¹⁰ Kopper (wie Anm. 49), 231 f.

²¹¹ Kopper (wie Anm. 2), 120. Neben dem Werk in Kaiseraugst waren in Leibstadt und Beznau sowie jenseits der Grenzen zu Frankreich und Deutschland in Fessenheim (F), Whyll (D) und Schwörstadt (D) Atomkraftwerke geplant.

²¹² Kopper (wie Anm. 2), 121. Wie wenig Aufmerksamkeit die Öffentlichkeit dem Unfallrisiko von AKWs schenkte, zeigte sich auch beim Unfall im Schweizer Versuchsatomkraftwerk in Lucens im Jahr 1969. Dieser wurde zwar öffentlich wahrgenommen, man kritisierte aber in erster Linie die verfehlte Förderungspolitik des Bundes. Fragen zum Risiko von Atomkraftwerken standen nicht im Vordergrund. Die Betreiber stellten den

ging es vielmehr um einzelne Aspekte des Atomkraftwerkbaus, so zum Beispiel das zentralistische Bewilligungsverfahren oder spezifische Merkmale der projektierten AKWs wie die Flusswasserkühlung oder später dann die Ästhetik des Kühlturms. Auch bediente man sich in dieser frühen Phase des Widerstands vor allem juristischer Mittel zum Kampf gegen die konkreten Projekte.

4.1.3. *Stimmungsumschwung und grundlegende Opposition*

In den Jahren 1972 und 1973 begannen sich die Interpretationsmuster der Atomenergie grundlegend zu ändern. In diesen Jahren entstand «im Zeichen der ökologischen Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung» eine Gegnerschaft, welche die Atomenergie aus grundsätzlichen Überlegungen heraus ablehnte.²¹³ Als erste nationale Organisationen stellten im Frühling 1973 die Umweltverbände Atomkraftwerke grundsätzlich in Frage. Während die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) mit ihrer Forderung nach der Erarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption einen klaren Positionsbezug noch vermied, wurde der WWF mit dem Ruf nach einem AKW-Moratorium bereits deutlicher.²¹⁴ Die Haltung der Umweltverbände hatte sich damit innerhalb weniger Jahre fundamental verändert.

Diese Verschiebung der Positionen ist im Zusammenhang mit der sich wandelnden öffentlichen Wahrnehmung der Umweltzerstörung zu Beginn der 1970er-Jahre zu verstehen. Kupper bezeichnet diesen Prozess als «1970er Diagnose» und will darin zum Ausdruck bringen, dass nicht die Faktenlage neu war, sondern ihre Beurteilung.²¹⁵ Die Umweltfrage gewann innert weniger Jahre stark an Bedeutung und erhielt eine neue Qualität.²¹⁶ Nachdem die umweltpolitischen Anliegen noch Ende der 1960er-Jahre wenig Beachtung gefunden hatten, entwickelte sich der Umweltschutz plötzlich zum zentralen Thema und wurde in breiten Kreisen als vordringliches Problemfeld der Gesellschaft anerkannt.²¹⁷ Fragen wie die Verschmutzung von Luft und Wasser und die Belastung des Menschen durch Lärm

Vorfall von Lucens vielmehr als Beleg für das Funktionieren der Sicherheitssysteme dar. Vgl. Kupper (wie Anm. 2), 116.

²¹³ Kupper (wie Anm. 49), 233.

²¹⁴ Kupper (wie Anm. 2), 142.

²¹⁵ Kupper (wie Anm. 49), 228. Diese Begriffsbildung erfolgte in Anlehnung an Christian Pfister, der für die nachhaltige Belastung der Umwelt durch die Prosperität der Nachkriegsjahre den Begriff «1950er Syndrom» prägte.

²¹⁶ Kupper, Patrick: Die «1970er Diagnose». Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 43 (2003), 325-349, hier 330.

²¹⁷ Kupper (wie Anm. 2), 133.

erhielten in der Öffentlichkeit eine steigende Aufmerksamkeit.²¹⁸ Seit dem Ende der 1960er-Jahre hatte eine Reihe von wissenschaftlichen Publikationen erschreckende Prognosen für die Zukunft abgegeben. Im Frühling 1972 erschien als Höhepunkt dieser Veröffentlichungen der vom Club of Rome in Auftrag gegebene Bericht über die «Grenzen des Wachstums» und erregte weltweit grosses Aufsehen. Der Bericht stellte die Ideologie des steten Wachstums grundlegend in Frage und prognostizierte apokalyptische Zukunftsszenarien, falls der ressourcenintensive Wachstumstrend nicht gebrochen werden könne. Dieser Aspekt wurde fortan zur Schlüsselfrage des Umweltdiskurses. Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt wurden nicht mehr länger als zwingende Grössen akzeptiert, vielmehr waren es nun die ökologisch definierten Grenzen, welche den Massstab für die gesellschaftliche Entwicklung bildeten.²¹⁹ Dieser neue Blickwinkel schlug sich bald auch in der Atomenergiediskussion nieder und bewirkte einen Wechsel der Perspektive, unter der die Probleme der Atomenergie betrachtet wurden. Es ging nicht mehr länger um einzelne, isolierte Aspekte des Natur- oder Heimatschutzes wie Flusswasserqualität oder Kühltürme. Vielmehr wurden nun die Atomkraftwerke in einen Zusammenhang mit den grundlegenden gesellschaftlichen Problemen gestellt.²²⁰ Die zusätzliche Energie, welche Atomkraftwerke bringen würden, sei unerwünscht, «da ein auf höherem Energieinput basierendes Wirtschaftswachstum die Umwelt nur noch zusätzlich belastet», argumentierte der Schweizerische Bund für Naturschutz im Sommer 1974 in seinem «Manifest gegen die Energieverschwendung».²²¹

Parallel dazu beschleunigte sich im Rahmen der «gesellschaftlichen Orientierungskrise der Jahre um 1970» ein Prozess, durch den sich die öffentliche Wahrnehmung der Wissenschaft grundlegend veränderte. Kupper spricht mit Weingart von einer «Verwissenschaftlichung der Gesellschaft bei einer gleichzeitigen Vergesellschaftung der Wissenschaft», die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts festzustellen sei. Während auf der einen Seite der gesellschaftliche Stellenwert des Wissens zunahm, verlor die Wissenschaft auf der anderen Seite ihren Sonderstatus als «Definitionsmacht wissenschaftlichen Wissens». Wissen, das in den Jahren zuvor als gesichert

²¹⁸ Bezüglich der Frage, was diese neue Wahrnehmung ausgelöst hat und warum die Umweltfrage gerade zu diesem Zeitpunkt aktuell wurde, sei verwiesen auf Kupper (wie Anm. 216).

²¹⁹ Kupper (wie Anm. 216), 345.

²²⁰ Kupper (wie Anm. 49), 234.

²²¹ Ebd.

galt, wurde mit einem Mal hinterfragt. Durch die «Erosion der Expertenmacht» wurde die Unabhängigkeit der Experten ebenso in Frage gestellt, wie ihre alleinige Zuständigkeit für bestimmte Fragen. Der Glaube an die Möglichkeit einer verlässlichen wissenschaftlichen Expertise wurde grundsätzlich erschüttert, zu jeder Expertenmeinung fand sich eine Gegenmeinung, die das scheinbar gesicherte Wissen zu widerlegen schien. Diese «Desavouierung der Experten» zeigte sich insbesondere in der Kontroverse um die Atomenergie. Die stets beteuerte Unbedenklichkeit der nuklearen Technologie wurde plötzlich hinterfragt, und die Frage der radioaktiven Abfälle wurde als Problem wahrgenommen, nachdem die Lösbarkeit der Endlagerung zuvor kaum je in Frage gestellt worden war.²²²

Die Diskussion um die ökologisch definierten Grenzen des Wachstums und die Erosion der Expertenmacht waren zwei Einflüsse, welche die Kontroverse um die Nutzung der Atomenergie fundamental veränderten. Zum ersten Mal wurden Atomkraftwerke als Ganzes aus einer grundlegenden Überzeugung heraus abgelehnt, während gleichzeitig grosse Unklarheit darüber bestand, wem denn überhaupt in der Diskussion um AKWs geglaubt werden kann. Diese veränderten Voraussetzungen verliehen dem Widerstand gegen die Atomkraftwerke eine vollkommen neue Qualität.

4.2. Stimmung in der Region

4.2.1. Reaktionen der regionalen Bevölkerung

Auch im Niederamt, der Standortregion des geplanten Kernkraftwerks Gösgen, bildete sich gegen Ende des Jahres 1972 eine Opposition heraus, welche den Bau des Werks grundlegend in Frage stellte. Auf die öffentliche Bekanntmachung der AKW-Baupläne der ATEL im Herbst 1969 hatte man in der Region noch vornehmlich positiv reagiert. Breite öffentliche Kritik blieb in den ersten Jahren nach der Lancierung des Projekts aus. Zwar waren schon zu dieser Zeit anonyme Flugblätter gegen das AKW im Umlauf,²²³ und im Däniker Gemeinderat nahm man Anstoss an «tendenziösen Zuschriften», die der Gemeinde zugestellt worden waren.²²⁴ Von offenem Widerstand konnte aber keine Rede sein. Gleichwohl brachte das geplante Projekt schon damals einige Unruhe in die Region. In den Däniker Gemeinderatsprotokollen ist immer wieder von Missstimmungen unter den

²²² Kupper (wie Anm. 2), 181 ff.

²²³ Wyser (wie Anm. 37), 18.

²²⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 29. 6. 1970.

Gemeinden des Niederamts die Rede, welche durch das geplante AKW ausgelöst wurden. Ein stetes Thema waren die Einwände und Beschwerden der umliegenden Einwohnergemeinden, die als Druckmittel in den Verhandlungen um die Verteilung der Steuerverträge des AKWs verstanden wurden. Diese Verhandlungen zogen sich über mehr als zwei Jahre hin und wurden teilweise erbittert geführt. Die Protokolle des Däniker Gemeinderats sind an verschiedenen Stellen geprägt vom rüden Ton, in dem diese Auseinandersetzung ausgetragen wurde.²²⁵

Gegen Ende des Jahres 1972 wurde in der Region dann aber auch die grundlegende Kritik am geplanten Atomkraftwerk immer hörbarer. Im Dezember 1972 sorgte die Verteilung der Denkschrift eines Biologen aus der Region für Aufsehen. Auf drei Seiten wurden unter dem Titel «Das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken bedroht unsere Region!» die Unsicherheit der AKWs, die grosse Gefahr der ständig austretenden Radioaktivität und die Belastungen durch den Kühlturm gegeisselt.²²⁶ Auch im Rahmen verschiedener Versammlungen verliessen kritische Bürger ihrem Unmut über das Projekt Ausdruck. So seien im Mai 1973 an einer Orientierungsversammlung in Niedergösgen die Däniker Behörden «schwer angegriffen» worden. Die Versammlung endete gemäss den anwesenden Däniker Gemeinderäten «wie es kommen musste», nämlich «im Tumult».²²⁷ An einer anderen Versammlung der AKW-Gegner in Schönenwerd wurde der damalige Däniker Baupräsident Werner Brühlmeier von der Menge «ausgepfiffen und ausgelacht» und an einer Stellungnahme gehindert.²²⁸

4.2.2. Erste Kritik in Däniken

Auch in Däniken liessen sich gegen Ende des Jahres 1972 erste kritische Stimmen gegen die AKW-Pläne vernehmen. An einer Gemeindeversammlung im Dezember äusserten sich mehrere Personen im Rahmen der Debatte über den Steuerverteiler auch grundlegend zum geplanten Atomkraftwerk. Insgesamt finden sich zwischen 1969 und 1975 sechs Gemeindeversammlungsprotokolle, in denen Wortmeldungen zum AKW-Projekt vermerkt wurden.²²⁹ An der ersten

²²⁵ Vgl. Kapitel 3.4.1

²²⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW, 1. Entscheid», Denkschrift «Das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken bedroht unsere Region!», verm. Dezember 1972.

²²⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 21. 5. 1973.

²²⁸ Brühlmeier (wie Anm. 98).

²²⁹ Lediglich an zwei Versammlungen war dabei auch ein Geschäft traktandiert, das einen Bezug zum AKW-Projekt aufwies. Auch diese zwei Geschäfte hatten nur indirekt mit dem Projekt zu tun, das Atomkraftwerk als solches war nie ein offiziell traktandiertes

Gemeindeversammlung, an der über das AKW informiert wurde, beschränkte sich die Debatte auf die Frage eines Einwohners, der wissen wollte, ob das Kernkraftwerk zu verhindern sei. Nach der abschlägigen Antwort des Gemeindeammanns wurden keine weiteren Wortmeldungen gemacht. Nach dieser Gemeindeversammlung im Juni 1970 verstrichen eineinhalb Jahre, bis das Atomkraftwerk erneut an einer GV thematisiert wurde. An der Versammlung im Dezember 1972 bezogen verschiedene kritische Einwohnerinnen und Einwohner Stellung gegen das Kraftwerk-Projekt. Interessanterweise wurden dabei bereits verschiedene grundlegende Argumente gegen die Atomkraftwerke vorgebracht, die gerade erst im Rahmen des Diskurses um die Begrenztheit des Wachstums aufgekommen waren. So wurde im GV-Protokoll das folgende Votum einer älteren Dorfbewohnerin festgehalten: «Wir sollen uns nicht von den grossen Steuerzahlen blenden lassen. Die Menschheit wird auf einen verschwenderischen Stromverbrauch hingetrieben. Bei haushälterischem Umgang sei genug Strom vorhanden. Die Berichte der Biologen zum Atomkraftwerk lauten anders als die Vorteile, die uns weisgemacht werden. Das Werk ist nichts harmloses, alles wird aufdiktiert. Nach den Worten der Sprecherin ist das Werk nur der Hochfinanz und der Industrie zweckdienlich».²³⁰ Offenbar hat der schweizweite Stimmungsumschwung in den Jahren 1972 und 1973 damals auch in der Däniker Dorfbewohnerin Spuren hinterlassen. Neben dem Bezug zur Umweltfrage klingen in dem Votum auch Vorstellungen an, wie sie später von Teilen der Anti-AKW-Bewegung vertreten und 1977 von Robert Jungk in seinem Buch «Der Atomstaat» auf den Nenner gebracht wurden.²³¹ Die scheinbar unkontrollierte Macht der «Atom-Lobby», die nach ihren Wünschen und zu ihrem Vorteil schalten und walten kann, scheint auch einigen Dänikern suspekt gewesen zu sein. Gleichzeitig spricht die Rednerin dem Atomkraftwerk auch die Harmlosigkeit ab, die von den Bauherren und Experten stets von neuem beteuert wurde. Mit dieser Sichtweise war sie nicht allein, auch andere Personen äusserten sich kritisch zur Sicherheit des AKWs. Ein Landwirt prangerte an der Versammlung beispielsweise die «Strahlenschäden des Kernkraftwerks» an, wobei er sich offenbar vor allem vor dem austretenden radioaktiven Dampf des Kühlturmes

Geschäft an einer Däniker Gemeindeversammlung.

²³⁰ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll der Gemeindeversammlung vom 11.12.1972.

²³¹ Vgl. Jungk, Robert: Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit. Zürich 1977.

fürchtete.²³² Ein anderer Einwohner beklagte sich darüber, dass über die Nachteile des Werks nicht transparent informiert würde.²³³

Die AKW-Kritikerin, die sich damals mit ihrer ablehnenden Haltung in Däniken am stärksten exponierte, war Elisabeth Marrer. Auch sie nahm an der Gemeindeversammlung im Dezember 1972 gegen die Atomenergie Stellung und versuchte, eine Konsultativabstimmung über das Kraftwerk zu initiieren. Eine solche Abstimmung wurde vom Däniker Ammann aber abgelehnt, begründet damit, dass «sie unrechtmässig wäre».²³⁴ Der Gemeinderat hatte bereits zu Beginn des Jahres 1971 an einer Sitzung beschlossen, dass keine Konsultativabstimmung zum AKW durchgeführt werden solle.²³⁵ Im entsprechenden Gemeinderatsprotokoll sind zwar keine weiteren Ausführungen über Motivation und Hintergründe zu dieser Entscheidung zu finden, die Vermutung liegt aber nahe, dass sich der Rat vor der negativen Dynamik fürchtete, die aus einer allfälligen offenen Ablehnung des Werkes an der Gemeindeversammlung hätte entstehen können. Interessanterweise wurde die Gemeindeversammlung vom Dezember 1972 trotz ausgebliebener Konsultativabstimmung dann tags darauf in einer Medienmitteilung der Gemeinde Däniken als klares Zeichen für die Unterstützung des gemeinderätlichen Kurses – und damit schlussendlich auch als Votum zur Beförderung des AKW-Projekts – durch die Einwohnerinnen und Einwohner dargestellt: «Im Hinblick auf unsere Gemeindeversammlung vom 11. Dezember wurde von verschiedener Seite zum Frontalangriff geritten und unsere Bevölkerung – die sich überwiegend ruhig und unpolemisch verhält – aufgestachelt. Die Abstimmung über den Steuerverteiler musste also über die Stimmung im Dorf Aufschluss geben, so als ginge es um alles. Die Stimmberechtigten von Däniken haben diesen Test glänzend bestanden und der Behörde für die Zukunft eine solide Rückendeckung mitgegeben.»²³⁶ Auch wenn bei einem Blick in das Protokoll der Gemeindeversammlung unklar bleibt, an welcher

²³² Hier besteht möglicherweise ein Bezug zu der oben erwähnten Denkschrift «Das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken bedroht unsere Region!», die im Vorfeld der Gemeindeversammlung verteilt worden war. In dieser wird vor den ständig aus dem Hochkamin austretenden radioaktiven Stoffen gewarnt. In der Tat werden über die Abluft des Reaktors ständig kleine Dosen radioaktiver Gase freigesetzt. Der Hochkamin ist dabei jedoch nicht mit dem Kühlturm zu verwechseln.

²³³ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 230).

²³⁴ Ebd. Was genau mit dieser Formulierung gemeint ist, bleibt unklar. Möglicherweise wies der Gemeindeammann darauf hin, dass gemäss dem gesetzlich vorgesehenen Bewilligungsverfahren eine Befragung der Bevölkerung damals nicht vorgesehen war.

²³⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 11. 1. 1971.

²³⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW, 1. Entscheid», Medienmitteilung Gemeindeversammlung, 12. 12. 1972.

Stelle die Stimmbürger ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht haben, deuten die geführten Interviews darauf hin, dass ein Grossteil der Däniker Bevölkerung das Atomkraftwerk befürwortete oder dem Projekt zumindest gleichgültig gegenüberstand. Die Einwohnerinnen und Einwohner, die sich an der Gemeindeversammlung im Dezember 1972 mit ihrer Kritik am geplanten Werk exponierten, waren offenbar in der Minderzahl. Betrachtet man jedoch die gesamte Region, so waren die Personen mit Vorbehalten und Ängsten bezüglich des geplanten Atomkraftwerks durchaus zahlreich.

4.3. Einsprachen gegen das Baugesuch²³⁷

4.3.1. Kristallisationspunkt der Argumente und Ängste

Zum Kristallisationspunkt der in der Region vorhandenen Argumente und Ängste wurde das Baugesuchsverfahren für das Kernkraftwerk Gösgen, in dessen Rahmen im Dezember 1972 insgesamt 35 Einsprachen eingereicht wurden. Als Einsprechende traten vier Einwohnergemeinden (EWGs) und drei Bürgergemeinden (BGs) der Region, 23 Privatpersonen und drei private Einsprachegruppen aus den umliegenden Gemeinden (Priv.), sowie der Solothurnische Naturschutzverband (SNV) auf.²³⁸ Anhand einer genaueren Betrachtung der Einsprachen und der darin enthaltenen Kritikpunkte soll in der Folge ein Überblick über die damals in der Region vorhandenen Argumente und Ängste bezüglich des Kernkraftwerks Gösgen gegeben werden.²³⁹ Dazu wurden die einzelnen Kritikpunkte aufgenommen und kategorisiert. Folgende Kategorien haben sich dabei angeboten:²⁴⁰

- Auswirkungen des Kühlturms;
- Gefährdung des Grundwassers;
- Wertminderung der Liegenschaften;
- Nukleare Sicherheit;

²³⁷ Falls nicht anders angegeben stammen die verwendeten Zitate aus dem Einsprachenverzeichnis der Gemeinde Däniken: Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW», Einspracheverzeichnis KKW Gösgen-Däniken, 12. 12. 1972.

²³⁸ Die Differenz zwischen dem Total der Einsprachen und der Anzahl der Einsprechenden ist darauf zurückzuführen, dass die Einwohnergemeinde Niedergösgen nach der ersten Einsprache noch eine zweite einreichte, in der zusätzliche Kritikpunkte angebracht wurden. Eine Übersicht über die regionale Verteilung der Einsprechenden findet sich im Anhang.

²³⁹ In Kapitel 1.3.2 wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Einsprechenden wohl zur Unterstreichung ihrer Ablehnung alle vorhandenen Argumente aufgeführt hatten. Die Einspracheschriften können daher als Sammlung der damals in der Region vorhandenen Argumente gelten, aber nur mit Vorbehalt als Sammlung der tatsächlich empfundenen Ängste.

²⁴⁰ Eine Aufschlüsselung der einzelnen Argumentkategorien findet sich im Anhang.

- Verfahrensfehler;
- Gesundheitsgefährdende Immissionen;
- Entsorgung;
- Naturschutz.

Die Aufschlüsselung der Einspracheargumente nach Argumentekategorie ergibt dabei folgendes Bild:²⁴¹

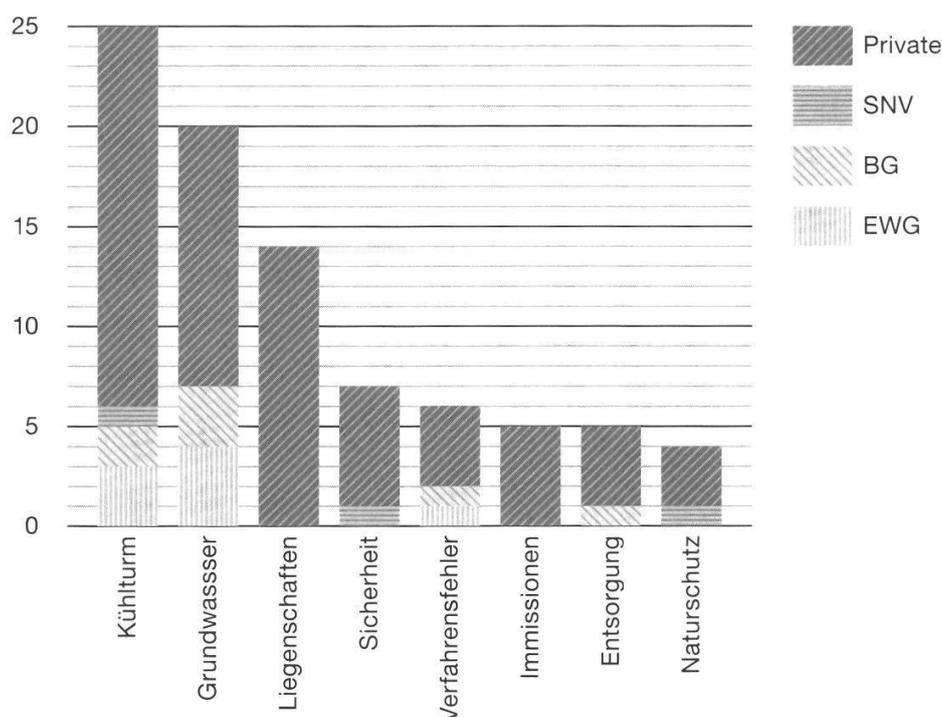


Abbildung 3: Einspracheargumente nach Kategorien

Mit Abstand am meisten kritisiert wurde in den Einspracheschriften der geplante Kühlturm. Argumente gegen den Kühlturm finden sich in über 70 Prozent der Einspracheschriften, wobei von der Lärmbelastung (in 20 % der Einspracheschriften) über die Ästhetik (42 %) bis hin zur Gefahr für den Flugverkehr (1 Nennung) die unterschiedlichsten Aspekte beanstandet wurden.²⁴² Am zweitmeisten Nennungen verzeichnete die Angst vor einer Gefährdung des Grundwassers (57%), wobei hier sowohl die Beeinträchtigung des Grundwasserflusses als auch eine Verseuchung des Grundwassers

²⁴¹ Jede Einspracheschrift wurde pro Argumentekategorie höchstens einmal gezählt. 100 % = 35. Eine detailliertere Aufschlüsselung der einzelnen Einsprachegründe findet sich im Anhang.

²⁴² Vgl. detaillierte Aufschlüsselung der Einspracheargumente im Anhang. Wenn in der Folge Prozentzahlen angegeben sind, so beziehen sich diese immer auf die Anzahl der Nennungen in den Einspracheschriften. Vom Verhältnis der Argumente in den Einspracheschriften darf nicht ohne weiteres auf das Verhältnis der Argumente in der Bevölkerung der Region geschlossen werden. Es ist davon auszugehen, dass beim Baugesuch die konkreten Einsprachen gegen das Projekt überproportional vertreten sind.

eine Rolle spielten. An dritter Stelle stehen dann die befürchtete Abwertung der Liegenschaft und die damit verbundenen Schadenersatzforderungen (40%). Der Naturschutz blieb in den Einspracheschriften mit vier Nennungen (11,4%) ebenso ein Randthema wie die Angst vor gesundheitsgefährdenden Immissionen (14,3%) und die verschiedenen Aspekte der Entsorgung (14,3%), zu denen neben der Frage der nuklearen Abfälle auch die Problematik des Rückbaus der Anlage nach der Stilllegung gezählt wurde. Wenig mehr Nennungen verzeichneten die Sorgen betreffend der Sicherheit der nuklearen Anlagen (20%) sowie die beanstandeten Fehler oder Ungereimtheiten im Baugesuchsverfahren (17,1%). Es ist auffällig, dass sich die drei meist genannten Argumentekategorien allesamt auf konkrete Aspekte des geplanten Kernkraftwerks bezogen. Der Kühlturm hat nichts mit der nuklearen Technologie zu tun und die Versenkung des Reaktorblocks ins Grundwasser war ein spezifisches Detail des AKW-Projekts Gösgen. Die klassischen Argumente gegen AKWs, nämlich Sicherheit, Entsorgung und Immissionen spielten in den Einspracheschriften gegen das Kernkraftwerk Gösgen nur eine nebensächliche Rolle. Die Einspracheschriften der kritischen Einwohnerinnen und Einwohner der Region richteten sich also weniger gegen die Atomenergie als solche, als gegen das konkrete Projekt vor ihrer Haustür.

Unterscheidet man die Einsprachepunkte nach Art der Einsprechenden, so werden ebenfalls einige Regelmässigkeiten erkennbar. Die Einsprachen der Einwohnergemeinden drehten sich praktisch ausschliesslich um die Gefährdung des Grundwassers und die Auswirkungen des Kühlturms. Ängste vor möglichen Gefahren der Technologie in Form von Unfällen oder gesundheitsschädigenden Immissionen wurden von ihnen ebenso wenig ins Feld geführt wie Bedenken bezüglich der Entsorgung nuklearer Abfälle. Offenbar zweifelte man in diesen Kreisen nicht an der technischen Lösbarkeit, sondern störte sich entweder am Kühlturm oder fürchtete Folgen des baulichen Eingriffs für den Grundwasserfluss. Die Einsprachen der Bürgergemeinden lehnten sich inhaltlich zumeist sehr stark an die Einsprachen ihrer Einwohnergemeinde an. Der Schönenwerder Bürgerrat schloss sich beispielsweise ohne inhaltliche Ergänzung «in vollem Umfange» der Einsprache der Einwohnergemeinde Schönenwerd an. Der Solothurnische Naturschutzverband brachte als einziger Einsprechender konkrete Aspekte des Naturschutzes zur Sprache, beschränkte sich aber sonst abgesehen von einer baulichen Forderung zur Erhöhung der Anlagesicherheit auf Vorschläge zur Gestaltung der

Anlage. Im Gegensatz zu den nationalen Umwelt- und Naturschutzverbänden, die Ende des Jahres 1972 bereits grundsätzlichere Kritik an Atomkraftwerken übten, zeigte sich der SNV mit seiner Einsprache der Atomkraft positiv gesinnt. Es wurde betont, dass man die «Notwendigkeit der Nutzung der Atomenergie» nicht bezweifle. Die Einsprachen der Privatpersonen schliesslich, die mit sechsundzwanzig Einsprachen die grösste Gruppe bilden, drehten sich zu 73 Prozent um die Auswirkungen des Kühlturms. In mehreren Kategorien stammen die Nennungen ausserdem ausschliesslich oder beinahe ausschliesslich von Privaten, so zum Beispiel bei den Schadenersatzforderungen, der Angst vor gesundheitsgefährdenden Einflüssen und bei den Befürchtungen bezüglich der nuklearen Sicherheit. Die Einsprachen der Privatpersonen waren damit am stärksten von Ängsten vor gesundheitlichen Folgen der nuklearen Technologie geprägt.

Längst nicht alle Einsprechenden forderten einen totalen Verzicht auf das Projekt oder eine Standortverschiebung. Verschiedene Einsprechende äusserten nur sehr spezifische Vorbehalte und forderten lediglich eine Berücksichtigung bestimmter Anliegen bei der Umsetzung des Projekts.²⁴³ Einige Einsprechende beschränkten sich auch darauf, die Behörden auf ihre Verantwortung aufmerksam zu machen oder ihren Unmut über das Kraftwerk zum Ausdruck zu bringen. Darüber hinaus unterscheiden sich die Einsprachen auch bezüglich ihrer Ausführlichkeit und der Schlüssigkeit der Argumentation. Von mehrseitigen, klar strukturierten und differenzierten Argumentarien gegen die Atomenergienutzung bis hin zur stichwortartigen Auflistung von Einsprachegründen finden sich die verschiedensten Abstufungen. Trotz dieser unterschiedlichen Detailliertheit weisen zahlreiche Einspracheschriften inhaltliche Parallelen auf. So wird beispielsweise bei der Grundwasserfrage sehr häufig die Figur der «Verseuchung des grössten Grundwasserstroms der Region» in ähnlicher Form verwendet. Darüber hinaus scheinen sich auch gewisse charakteristische Begriffe und Bezeichnungen etabliert zu haben. So finden beispielsweise die Ausdrücke «dichtbesiedeltes Gebiet» als Argument gegen den Standort oder «Monstrum» und «Koloss» als Bezeichnung für den Kühlturm mehrfach Verwendung.²⁴⁴ Offenbar gab es vor Dezember 1972 trotz des Fehlens einer regionalen Wider-

²⁴³ Der Versuch einer Kategorisierung in «Grundsätzliche Einsprache» und «Spezifische Einsprache» scheiterte daran, dass nicht alle Einspracheschriften eine klare Forderung enthalten oder klar Position beziehen.

²⁴⁴ Die Figur «dichtbesiedeltes Gebiet» wird in den 35 Einsprachen insgesamt fünf mal verwendet. Von Koloss oder Monstrum ist je zweimal die Rede, was bei 35 Einsprachen auch auf einen Zufall zurückzuführen sein könnte.

standsorganisation durchaus einen Austausch über die Ablehnung des AKW-Projekts. Darauf weisen auch die drei Einsprachen hin, die von Einsprachegruppen eingereicht wurden.²⁴⁵ Ob dieser Austausch zwischen kritisch Denkenden medial vermittelt oder durch interpersonelle Kommunikation erfolgte, muss an dieser Stelle offen bleiben.²⁴⁶ Hinweise auf eine kritische Versammlungskommunikation wurden jedenfalls vor Anfang 1973 keine gefunden.

4.3.2. Auswirkungen des Kühlturms

Die Kritik am Kühlturm war sehr breit gefächert. Insgesamt lassen sich in den Einspracheschriften sechs verschiedene Teilaspekte des «Kühlturmproblems» unterscheiden. Am meisten genannt wurde die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch den Kühlturm (42,9%). Die Kritik an diesem Aspekt ist nicht nur am häufigsten, sie ist auch in einer auffallenden Masse von einer expliziten und emotionalen Wortwahl geprägt. Offenbar erregte die Ästhetik des Kühlturms die Emotionen der Einsprechenden besonders stark. Man betrachte den Bau «des ungeheuren Kühlturmmonstrums als einen brutalen und unzumutbaren Eingriff in unser Landschaftsbild», er bedeute nicht weniger als eine «Verschandlung der Heimat» und zerstöre «mit seinen riesigen Ausmassen die Geschlossenheit und Schönheit der Niederämter Landschaft brutal». Die Einwohnergemeinde Schönenwerd hielt fest: «Es ist unserer Behörde nicht erklärlich, dass ein derartiges Monstrum ins Niederamt zu stehen kommt» und die Gemeinde Lostorf, die sich mit einer Mineralquelle und einem Heilbad eine Zukunft als Kurort erhoffte, befürchtete durch die «zu starke Beeinträchtigung des Landschaftsbildes» Nachteile für den Tourismus. Auch der Solothurnische Naturschutzverband beschäftigte sich mit dem «Koloss des Kühlturms». Allerdings forderte man nicht wie andere Einsprechende den Verzicht auf den Kühlturm, sondern schlug lösungsorientiert vor, «dass der massige Koloss des Kühlturms (...) durch einen Künstler mehrfarbig bemalt wird (mit breiten, leichten Farbbändern oder wolkenförmigen Farbflächen), so dass er einigermaßen von der Landschaft assimiliert wird, ein anregendes optisches Eigenleben entwickelt und darüber hinaus sozusagen als monumentales Zweck-Kunstwerk den von ihm

²⁴⁵ Einsprache aus Däniken mit 89 Mitunterzeichnenden, Einsprachegruppe «Pro Niederamt» mit 17 Unterzeichnenden aus der ganzen Region, Einsprache aus Lostorf mit 14 Unterzeichnenden.

²⁴⁶ Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung war eine Medienanalyse nicht möglich. Gerade die Leserbriefspalten der regionalen Tageszeitungen könnten aber möglicherweise Hinweise über das Vorhandensein eines Diskurses geben.

dominierten weiten Bereich auflockert (diese nicht allzu kostspielige Verfremdung wird sich auch psychologisch vorteilhaft auswirken). Wir sind bereit, Ihnen z.H. der Bauherrschaft einige qualifizierte Künstler zu nennen, die zunächst ein Modell bearbeiten sollten.»

Neben den ästhetischen Auswirkungen des Kühlturms waren in allen vier Gruppen von Einsprechenden Befürchtungen bezüglich Lärmeinwirkungen durch den Kühlturbetrieb vorhanden (insgesamt 20%). «Die Lärmemission aus dem Turm würde den Anwohnern unangenehm und als Last empfunden.» Verschiedene Privatpersonen störten sich auch am erwarteten Schattenwurf durch den Turm und die Dampffahne (20%). Der Kühlturm wirke «wie eine Wand [und] beeinträchtigt unser Gebiet durch Schattenwurf», besonders «vom Herbst bis zum Frühling steht er über die Mittagszeit (...) vor der Sonne», was zu einer «Einschränkung des Lebensraumes und der damit verbundenen Lebensqualität» führe. Ausserdem werde «der Radio- und Fernsehempfang dadurch noch schlechter» (14,3%). Verschiedene Personen befürchteten auch meteorologische Auswirkungen, die «wesentliche Beeinträchtigungen der Umwelt- und Lebensbedingungen» zur Folge hätten (11,4%). Als Beispiele werden verstärkte Nebelbildung, vermehrter Niederschlag oder zusätzlicher Raureif und Glatteis im Winter genannt. Eine Person gab schliesslich auch zu bedenken, dass der Kühlturm «für Insassen eines nicht mit Radar gesteuerten Flugzeuges bei Nebel eine Todesfalle» sei.

4.3.3. Gefährdung des Grundwassers

Besondere Sorgen machten sich viele Einsprechende um das Grundwasser des Niederamts (57,1%). Gemäss den Bauplänen sollte der Reaktorblock mehrere Meter tief ins Grundwasser versenkt werden, weshalb während des Baus eine Senkung des Grundwasserspiegels nötig wurde. Sämtliche Einwohner- und Bürgergemeinden und mehr als die Hälfte der Privatpersonen sahen darin eine «grosse Gefahr für die Grundwasserversorgung». Zum einen wurde eine Beeinträchtigung des Grundwasserstroms befürchtet, so dass die Versorgung mit Trinkwasser nicht zu jeder Zeit sichergestellt wäre. Zum andern fürchtete man sich vor einer radioaktiven Verseuchung des Grundwassers. Die Gemeinde Lostorf ging davon aus, «dass der spätere Betrieb des Atomkraftwerkes unser Grundwasser verseucht und verschmutzt» und eine Person aus Schönenwerd warnte davor, dass «die praktisch mögliche Verseuchung eines der grössten Grundwasservorkommen des Kantons Solothurn (...) die Lebensbedingungen für

das ganze Niederamt vernichten» würde. Aus diesem Grund sei das geplante Projekt nicht zu verantworten. Verschiedene Einsprechende forderten angesichts ihrer Befürchtungen «geeignete Massnahmen zur Abwendung von Beeinträchtigungen des Grundwassers», so zum Beispiel, «dass die gesamte Grundwassersäule des Areals eine absolute Abtrennung vom übrigen Grundwasserbecken erfährt».

4.3.4. Angst um Gesundheit und Leben

Vor allem in den Einspracheschriften aus dem Kreis der Privatpersonen gibt es verschiedene Hinweise auf Angst vor gesundheitsschädigenden Folgen des Atomkraftwerks. «Die Gefahren und Risiken für Mensch, Tier und Pflanze, die mit einem Kernkraftwerk zusammenhängen» seien noch viel zu wenig erforscht. Mehrfach angeführt wurden auf der einen Seite das Risiko einer Beschädigung des Werkes bei einem «Unglücks- oder Katastrophenfall oder einer Sabotage» (20%). Ein Atomkraftwerk werde «niemals absolut sicher funktionieren», die Ausarbeitung von Evakuierungsplänen für die Bevölkerung sei der Beweis dafür, «dass mit Katastrophen gerechnet werden muss». Aus diesem Grund wurde insbesondere auch die Erstellung des Atomkraftwerks im «bevölkerungsreichen Niederamt» kritisiert: «Eine 100% Sicherheit kann nicht garantiert werden (Siehe Vortrag Fernsehen) also gehört ein solche Proiekt [sic] nicht in ein so dicht besiedeltes Gebiet.» Im Ausland würden Atomkraftwerke nur in praktisch unbesiedelten Gebieten erstellt, und darum sei der gewählte Standort in Gösgen unverständlich. Der Solothurnische Naturschutzverband forderte aus diesem Grund ein doppeltes Ersatzkühlsystem, damit gewährt sei, dass die Kühlung des Reaktors «jederzeit und auch bei schwerer Beschädigung der Anlagen noch sofort vollwirksam funktioniert».

Auf der anderen Seite fürchteten mehrere Einsprecher die gesundheitsgefährdenden «Immissionen» eines Kernkraftwerks (14,3%). «Da dieser Niederschlag nicht reines Wasser, sondern noch mit radioaktiven Stoff gemischt ist, so würde mit der Zeit die umliegende Gegend (Mensch und Kulturen) vernichtet.» Im Normalbetrieb eines Atomkraftwerkes würden «künstliche Radionuklide in unseren Lebensraum und damit in den biologischen Kreislauf» abgegeben, wobei die Rede von «maximal zulässigen Strahlendosen» «falsche Sicherheit» vorgaukle, weil «die biologische Schädigung bei Strahlendosis Null beginnt». Eine Person fürchtete gar eine Wertminderung der Liegenschaft auf Grund von «Strahlenschäden».

4.3.5. Weitere Kritikpunkte

Verschiedentlich wurden in den Einspracheschriften auch Fehler im Baugesuchverfahren kritisiert (17,1 %). Den Däniker Behörden wurde vorgeworfen, dass die Einsprachefrist mit 10 statt 14 Tagen zu kurz angesetzt gewesen sei und damit nicht den kantonalen Bestimmungen entsprochen habe. Da der Zonenplan noch nicht vom Regierungsrat bewilligt worden sei, hätte das Baugesuch ausserdem gar noch nicht ausgeschrieben werden dürfen. Die für das Baugesuch eingereichten Unterlagen waren ebenfalls Gegenstand der Kritik. Die nach Normalbaureglement erforderlichen Angaben seien «nicht vollständig beigebracht worden», weshalb «eine Baupublikation noch gar nicht hätte veranlasst werden dürfen». Insbesondere fehlten ein Eigentumsnachweis für das gesamte Kraftwerkgelände und ein Nachweis der Zufahrtsrechte. Darüber hinaus lägen die Planunterlagen in drei verschiedenen Varianten vor, was unzulässig sei. Auch das Baugesuch entspreche «nur teilweise den Vorschriften». Aus diesem Grund verlangten mehrere Personen eine Rückweisung der Baugesuchsakten zur Vervollständigung. Zahlreiche Privatpersonen befürchteten daneben auf Grund der Nähe zum Atomkraftwerk eine Wertminderung ihrer Liegenschaften (40 %). Der Bau des Kraftwerks führe zu einer «beträchtlichen Abwertung an Haus und Land». Ein Verkauf der Liegenschaft wäre nur verlustbringend möglich, «falls überhaupt jemand an einem Haus in solch unmittelbarer Nähe eines Kernkraftwerkes Interesse hat». Zudem kämen die Landstücke in der Nähe des Standorts als Bauland «praktisch überhaupt nicht mehr in Frage». Falls vom AKW-Projekt nicht Abstand genommen werde, fordere er eine «angemessene finanzielle Entschädigung», verkündete einer der Einsprechenden und zahlreiche andere taten es ihm gleich. Eine Person verlangte gar die Übernahme ihrer Liegenschaft durch die Gemeinde Däniken oder das Baukonsortium.

Eine marginale Rolle spielten in den Einspracheschriften naturschützerische Argumentationen (11,4 %). Dies ist interessant, da die erste öffentliche Infragestellung der Atomtechnologie in der Schweiz von Seiten der Umweltschutzorganisationen kam. Abgesehen von den separat behandelten Einsprachen wegen des Grundwasserschutzes brachte lediglich der Solothurnische Naturschutzverband konkrete Naturschutzanliegen vor. Er verlangte, dass der «Schutz der hier noch besonders natürlich erhaltenen Uferlandschaft der Aare (...) vollumfänglich gewährleistet» wird und forderte ein Waldrodungsverbot. Ansonsten gab es nur ein paar wenige pauschale Nennungen des Naturschutzes.

Ebenfalls wenig erwähnt wurden die Abfallproblematik und der Rückbau der Anlage nach der Stilllegung (14,3 %). Diesbezüglich wurde in einer Einsprache angeführt: «Nach neuesten Berichten wird es nicht möglich sein, nach Ausbrennung²⁴⁷ des Werkes, die Anlage gänzlich zu entfernen. Dies bedeutet eine grosse Last und Unsicherheit für unsere Nachkommen.» Aus ähnlichen Überlegungen ergab sich für eine andere Person die Frage: «Was passiert mit dem ausgebrannten Reaktor in 20 bis 30 Jahren?» Auch die «Frage der Wiederaufarbeitung [sic] und Lagerung von Atommüll» konnte nach Ansicht einer Einsprecherin «beim vorliegenden Bauprojekt nicht befriedigend gelöst» werden. Dass der Atommüll einfach in andere Regionen verfrachtet werde, entspreche einer «St. Florianspolitik» und sei nicht akzeptabel. Damit würden «die Lebensbedingungen künftiger Generationen (...) aufs Spiel» gesetzt.

4.4. Opposition im Niederamt

4.4.1. Gründung der Aktion Pro Niederamt

Ende des Jahres 1972 begann sich in der Standortregion des geplanten Atomkraftwerks auch organisierter Widerstand gegen das AKW-Projekt zu regen. Im Dezember 1972 meldete sich zum ersten Mal die Aktion Pro Niederamt zu Wort, die im darauffolgenden Jahr zur Wortführerin des regionalen Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen avancierte. Als «Einsprachegruppe Pro Niederamt» hatten die späteren Initianten der Aktion bereits am 12. Dezember 1972 eine Einsprache gegen das Baugesuch für das AKW eingereicht.²⁴⁸ In einem Inserat im Niederämter Anzeiger wurde dann am 21. Dezember die Bildung eines «provisorischen Aktionskomitees» bekannt gegeben. Dieses Komitee setzte sich aus elf Frauen und Männern aus sieben verschiedenen Gemeinden des Niederamts zusammen und wurde vom Lostorfer Hans Spielmann präsiert. Daneben war ein siebenköpfiges Patronatskomitee ins Leben gerufen worden, dem unter anderem auch zwei Solothurner Kantonsräte angehörten.²⁴⁹ Als überparteilicher Zusammenschluss von Gegnern der Atomkraft vereinte die Pro Niederamt Personen unterschiedlichster Parteizugehörigkeit. Neben einigen Parteilosen fanden sich unter den Exponen-

²⁴⁷ Der Begriff ist hier nicht im Zusammenhang mit einem Brand zu verstehen, sondern bezeichnete vielmehr die Abnutzung der Anlage durch den regulären Betrieb.

²⁴⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 237).

²⁴⁹ Niederämter Anzeiger vom 21. 12. 1972, 52 (1972). Bei den beiden Kantonsräten handelte es sich um Hans Bühlmann aus Schönenwerd, der das Patronatskomitee gleichzeitig auch präsierte, und Max Schöneberger aus Dulliken.

ten der Aktion Mitglieder der Christlichdemokratischen Partei, der Freisinnig-demokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und des Landesrings der Unabhängigen.²⁵⁰

Das Aktionskomitee traf sich in unregelmässigen Abständen, um nach Bedarf mögliche Reaktionen auf die neusten Entwicklungen des AKW-Projekts zu besprechen und entsprechende Aktivitäten zu koordinieren.²⁵¹ Zur Ankündigung geplanter Versammlungen und Aktionen wurden jeweils grossflächige Inserate im Niederämter Anzeiger, dem amtlichen Publikationsorgan der Region, geschaltet. Zwischen Dezember 1972 und Dezember 1973 finden sich insgesamt zehn Inserate der Aktion Pro Niederamt, die bis zu zwei Dritteln einer Zeitungsseite füllen und in grossen Lettern zur Teilnahme am Widerstand aufrufen.²⁵²

4.4.2. Positionen und Forderungen

Das breite politische Spektrum der Aktion brachte es mit sich, dass die Motive und Ziele der einzelnen Mitglieder durchaus unterschiedlich waren. Gemäss Elisabeth Marrer, der einzigen Dänikerin im Aktionskomitee, sei vor allem der Unmut darüber, dass die Bevölkerung nie zum anstehenden AKW-Projekt befragt worden war, verbindend gewesen.²⁵³ Anhand der publizierten Inserate und Informationsschriften lassen sich aber verschiedene Anliegen der Pro Niederamt umreissen.

Anstoss zur Gründung der Pro Niederamt gaben gemäss eigener Darstellung die Dimensionen des geplanten Kühlturms, die durch das Baugespann des Atomkraftwerks im Dezember 1972 erstmals auch visuell fassbar wurden. In einer Informationsschrift, welche die Pro Niederamt im Februar 1973 allen Haushalten der Region zukommen liess,²⁵⁴ wurde das Aufkommen des Widerstands wie folgt erklärt: «Die Opposition konnte sich erst regen, als die Visierstangen standen. Die Umriss des 150 Meter hohen Kühlturmes haben wie eine Bombe eingeschlagen (...).»²⁵⁵ Bereits in ihrer Einsprache gegen das

²⁵⁰ Zuberbühler, Harry: Kernkraftwerk Gösigen-Däniken. Eine Untersuchung des Widerstandes der betroffenen Bevölkerung in den Gemeinden des Niederamtes. Vertiefungsarbeit Didaktikum Aarau. Unveröffentlichtes Manuskript 2002, 12.

²⁵¹ Interview mit Elisabeth Marrer, Däniken, 8. 8. 2008.

²⁵² Die Inserate wurden in folgenden Ausgaben des Niederämter Anzeigers veröffentlicht: 7. 12. 1972, 50 (1972); 21. 12. 1972, 52 (1972); 11. 1. 1973, 2 (1973); 18. 1. 1973, 3 (1973); 22. 3. 1973, 12 (1973); 12. 4. 1973, 15 (1973); 18. 4. 1973, 16 (1973); 11. 10. 1973, 41 (1973); 18. 10. 1973, 42 (1973); 25. 10. 1973, 43 (1973).

²⁵³ Marrer (wie Anm. 251).

²⁵⁴ SOZARCH, Ar 201.130.5, «Gösge Ziitig», Juli 1977, 22.

²⁵⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Gemeindeganzlei, Ordner «Kernkraftwerk I, bis März 1973», Informationsschrift «Wir wollen kein Atomkraftwerk im Niederamt», verm.

Baugesuch vom 12. Dezember 1972 hatte die «Einsprachegruppe Pro Niederamt» landschaftsschützerische Argumente ins Feld geführt: «Das ausgesteckte Profil gibt einen erschreckenden Begriff des Kolosses, der mit seinen riesigen Ausmassen die Geschlossenheit und Schönheit der Niederämter Landschaft brutal zerstört und die Gegend als Wohngebiet entwertet.»²⁵⁶ Daneben wurde in der Einsprache kritisiert, dass das geplante Atomkraftwerk trotz «allen Risiken der Verseuchung viele Meter tief in den Grundwasserstrom des Niederamtes» versenkt werden sollte. Dieser Eingriff sei verantwortungslos und gefährde die Trinkwasserversorgung der ganzen Region. Ausserdem beklagte man die «ungenügende Aufklärung der Niederämter Bevölkerung durch die Bauherrschaft».²⁵⁷ Diese Kritikpunkte bezogen sich in erster Linie auf das konkrete AKW-Projekt in Gösgen. In einem Inserat, das noch vor der eigentlichen Einsprache gegen das Baugesuch Anfang Dezember 1972 geschaltet wurde, äusserte sich die Pro Niederamt aber auch grundsätzlich zur Atomenergienutzung: «Sicherheiten in bezug auf den Bau des geplanten Atomkraftwerkes sind nur einseitige Beruhigungen. Die Erschliessung einer so lebensfeindlichen Energiequelle hat eine Störung des oekologischen Gleichgewichtes zur Folge, die in ihren Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen des Menschen heute noch nicht abgeschätzt werden können [sic].»²⁵⁸ Dabei ging es der Pro Niederamt weniger um die Sicherheit der Atomkraftwerke selbst. «Bei Normalbetrieb eines Kernkraftwerkes scheint die Sicherheit gewährleistet zu sein», wurde im selben Inserat festgehalten. Viel mehr Sorgen mache man sich um die «Sicherheit von Wiederaufbereitungsanlagen, wo riesige Mengen von hochaktivem Material bearbeitet werden müssen» und den Transport der nuklearen Abfälle. Aber auch das Risiko durch «Sabotage», «kriegerische Auseinandersetzungen» und «Grosskatastrophen» wurden in dem Inserat angesprochen.

Der dritte grundsätzliche Kritikpunkt an AKWs betraf den Rückbau des «in etwa zwanzig bis dreissig Jahren ausgebrannten Kernkraftwerks» und die Frage, ob «die stark radioaktiv verseuchten Standorte jemals wieder benutzbar gemacht werden» können.²⁵⁹

Anfang 1973. Die in der undatierten Publikation genannten Ereignisse (Baubewilligung und der Aufruf zur Petition) erlauben eine Eingrenzung des Publikationsdatums auf den Monat Februar 1973. Die Verwendung des Begriffs Bombe ist wohl nicht zufällig gewählt. Zwei Seiten weiter wird der Vergleich gezogen zwischen dem radioaktiven Abfall und der über Hiroshima abgeworfenen Atombombe.

²⁵⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 237).

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ Niederämter Anzeiger vom 7. 12. 1972 (wie Anm. 252).

²⁵⁹ Ebd.

Bei all den offenen Fragen hatten die Mitglieder der Pro Niederamt vor allem das Bedürfnis nach mehr Information und Aufklärung. Das vordergründige Ziel war dementsprechend, zu erreichen, dass der Bau des Kernkraftwerks Gösgen zurückgestellt wird und eine grundlegende Diskussion über die Atomenergie und den Standort Gösgen geführt werden kann.²⁶⁰ Im genannten Inserat wurde von den Bundesbehörden gefordert, «dass vor dem Bau weiterer Atomkraftwerke zunächst einmal ganz unabhängig von allen wirtschaftlichen Erwägungen abgeklärt wird, inwieweit eine auf Kernspaltung basierende Energiewirtschaft in oekologischer Hinsicht überhaupt verantwortet werden kann».²⁶¹

In der Informationsschrift vom Februar 1973 nahm dann vor allem die Problematik der nuklearen Abfälle viel Platz ein. Es wurde kritisiert, dass im Baugesuch keine Angaben über die Lagerung und den Transport der «hochgiftigen und gefährlichen radioaktiven Abfälle» enthalten seien. Um die Gefahren des Abfalls zu unterstreichen, griff man zum Vergleich mit der Atombombe. «Im geplanten Kraftwerk würde jährlich – Sie lesen richtig: jährlich – so viel langlebiger radioaktiver Abfall produziert wie bei 1000 Bomben des Typs Hiroshima. Man muss sich das einmal vorstellen.»²⁶² Ein solches Erbe könne den kommenden Generationen nicht zugemutet werden. Mit ihrer grundsätzlichen Kritik gegen die Atomenergienutzung orientierte sich die Pro Niederamt inhaltlich bereits an der aufkommenden Opposition der Naturschutzverbände gegen die Atomenergie auf nationaler Ebene. Verschiedene der aufgeworfenen Fragen finden sich auch in Koppers Darstellung des Diskurses innerhalb der Naturschutzverbände.²⁶³ Damit nahm die Pro Niederamt eine andere Position ein als beispielsweise der Solothurnische Naturschutzverband, der in seiner Einspracheschrift gegen das Baugesuch im Dezember 1972 festhielt, man wolle «die Notwendigkeit einer Nutzung der Atomenergie nicht bezweifeln».²⁶⁴ Die Einsprache des SNV drehte sich, neben der Forderung eines doppelten Kühlsystems, in erster Linie um Auflagen für die Landschaftsgestaltung wie beispielsweise die bereits erwähnte

²⁶⁰ Marrer (wie Anm. 251).

²⁶¹ Niederämter Anzeiger vom 7. 12. 1972 (wie Anm. 252).

²⁶² Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 255). Mit dem Vergleich zur Atombombe und dem damit verbundenen Versuch an die Konnotationen Tod und Krieg anzuknüpfen, verwendet die Pro Niederamt eine der klassischen Strategien der AKW-Gegner im Kampf gegen die Atomenergie. Die Anti-AKW-Bewegung wandte in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre mit ihren Pfingstmärschen, die an die Tradition der Ostermärsche der Anti-Atomwaffen-Bewegung anknüpften, dieselbe Strategie an.

²⁶³ Kopper (wie Anm. 7), 84 ff.

²⁶⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 237).

Bemalung des Kühlturms. Im Gegensatz zur Pro Niederamt hatte der SNV also die auf nationaler Ebene diskutierten Ansichten der Natur- und Umweltschutzbewegung im Dezember 1972 noch nicht aufgenommen.

Die Aktion Pro Niederamt kombinierte in ihrer Position also Kritikpunkte am konkreten AKW-Projekt mit grundsätzlicher Kritik an der Atomenergienutzung. Ihre Hauptforderung war aber eine «Denkpause» beim Atomkraftwerkbau, um eine in der Gesellschaft geführte Diskussion über die vorhandenen Bedenken gegenüber der Atomenergie zu ermöglichen.

4.4.3. Kritik an den Behörden

Bereits im ersten Inserat der Pro Niederamt Anfang Dezember 1972 klingt das Unverständnis für das Handeln der staatlichen Stellen im Zusammenhang mit der Bewilligung des Kernkraftwerks Gösgen an. Die Rede ist von «Willkür, die es an letzter Verantwortung fehlen lässt und nur den momentanen materiellen Nutzen im Augen hat».²⁶⁵ Nach den als desillusionierend empfundenen Einspracheverhandlungen Anfang Januar 1973 enthielten die Veröffentlichungen der Pro Niederamt dann immer explizitere Vorwürfe und Kritik an den zuständigen Behörden. In einem kurz nach den Einspracheverhandlungen publizierten Inserat wird die Situation wie folgt festgehalten: «Unsere Einsprache soll mit dem Argument abgewürgt werden, die «Aktion Pro Niederamt» sei dazu nicht legitimiert. Wir weisen dieses Vorgehen zurück und werden angesichts der lebenswichtigen Sache unsere Einsprache aufrechterhalten und weiterziehen. Wir sind empört über die zynische Missachtung demokratischer Rechte der betroffenen Bevölkerung.»²⁶⁶

In der Informationsschrift der Pro Niederamt finden sich dann im Februar 1973 zahlreiche Passagen mit Anklagen und Vorwürfen an die Bauherrschaft und die zuständigen Behörden. Es ist die Rede von «bewusster Irreführung der Öffentlichkeit», «was der Sache hätte schaden können wird einfach verschwiegen». Die Bauherrschaft versuche «Druck auf die Öffentlichkeit» auszuüben und scheue «kein Mittel (...) die öffentliche Meinung gefügig zu machen». Die Däniker Behörden wiederum seien Verbündete der Bauherrschaft, die dem finanziellen «Riesenhappen händereibend entgegensehen», wobei der «Goldsegen ihre Urteilsfähigkeit ein wenig trübte». Dement-

²⁶⁵ Niederämter Anzeiger vom 7. 12. 1972 (wie Anm. 252).

²⁶⁶ Niederämter Anzeiger vom 11. 1. 1973 (wie Anm. 252).

sprechend wird kein Zweifel daran gelassen, warum die Einsprachen gegen das Baugesuch «mit einem einzigen Federstrich (...) alle erledigt» wurden, und dadurch ein «gesetzeswidriges» Baugesuch eine Bewilligung erhielt.

Den «scheinbar übermächtigen Interesseverbindungen» zum Trotz setzte die Pro Niederamt ihren Widerstand fort.²⁶⁷ Im Laufe der Monate rückte aber das Vorgehen der Behörden und die Forderung nach der Wahrung der demokratischen Grundrechte immer stärker ins Zentrum der Kritik. Bei den letzten auffindbaren Inseraten der Pro Niederamt, die im Oktober 1973 veröffentlicht wurden, fand der Bau des Atomkraftwerks nur noch am Rand oder gar nicht mehr Erwähnung. In knappen Worten rief man nun zum «Kampf für unser demokratisches Recht und unseren Lebensraum» auf.²⁶⁸ Im Zentrum einer letzten «Orientierungs- und Widerstandskundgebung», die Ende Oktober 1973 durchgeführt wurde, stand ein Referat über «Staatspolitische und menschliche Aspekte im Zusammenhang mit dem Bau von Atomkraftwerken».²⁶⁹ Offenbar begannen sich in den Reihen der Pro Niederamt zu diesem Zeitpunkt bereits Resignation und Frustration über die Machtlosigkeit gegenüber dem geplanten AKW breit zu machen.²⁷⁰

Trotz der stetig zunehmenden Schärfe der Äusserungen und der Polemik gegen Behörden, staatliche Institutionen und das «Grosskapital»²⁷¹ muss die Aktion klar von der späteren, von subkulturellen Strömungen und der neuen Linken geprägten Anti-AKW-Bewegung abgegrenzt werden. Den Exponenten der Pro Niederamt ging es nicht um den Kampf gegen ein «System» oder die Etablierung einer neuen Ordnung. Vielmehr wollte man verhindern, dass der eigene «Lebensraum (...) den grossen Gefahren eines Atomkraftwerkes und der Verunstaltung preisgegeben» wird.²⁷² Man demonstrierte «gegen das geplante Kernkraftwerk im Zentrum unseres Niederamtes, das durch die Bauvorhaben der PTT und SBB ohnehin schon mehr als genug belastet» werde.²⁷³ In ihrer Selbstwahrnehmung waren die Exponenten der Pro Niederamt «besorgte Bürger», die für

²⁶⁷ Niederämter Anzeiger vom 22. 3. 1973 (wie Anm. 252).

²⁶⁸ Niederämter Anzeiger vom 11. 10. 1973 (wie Anm. 252).

²⁶⁹ Niederämter Anzeiger vom 18. 10. 1973 (wie Anm. 252); Niederämter Anzeiger vom 25. 10. 1973 (wie Anm. 252).

²⁷⁰ Marrer (wie Anm. 251).

²⁷¹ An der Demonstration in Olten wurden auch Transparente mit der Aufschrift «Grosskapital verschlingt Demokratie» mitgeführt. Vgl. Fotografien im Anhang.

²⁷² Niederämter Anzeiger vom 11. 1. 1973 (wie Anm. 252).

²⁷³ Ebd.

eine «gerechte Sache» kämpften.²⁷⁴ Ihre Anliegen waren mehr auf die Erhaltung des Bestehenden ausgerichtet denn auf das Bewirken von Veränderung. Fotografien des Demonstrationzugs, zu dem die Pro Niederamt im April 1973 aufgerufen hatte, stützen das Bild vom buntgemischten Widerstand etablierter Kreise aus der Mitte der Gesellschaft. Menschen jeden Alters zogen damals durch die Strassen der Stadt Olten.

Auch die Aktivitäten der Pro Niederamt trugen deutliche Züge einer bürgerlichen Kultur. Gemäss der im Niederämter Anzeiger veröffentlichten Einladung wurde im Januar 1973 die «Protestkundgebung» im Schönenwerder Kasino mit einen «Eröffnungsmarsch der Musikgesellschaft Schönenwerd» begonnen und durch ein Zwischenspiel derselben aufgelockert.²⁷⁵ Im April desselben Jahres bot man dann zur Übergabe einer Petition «alle Niederämter Frauen und Töchter» auf und organisierte für sie eine Petitionsfahrt mit dem Reisebus nach Bern.²⁷⁶



Abbildung 4: Demonstration der Pro Niederamt, April 1973²⁷⁷

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Niederämter Anzeiger vom 18. 1. 1973 (wie Anm. 252).

²⁷⁶ Niederämter Anzeiger vom 18. 4. 1973 (wie Anm. 252).

²⁷⁷ Privatarchiv Werner Brühlmeier, Däniken, 1973. Weitere Fotografien des Protestzuges finden sich im Anhang.

4.4.4. Aktivitäten der Pro Niederamt

Im Laufe des Jahres 1973 machte die Pro Niederamt mehrfach mit ihren Aktivitäten von sich reden und schuf mit verschiedenen Aktionen eine Plattform für ihre Opposition gegen das Kernkraftwerk Gösgen. Bereits im Dezember 1972 rief sie in ihren Inseraten zum Einsenden von Unterschriften «zur Unterstützung unserer gerechten Sache» auf und versuchte, mit der Darstellung der eigenen Sichtweise einen Kontrapunkt zur Informationsarbeit der Bauherrschaft zu setzen.²⁷⁸ Nachdem die Baukommission der Gemeinde Däniken Anfang Januar das Baugesuch für das Kernkraftwerk Gösgen bewilligt und alle 35 Einsprachen abgelehnt hatte, lud die Aktion Pro Niederamt am 25. Januar 1973 zu einer Protestveranstaltung in Schönenwerd ein. Nach Angaben der Veranstalter folgten nicht weniger als 800 Personen der Einladung.²⁷⁹ Auch wenn man in Betracht zieht, dass es sich hierbei wohl um eine grosszügige Schätzung handelt, so scheint die Opposition in der Region doch rege Unterstützung gefunden zu haben. An der Protestversammlung gab es zwei Referate von Wissenschaftlern, die sich um «die Gefahren von Atomkraftwerken» und die «Raum- und Energieplanung» drehten; anhand von «Lichtbildern» wurden die optischen Einflüsse des geplanten Atomkraftwerks illustriert. Zum Schluss wurde dann eine Resolution gegen das geplante Atomkraftwerk verabschiedet.²⁸⁰

In den folgenden Wochen begannen die Mitglieder der Pro Niederamt mit der Sammlung von Unterschriften für eine Petition an den Bundesrat und den Regierungsrat des Kantons Solothurn. Im Petitionstext wies man auf die unbekanntenen Gefahren der AKWs hin, vor denen auch in Expertenkreisen gewarnt werde. Ausserdem warnte man vor dem Einfluss des Werks auf den Wasserhaushalt und die Atmosphäre und brachte landschaftsschützerische Einwände gegen den Kühlturm vor. Gestützt auf diese Argumente stellte man dem Bundesrat und der Solothurner Regierung folgende Forderungen:²⁸¹

- Rückzug der Standortbewilligung für das KKW Gösgen;
- Ablehnung des Gesuchs um Wasserentnahme;
- Verbot der Versenkung des Reaktors ins Grundwasser;
- Ausarbeitung einer «Gesamtenergiekonzeption für den schweizerischen Energiebedarf» unter Berücksichtigung der «andern zahlreich sich abzeichnenden Energiequellen».

²⁷⁸ Niederämter Anzeiger vom 11. 1. 1973 (wie Anm. 252).

²⁷⁹ Zuberbühler (wie Anm. 250), 13.

²⁸⁰ Niederämter Anzeiger vom 18. 1. 1973 (wie Anm. 252).

²⁸¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 255).

Auffällig an diesem Katalog ist insbesondere der letzte Punkt. Dieselbe Forderung wurde im April 1973 national auch von der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz gestellt.²⁸² Während sich die anderen Punkte der Petition auf das Kernkraftwerkprojekt in Gösgen beziehen, ist in diesem letzten Punkt wiederum ein Bezug zur nationalen Diskussion um den grundlegenden Widerstand gegen AKWs erkennbar.

Die Unterschriftensammlung für die Petition verlief durchaus erfolgreich. Innerhalb von nur drei Monaten trug die Aktion Pro Niederamt rund 15'000 Unterschriften zusammen.²⁸³ Mit einer Kundgebung am 13. April in Olten wurde die Sammlung abgeschlossen, bevor die Petition dann am 25. April 1973 in Bern übergeben wurde. Nach Angaben der Pro Niederamt stammten rund 500 der notariell beglaubigten Unterschriften aus dem Dorf Däniken. Im Interview mit Zuberbühler zweifelte der frühere Gemeindeammann Hagmann diese Zahl jedoch an. Eine erneute Überprüfung sei ihm damals verwehrt worden «mit der Begründung, dass viele aus seiner Gemeinde nur unterschrieben hätten, nachdem ihnen Geheimhaltung zugesichert worden sei».²⁸⁴ Bei der damaligen Einwohnerzahl von 1962 Personen, von denen wohl gut 1100 stimmberechtigt waren,²⁸⁵ wäre dies ein beachtlicher Teil der Dorfbevölkerung, die mit ihrer Unterschrift zumindest Skepsis gegenüber dem geplanten AKW bekundet hätte.²⁸⁶ Die Petition und die dazugehörige Kundgebung im April 1973 bildeten einen Schwerpunkt der Aktivitäten der Pro Niederamt. Daneben gab es mehrere kleinere Aktionen. So engagierte man sich beispielsweise im September 1973 mit einer Flugblattaktion im Abstimmungskampf um die Beteiligung der Stadt Zürich am Kernkraftwerk Gösgen.²⁸⁷ Verschiedentlich wurden Vertreter der Pro Niederamt ausserdem von offiziellen Vertretern des Staats empfangen, so zum Beispiel im Juni 1973 von Bundesrat Roger Bonvin, dem damaligen

²⁸² Vgl. Kupper (wie Anm. 2), 141 f.

²⁸³ Niederämter Zeitung vom 18. 4. 1973 (wie Anm. 252). Wyser und die «Gösge Ziitig» sprechen hingegen von rund 16'000 Unterschriften: Wyser (wie Anm. 37), 42.; SOZARCH (wie Anm. 254), 22.

²⁸⁴ Zuberbühler (wie Anm. 250), 16. Der ehemalige Gemeindeammann Hagmann ist inzwischen leider verstorben und konnte für die vorliegende Untersuchung nicht mehr befragt werden.

²⁸⁵ Im Jahr 1979 waren im Rahmen der Abstimmung über die Volksinitiative «Zur Wahrung der Volksrechte beim AKW-Bau» 1214 Däniker Einwohner stimmberechtigt (vgl. Amtsblatt des Kantons Solothurn vom 22. 2. 1979, 8 (1979), 193 ff.). Damals zählte Däniken 2050 Einwohner, der Anteil der Stimmberechtigten lag also bei rund 59% der Gesamtbevölkerung. Bei einer Einwohnerzahl von 1962 Personen wären dies 1157 Stimmberechtigte.

²⁸⁶ Vgl. Zusammenstellung der Einwohnerzahlen der Gemeinde Däniken im Anhang.

²⁸⁷ SOZARCH (wie Anm. 3), 20.

Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiedepartements (EVED), und der grossrätlichen Kommission des Kantons Basel oder im September desselben Jahres vom Solothurner Regierungsrat.²⁸⁸ Daneben veröffentlichte man regelmässig Leserbriefe in den Regionalzeitungen. Für Aufsehen sorgte die Pro Niederamt mit ihrer Initiative zur Abberufung des Solothurner Regierungsrats, die an der letzten öffentlichen Versammlung Ende Oktober 1973 beschlossen worden war. Gemäss Solothurner Verfassung konnte eine solche Abberufung mit der Einreichung von lediglich 4000 Unterschriften erwirkt werden.²⁸⁹ Nachdem die eingereichte Petition im April ohne Wirkung geblieben war, blieb offenbar nur noch die vage Hoffnung, dass eine andere Regierung die benötigten Bewilligungen für das Kernkraftwerk Gösgen verweigern würde. Der Regierungsrat des Kantons Solothurn hatte in den Augen der Pro Niederamt mit seinem unverantwortlichen Handeln und der engen Zusammenarbeit mit der Bauherrschaft sämtliche Glaubwürdigkeit verspielt.²⁹⁰ Es scheint aber, als sei die Pro Niederamt mit ihrer Abberufungsinitiative auf wenig Resonanz gestossen. Die Sammlung der Unterschriften für die Abberufungsinitiative verlief im Sand und wurde später nicht mehr erwähnt.

Als sich abzeichnete, dass der Widerstand auf institutionellem Weg nicht erfolgreich sein würde, wurden innerhalb der Aktion Pro Niederamt Stimmen laut, die neue Formen des Widerstandes forderten. Den Darstellungen Marrers zufolge hätten einige Personen die Ansicht vertreten, dass man mit Aktionen Druck auf die Entscheidungsträger ausüben solle. Diese Position habe aber bei der grossen Mehrheit der Pro Niederamt kein Verständnis gefunden, für die meisten Mitglieder seien illegale Aktionen als Widerstandsform nicht in Frage gekommen. Als Pro Niederamt habe man nur den Rechtsweg nutzen wollen. Dementsprechend hätten sich solche Ansätze im Rahmen der Aktion Pro Niederamt nie durchsetzen können.²⁹¹

Mit der Ablehnung der Einsprachen in vierter Instanz wurde die Baubewilligung rechtskräftig, worauf im Herbst mit dem Bau des Atomkraftwerkes begonnen wurde. Damit waren sämtliche Rechtsmittel im Kampf gegen das Kernkraftwerk Gösgen ausgeschöpft,

²⁸⁸ Vgl. Wyser (wie Anm. 37), 43 und 47; SOZARCH (wie Anm. 3), 18 ff.

²⁸⁹ Wyser (wie Anm. 37), 44.

²⁹⁰ SOZARCH (wie Anm. 3), 20.

²⁹¹ Marrer (wie Anm. 251). Zuberbühler zitiert auch ein Vorstandsprotokoll der Pro Niederamt, in dem sich der Präsident von der Flugblattaktion einer «linksextremen Gruppe», welche die Abschluss-Demonstration in Olten als Plattform nutzte, distanziert. Zuberbühler (wie Anm. 250), 15.

das Werk konnte auf dem institutionellen Weg nicht mehr verhindert werden. Damit verebbten die Aktivitäten der Aktion Pro Niederamt gegen Ende des Jahres 1973, und ihre Exponenten gaben den Widerstand resigniert und frustriert auf. Es sollte eineinhalb Jahre dauern, bis sich in der Region erneut Opposition gegen das Kernkraftwerk Gösgen formierte.

4.5. Reaktionen auf den Widerstand

4.5.1. Reaktionen der Bauherrschaft

Die aufkommende Opposition gegen das geplante Atomkraftwerk blieb auch der Bauherrschaft nicht verborgen. Als Reaktion auf den sich abzeichnenden Widerstand im Niederamt verstärkte sie im Frühjahr 1973 ihre Informationsarbeit bezüglich des Projekts und der Atomenergie im Allgemeinen. In verschiedenen Publikationen bezog man sich dabei direkt auf die Aktivitäten der Pro Niederamt. So schaltete die KKG im Frühjahr 1973 im *Niederämter Anzeiger* mehrfach ein Inserat, in dem sie unter dem Titel «Die Wahrheit über das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken» zu den von Pro Niederamt verbreiteten Aussagen Stellung nahm. «Die Aktion Pro Niederamt verteilt dieser Tage unter dem Titel «Wir wollen kein Atomkraftwerk im Niederamt» eine bebilderte Broschüre, in welcher zu einer Petition an den Bundesrat und den Regierungsrat des Kantons Solothurn aufgerufen wird. Diese Schrift enthält eine Vielzahl von Unwahrheiten. Einige Beispiele mögen dies zeigen.»²⁹²

Darauf folgte eine Gegenüberstellung von Aussagen der Pro Niederamt und «Richtigstellungen» der Bauherrschaft. Dass dies in derselben Zeitung geschah, in der auch die Aktion Pro Niederamt ihre Inserate veröffentlichte, verstärkt den Antwortcharakter des Inserats. Das Inserat wurde in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben im März 1973 veröffentlicht. Beim zweiten Mal war es durch den folgenden Zusatz ergänzt: «Auch wir sind uns dessen bewusst, dass der Zuwachs des Energieverbrauchs nicht ewig im gleichen Tempo weitergehen kann. Mit Rücksicht auf die Probleme des Umweltschutzes, zu deren Lösung die Elektrizität einen wertvollen Beitrag leistet, wäre aber eine plötzliche Begrenzung ihrer Entwicklung geradezu verhängnisvoll. Für die Deckung des Mehrbedarfes an elektrischer Energie in den kommenden Jahren verbleibt als einzige realistische Lösung die Kernenergie. Angesichts der ernststen Probleme, um die

²⁹² *Niederämter Anzeiger* vom 22. 3. 1973 (wie Anm. 252).

es hier geht, ist eine sachliche Meinungsbildung notwendig; irreführende Behauptungen, wie sie die Aktion «Pro Niederamt» verwendet, sind wenig dienlich.»²⁹³

Mit dem Hinweis auf den Energieverbrauch knüpfte die ATEL an die Argumentationen und Forderungen der nationalen Umweltschutzbewegung an, die in den Jahren 1972 und 1973 aufkamen. Der erste Satz ist als direkter Bezug auf die Diskussion um die «Grenzen des Wachstums» zu verstehen. Die KKG versuchte damit die Atomenergie in einen aus Sicht der Kritiker positiven Bedeutungszusammenhang zu stellen und sie als Lösung für die Probleme darzustellen, die von den mittlerweile AKW-kritischen Umweltverbänden postuliert worden waren. Gleichzeitig wurde damit implizit die grundlegend neue Sichtweise auf die Wachstumsideologie anerkannt. Offenbar kam 1973 auch die Elektrizitätsindustrie, zumindest was die Kommunikationsarbeit betrifft, nicht mehr darum herum die «Grenzen des Wachstums» in ihre Überlegungen einzubeziehen.

Im März 1973 gab die KKG ein Informationsblatt heraus, in dem die «dringende Notwendigkeit» des Atomkraftwerkbaus noch einmal dargelegt wurde.²⁹⁴ Im Mai 1973 verschickte sie dann «allen Detailabonnenten» der ATEL und den lokalen Elektrizitätsgesellschaften die Broschüre «Kernkraftwerk Gösgen-Däniken. Notwendig und sicher» sowie eine «von der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie verfasste Publikation, die sich vor allem mit der Frage der Sicherheit von Kernkraftwerken» befasste.²⁹⁵ Die Broschüre informierte einerseits über das konkrete Projekt in Gösgen, andererseits behandelte sie auch grundsätzliche Fragen der Atomenergie. Mehrere Seiten befassten sich mit der Notwendigkeit des AKW-Baus, wobei die Atomenergie als «einzige zur Verfügung stehende Möglichkeit» dargestellt wurde: «Ohne die rasche Inangriffnahme weiterer Kernkraftwerke wäre eine Rationierung elektrischer Energie in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts nicht zu umgehen. Die Folgen einer solchen Massnahme würden uns alle treffen (...)».²⁹⁶ Daneben wurden auch die Auswirkungen der Kühltürme und Fragen der Sicherheit

²⁹³ Ebd.

²⁹⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Gemeindekanzlei, Ordner «Kernkraftwerk II, ab März 1973», Informationsblatt «Kernkraftwerke – eine dringende Notwendigkeit», 20.3.1973.

²⁹⁵ SWA (wie Anm. 69). Die genannte Publikation der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie konnte nicht ausfindig gemacht werden. Der Hinweis darauf findet sich im Begleitbrief des Versands: Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Gemeindekanzlei, Ordner «Kernkraftwerk II, ab März 1973», Begleitbrief ATEL zum Broschürenversand, Mai 1973.

²⁹⁶ SWA (wie Anm. 69), 3.

ausführlich thematisiert, wobei betont wurde, dass «bei den vielen heute auf der ganzen Welt in Betrieb stehenden Kernkraftwerken (...) bis heute kein Mensch durch nukleare Einwirkung zu Schaden» gekommen sei. Der Begleitbrief zur Broschüre ist ein klarer Hinweis darauf, dass auch der Broschüreversand als Reaktion auf den aufkeimenden Widerstand zu verstehen ist. Gleich im ersten Satz wurde Bezug auf die aufkommende Opposition genommen, indem festgestellt wurde, dass «der beabsichtigte Bau des Kernkraftwerkes Gösigen-Däniken (...) seit einiger Zeit im Niederamt zu lebhaften Diskussionen» führte. Besonders betont wurde im Brief, dass sich die ATEL von Anfang an stark am Willen der lokalen Bevölkerung orientiert habe: «Die Atel erklärte damals [an den öffentlichen Orientierungsversammlungen 1971, A.d.V.], dass für sie das gute Einvernehmen mit ihren Strombezügern an erster Stelle stehe, und dass sie auf eine Verwirklichung des Projektes verzichten würde, falls ein Grossteil der Bevölkerung ein solches Vorhaben zum voreherein ablehnen sollte. Die Gemeindebehörden stellten sich jedoch dem Projekt gegenüber im Allgemeinen positiv ein, und auch aus der Bevölkerung meldete sich keine Opposition. Die solothurnischen Behörden ihrerseits brachten deutlich den Wunsch zum Ausdruck, das Vorhaben im Interesse der kantonalen und regionalen Wirtschaft zu verwirklichen.»²⁹⁷ Die Passage wirkt wie eine Antwort auf die in dieser Zeit aufkommenden Vorwürfe der Gegner, man habe den Willen des Volkes umgangen und damit undemokratisch gehandelt. Auch die darauf folgenden Passagen, in denen das Vorgehen der ATEL noch einmal ausführlich aufgezeigt wurde, lesen sich beinahe wie eine Rechtfertigung für das geplante Kraftwerk. Seit 1969 seien die Baupläne bekannt und es habe keine negativen Reaktionen gegeben. Als «einziger neuer Aspekt» sei seither der Kühlturm hinzugekommen, der schlussendlich eine «durch das bundesrätliche Verbot der Frischwasserkühlung bedingte Notwendigkeit» sei und überdies keine Gefahr darstelle. Implizit warfen die Verfasser mit dieser Passage die Frage auf, warum denn das geplante AKW auf einmal Anlass zu «lebhaften Diskussionen» gab. Aus Sicht der Bauherrschaft hatte man offen kommuniziert und im Kontakt mit den verschiedenen Gemeinderäten die Meinung in der Region abgeholt. Nachdem man die Öffentlichkeit in den Jahren 1970 und 1971 an verschiedenen Veranstaltungen informiert hatte und danach kein nennenswerter Widerspruch laut geworden war, hatte man bei der

²⁹⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 295).

ATEL offenbar nicht mehr mit grösserer Opposition gegen das AKW-Projekt gerechnet. Der öffentliche Aufruf der Aktion Pro Niederamt zum Widerstand gegen das Atomkraftwerk kam für die Bauherrschaft dementsprechend unerwartet. Als Reaktion finden sich im Frühling 1973 mit der mehrfachen Veröffentlichung von Inseraten, der Herausgabe eines Infoblattes und einem Broschüreversand gleich vier Kontaktaufnahmen mit der regionalen Bevölkerung innert knapp drei Monaten. Angesichts der Tatsache, dass aus den Jahren zuvor abgesehen von den Informationsveranstaltungen 1971 keine Kommunikationsmassnahmen überliefert sind, ist diese Häufung auffällig, die Intensität der Informationsarbeit wirkt beinahe hektisch. Offenbar realisierte die Bauherrschaft, dass sie sich nach den ersten positiven Signalen zu sehr in Sicherheit gewiegt und darob die Informationsarbeit in der Region vernachlässigt hatte.

In den folgenden Monaten intensivierten die ATEL und die KKG ihre Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt. An einer Baukommissions-sitzung der Gemeinde Däniken wurde im Januar 1974 wie folgt über entsprechende Absichten der KKG informiert: «Die KKG gab bekannt, dass sie bestrebt sei ihre Informationspolitik zu verbessern. So sei u.a. die Schaffung eines Informationszentrums beabsichtigt, es sollen laufend Informationsbulletins herausgegeben werden, die Baukommission und der Gemeinderat soll durch periodische Besichtigungen über den Stand der Arbeiten am Werk orientiert werden.»²⁹⁸

Damit sich die betroffene Bevölkerung ein Bild von der Sicherheit der Atomkraftwerke machen konnte, wurden im Juni 1973 für ein breiteres Publikum Besichtigungen im AKW Beznau organisiert.²⁹⁹ 1974 wurde dann auf dem Baugelände des AKWs ein Informationspavillon errichtet, in dem eine ständige Ausstellung über «den Aufbau eines Kernkraftwerkes und die Belange der Kernenergie im allgemeinen» informierte.³⁰⁰ Daneben bot die KKG regelmässig Führungen über das Baugelände an und liess an der Umzäunung des Baugeländes Tafeln mit Informationen über die einzelnen Teilbau-stellen anbringen.³⁰¹ Die Dorfzeitschrift der Gemeinde Däniken, die

²⁹⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll Baukommission vom 10. 1. 1974.

²⁹⁹ Der Däniker Gemeinderat schickte Einladungen an sämtliche Däniker Haushalte, worauf rund hundert Personen aus Däniken an den beiden Besichtigungstagen teilnahmen. Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 123).

³⁰⁰ SWA, H+I Bi 905 (Bro), Geschäftsbericht Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (1976), 7.

³⁰¹ Dem Geschäftsbericht der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG von 1975 zufolge haben in diesem Jahr «annähernd 30'000 Personen den Informationspavillon und die Baustelle besichtigt». Vgl. SWA, H+I Bi 905 (Bro), Geschäftsbericht Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (1975), 6. Die ständige Ausstellung und Werksführungen sind auch heute noch das wichtigste Standbein der Öffentlichkeitsarbeit der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG). Gemäss Auskunft der KKG haben seit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks

1974 zum ersten Mal erschien, wurde fortan als Plattform genutzt, um Werbung für den Besucherpavillon zu machen und über die Fortschritte der Bauarbeiten zu informieren.³⁰² Im Dezember 1974 führte die KKG dann auf der Baustelle zum ersten Mal einen «Tag der offenen Tür» durch.³⁰³ Insgesamt wurden in den 1970er-Jahren acht solche Tage durchgeführt, an denen nach Angaben der KKG rund 9300 Personen teilgenommen haben sollen.³⁰⁴

Die Reaktion seitens der ATEL und der KKG beschränkte sich aber nicht auf die Intensivierung der Kommunikation. Als die Bauherrschaft erkannte, dass die Opposition in der Region stetig lauter wurde, versuchte sie offenbar den Baubewilligungsprozess für das Kernkraftwerk Gösgen zu beschleunigen. Möglicherweise erhoffte man sich ein Verebben des Widerstandes, sobald durch den Baubeginn Tatsachen geschaffen worden wären. Der Solothurner Alt-Regierungsrat Alfred Wyser schildert in seiner Darstellung der damaligen Kontroversen, wie Charles Aeschmann, der Delegierte des ATEL-Verwaltungsrats, beim Solothurner Regierungsrat vortrug, um eine «vorzeitige Besitzeseinweisung» zu verlangen. Dies hätte den Projektanten erlaubt noch vor der definitiven Entscheidung über die Baugesuchseinsprachen mit den Bauarbeiten am Atomkraftwerk zu beginnen. Obwohl eine solche Massnahme rechtlich gesehen offenbar möglich gewesen wäre, habe der Regierungsrat zum grossen Missfallen Aeschmanns das Begehren der ATEL aus politischen Gründen abgelehnt, so Wyser.³⁰⁵ Nichtsdestotrotz trieb die Bauherrschaft das Projekt zu Beginn des Jahres 1973 voran. Im Januar 1973 bestellte man bei der Kraftwerkunion den Reaktor für das geplante AKW und tätigte damit Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe, obwohl erst im November 1973 die letzten Einsprachen gegen das Baugesuch abgewiesen werden sollten.³⁰⁶ Es scheint, als wären sich die Verantwortlichen der Bauherrschaft ihrer Sache sehr sicher gewesen oder aber man habe damit versucht, vollendete Tatsachen zu schaffen, die für zusätzlichen Druck auf die Entscheidungsträger sorgen sollten.

Gösgen bereits mehr als 750'000 Personen an einer Betriebsführung teilgenommen.

³⁰² Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Dorfzeitschrift «Däniker Spate», 2 (1974) und 5 (1975).

³⁰³ Gemäss einem Bericht in der Däniker Dorfzeitschrift «Däniker Spate» seien damals «trotz schlechten Wetters» dreihundert Personen der Einladung auf die Baustelle gefolgt. Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Dorfzeitschrift «Däniker Spate», 2 (1974).

³⁰⁴ SWA (wie Anm. 118), 25.

³⁰⁵ Wyser (wie Anm. 37), 39 f. Wyser betont, dass dies die «einzige Misshelligkeit [war], die in alle den Jahren das Klima der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bauherrschaft getrübt hatte». Wyser (wie Anm. 37), 40.

³⁰⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 76).

4.5.2. Reaktionen des Däniker Gemeinderats

Auch bei den Däniker Behörden pochte die Bauherrschaft auf eine schnelle Erledigung des Bewilligungsprozesses. In verschiedenen «Schreiben und Gesuchen» drängte die ATEL der Baukommission zufolge darauf, die Arbeiten am Atomkraftwerk aufnehmen zu können.³⁰⁷ Dabei wäre man offenbar auch bereit gewesen, über fehlende Bewilligungen hinwegzusehen. In einem internen Positionspapier der Gemeinde Däniken, das die Zusammenarbeit zwischen der Baukommission, dem Gemeinderat und der Bauherrschaft regelte, findet sich ein entsprechender Hinweis darauf: «Die Bauherrschaft hat unter Beweis gestellt, dass sie mit allen Mitteln ihr Ziel zu erreichen sucht. Man wäre auch bereit gewesen, gesetzliche Voraussetzungen zu übergehen (siehe z.B. Wasserrechtsbewilligungen). Die Bauherrschaft wie die Gemeinde (auch die Baukommission) möchte das gleiche Ziel erreichen; auf dem Gemeindegebiet soll rasch der Bau eines Kernkraftwerkes möglich werden. Wie es nun den Anschein macht, sind die Wege zu diesem Ziel nicht immer ganz parallel. Für die KWG [= KKG, A.d.V] steht ausschliesslich die Erreichung dieses Zieles im Vordergrund, für die Gemeinde kann es nur den gesetzlich einwandfreien, geraden Weg geben; der leider oftmals vom Augenblick aus betrachtet etwas kompliziert aussieht, für die Zukunft aber am einfachsten sein wird.»³⁰⁸

Weitere Hinweise auf gesetzeswidrige Forderungen seitens der Bauherrschaft konnten in den Akten der Gemeinde Däniken nicht gefunden werden. Da es sich beim zitierten Papier um ein vertrauliches internes Dokument handelt, kommt den Aussagen aber eine gewisse Glaubwürdigkeit zu. Dem Dokument ist weiter zu entnehmen, dass man seitens der Gemeinde Däniken der ATEL als «mächtigem Partner» durchaus ein gewisses Misstrauen entgegenbrachte. «Wir sind der Ueberzeugung, dass es naiv wäre zu glauben, dass uns viel geschenkt wird.» Gleichwohl war die Gemeinde Däniken bereit, dem Wunsch der KKG nach einer schnellen Bearbeitung des Baugesuchs nachzukommen: «Die Bauherrschaft erhält auch eine Vorzugsbehandlung, dies aber nur soweit es die rasche Behandlung der Geschäfte betrifft.» Im Gespräch räumt der damalige Baupräsident der Gemeinde Däniken heute denn auch ein, dass die Behörden beim Bewilligungsverfahren für das Kernkraftwerk Gösgen presst

³⁰⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Gemeindegkanzlei, Ordner «Kernkraftwerk II, ab März 1973», Kernkraftwerkbewilligung. Arbeitskonzeption – Vorschlag der Baukommission, 1.

³⁰⁸ Ebd., 2.

hätten.³⁰⁹ Der Grund dafür sei die wachsende Opposition in Kaiser-augst und die damit verbundene Verzettelung des dortigen Projekts gewesen. Die Däniker Behörden wollten demnach vermeiden, dass es auch im Niederamt zu ähnlichen Verzögerungen auf Grund des regionalen Widerstands kommen würde. Dies hätte nach der Ansicht Brühlmeiers die Ressourcen der Gemeindebehörden auf Jahre hinaus stark absorbiert. Dank der zügigen Bearbeitung der Geschäfte im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Gösigen hätten sich die Däniker Behörden nun aber bald wieder ihren anderen Aufgaben zuwenden können. Die Bereitschaft der Däniker zur raschen Behandlung des Gesuches scheint demzufolge direkt mit der aufkommenden regionalen Opposition zusammengehängen zu haben.

In den Protokollen des Gemeinderates wird der Widerstand gegen das geplante Atomkraftwerk interessanterweise kaum erwähnt. Einmal nimmt ein Gemeinderatsmitglied Anstoss an «tendenziösen Zuschriften», ein andermal wird über «Tumulte» an einer Versammlung der Gegnerschaft berichtet.³¹⁰ Ansonsten konnten in den untersuchten Protokollen keine Verhandlungen über die Opposition gefunden werden. Es gibt aber an anderen Stellen verschiedentlich Hinweise auf die Sichtweise des Gemeinderats. Demnach nahm der Rat den Widerstand als von aussen herangetragen wahr, während man die eigene Bevölkerung klar hinter sich wähnte. Diesen Anschein erwecken die Klagen über die Einflussnahme der Gegnerschaft auf die Einwohnerinnen und Einwohner Dänikens, die mehrfach erhoben wurden. So stellte der Gemeindeammann beispielsweise an der Gemeindeversammlung im Dezember 1972 fest, dass «in allerletzter Zeit (...) unsere Bevölkerung von aussen aufgestachelt» worden sei.³¹¹ Diese Sichtweise wird auch in der Medienmitteilung der Gemeinde aus dieser Zeit wiedergegeben. «Im Hinblick auf unsere Gemeindeversammlung vom 11. Dezember wurde von verschiedener Seite zum Frontalangriff geritten und unsere Bevölkerung – die sich überwiegend ruhig und unpolemisch verhält – aufgestachelt.»³¹² Auch das damalige Gemeinderatsmitglied Werner Brühlmeier sprach im Interview mehrfach vom Widerstand, der «von aussen» in die Gemeinde hineingetragen worden sei.³¹³ Als Reaktion rief der Gemeinderat im Zusammenhang mit dem aufkommenden Widerstand immer wieder

³⁰⁹ Brühlmeier (wie Anm. 98).

³¹⁰ Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokolle des Gemeinderats vom 29.6.1970 und 21.5.1973.

³¹¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 230).

³¹² Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 236).

³¹³ Brühlmeier (wie Anm. 98).

dazu auf, Ruhe zu bewahren. Man wolle «den Gemeindefrieden nicht von aussen stören lassen».³¹⁴ Im Gemeinderat herrschte jedoch Uneinigkeit darüber, wie man den Anfeindungen der Pro Niederamt begegnen solle. Auf der einen Seite warte die Gegnerschaft nur auf eine Reaktion, und wenn man sich zu fest auf eine Diskussion einlasse, komme man «nie an ein Ende».³¹⁵ Auf der anderen Seite sei eine «sachliche Aufklärungsarbeit» zumindest in der Gemeinde notwendig. Schlussendlich beschloss der Gemeinderat im Mai 1973, auf die Vorwürfe der Pro Niederamt an seine Adresse nicht zu reagieren. Man müsse «in erster Linie innerhalb der Gemeinde präsent sein» und könne sich dann im Rahmen der Gemeindeversammlung «rechtfertigen», fasste der Ammann die beschlossene Haltung zusammen.³¹⁶

Zumindest in der Medienmitteilung der Gemeinde Däniken, die im Dezember 1972 veröffentlicht wurde, finden sich aber Reaktionen auf die öffentliche Opposition, denen es an der geforderten Ruhe eher zu fehlen schien. In angriffigem Stil richtete sich der Verfasser darin gegen die Kritiker des Atomkraftwerks: «Die ausserkantonale Einmischung von Unterentfelden hat also das Gegenteil bewirkt. Auch die Beschwerdeargumentation des Gemeinderates Schönenwerd und eines dortigen Komitees [sic] steht auf tönernen Füßen. Sie läuft auf ein hinlänglich bekanntes ausgefahrenes Geleise hinaus, womit lediglich noch Verzögerungen und Verteuerungen verursacht werden könnten. Schönenwerd muss sich auch nicht von Steuergeldern verködern lassen. Hier wohl wissend, dass es einen solchen Zustupf nicht nötig hat, wird es bei logischer Handlungsweise darauf verzichten».³¹⁷

Schönenwerd war damals neben Lostorf die einzige Gemeinde, deren Gemeinderat sich grundsätzlich gegen das geplante Atomkraftwerk aussprach.³¹⁸ Der Widerstand wurde den zitierten Zeilen nach auch darauf zurückgeführt, dass die Gemeinde als Standort einer überregional bedeutenden Schuhfabrik nicht auf die Steuereinnahmen des AKWs angewiesen sei und sich daher eine Ablehnung des Werks leisten könne. Seltsamerweise wird mit der gewählten Formulierung nicht nur gefordert, dass Schönenwerd auf Grund seines Widerstands konsequenterweise auf die Einnahmen aus dem Steuerverteiler verzichten müsse, sondern gleichzeitig auch der Darstellung

³¹⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 230).

³¹⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 227).

³¹⁶ Ebd..

³¹⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 236).

³¹⁸ Vgl. Einspracheschrift EWG Schönenwerd: Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 237).

der Opposition Vorschub geleistet, wonach die Steuerzahlungen als Bestechung der Gemeinden zu verstehen seien.

In der Medienmitteilung wurden darüber hinaus auch mehrere Einwohnerinnen und Einwohner Dänikens, die sich an der Versammlung zu Wort gemeldet hatten, namentlich erwähnt und ihre Anliegen als haltlos dargestellt: «Fräulein Kellerhals konnte keine Anhänger gewinnen mit dem Aufzählen aller möglichen Gefahren sowie dem Hinweis, das Kernkraftwerk werde von der Hochfinanz für die Industrie erbaut. Offenbar hat der Manuskriptschreiber von den Partnern des Konsortiums [sic] nie Kenntnis erhalten. Auch ist bekannt, dass der Schwerpunkt der Energieverbrauchszunahme mit jährlich etwa 6% eindeutig beim privaten Gebrauch liegt. (...) In der Folge stellte Frau Marrer einen schriftlichen Antrag in Aussicht, es sei in den allernächsten Tagen eine Orientierungsversammlung mit konsultativer Abstimmung abzuhalten. Im Bewusstsein, dass sich jeder Orientierungswillige – die auswärtigen Gegner nehmen sowieso nicht teil – ausreichend ins Bild setzen konnte, wurde der weitere Vorschlag es sei nichts zu unternehmen, mit dem Stimmenverhältnis von 3:1 von der Versammlung vorgezogen.»³¹⁹

Auch wenn sich die Kritiker im Dorf bewusst sein mussten, dass sie sich mit ihrem öffentlich vorgetragenen Widerspruch exponieren würden, erscheint ihre namentliche Nennung in einer behördlichen Medienmitteilung aus heutiger Sicht doch eher unverhältnismässig. Dieses Vorgehen lässt sich mit den Darstellungen von Elisabeth Marrer in Einklang bringen, wonach sie sich als Gegnerin in Däniken damals nicht ernst genommen gefühlt habe und das Gefühl hatte, sie werde im Dorf auf Grund ihrer Anliegen belächelt. Auch wenn sich heute wenig schlüssige Belege für vorhandene Konflikte finden lassen und es im Dorf nach Aussagen der befragten Personen nicht zu offenen Auseinandersetzungen kam, scheint die Stimmung im Dorf in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre von Missstimmung und Unruhe geprägt gewesen zu sein. Einen Hinweis darauf liefert auch der Artikel eines Primarlehrers, der 1977 in der Däniker Dorfzeitschrift veröffentlicht worden war. Darin befasst sich dieser mit der Frage, warum sich immer weniger Leute an der kommunalen Politik beteiligten. Er führt neun Thesen an, warum immer mehr Stimmbürger der Gemeindeversammlung fernbleiben und schreibt dabei unter anderem: «6. Abstempelung: Habe ich etwas gegen KKW's gesagt? Dann bin ich also ein Marxist, mit dem man sowieso nicht disku-

³¹⁹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 236).

tiert? Es ist heute allgemein gefährlich, in einer Sache zufällig der gleichen Meinung wie die Linken zu sein, und schon wird man ihnen zugerechnet».³²⁰ Zumindest unterschwellig gab es im Dorf offenbar durchaus Animositäten, die durch das AKW-Projekt ausgelöst worden waren.

4.6. Epilog: Betriebsaufnahme trotz Widerstand

4.6.1. Gösgen im Visier der Anti-AKW-Bewegung

Mit dem Baubeginn im Herbst 1973 legte die Pro Niederamt ihre Aktivitäten gegen das Kernkraftwerk Gösgen nieder. Alle rechtlichen Mittel im Kampf gegen das AKW waren ausgeschöpft worden, und die Pro Niederamt hatte ihr Ziel trotzdem nicht erreicht. Für einige Jahre kehrte damit in der Region Ruhe ein. Zur selben Zeit rückte die Kontroverse um das geplante AKW in Kaiseraugst immer stärker ins Zentrum der schweizerischen Aufmerksamkeit. Im November 1973 war mit der Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) eine neue Widerstandsvereinigung gegründet worden, die in den Auseinandersetzungen der darauffolgenden Jahre eine zentrale Rolle spielen sollte. Die GAK hatte sich dem «Kampf um mehr Basisdemokratie» und um eine «ökologischere Gesellschaft» verschrieben und setzte zur Erreichung ihrer Ziele auf die Methode des gewaltfreien Widerstands.³²¹

In den ersten zwei Jahren ihres Bestehens gewann sie in der Region zusehends Rückhalt und erregte mit unkonventionellen Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit. Nachdem die GAK bereits zum Ende des Jahres 1973 einen «Probe-Hock» auf dem Baugelände des geplanten AKWs durchgeführt hatte, besetzten im Frühjahr 1975 mehrere hundert GAK-Aktivist*innen das Areal und machten das Kernkraftwerk Kaiseraugst dadurch innert kürzester Zeit zum nationalen Politikum. Die Aktion endete nach elf Wochen mit der Zusicherung der Bauherrschaft für einen mehrwöchigen Bauunterbruch und Gesprächen zwischen Vertretern des Widerstands und Mitgliedern des Bundesrats. So wurde die Bauplatzbesetzung in Kaiseraugst zum «Inbegriff des erfolgreichen ausserinstitutionellen Widerstands»; Kupper bezeichnet sie gar als «Ikone der Anti-AKW-Bewegung». Die Aktion und die breite Unterstützung in der Bevölkerung hatten deutlich gemacht, dass es sich bei den AKW-Gegnern nicht nur um eine marginalisierbare Gruppe von Fortschrittsfeinden und Systemgegnern handelte.

³²⁰ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Dorfzeitschrift «Däniker Spate», 15 (1977), 6.

³²¹ Kupper (wie Anm. 2), 145 f.

Inspiziert vom Erfolg in Kaiseraugst wurden in der Folge auch in anderen Regionen «Gewaltfreie Aktionen» gegründet.³²²

In der Region Gösgen wurde im Juni 1975 die Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke Aargau/Solothurn (UeBA AG/SO) ins Leben gerufen, die bald zu einem neuen Widerstandskern des Kampfes gegen die Atomkraftwerke wurde.³²³ Nach ihrer eigenen Darstellung gehörten «viele Streiter aus der PRO NIEDERAMT» zu den Gründungsmitgliedern der UeBA.³²⁴ Am 25. Januar 1976 rief die neue Organisation zu einer «Internationalen Informationskundgebung» nach Gösgen. An dieser forderte die UeBA gemäss einem Flugblatt ein «staatlich angeordnetes, öffentliches Hearing, unter Einschluss sämtlicher Massenmedien», mit dem Ziel, vor der Betriebsbewilligung für das Atomkraftwerk die aus Sicht der AKW-Gegner offenen Fragen öffentlich zu diskutieren.³²⁵

Erst mit dem Jahr 1977 rückte das Kernkraftwerk Gösgen dann aber ganz in den Fokus der schweizerischen Anti-AKW-Bewegung. Im Mai 1977 wurde in der Tradition der Ostermärsche der Anti-Atomwaffen-Bewegung ein Pfingstmarsch gegen den AKW-Bau durchgeführt, der mit einer Schlusskundgebung auf dem Bauplatz des Kernkraftwerks Gösgen endete. Kriesi spricht von 4000 bis 7000 Teilnehmenden, die während dreier Tage mitmarschiert seien. Rund 12'000 Personen sollen schliesslich an der Schlusskundgebung vor dem inzwischen beinahe fertiggestellten Kernkraftwerk Gösgen teilgenommen haben.³²⁶ Obwohl die Verantwortlichen den Anlass als Erfolg werteten, war der Pfingstmarsch gleichzeitig die «letzte «Einheitsaktion» der schweizerischen AKW-Gegner», bevor die Bewegung, uneinig über das weitere Vorgehen und die zu wählenden Mittel, endgültig in verschiedene Lager zerfiel.³²⁷

Im Rahmen der Schlusskundgebung des Pfingstmarsches, die von der UeBA AG/SO mitorganisiert worden war, wurde die Gründung eines Schweizerischen Aktionskomitees gegen das Atomkraftwerk Gösgen (SAG) beschlossen, «um sicherzustellen, dass auch etwas getan wird» gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Gösgen.³²⁸ Am 18. Juni 1977 wurde das SAG dann in Olten aus der Taufe gehoben, wobei die «Koordinationsgruppe» «weitgehend identisch» war mit

³²² Kupper (wie Anm. 2), 146 f.

³²³ Kriesi (wie Anm. 11), 36.

³²⁴ SOZARCH (wie Anm. 3), 21.

³²⁵ SOZARCH, Ar 201.130.3, Flugblatt «Internat. Informationskundgebung», 25. 1. 1976.

³²⁶ In der «Gösge Ziitig» ist die Rede von 10'000 Teilnehmenden. Vgl. SOZARCH (wie Anm. 254), 5.

³²⁷ Kriesi (wie Anm. 11), 39.

³²⁸ SOZARCH, Ar 201.130.3, Flugblatt mit Gründungsaufwurf SAG, verm. Mai 1977.

dem Organisationskomitee des Pfingstmarschs.³²⁹ Innerhalb des SAG dominierten gemäss Kriesi die sogenannte «Fortschrittlichen», die im Gegensatz zu den «Gemässigten» eine Weiterverfolgung der Ziele mithilfe von «direkten, gewaltfreien Aktionen» forderten.³³⁰ Dementsprechend machte sich das SAG daran, die Besetzung der Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen vorzubereiten. Diese Aktion war bereits am 2. Juni 1977 an einer sogenannten «Vollversammlung»³³¹ beschlossen worden, da im Gegensatz zu Kaiseraugst das Baugelände in Gösgen auf Grund der vorhandenen Sicherheitsvorkehrungen nicht mehr besetzt werden konnte. Mit der Besetzung der Zufahrtswege wollten die AKW-Gegner die Anlieferung der Brennstäbe verhindern, frei nach dem Motto «Keine Brennstäbe, kein AKW».³³² In der Folge kam es am 25. Juni 1977 und am 2. Juli 1977 zu zwei Besetzungsversuchen, die jedoch von einem grossen Polizeiaufgebot unter Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Hartgummigeschossen vereitelt wurden. Das Vorgehen der Polizeieinheiten führte in der Woche nach der ersten Aktion in zahlreichen Städten der Schweiz zu Protestkundgebungen.³³³

4.6.2. Däniken und die neue Gegnerschaft

In Däniken zeigte man sich ob der Aktivitäten der AKW-Gegner beunruhigt. In einer Medienmitteilung vom 21. Juni 1977 übte die Gemeinde scharfe Kritik an den Vorgängen im Dorf: «Soll Däniken in seiner Ruhe und Besonnenheit gestört werden? Fremde Elemente, KKW-Gegner, machen von sich reden. Dabei ist nicht zu verkennen, dass die Aktion System hat. Es geht nur vordergründig ums Kernkraftwerk, bestimmte Gruppen – stets anonym – benützen es als Vorwand, um die Gewalt und den Umsturz zu üben. Der Gemeinderat Däniken distanziert sich von allen ins Dorf hinein getragenen Aktionen und von bewusst irreführenden und unwahren Schriftstücken».³³⁴ Insbesondere verwehrt sich der Gemeinderat gegen die Darstellung der AKW-Gegner, wonach die Baubewilligung nicht rechtmässig

³²⁹ In der «Gösge Ziitig» ist die Rede von 10'000 Teilnehmenden. Vgl. SOZARCH (wie Anm. 254), 8.

³³⁰ Kriesi (wie Anm. 11), 37. Die Unterscheidung zwischen «Gemässigten» und «Fortschrittlichen» ist zeitgenössisch und wurde zum ersten Mal im Rahmen der Spaltung der GAK im Sommer 1975 verwendet.

³³¹ An der Vollversammlung stimmte die Masse der versammelten AKW-Gegner als eine Art parademokratisches Organ über das weitere Vorgehen ab und erteilte so den Aktionen der Koordinationsgruppe eine Art moralische Legitimität.

³³² SOZARCH (wie Anm. 254), 8.

³³³ Kriesi (wie Anm. 11), 38.

³³⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokolle der Gemeindeversammlung, Medienmitteilung Gemeindeversammlung vom 21. 6. 1977.

verlaufen sei.³³⁵ In der Medienmitteilung wird betont, dass man die Gegner des Werkes respektiere, dass aber die «beabsichtigen Aktionen (...) mit einer kritischen Gegnerschaft nichts mehr gemeinsam» hätten. «Wir sind ein friedliches Dorf und rufen die Bevölkerung auf, weiterhin den gesunden Menschenverstand und die Ruhe zu wahren und kritisch und intelligent abzuwägen.» An der Däniker Gemeindeversammlung vom 29. Juni, also in der Woche zwischen den zwei Besetzungsversuchen, rief der Gemeindeammann die Bevölkerung dazu auf «sich nicht provozieren zu lassen» und dankte gleichzeitig für die «bewahrte Ruhe». «Ungutes kommt auf uns zu, falls die Eskalation weitergetrieben wird», prophezeite Gemeindeammann Hagmann. Dabei erregten bei den Vertretern der Gemeinde Däniken offenbar vor allem auch die staatsfeindlichen Tendenzen gewisser Teile der Anti-AKW-Bewegung Anstoss. Der Gemeindeammann zitierte an der Versammlung klassenkämpferische Aussagen aus einer Publikation der Gegner³³⁶ und beklagte sich über die betriebene «Lügenpropaganda und Verdrehung». Ein anderes Mitglied des Gemeinderats wies darauf hin, dass es sich bei den Gegnern nicht um Bürger handle «wie wir es hier sind. Der Feind ist mitten unter uns». Ein besorgter Einwohner Dänikens verglich die Situation mit den Eskalationen im durch die Autonomiebewegung zerrütteten Berner Jura und fügte an, dass «die ins Dorf getragenen Aktionen (...) ganz schlechte Vorbilder für die Jugend» seien.³³⁷ Die «Sorge um unsere Dorfgemeinschaft» habe ihn schliesslich dazu bewogen, eine Resolution «Gegen die Blockade des KKW Gösigen» zu verfassen. Diese Resolution wurde in der darauffolgenden Abstimmung von der Däniker Gemeindeversammlung «ohne Gegenstimme angenommen» und darauf hin über die regionale Presse veröffentlicht. Im Resolutionstext wird betont, dass die Aktionen «von Elementen ausserhalb unserer Region gesteuert» seien und das Aktionskomitee «weder im Sinne noch im Auftrag der überwiegenden Mehrheit unserer einheimischen Bevölkerung» handle. Letztere wurde einmal mehr dazu aufgerufen «sich nicht durch Auswärtige unbesonnen in rechtswid-

³³⁵ Um dies zu belegen, verfasste die Gemeinde Däniken im Juli 1977 den «Chronologischen Ablauf Bewilligungsverfahren», aus dem in der vorliegenden Arbeit bereits zitiert wurde (vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 90)). Der fünfzehnteilige Bericht wurde gemäss einer Medienmitteilung an «Behörden, Presse, Radio, Fernsehen, umliegende Gemeinden, Schulen sowie den gegnerischen Komitees» verschickt. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokolle der Gemeindeversammlung, Medienmitteilung Gemeindeversammlung vom 18. 7. 1977.

³³⁶ Dabei scheint es sich um die in dieser Arbeit ebenfalls erwähnte «Gösige Ziitig» zu handeln.

³³⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll der Gemeindeversammlung vom 29. 6. 1977.

rige Aktionen hineinziehen zu lassen». Das Eingreifen «auswärtiger Besetzer» werde als «unerwünscht und illegal» erachtet.

Die heftige Reaktion der Gemeinde Däniken auf die Ereignisse im Sommer 1977 ist bemerkenswert. Offenbar weckten die Aktionen der AKW-Gegner bei den Vertretern der Gemeinde Däniken heftige Emotionen und Ängste. Wie bereits im Zusammenhang mit der Opposition im Jahre 1973 wurden auch in der Reaktion auf diese Widerstandsaktivitäten vor allem zwei Aspekte besonders hervorgehoben. Einerseits wird mehrfach unterstrichen, dass sich der Gemeinderat darum bemüht habe «richtig zu entscheiden»³³⁸ und dass der Baubewilligungsprozess vorschriftsgemäss abgewickelt worden sei. Andererseits wird auch hier wieder an zahlreichen Stellen darauf hingewiesen, dass die «überwiegende Mehrheit der einheimischen Bevölkerung» das Kernkraftwerk Gösgen befürworte und der Widerstand gegen das AKW von «ausssen» herangezogen werde. Zumindest letzteres scheint für den aktivistischen Widerstand in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre zu stimmen. Die radikalisierte Gegnerschaft stiess mit ihren Zielen und Methoden in breiten Kreisen der Bevölkerung auf wenig Verständnis.³³⁹

4.6.3. Das Ende des Widerstands

Nach den gescheiterten Besetzungsversuchen beschloss das SAG Mitte August 1977 an einer weiteren Vollversammlung, auf weitere Besetzungsversuche in Gösgen zu verzichten. Mit dem Ende des Sommers 1977 bewegte sich damit der Fokus der Aktionen der Schweizerischen Anti-AKW-Bewegung von Gösgen weg und richtete sich stärker auf das AKW-Projekt in Graben.³⁴⁰ Der Zenit des Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen war damit überschritten. «Gös-gen» geriet aber auch in den folgenden Jahren in Zusammenhang mit Widerstandsaktionen von AKW-Gegnern noch einige Male in die Schlagzeilen. Im März 1978 erhob das Untersuchungsrichteramt Olten-Gösgen gegen fünf Exponenten des SAG Anklage «wegen Gewalt und Drohung gegen Behörde und Beamte» im Rahmen der Besetzungsversuche und verurteilte dann im Herbst desselben Jahres vier von ihnen zu Bussen zwischen 500 und 800 Franken.³⁴¹ Ende der 1970er-Jahre verübten ausserdem radikalisierte AKW-Gegner

³³⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll der Gemeindeversammlung vom 21. 6. 1977.

³³⁹ Vgl. auch Marrer (wie Anm. 251).

³⁴⁰ Kriesi (wie Anm. 11), 38.

³⁴¹ Boos (wie Anm. 3), 96.

mehrfach Anschläge auf Ziele in der Region und führten verschiedentlich gegen die «Atom-Lobby» gerichtete Aktionen durch. Die Chronik der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie führt unter anderem eine einstündige Blockierung der Zufahrtsstrasse zum Kernkraftwerk Gösgen im Oktober 1977 an und erwähnt zwei «Anschläge auf den Eisenbahnverkehr», wobei sich letztere wohl gegen die unbefahrenen Anschlussgeleise des AKWs gerichtet haben dürften. Am 4. Oktober 1978 hinterliess ein Brandanschlag auf den Informationspavillon des Kernkraftwerks Gösgen nach Angaben der KKG einen Sachschaden von 150'000 Franken.³⁴² Gleichentags besetzte eine Gruppe AKW-Gegner während einer halben Stunde Büroräumlichkeiten der ATEL in Olten.³⁴³ Rund ein Jahr später, am 20. Oktober 1979, wurde ein Sprengstoffanschlag auf einen Meteomast in der Nähe des Atomkraftwerks verübt.³⁴⁴ Im Frühjahr 1980 erfolgte dann ein letzter Versuch der UeBA AG/SO mit einer Beschwerde an das Eidgenössische Verkehrs- und Energiedepartement (EVED), den Betrieb des Kernkraftwerks Gösgen zu stoppen. Das Werk hatte zu diesem Zeitpunkt bereits den Betrieb aufgenommen. In diesem Zusammenhang wurden schliesslich die bereits 1976 geforderten «Hearings» durchgeführt, ohne jedoch eine Veränderung der Positionen zu bewirken. Schlussendlich beschloss der Bundesrat auf die eingereichte Beschwerde nicht einzutreten.³⁴⁵

So blieb am Ende jeder Widerstand gegen das Kernkraftwerk Gösgen erfolglos. Das Werk nahm im Februar 1979 den Probebetrieb auf, im November 1979 erteilte das EVED der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG eine uneingeschränkte Betriebsbewilligung. Damit wurde in der Schweiz zum ersten Mal ein AKW in Betrieb genommen, gegen das die Anti-AKW-Bewegung gekämpft hatte. Gleichzeitig ist es bis heute das zweitletzte AKW-Projekt, das in der Schweiz realisiert werden konnte. Nach der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Leibstadt im Jahr 1984 wurden alle weiteren Projekte eingefroren oder aufgegeben, bevor dann mit der Annahme der Initiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» im September 1990 ein zehnjähriges Moratorium begann. Eine Verlängerung dieses Moratoriums scheiterte dann aber im Mai 2003 an der Urne, womit heute neue AKW-Projekte wieder denkbar wären. Die ATEL hat denn auch unlängst ihre Pläne zum Bau einer zweiten Anlage in unmittelba-

³⁴² SWA, H+I Bi 905 (Bro), Geschäftsbericht Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (1978), 11.

³⁴³ Schweizerische Vereinigung für Atomenergie: Basisdokumentation Kernenergie in der Schweiz. www.nuklearforum.ch/_upl/files/Chronik_dt_fr_bis_1999.pdf, 4.3.2008, 45.

³⁴⁴ Ebd., 56.

³⁴⁵ Kriesi (wie Anm. 11), 60.

rer Nachbarschaft zum bereits bestehenden Kernkraftwerk Gösgen bekannt gegeben und am 9. Juni 2008 ein Standortbewilligungsgesuch eingereicht. Damit ist die Diskussion um die AKWs in der Schweiz – wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen – neu lanciert und man darf auf die Reaktionen in der Region gespannt sein.

5. Abschliessende Betrachtungen

Die vorliegende Untersuchung hat einerseits zum Ziel, die Positionen und Handlungen des Däniker Gemeinderats im Zusammenhang mit dem AKW-Projekt in Gösgen nachzuvollziehen und andererseits die Reaktionen der regionalen Bevölkerung auf das Projekt aufzuzeigen. Nachfolgend sollen nun die Hauptresultate der Untersuchung zusammengefasst werden. Die Erkenntnisse werden nach Akteuren geordnet aufgeführt. Zuerst wird auf die Haltungen und Spielräume des Däniker Gemeinderats eingegangen. Dann werden die Reaktionen der regionalen Bevölkerung zusammengefasst, wobei vor allem darauf eingegangen wird, warum der regionale Widerstand aus heutiger Sicht von vornherein aussichtslos war. Schliesslich sollen auch einige Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Bauherrschaft des Kernkraftwerks Gösgen zur Sprache kommen. Diese gehen zwar über die Beantwortung der eingangs formulierten Fragen hinaus, scheinen aber für das Verständnis der Gesamtsituation wichtig.

5.1. Haltung und Spielräume des Gemeinderats

Die Däniker Behörden waren klare Befürworter des Kernkraftwerks Gösgen. Im Gemeinderat war man von der Notwendigkeit und der Sicherheit der Atomtechnologie überzeugt. Diese Überzeugung nährte sich nicht zuletzt aus den Informationen, die sich der Gemeinderat aufwändig beschaffte. Der Gemeinderat besuchte auf mehreren Reisen bereits vollendete Atomkraftwerke und Kühlturmanlagen, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Daneben nahmen Mitglieder des Gemeinderats mehrfach an Fachtagungen zu Fragen der Atomtechnologie teil. Dies ist vor allem darum bemerkenswert, weil die Frage der nuklearen Sicherheit im Bewilligungsprozess eigentlich Sache der eidgenössischen Behörden war und die Behörden der Gemeinde Däniken gar keine diesbezüglichen Entscheidungen zu treffen hatten. Offenbar war der Gemeinderat aber bestrebt, über die rein rechtliche Verantwortung im Rahmen der ihm obliegenden Überprüfung der

baupolizeilichen Erfordernisse hinaus auch eine politisch-moralische Verantwortung wahrzunehmen und die möglichen Folgen einer Unterstützung des AKW-Projekts abschätzen zu können.

Die befürwortende Haltung der Däniker Gemeindebehörden hing, wie seitens der AKW-Gegner oft moniert, sicher auch mit den finanziellen Vorzügen eines Atomkraftwerks zusammen. Dieser Umstand muss aber zwingend im Kontext der damaligen Entwicklung der Gemeinde gesehen werden. Das Dorf war in den 1960er- und 1970er-Jahren von zahlreichen verschiedenen Grossprojekten betroffen. Die SBB wollten auf Däniker Boden sowohl einen Rangierbahnhof als auch einen Schnellgutbahnhof errichten, die PTT planten ein Postverteilzentrum. Ausserdem tangierte die Linienführung einer geplanten internationalen Erdgastransitleitung Däniker Gemeindegebiet. Die durch die Grossprojekte nötigen Landumlegungen und Erschliessungsarbeiten waren arbeitsintensiv und verursachten hohe Kosten. Der Däniker Gemeinderat beklagte sich damals mehrfach über die ungewöhnliche Häufung von Grossprojekten auf seinem Gemeindegebiet und die dadurch entstehenden Belastungen. Er betrachtete sein Dorf als Sonderfall innerhalb der regionalen Entwicklung und wies regelmässig auf die zu erbringenden «Opfer» hin. Diese Opfer erschienen umso grösser, da die geplanten Projekte der Staatsbetriebe der Gemeinde Däniken kaum Vorteile brachten. Auf Grund der Arbeitsmarktsituation um das Jahr 1970 herum waren zusätzliche Arbeitsplätze kaum erstrebenswert, schlimmstenfalls musste sogar damit gerechnet werden, dass lokale Betriebe durch die neuen Arbeitgeber konkurrenziert würden. Darüber hinaus brachten die SBB und die PTT auf Grund ihres Status als Staatsbetriebe der Standortgemeinde Däniken später keinen einzigen Steuerfranken ein. Ganz anders war dies beim geplanten Atomkraftwerk. Ein Grossteil der neugeschaffenen Arbeitsplätze erforderte hochqualifiziertes Personal, was auf das Zuziehen neuer zahlungskräftiger Einwohnerinnen und Einwohner hoffen liess. Darüber hinaus war das Projekt für die Gemeinde aber vor allem wegen der hohen Steuererträge, die das Atomkraftwerk einzubringen versprach, ausgesprochen attraktiv. Darin unterschied sich das AKW-Projekt wesentlich von den anderen Grossprojekten, die in jener Zeit in Däniken realisiert werden sollten. Nach den zahlreichen Belastungen durch diese anderen Projekte war das AKW-Projekt für die Gemeinde Däniken ein wahrer Segen.

Die hohen Steuereinnahmen, die das AKW zu bringen versprach, boten indes immer wieder Anlass zur Kritik. Die Gegner des Projekts warfen den Behörden der Gemeinde Däniken vor, sie hätten sich in

ihrer Gier durch die Steuerbeträge blenden lassen und das AKW-Projekt unter Missachtung des Willens der Bevölkerung unterstützt. Insbesondere die Ablehnung der Einsprachen gegen das Baugesuch durch die Däniker Baukommission löste viel Unverständnis und Argwohn aus. Aus heutiger Sicht stellt sich allerdings die Frage, wie viel Spielraum die Gemeinde Däniken bei der Projektbewilligung überhaupt hatte. Die Däniker Gemeindebehörden verwiesen jeweils auf die engen Vorgaben der Baugesetzgebung, welche die Befugnisse der Gemeinde ihrer Ansicht nach klar regelten. Waren dem Gemeinderat auf Grund der Gesetzeslage also die Hände gebunden? Zumindest bei den Verhandlungen mit der Bauherrschaft über die Übernahme der Erschliessungskosten pochte der Rat interessanterweise seinerseits auf eine freie Auslegung der Baugesetzgebung. Eine wortwörtliche Auslegung sei nicht zulässig, argumentierte der Gemeinderat, da es sich beim AKW-Projekt um einen bei der Gesetzgebung nicht vorgesehenen Sonderfall handle. Der Gemeinderat verlangte somit – und dies mit Erfolg – eine freie Interpretation eben jener Vorschriften, die er selbst im Falle der Baubewilligung sehr eng auslegte. Man könnte den Behörden also vorwerfen, dass sie sich bei der Behandlung der Einsprachen hinter den Vorschriften versteckten und diese als willkommenen Vorwand nahmen, um sich langwierigen Auseinandersetzungen mit den AKW-Kritikern zu entziehen. Angesichts der Tatsache, dass die Däniker Behörden die Projektbewilligung bewusst schnell abwickelten, um dem aufkommenden Widerstand den Wind aus den Segeln zu nehmen, scheint diese Lesart plausibel. Ob allerdings ein vehementeres Unterstützen der Anliegen der AKW-Gegnerschaft durch den Gemeinderat wirklich einen Einfluss auf die Realisation des Projekts gehabt hätte, muss an dieser Stelle offengelassen werden. In Anbetracht der vorbehaltlosen Unterstützung des Projekts durch den Solothurner Regierungsrat und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Hauptverantwortung zur Bewilligung des Atomkraftwerks bei den Bundesbehörden lag, scheint dies zumindest fraglich.

Die Däniker Behörden versuchten für ihre Gemeinde das Beste aus der Situation herauszuholen. Ihnen dies zum Vorwurf zu machen wäre vermessen, schliesslich ist es eine zentrale Aufgabe des Gemeinderates, die finanziellen Interessen der Gemeinde zu wahren. Vor allem aber hat sich der Gemeinderat nicht nur für finanzielle Vorteile eingesetzt. Im mehrseitigen Auflagenkatalog in der Baubewilligung wurde auch verschiedenen Anliegen aus den Einspracheschriften gegen die Baubewilligung Rechnung getragen. Die Einrichtung eines

Schiedsgerichts sollte den Liegenschaftsbesitzern das Einfordern von Schadenersatz erleichtern, und durch die Vorbehalte bei der Kühlturbewilligung wäre ein vorzeitiger Abbruch desselben möglich gewesen. Damit berücksichtigten die Gemeindebehörden bei der Bewilligung zwei der drei Einsprachegründe, die in den Einspracheschriften mit Abstand am häufigsten vorgebracht worden waren. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Gemeinderat auf Grund seiner dem AKW wohlgesinnten Haltung zahlreichen Anliegen der AKW-Gegner wenig Beachtung schenkte. Der Vorwurf, der Däniker Gemeinderat habe das AKW-Projekt einfach unkritisch durchgewinkt, scheint aber ungerechtfertigt.

5.2. Aussichtslosigkeit des regionalen Widerstands

In der Standortgemeinde Däniken gab es kaum öffentlichen Widerspruch gegen das geplante Kernkraftwerk Gösgen. Wie sehr die Däniker Einwohnerschaft aber wirklich hinter dem AKW-Projekt stand, ist aus heutiger Sicht schwer zu beurteilen. An den Aktivitäten der Aktion Pro Niederamt beteiligte sich lediglich eine einzige Person aus der Gemeinde Däniken aktiv. Hingegen sollen für eine Petition der Pro Niederamt gegen das Atomkraftwerk mehr als 500 Unterschriften aus Däniken zusammengekommen sein. Belege dafür konnten allerdings keine gefunden werden. Es kann vermutet werden, dass eine Mehrheit der Däniker Bevölkerung dem Projekt zumindest gleichgültig gegenüberstand. Betrachtet man hingegen die gesamte Standortregion, so finden sich durchaus auch kritische Bevölkerungsteile. Ende des Jahres 1972 begann sich im Niederamt im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens Widerstand gegen das Kernkraftwerk Gösgen zu formieren. Zum Sammelbecken der regionalen Opposition avancierte dabei die Aktion Pro Niederamt, ein überparteilicher Zusammenschluss von Einwohnerinnen und Einwohnern der Region. Die Pro Niederamt versuchte mit Einsprachen und verschiedenen Formen von Öffentlichkeitsarbeit auf das Projekt Einfluss zu nehmen, war damit aber schlussendlich wenig erfolgreich.

Dies lag nicht zuletzt an der Ausgestaltung des Bewilligungsverfahrens. Der Ablauf des Bewilligungsverfahrens für Atomkraftwerke in der Schweiz war in der schweizerischen Atomgesetzgebung festgelegt. Diese war in den 1950er-Jahren mit dem Ziel geschaffen worden, den Einstieg der Schweizer Energiewirtschaft in die Atomenergienutzung zu fördern. Entsprechend unterwarf sie den Bau und Betrieb

eines Atomkraftwerks nur geringen Restriktionen. Da grundlegende Kritik an AKWs zum Zeitpunkt der Schaffung der Gesetzesgrundlagen in der Schweiz noch kein Thema war, bot das Bewilligungsverfahren ausserdem kaum Möglichkeiten, ein Projekt auf Grund genereller Ablehnung der Atomtechnologie zu verhindern. Wenn überhaupt, so hätten grundsätzliche Bedenken gegenüber einem AKW-Projekt im Rahmen des Standortbewilligungsverfahrens eingebracht werden müssen. Beim Erteilen der Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen bezog das Eidgenössische Verkehrs- und Energiedepartement (EVED) den Standortkanton Solothurn in die Vernehmlassung ein und forderte ihn auf, auch die Meinungen der betroffenen Gemeinden zu berücksichtigen. Als die Solothurner Regierung Ende des Jahres 1970 deren Standpunkte einholte, waren in der Standortregion noch keine kritischen Stimmen laut geworden. Für die Gemeinderäte bestand dementsprechend kein Anlass zu einer ablehnenden Stellungnahme. Ende Oktober 1972 erteilte das EVED dem Kernkraftwerk Gösgen schliesslich die Standortbewilligung. Damit war für die zuständigen Behörden die Diskussion über die nukleare Sicherheit der Anlage und die grundlegenden Bedenken gegenüber dem geplanten AKW erledigt.

Als sich im Rahmen des kommunalen Baubewilligungsverfahrens dann erster Widerstand gegen das Kernkraftwerk Gösgen formierte, war es für das Erörtern grundsätzlicher Fragen bereits zu spät. Die Opposition gegen das Kernkraftwerk Gösgen kam schlicht zu spät auf, um die Realisierung des Projekts auf institutionellem Weg verhindern zu können. Warum aber entstand der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Gösgen erst Ende des Jahres 1972, mehr als drei Jahre nach der ersten Bekanntgabe der Baupläne? Ein Grund dafür liegt in der Entwicklung des Atomenergiediskurses auf nationaler Ebene. Schweizweit begann die Neubeurteilung der Atomkraft unter dem Eindruck der aufkommenden Umweltbewegung erst in den Jahren 1972 und 1973. Damals setzte sich in breiten Kreisen der Gesellschaft die Vorstellung der «Begrenztheit des Wachstums» durch, was insbesondere auch im Bereich des Energieverbrauchs zu einem radikalen Umdenken führte. Erst unter diesem neuen Blickwinkel konnte grundlegende Kritik an den Atomkraftwerken überhaupt entstehen. Diese kam aber zu spät auf, um einen Einfluss auf das Standortbewilligungsverfahren in Gösgen zu haben. Ein zweiter Grund bildet das gesetzlich vorgegebene Bewilligungsverfahren für Atomkraftwerke. Dieses sah keine Einbindung der betroffenen Bevölkerung in den Standortentscheidungsprozess vor, sondern legte die Verantwortung

für die wichtigsten Bewilligungsschritte in die Hände der Bundesbehörden. Die Bevölkerung wurde zwar informiert, hatte aber keine Möglichkeit sich zum Projekt zu äussern. Eine Gelegenheit zur Artikulierung der Vorbehalte auf institutionellem Weg bot sich erst im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens Ende 1972. Somit kam der Anlass für das Entstehen eines regionalen Diskurses über das geplante Atomkraftwerk erst, als es für das Vorbringen grundlegender Einwände auf institutionellem Weg bereits zu spät war. Genau diesem institutionellen Widerstand hatte sich die Aktion Pro Niederamt aber verschrieben; neuere Aktionsformen, wie sie später im Widerstand gegen das Atomkraftwerkprojekt in Kaiseraugst zum Einsatz kamen, fanden innerhalb der Organisation keine Mehrheit. Diese selbstgewählte Beschränkung der Mittel bedeutete, dass der Kampf der Pro Niederamt gegen das Kernkraftwerk Gösgen aus heutiger Sicht von Anfang an aussichtslos war. Ende des Jahres 1973 stellte die Aktion Pro Niederamt mit dem Beginn der Bauarbeiten für das AKW ihre Aktivitäten schliesslich ein.

Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Gösgen, der dann im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung in der zweiten Hälfte des Jahrzehntes in die Region getragen wurde, ist schliesslich in erster Linie symbolisch zu verstehen. Angesichts der bereits ins Kraftwerk investierten Summen konnte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ernsthaft damit gerechnet werden, dass die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks verhindert werden konnte. «Gösgen», das mit seinem Kühlturm optisch die postulierten Gefahren der Atomenergie unterstrich, bot der Anti-AKW-Bewegung aber eine optimale Plattform, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

5.3. Die Bauherrschaft unter Zeitdruck

Die Bauherrschaft des Kernkraftwerks Gösgen versuchte, mit unterschiedlichen Mitteln den Bewilligungsprozess zu beschleunigen, da sie bei der Realisierung des Projekts unter grossem Zeitdruck stand. Für diesen Zeitdruck lassen sich drei Gründe finden. Der erste Grund liegt im Umfeld innerhalb der Elektrizitätsbranche. Das Projekt für ein Kernkraftwerk Gösgen stand von Anfang an in Konkurrenz zu den AKW-Projekten anderer Konsortien, die damals aktuell waren, allen voran dem geplanten Kernkraftwerk Kaiseraugst. Da die Kapazitäten der bewilligenden Bundesbehörden knapp waren, drängten diese auf eine Staffelung der AKW-Projekte. Die Rückstellung eines

Projekts barg aber die Gefahr, dass dieses durch die vorgängige Realisierung anderer AKWs überflüssig werden könnte. Die Gesamtleistung der Ende der 1960er-Jahre geplanten Schweizer Atomkraftwerke überstieg nämlich den damaligen Energiebedarf der Schweiz um ein Vielfaches. Darum kämpften die verschiedenen Konsortien um eine primäre Behandlung ihres Projekts. Jede Verzögerung drohte dabei den Anspruch auf Vorrang in Frage zu stellen und gefährdete dadurch die Realisierung.

Ein zweiter Grund für den Zeitdruck war der Liefervertrag für den Reaktor, der im Januar 1973 abgeschlossen worden war. Dieser verpflichtet die Lieferfirma zur schlüsselfertigen Erstellung des Kernkraftwerks Gösgen innert 56 Monaten Bauzeit. Die vertraglich geregelten Lieferfristen galten aber nur, wenn die Bauherrschaft dem Generalunternehmen eine fristgerechte Arbeitsaufnahme ermöglichte. Die ATEL arbeitete nach dem Vertragsabschluss im Januar 1973 unter erhöhtem Zeitdruck auf den Baubeginn hin, um den vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen. Dabei ist bemerkenswert, dass sie den Liefervertrag zu diesem Zeitpunkt überhaupt unterschrieb. Damals waren noch zahlreiche Einsprachen gegen das Baugesuch hängig, und ihre letztinstanzliche Behandlung war erst auf Jahresende zu erwarten. Trotz dieser Unklarheiten tätigte die Bauherrschaft Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe. Entweder waren sich die Verantwortlichen ihrer Sache sehr sicher, oder aber sie spekulierten darauf, dass sie mit dem abgeschlossenen Liefervertrag den Druck auf die Behörden erhöhen konnten.

Der dritte Faktor, der die Bauherrschaft zu schnellem Handeln veranlasste, war schliesslich der aufkommende Widerstand gegen das Atomkraftwerk in der Region. Mit dem Baubeginn sollten möglichst schnell Tatsachen geschaffen werden, um der regionalen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Eine Entwicklung wie beim Projekt Kaiseraugst, wo sich 1973 die Opposition zunehmend radikalisierte, sollte damit verhindert werden. Vertreter der ATEL sprachen Anfang 1973 beim Solothurner Regierungsrat vor und forderten eine vorzeitige Besitzeinweisung. Diese hätte der Bauherrschaft erlaubt noch vor der letztinstanzlichen Behandlung der Einsprachen mit den Arbeiten am Kraftwerk zu beginnen. Dieses Begehren wurde allerdings vom Regierungsrat abgelehnt. Mehr Erfolg hatte die ATEL bei der Gemeinde Däniken, die dem AKW-Projekt bezüglich der Bearbeitungsgeschwindigkeit eine Vorzugsbehandlung einräumte. Angesichts der Haltung der Aktion Pro Niederamt, wonach gegen

das geplante AKW nur auf institutionellem Weg vorgegangen werden sollte, war diese Taktik der Beschleunigung aus Sicht der Bauherrschaft sehr erfolgreich.

5.4. Schlussbemerkungen

Abschliessend kann also festgehalten werden, dass es in der Standortregion des geplanten Kernkraftwerks Gösgen durchaus kritische Stimmen gab und sich auch regionaler Widerstand formierte. Dass dieser schlussendlich erfolglos blieb, ist unter anderem auf das Zusammenwirken dreier Faktoren zurückzuführen. Die Bauherrschaft arbeitete unter hohem Zeitdruck auf die Realisierung des Atomkraftwerks hin und trieb das Projekt schnell voran. Dabei erhielt sie die Unterstützung der Däniker Gemeindebehörden, die für eine rasche Behandlung des Dossiers sorgte. Der Däniker Gemeinderat war dem Projekt sehr positiv gesinnt und bot entsprechend den AKW-Gegnern und ihrem institutionellen Kampf gegen das Projekt keine Unterstützung. Dieser institutionelle Kampf hatte ohnehin kaum Aussichten auf Erfolg, da das Bewilligungsverfahren keine Gelegenheit für fundamentale Opposition gegen ein AKW-Projekt bot. Da sich die regionalen AKW-Gegner im Wesentlichen auf den Gang durch die Institutionen beschränkten, fand ihr Widerstand somit keinen Ansatzpunkt und konnte sich nie richtig etablieren und ausweiten. Hier unterscheidet sich der Fall Gösgen grundlegend vom Verlauf der Situation rund um das AKW-Projekt in Kaiseraugst. Dort radikalisierte sich die AKW-Gegnerschaft zusehends, beschritt neue Wege des Widerstands jenseits des institutionellen Wegs und nahm damit massgeblich Einfluss auf den Verlauf des AKW-Projekts. Die Realisierung des Kernkraftwerks Gösgen hingegen war schliesslich ohne ernstzunehmende Probleme möglich.

Dieser Unterschied ist denn auch einer der Aspekte, die in der vorliegenden Arbeit nur ungenügend ausgeleuchtet werden konnten. Die Position der Aktion Pro Niederamt wurde lediglich anhand öffentlicher Publikationen nachgezeichnet. Möglicherweise böten die Akten der Pro Niederamt einen Blick hinter die Kulissen, würden diese die Beweggründe der einzelnen Exponenten noch besser verständlich machen. Es ist nicht auszuschliessen, dass persönliche Positionen von der öffentlich gemachten Haltung abwichen. Anzeichen dafür, dass einige Exponenten auch im Kampf gegen das Kernkraftwerk Gösgen den Einsatz neuer Aktionsformen nicht ausschlossen, sind zumindest vorhanden. Ein weiterer Aspekt, der nicht in die Arbeit

einfluss, ist die Berichterstattung der regionalen Medien. Diese spielte bei der Meinungsbildung in der Region sicherlich auch eine Rolle. Insbesondere eine Untersuchung der Leserbriefe wäre interessant und könnte auch Hinweise auf weitere vorhandene Konflikte geben. Ein dritter Aspekt, der nicht vertieft wurde, ist die Rolle der Regierung des Kantons Solothurn. Die verwendeten Dokumente aus dem Solothurner Staatsarchiv zeichnen das Bild einer aktiven Regierung, die sich mit viel Engagement für das AKW-Projekt einsetzte und dabei auch vor obstruktiven Mitteln nicht zurückschreckte. Verschiedene Quellen weisen darauf hin, dass Regierungsvertreter sich gegen AKW-kritische Presseberichterstattung einsetzten und man gemeinsam mit der ATEL-Führung hinter dem Rücken der Hauptaktionärin Motor-Columbus gegen deren Interessen handelte. Es böten sich im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Gösgen also noch einige Untersuchungsfelder, deren Bearbeitung interessant zu sein verspricht.

6. Bibliographie

6.1. Quellen

6.1.1. Unpublizierte Quellenbestände

- Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Däniken:
Protokolle des Gemeinderats, diverse, 1965–1975.
Protokolle der Gemeinderatskommission, diverse, 1965–1975.
Protokolle der Baukommission, diverse, 1965–1975.
Protokolle der Gemeindeversammlung, diverse, 1970–1990.
Gemeindekanzlei, diverse Ordner.
Bauverwaltung, diverse Ordner.
Privatarchiv Werner Brühlmeier, Däniken:
Ohne Systematik, diverse Dokumente.
Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich (SOZARCH):
Ar 201.130 (= Dokumentation Anti-AKW-Bewegung), diverse Schachteln.
Schweizerisches Wirtschaftsarchiv, Basel (SWA):
H+I Bi 905 (Bro) (= Kernkraftwerk Gösgen-Däniken, 1973-), diverse Broschüren.
Staatsarchiv Kanton Solothurn, Solothurn (STASO):
Bau-Departement, Kanzlei, 35/17, Schachtel «1969-1972», diverse Mappen.
Protokolle des Kantonsrats, diverse, 1967.

6.1.2. Publierte Quellen

- Amtsblatt des Kantons Solothurn vom 22. 2. 1979, 8 (1979)
Däniker Dorfzeitschrift «Däniker Spate», diverse Ausgaben (1974–1990).
Niederämter Anzeiger, diverse Ausgaben (1972-1973).
Oltner Tagblatt vom 13. 9. 1969, 212 (1969).

6.1.3. Literatur mit Quellencharakter

Jungk, Robert: Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit. Zürich 1977.

Schweizerische Vereinigung für Atomenergie: Basisdokumentation Kernenergie in der Schweiz. www.nuklearforum.ch/_upl/files/Chronik_dt_fr_bis_1999.pdf, 4. 3. 2008.

Wyser, Alfred: Der Kühlturm. Olten 2000.

6.1.4. Interviews (siehe Anhang B)

- Elisabeth Marrer, Däniken, 8. 8. 2008;
- Hans Bühlmann, Schönenwerd, 12. 8. 2008;
- René Selig, Däniken, 9. 7. 2008;
- Werner Brühlmeier, Däniken, 9. 7. 2008.

6.2. Literaturverzeichnis

Boos, Susan: Strahlende Schweiz. Handbuch zur Atomwirtschaft. Zürich 1999.

Flick, Uwe: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbeck b. Hamburg 2007.

Graf, Nicole: Das Zeitalter der subatomaren Energie? Die Deutungsmuster der Kernenergie zwischen 1969 und 1985, in: Eisner, Manuel u.a. (Hrsg.): Risikodiskurse. Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich 2003, 125–151.

Hug, Peter: Atomtechnologieentwicklung in der Schweiz zwischen militärischen Interessen und privatwirtschaftlicher Skepsis, in: Heintz, Bettina / Nievergelt, Bernhard (Hrsg.): Wissenschafts- und Technikforschung in der Schweiz. Zürich 1998, 225–242.

Kieffer, David: Das Kernkraftwerk Gösgen. Von der Idee zur Realisierung – ein Überblick über die Projektgeschichte. Seminararbeit Universität Bern. Unveröffentlichtes Manuskript 2008.

Kriesi, Hanspeter: AKW-Gegner in der Schweiz. Eine Fallstudie zum Aufbau des Widerstands gegen das geplante AKW in Graben. Diessenhofen 1982.

Kupper, Patrick: Abschied von Wachstum und Fortschritt. Die Umweltbewegung und die zivile Nutzung der Atomenergie in der

- Schweiz (1960-1975), in: Preprints zur Kulturgeschichte der Technik 2 (1998), 1–141.
- Ders.: «Kein blinder Widerstand gegen den Fortschritt, aber Widerstand gegen einen blinden Fortschritt», in: König, Mario u.a. (Hrsg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Zürich 1998, 227–239.
- Ders.: Atomenergie und gespaltene Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst, Zürich 2003.
- Ders.: Sonderfall Atomenergie. Die Bundesstaatliche Atompolitik 1945-1970, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 53 (2003), 87–93.
- Ders.: Die «1970er Diagnose». Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), 325–349.
- Lienhard, Hans: Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft. Eine Analyse gegenwärtiger und zukünftiger Probleme. Bern 1976.
- Rausch, Heribert: Schweizerisches Atomenergierecht. Zürich 1980.
- Reinhardt, Klaus: Die Verteilung der Gemeindesteuern der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG, in: Justiz-Departement des Kantons Solothurn (Hrsg.): Festschrift 500 Jahre Solothurn im Bund. Beiträge solothurnischer Juristen und Historiker. Solothurn 1981, 363-374.
- Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute: Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz. Die ersten 30 Jahre. 1939–1969. Oberbözingen 1992.
- Wildi, Tobias: Der Traum vom eigenen Reaktor. Die schweizerische Atomtechnologieentwicklung 1945–1969. Zürich 2003.
- Ders.: Die Reaktor AG. Atomtechnologie zwischen Industrie, Hochschule und Staat, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 55 (2005), 70–84.
- Zuberbühler, Harry: Kernkraftwerk Gösgen-Däniken. Eine Untersuchung des Widerstandes der betroffenen Bevölkerung in den Gemeinden des Niederamtes. Vertiefungsarbeit Didaktikum Aarau. Unveröffentlichtes Manuskript 2002.

Anhang A: Ergänzende Informationen

Tabellarische Übersichten

Zeitlicher Ablauf der Ereignisse

Meilensteine des AKW-Projekts sind fett gedruckt, vom Kernkraftwerk Gösgen unabhängige Ereignisse stehen kursiv.

1966		Erste Vorprojekte der ATEL für ein Kernkraftwerk Gösgen
1968	März	Veröffentlichung des Berichts der Kommission Baldinger über die Flusswassererwärmung durch die direkte Flusswasserkühlung
	November	Die ATEL informiert den Solothurner Regierungsrat offiziell über ihre AKW-Pläne
1969	Mai	Gründung des Studienkonsortiums Kernkraftwerk Gösgen
	September	Erste Zeitungsberichte über das geplante AKW in der regionalen Tagespresse
	September	Erste protokollierte Diskussion des Däniker Gemeinderats über das Kernkraftwerk Gösgen
1970	Februar	Der Solothurner Regierungsrat setzt für die Erarbeitung eines Vorschlags zur Verteilung der AKW-Steuern eine Dreierkommission ein.
	Mai	<i>Im Raum Kaiseraugst wird mit dem NAK die erste regionale Anti-AKW-Organisation der Schweiz gegründet</i>
	Juli	Die ATEL reicht beim EVED das Standortbewilligungsgesuch für das Kernkraftwerk Gösgen ein.
	November	Der Regierungsrat des Kantons Solothurn holt für seine Vernehmlassungsantwort im Rahmen der Standortbewilligung die Positionen der betroffenen Gemeinden ab.
1971	Januar	Öffentliche Informationsveranstaltung zum geplanten Kernkraftwerk Gösgen in Olten
	Februar	Öffentliche Informationsveranstaltung zum geplanten Kernkraftwerk Gösgen in Däniken
	März	<i>Der Bundesrat verbietet die direkte Flusswasserkühlung für Kernkraftwerke</i>

1972	Mai	Der Däniker Gemeinderat wird darüber informiert, dass das Kernkraftwerk Gösgen definitiv mit einem Kühlturm realisiert werden soll.
1972	16./17. Juni	Reise verschiedener Gemeinderäte des Niederamts ins Ruhrgebiet zur Besichtigung von Kühltürmen
	31. Oktober	Erteilung der Standortbewilligung für das Kernkraftwerk Gösgen
	November	Bewilligung des angepassten Zonenplans durch den Däniker Gemeinderat
	28. November	Die ATEL reicht bei der Gemeinde Däniken das Baugesuch für den Reaktorblock und den Kühlturm ein.
	7. Dezember	Unter dem Namen «Einsprachegruppe Pro Niederamt» tritt die spätere Aktion Pro Niederamt ein erstes Mal mit einem Inserat an die Öffentlichkeit.
	11. Dezember	Bewilligung des Steuerverteilers durch die Gemeindeversammlung der Gemeinde Däniken
	14. Dezember	Ablauf der Einsprachefrist gegen das Baugesuch für das Kernkraftwerk Gösgen. Insgesamt 35 Einsprachen sind eingereicht worden.
	21. Dezember	Per Inserat wird die Gründung der Aktion Pro Niederamt bekannt gegeben
1973	4./5. Januar	Einspracheverhandlungen im Rahmen des Baubewilligungsprozesses
	12. Januar	Erteilung der kommunalen Baubewilligung in 1. Instanz
	25. Januar	Erste öffentliche Versammlung der Aktion Pro Niederamt
	Januar	Bestellung des Reaktors für das Kernkraftwerk Gösgen bei der KWU
	Januar	Genehmigung des angepassten Zonenplans der Gemeinde Däniken durch den Solothurner Regierungsrat
	Februar	Gründung der Bau- und Betriebsgesellschaft Kernkraftwerk Gösgen-Däniken
	Februar	Verteilung einer Informationsschrift der Aktion Pro Niederamt in alle Haushaltungen der Region
	14. April	Protestkundgebung der Aktion Pro Niederamt in Olten
	25. April	Überreichung der Petition an den Bundesrat in Bern
	April	Der WWF bezieht mit seiner Forderung nach einem AKW-Moratorium als erster nationaler Verband Position gegen die Atomenergie.

	Juli	Bewilligung des Erschliessungsvertrags durch die Gemeindeversammlung der Gemeinde Däniken
		Erste Arbeiten zur Erschliessung des Baugeländes
1973	Oktober	Letztes Inserat der Aktion Pro Niederamt und letzte öffentliche Versammlung. Lancierung des Referendums zur Absetzung des Solothurner Regierungsrats
	November	Ablehnung der Beschwerden gegen das AKW-Baugesuch in 4. Instanz durch das solothurnische Verwaltungsgericht
	November	<i>Gründung der GAK im Raum Kaiseraugst</i>
	Dezember	Aufnahme der Bauarbeiten für das Kernkraftwerk Gösgen
1975	April	<i>Besetzung des Bauplatzes des Kernkraftwerks Kaiseraugst durch Aktivisten der GAK</i>
	Juni	Gründung der UeBA AG/SO, die zum neuen Kern des regionalen Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen wird
	Dezember	Fertigstellung des Rohbaus des Kernkraftwerks Gösgen
1976	Januar	«Internationale» Protestkundgebung vor dem Kernkraftwerk Gösgen
1977	Mai	Pfingstmarsch gegen den Atomkraftwerkbau mit Schlusskundgebung vor dem Kernkraftwerk Gösgen
	Juni	Gründung des SAG und Vorbereitungen für Besetzungsversuche in Gösgen
	Juli	An zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden kommt es zu Versuchen der Besetzung der Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen
1978	September	Verurteilung der Organisatoren der Besetzungsversuche zu Geldstrafen
1979	Januar	Das EVED erteilt die Bewilligung zu Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Gösgen
	November	Das EVED erteilt der KKG eine unbeschränkte Betriebsbewilligung.
1980	April	Beschwerde der UeBA gegen die Betriebsbewilligung und Durchführung von Herarings
1981	Mai	Offizielle Einweihungsfeier für das Kernkraftwerk Gösgen

Bewilligungsverfahren Kernkraftwerk Gösgen

Bewilligung		Erteilung für das KKW Gösgen ³⁴⁶	
Bund	Standortbewilligung	31. 10. 1972	
	Nukleare Baubewilligung	1. nukleare Teilbaubewilligung	28. 11. 1973
		2. nukleare Teilbaubewilligung	27. 3. 1974
		3. nukleare Teilbaubewilligung	4. 7. 1974
		4. nukleare Teilbaubewilligung	15. 10. 1974
		5. nukleare Teilbaubewilligung	20. 12. 1974
		6. nukleare Teilbaubewilligung	1. 9. 1975
		7. nukleare Teilbaubewilligung	11. 5. 1976
	Inbetriebsetzungsbewilligung	19. 1. 1979 ³⁴⁷	
	Betriebsbewilligung	19. 11. 1979 ³⁴⁸	
Kanton	Erteilung Kühlwasserkonzession und Bewilligung der nötigen bauliche Massnahmen	24. 8. 1973 ³⁴⁹	
	Bewilligung Kühlturm	3. 9. 1974 ³⁵⁰	
Gemeinde	Baupolizeiliche Bewilligung in 1. Instanz (Baukommission)	12. 1. 1973 ³⁵¹	
	Entscheid über Einsprachen in 2. Instanz (Gemeinderat)	1. 3. 1973 ³⁵²	
	Entscheid über Einsprachen in 3. Instanz (kant. Baudepartement)	22. 6. 1973 ³⁵³	
	Entscheid über Einsprachen in 4. Instanz (kant. Verwaltungsgericht)	16. 11. 1973 ³⁵⁴	

³⁴⁶ Falls nicht anders angegeben vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 90), 3 ff.

³⁴⁷ SWA, H+I Bi 905 (Bro), Broschüre «Im Kern einig. 25 Jahre Kernkraftwerk Gösgen», 2004, 18.

³⁴⁸ Ebd., 14.

³⁴⁹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 90), 11.

³⁵⁰ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 91).

³⁵¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 90), 9.

³⁵² Ebd., 10.

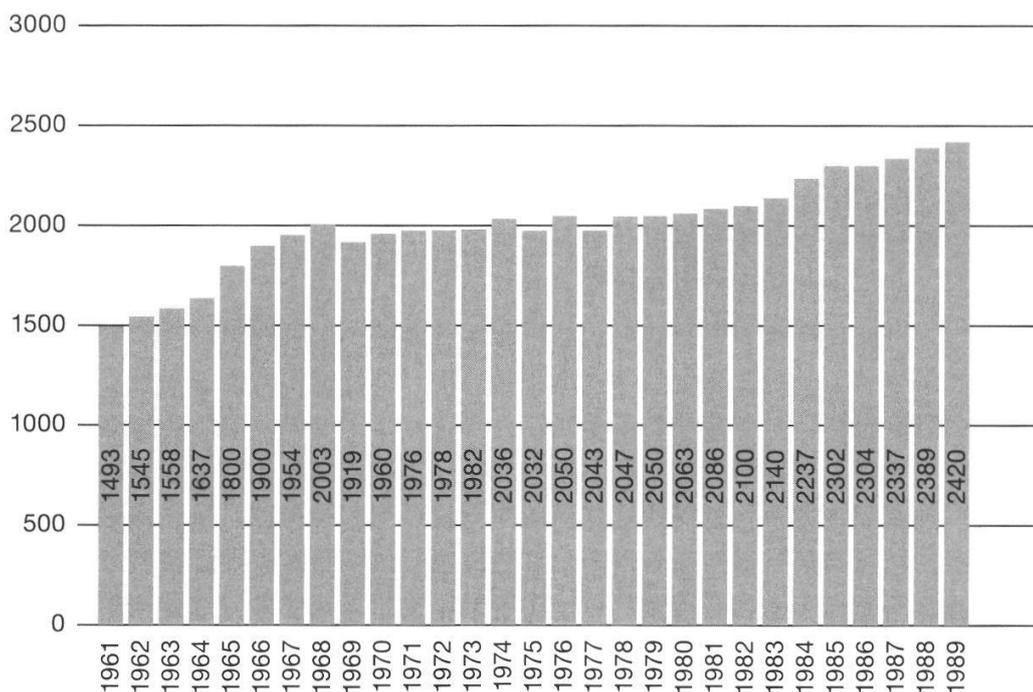
³⁵³ Ebd., 11.

³⁵⁴ Ebd., 12.

Aufteilung der KKG-Steuern gemäss Steuerverteiler³⁵⁵

Gemeinde	Anteil in Franken	Anteil in Prozent
Däniken	2'378'766.–	67.90459878
Obergösgen	322'324.–	9.20110759
Niedergösgen	165'224.–	4.71650823
Gretzenbach	271'297.–	7.74448345
Dulliken	142'632.–	4.07159373
Schönenwerd	86'453.–	2.46789986
Lostorf	58'691.–	1.67540178
Winznau	40'986.–	1.16999229
Starrkirch	20'052.–	0.57240729
Stüsslingen	16'675.–	0.47600696
Total	3'503'100.–	100

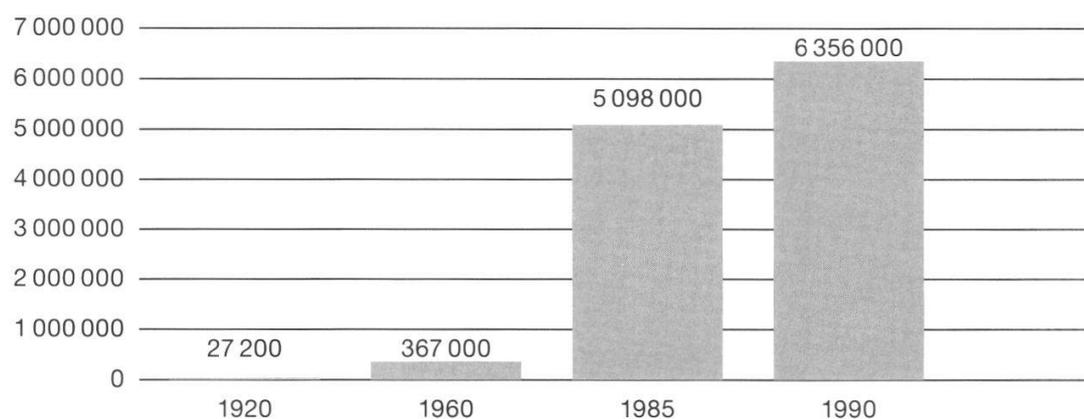
Bevölkerungsentwicklung in Däniken³⁵⁶



³⁵⁵ Vgl. Reinhardt (wie Anm. 150), 374. Die Zahlen basieren auf Modellrechnungen des Steueramts des Kantons Solothurn. Bei Reinhardt findet sich auch eine ausführliche Beschreibung des Berechnungsmodus.

³⁵⁶ Quelle: Gemeindeverwaltung Däniken.

Entwicklung der Steuereinnahmen der Gemeinde Däniken³⁵⁷



Auswertung der Baugesuchseinsprachen

Übersicht über die Einsprechenden

Art	Anzahl	Herkunftsort
Einwohnergemeinden	5	Niedergösgen (2x), Dulliken, Lostorf, Schönenwerd
Bürgergemeinden	3	Obergösgen, Lostorf, Schönenwerd
Organisationen	1	Solothurnischer Naturschutzverband SNV
Privatpersonen	9	Niedergösgen
	4	Obergösgen
	5	Schönenwerd
	3	Däniken
	3	Lostorf
	1	Winznau
	1	Gretzenbach
Total	35	

³⁵⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Dorfbroschüre «Gemeinde Däniken», 1998.

Aufschlüsselung nach Einspracheschriften

Die aufgeführten Nummern entsprechen der Nummerierung der Einspracheschriften im Einspracheverzeichnis.

	Einwohner- gemeinden	Bürger- gemeinden	Naturschutz	Private
Auswirkungen des Kühlturms	1, 13, 14	2, 17	29	3, 5, 6, 10, 18, 19, 20, 21, 22, 24, 25, 26, 27, 28, 30, 31, 33, 34, 35
Gefährdung des Grundwassers	12, 13, 14, 15	2, 7, 17		8, 9, 10, 16, 18, 21, 24, 26, 27, 28, 33, 34, 35
Wertminderung von Liegenschaften				3, 4, 5, 6, 9, 18, 20, 21, 22, 25, 27, 28, 34, 35
Nukleare Sicherheit			29	9, 21, 23, 27, 28, 33
Verfahrensfehler	14	17		8, 30, 31, 32
Gesundheitsgefähr- dende Immissionen				11, 19, 23, 24, 33
Entsorgung		2		23, 27, 28, 33
Natur- und Umweltschutz			29	11, 19, 21

Statistik nach Kategorie

Analyse der Einspracheargumente in den erstinstanzlichen Einsprachen gegen das Baugesuch für das Kernkraftwerk Gösgen aufgeschlüsselt nach Argumentekategorie. Eine Einspracheschrift wird pro Kategorie nur einmal aufgeführt (= Anzahl Einspracheschriften, die Argumente einer bestimmten Kategorie verwenden).

	Einwohner- gemeinden		Bürger- gemeinden		Natur- schutz		Private		Total	
	absolut	In Prozent, 100 %=510	absolut	In Prozent, 100 %=3	Absolut	In Prozent, 100 %=1	absolut	In Prozent, 100 %=26	absolut	In Prozent, 100 %=35
Auswirkungen des Kühlturms	3	60	2	66.7	1	100	19	73.1	25	71.4
Gefährdung des Grundwassers	4	80	3	100	0	0	13	50.0	20	57.1
Wertminderung von Liegenschaften	0	0	0	0	0	0	14	53.8	14	40.0
Nukleare Sicherheit	0	0	0	0	1	100	6	23.1	7	20.0
Verfahrensfehler	1	20	1	33.3	0	0	4	15.4	6	17.1
Gesundheitsgefährdende Immissionen	0	0	0	0	0	0	5	19.2	5	14.3
Entsorgung	0	0	1	33.3	0	0	4	15.4	5	14.3
Natur- und Umweltschutz	0	0	0	0	1	100	3	11.5	4	11.4

Statistik nach Einzelargumenten

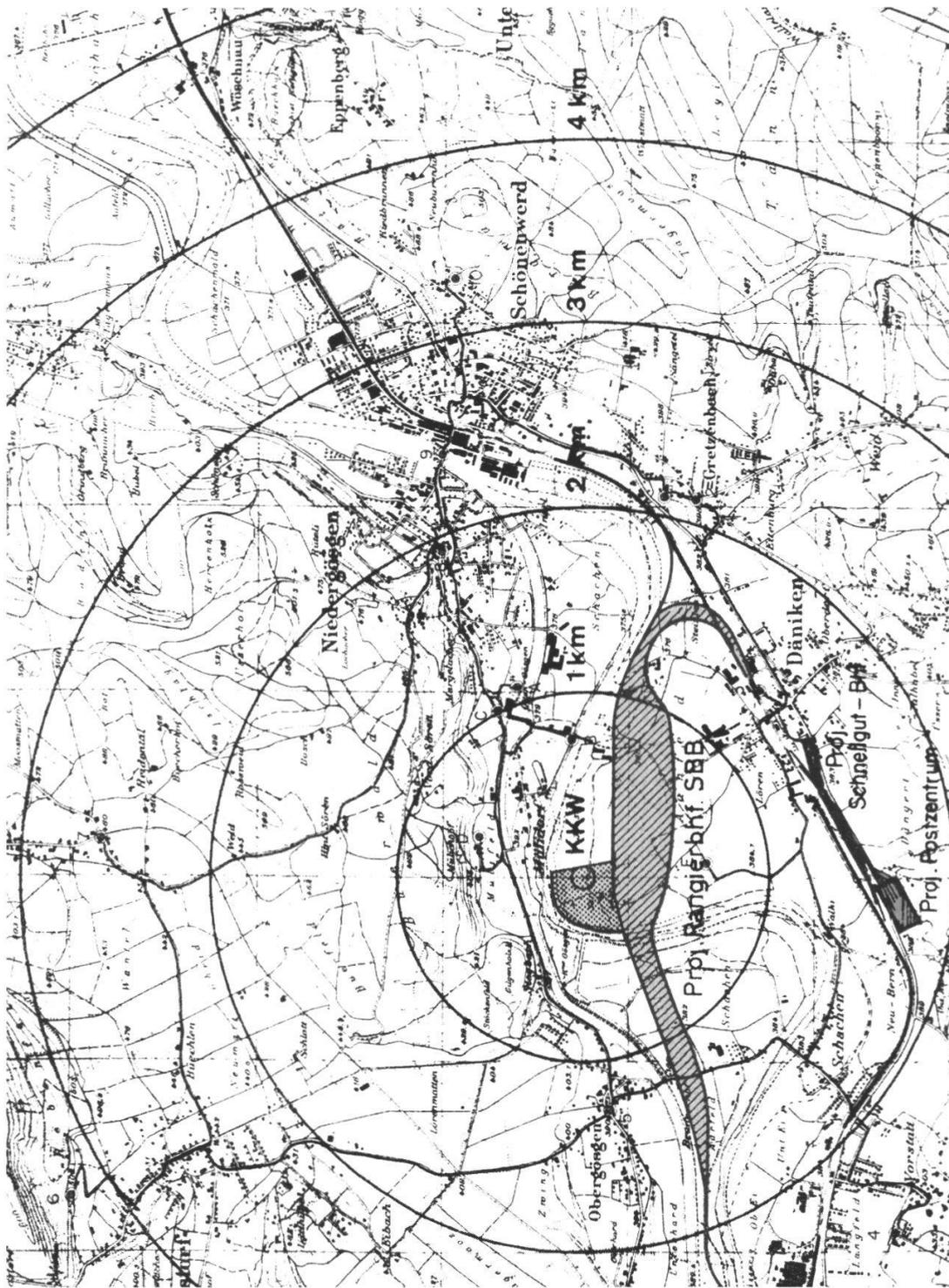
Analyse der Einspracheargumente in den erstinstanzlichen Einsprachen gegen das Baugesuch für das Kernkraftwerk Gösgen aufgeschlüsselt nach Einzelargumenten. Eine Einspracheschrift kann in einer bestimmten Kategorie mehrfach aufgeführt sein.

	Einwohnergemeinden	Bürgergemeinden	Sol. Naturschutzverb.	Privatpersonen	Total absolut	Total in Prozent 100%=35
Auswirkungen des Kühlturms						
Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch den Kühlturm	2	2	1	10	15	42.9
Schattenwurf durch Kühlturm oder Dampffahne	0	0	0	7	7	20.0
Lärmeinwirkungen Bau und Betrieb	1	1	1	4	7	20.0
Fernseh- und Radioempfang	0	0	0	5	5	14.3
Meteorologische Auswirkungen des Kühlturms (Nebel- und Glatteisbildung, erhöhter Niederschlag)	1	0	0	3	4	11.4
Flugsicherheit	0	0	0	1	1	2.9
Gefährdung des Grundwassers						
Beeinträchtigung des Grundwasserstroms oder Verseuchung des Grundwassers	4	3	0	13	20	57.1
Wertminderung von Liegenschaften						
	0	0	0	14	14	40.0
Nukleare Sicherheit						
Erbauung in dicht besiedeltem Gebiet	0	0	1	4	5	14.3
Gefahr allgemein / Sicherheit nicht 100 % garantiert	0	0	0	3	3	8.6
Gefahr durch Beschädigung des Werks durch Unglücksfall, Kriegsfall, Sabotage	0	0	1	2	3	8.6
Vorhandensein von Katastrophenplänen als Beweis für Unsicherheit	0	0	0	2	2	5.7
Lage in Flugverkehrsachse	0	0	0	1	1	2.9

	Einwohnergemeinden	Bürgergemeinden	Sol. Naturschutzverb.	Privatpersonen	Total absolut	Total in Prozent 100%=35
Verfahrensfehler						
Frist der Planaufgabe zu kurz	1	1	0	2	4	11.4
Kritik an Planungsunterlagen: (unvollständig, in drei Varianten vorliegend)	0	0	0	2	2	5.7
Baugespann entspricht nicht den Vorschriften	0	0	0	2	2	5.7
Unvollständiges Baugesuch	0	0	0	1	1	2.9
Gesundheitsgefährdende Immissionen						
Ausstoss von radioaktiven Teilchen / Strahleneinwirkung	0	0	0	3	3	8.6
Gefahren des Kühlturms	0	0	0	2	2	5.7
Verseuchung der Luft	0	0	0	2	2	5.7
Entsorgung						
Ungelöste Abfallproblematik	0	0	0	3	3	8.6
Machbarkeit des Rückbaus der Anlage	0	1	0	1	2	5.7
Naturschutz						
Naturschutz allgemein	0	0	0	3	3	8.6
Schutz der Uferlandschaft	0	0	1	0	1	2.9

Übersichtskarte Niederamt mit Grossprojekten³⁵⁸

Die Karte aus dem Jahr 1972 zeigt einen Ausschnitt des solothurnischen Niederamts mit den vier grossen Infrastrukturprojekten, die damals in Planung waren: Kernkraftwerk Gösgen-Däniken (rot), Rangierbahnhof SBB (gelb), Schnellgutbahnhof SBB (grün), Post-



³⁵⁸ Privatarhiv Werner Brühlmeier, Däniken.

zentrum PTT (blau) (Einfärbungen vom Verfasser). Alle Projekte sollten grösstenteils auf Däniker Boden realisiert werden. Daneben sind aus dem Plan die Entfernungen des Atomkraftwerks zu den Gemeinden Lostorf (nordwestlich), Obergösgen (westlich), Däniken (südlich), Niedergösgen (im Zentrum), Gretzenbach (südöstlich) und Schönenwerd (östlich) ersichtlich.

Fotografien Kundgebung Pro Niederamt³⁵⁹

Olten, 14. April 1973



³⁵⁹ Privataarchiv Werner Brühlmeier, Däniken.





Anhang B: Interviews

Interviewfragen Alt-Gemeinderäte

Einstiegsfrage

- Sie haben sich in den 1960er- und 1970er-Jahren im Gemeinderat für das Dorf engagiert und haben die Ereignisse rund um den KKG-Bau dadurch hautnah miterlebt. Ich möchte Sie bitten mir zu erzählen, was damals alles passiert ist. Am besten beginnen Sie mit dem Moment, als Sie das erste Mal hörten, dass in Däniken ein Kernkraftwerk gebaut werden sollte und erzählen dann, was sich so nach und nach zugetragen hat, bis dann das Kernkraftwerk den Betrieb aufnahm. Sie können sich dabei ruhig Zeit nehmen, auch für Einzelheiten, denn für mich ist alles interessant, was Ihnen wichtig erscheint.

Konkretisierende Fragen narrativer Teil

- Wie reagierte man im Gemeinderat? Können Sie sich an die ersten Sitzungen erinnern, an der über das KKG gesprochen wurde?
- Was war die Haltung des Gemeinderats zum KKW-Projekt?
- Welche Meinung haben Sie vertreten?
- Gab es im Gemeinderat damals auch Meinungsverschiedenheiten zum Thema?
- An welche Argumente für und gegen das Projekt können Sie sich erinnern?
- Was gab schliesslich den Ausschlag für die Haltung des Gemeinderats?
- Welche Zusammenarbeit mit den Behörden des Kantons und dem KKG gab es?
- Wie wurde die Bevölkerung über das Projekt und Atomkraft im Allgemeinen informiert?
- Wie hat die Bevölkerung auf die Baupläne reagiert, was lösten die Baupläne im Dorf aus?
- Entstand im Dorf eine öffentliche Diskussion um das Kernkraftwerk, hat man darüber gesprochen?

- Welche Positionen gab es denn im Dorf?
- Können Sie die Diskussionen beschreiben, die damals im Dorf stattgefunden haben? Welches waren damals die Argumente, die von Befürwortern und Gegnern ins Feld geführt wurden?
- Gab es Personen, die dem Projekt kritisch gegenüberstanden oder sich gar aktiv gegen das KKG gewehrt haben?
- Offenbar gab es im Dorf auch kritische Leute. Was haben diese gegen das KKG unternommen? Gibt es konkrete Ereignisse, an die Sie sich erinnern?
- Können Sie sich erinnern, wer sich gegen das Kernkraftwerk eingesetzt hat?
- Gab es auch Personen, die sich aktiv für das AKW eingesetzt haben?
- Wie erlebten Sie damals die Stimmung im Dorf? Gibt es besondere Situationen, an die Sie sich erinnern?
- Erinnern Sie sich an Szenen der Auseinandersetzung im Dorf?
- Können Sie sich an die Gemeindeversammlungen erinnern, an denen über das Kraftwerk gesprochen wurde? Was lief da ab?
- Was hat der Gemeinderat unternommen, um die Einwohner zu informieren und die Meinungsunterschiede zu überbrücken?

Bilanzierungsphase

- Was denken Sie: Aus welchem Grund waren die kritischen Leute im Dorf damals gegen das Kernkraftwerkprojekt?
- Was denken Sie: Was hat schlussendlich zur erfolgreichen Realisierung des KKG geführt?
- Warum haben sich die Däniker den Protesten in den Jahren 76-78 nicht angeschlossen?
- Was denken Sie: Wie haben der Bau des KKG und die damit verbundenen Ereignisse die Gemeinde Däniken verändert?
- Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach das KKG für die Gemeinde Däniken?
- Welche Haltung haben die Däniker ihrer Meinung nach heute zum KKG?

- Und Sie? Hat sich Ihre Meinung zur Kernkraft bis heute verändert? (Warum?)

Interviewfragen AKW-Gegner

Einstiegsfrage

- Sie waren eine der Personen, die im Dorf dem Atomkraftwerk kritisch gegenüber stand. Ich möchte Sie bitten mir zu erzählen, was damals alles passiert ist. Am besten beginnen Sie mit dem Moment, als Sie das erste Mal hörten, dass in Däniken ein Atomkraftwerk gebaut werden sollte und erzählen dann, was sich so nach und nach zugetragen hat, bis dann das Atomkraftwerk den Betrieb aufnahm. Sie können sich dabei ruhig Zeit nehmen, auch für Einzelheiten, denn für mich ist alles interessant, was Ihnen wichtig erscheint.

Konkretisierende Fragen narrativer Teil

- Wie wurde die Bevölkerung über das Projekt und Atomkraft im Allgemeinen informiert?
- Wie hat die Bevölkerung auf die Baupläne reagiert?
- Entstand im Dorf eine Diskussion um das Atomkraftwerk, hat man darüber gesprochen?
- Welche Positionen gab es denn im Dorf?
- An welche Argumente für und gegen das Projekt können Sie sich erinnern?
- Wie haben Sie damals die Stimmung im Dorf wahrgenommen?
- Wie haben Sie die Haltung und Vorgehensweise der Gemeindebehörden in Erinnerung?
- Hatte man als Einwohner von Däniken mal Kontakt mit den Bauherren?
- Welchen Eindruck hatten Sie von den Bauherren und wie wurden Sie von ihnen informiert?
- Erinnern Sie sich daran, wann und warum Sie sich dazu entschlossen haben, etwas gegen das Atomkraftwerk zu unternehmen?
- Was war eigentlich Ihre Motivation, sich gegen das KKG einzusetzen?
- Gab es weitere Einwohner in Däniken, die sich gegen das Atomkraftwerk eingesetzt haben?

- Hatten die Leute, die gegen das Atomkraftwerk waren, Kontakt? Hat man sich irgendwie organisiert?
- Was haben denn Sie und andere Leute im Dorf alles unternommen, um sich gegen das Atomkraftwerk-Projekt zu wehren?
- Was war das Ziel der Leute, die sich gegen das KKG eingesetzt haben?
- Was waren die Erfolge Ihres Engagements?
- Gab es eigentlich auch Einwohner, die sich aktiv für das KKG eingesetzt haben?
- Aus welchem Grund, denken Sie, waren diese Leute damals für den Bau des Atomkraftwerks?
- Wie hat man im Dorf darauf reagiert, dass Sie sich gegen das KKG eingesetzt haben?
- Welchen Einfluss hatten die Aktivitäten der Pro Niederamt auf Däniken?
- Wieviele Mitglieder aus Däniken hatte die Pro Niederamt? Gibt es hier evtl. noch Mitgliederlisten?
- Hing die Wahl von Frau Marrer in den Kantonsrat mit ihrem Engagement gegen das Atomkraftwerk zusammen?
- Wann hat die Pro Niederamt ihre Aktivitäten aufgegeben? Warum?

Bilanzierungsphase

- Warum, denken Sie, konnte das Kernkraftwerk Gösgen schlussendlich nicht verhindert werden?
- Warum haben sich die Däniker den Protesten in den Jahren 76–78 nicht angeschlossen?
- Was denken Sie, wie hat der Bau des KKG und die damit verbundenen Ereignisse die Gemeinde Däniken verändert?
- Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach das KKG für die Gemeinde Däniken?
- Welche Haltung haben die Däniker Ihrer Meinung nach heute zum KKG?

Transskript Interview W. Brühlmeier, Schönenwerd, 9. 7. 2008

(00:00) Ich kann Ihnen mal frei ab der Leber erzählen, wie ich das erlebt habe und zwar als Behördemitglied, ich war ab Mitte 60er-Jahre im Gemeinderat Däniken, bin 69 in die Gemeinderatskommission gekommen, das war damals ein Ausschuss aus dem 12er-Gemeinderat, drei Personen, plus der Gemeindeschreiber und der Ausgang eigentlich von dem ganzen Kernkraftwerk Gösgen-Däniken war eigentlich ein Kantonsratsbeschluss aus dem Herbst 1967, der aus der SP-Fraktion gekommen war, indem dass ein späterer Bundesrat, das war damals der Herr Ritschard, war damals ja der Finanzdirektor des Kantons Solothurn, und vor allem dann seine Fraktion, das war Gottfried Wyss, der war da dabei, der wurde später Polizeidirektor im Kanton Solothurn, da war der Herr Weber dabei, der Ständerat wurde später, und noch viele, die da Karriere gemacht haben. Und die haben eigentlich eine Interpellation im Kantonsrat eingegeben, wobei in dieser Interpellation Fragen an die Regierung gestellt wurden, in die Richtung gehend man solle doch die Vertreter der Regierung des Kantons Solothurn dazu bringen, dass im Kanton Solothurn, und möglichst nicht im Kanton Aargau, ein Atom-, bzw. ein nukleares Kraftwerk, das ist eigentlich der richtige Begriff, gebaut wird. Und primär ist es klar, dass wenn das aus der Küche von Herrn Ritschard, Finanzdirektor, kam, dass das weitgehend um die Steuern ging.

Uns hat eigentlich das überrascht, wo soll das hin und irgendwo, ich kam dann wie gesagt im Jahr 1969 in diese Gemeinderatskommission, ich mag mich aber erinnern, dass schon mein Vorgänger, der eigentlich relativ jung verstarb, und ich den dann ersetzt habe, dass der schon im Jahr 68 gesagt hatte, wir haben grosse Probleme hier in Däniken mit dieser Planung Rangierbahnhof, mit all dem was mit Landenteignungsverfahren gelaufen war, wir haben hier auch eine Erdgasleitung, die grosse Belastungen bringt und so weiter. Und die Gemeinde war mit Planungsarbeiten, vor allem

auch mit Landumlegungen und der ganzen Industriezonenplanung ausserordentlich stark beschäftigt. Und dort kam eigentlich überraschend, ja jetzt soll noch ein Atomkraftwerk kommen, daran mag ich mich eigentlich noch erinnern von meinem Vorgänger. Aber ich kam dann eigentlich mitten in diese Arbeit rein und habe mir dann gesagt, das allererste ist mich da informieren, was ist da dahinter. Ich habe an und für sich einen technischen Beruf und ich hatte das Glück, dass ich dort einen Freund hatte, der in Würenlingen an diesem ersten Forschungsreaktor, den man in der Schweiz gehabt hatte, Dior hiess der, dort war der Reaktorchef. Ich konnte mich also aus einem sehr engen Beziehungsnetz heraus direkt informieren, was ist hier dahinter, was sind die Gefahren, was sind die Chancen. Ich muss auch sagen, die ganze Diskussion, die damals herrschte, kam ja eigentlich aus einer Euphorie heraus in der Schweiz, man hatte mal Ende 50er-Jahre abgelehnt gehabt auf eidgenössischer Ebene die Bewaffnung der Armee und dann muss man natürlich sehen, die Konfrontation mit den Russen und die Angst vor einem Atomkrieg, das hat alles schon im Voraus die Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie, hat das sehr stark belastet.

(4:46) Ich muss auch sagen, dass in Kaiseraugst bereits ein fortgeschrittenes Verfahren war und wir haben uns dann auch von der Behörde aus haben wir uns mit den Behörden von Kaiseraugst in Verbindung gesetzt und haben dort Fragen gestellt, so wie man das seiner Zeit auch gemacht hat bei der Frage Rangierbahnhof, das ist ja dann zum Glück nicht gekommen. Da haben wir auch Kontakt gehabt mit den Spreitenbacher Behörden. Also, wir haben uns diese Sache nicht leicht gemacht. Primär Information, Information, Information für uns, und dann gleich die Frage, wie geben wir diese Information weiter. Da gab es für uns als Gemeinderat primär die Möglichkeit einerseits über Informationsveranstaltungen in der Gemeinde, dann über Information in den einzelnen Parteien und natürlich über die Gemeindeversammlung an unsere Leute heranzukommen und zu informieren. Und im Rahmen eigentlich dieser ganzen Pha-

se, wir haben es ja dann erlebt, dass dann ja eigentlich plötzlich von aussen her diese Pro Niederamt entstanden ist, allerdings erst ein wenig später. Primär waren das Leute, die Angst hatten, dass sich ihre Häuser entwerten. Das waren die eigentlichen Gründer der Pro Niederamt. Und erst zu einem späteren Zeitpunkt wurde das ganze Thema verpolitisiert, also in die Parteipolitik hineingegangen, nämlich in der Phase 73 bis Anfangs 74, wo diese Besetzung in Kaiseraugst war und dann vor allem die SP anfang sich sehr stark zu engagieren gegen die Kernenergie.

(6:57) Ich muss aber sagen in Däniken war das eigentlich so, dass alle die damaligen drei Parteien, die in Däniken aktiv waren, und auch alle drei, die im Gemeinderat waren, die FDP mit einer knappen Mehrheit im Gemeinderat, also sechs, mit dem Ammann aber immer letztlich eine Mehrheit, dann der Rest CVP und SP. Aber ich muss sagen in Däniken hat die Parteipolitik in all diesen Fragen nie eine Rolle gespielt, sondern man hat all diese Fragen von der Sache aus diskutiert. Man war sich nicht auch immer in allen Fragen einig, aber man hatte in dieser Phase keinen eingefleischten Gegner in der Behörde drin. Das wurde dann irgendwo mit den Wahlen – da müsste ich jetzt mal rechnen – 73 ist dann einer reingekommen, ein Hagmann Albin, SP, der sich dann zum ersten mal überhaupt in der Behörde erkennbar gemacht hat als Gegner dieser ganzen Sache. Ich muss auch sagen 1974 wurde die eigentliche Baubewilligung rechtlich rechtsgültig erteilt, nach einem riesigen Verfahren von auf und ab, in dem natürlich sehr vieles eine grosse Rolle gespielt hat. Primär stand die Sicherheit im Vordergrund und dann kam natürlich zunehmend die Frage, ja, wie sieht das finanziell aus. Man hat gesehen, dass grosse Bauvorhaben auf die Gemeinde zukommen und dann hat man gesehen, dass man da eigentlich einen Infrastrukturvertrag machen muss, aber das war ungefähr im Jahr 1970, wie ich mich hier erinnern kann, kam der Infrastrukturvertrag eigentlich in die Diskussion. Und dann sind eigentlich von aussen her diese Fragen «Ja, da bekommen die Däniker ja auch Steuern, folglich muss man hier einen Steuer-

verteiler machen.» Da sind primär drei Ammänner unserer Nachbargemeinden, also von Gretzenbach, dann von Dulliken und von Schönenwerd, die sind eigentlich, auf deutsch gesagt anstatt, dass sie mit uns Gespräche geführt hätten, sind die uns ganz brutal an die Karre gefahren und begannen praktisch ihre Gemeinden zu beeinflussen und Stimmung zu machen gegen Däniken. Wir konnten machen was wir wollten. Ich kann mich erinnern, dass ich einmal an eine Informationsveranstaltung der Pro Niederamt ging, und dann wurden dort Dinge erzählt, die einfach nicht stimmten. Und dann stand einer auf und sagte, dahinten ist der Baupräsident von Däniken, ich muss sagen, dass ich in der Zwischenzeit Baupräsident geworden war, das hat auch seine Geschichte, da könnte ich nachher noch einiges dazu sagen, das ist ja jetzt im Moment nicht so wichtig. Aber als Baupräsident war ich ja selber ganz plötzlich mit dieser Problematik konfrontiert und im Gemeinderat war ich Ressortchef Bauwesen. Und dann ist eben einer aufgestanden und sagte, der ist dahinten, der soll jetzt euch mal sagen wie das wirklich ist. Und an dieser Versammlung ging eine Pfeiferei los, ein Gegröle los, ich habe das Wort nicht erhalten. Also bin ich abgesehen und habe weiterhin zugehört. Ich habe dann am anderen Tag gelesen in der Zeitung, dass es grad penibel war weil man einfach die Wahrheit der Däniker nicht wissen wollte. Wir hatten nämlich grundsätzlich plötzlich einen Zweifrontenkrieg zu führen in dem wir auf der einen Seite schauen mussten, dass wir Auflagen im Interesse der Öffentlichkeit, und zwar nicht nur von Däniken, sondern von der Region, und zwar von der grösseren Region, durchbringen konnten. Denn uns war es immer klar, als Gemeindebehörde sind wir letztlich überfordert, also haben wir Aufgaben wahrzunehmen, die weit über den ursprünglichen Aufgabenkreis als Gemeinderäte in einer Gemeinde mit damals gut 2000 Einwohnern hinausgingen. (11:53) Dann muss ich sagen ist ein Infrastrukturvertrag zustande gekommen mit dem Werk. Und dann ging es wie gesagt in der Region in der Diskussion sehr stark um die Steuern. Wir hatten ja geglaubt wir seien weitgehend abge-

deckt über die finanziellen Belastungen, die kommen und vor allem noch in Zusammenhang mit der Planung des Rangierbahnhofs, der ja vor allem grosse Sachen mit der Abwasser, Kanalisation, riesige Kanäle, weil man sehr wenig Gefälle hatte, musste man grosse Kanäle planen und bauen. Alles das hatte man abgedeckt. Die Diskussion mit den Steuern war dann für uns relativ schnell beantwortet, in dem die Intentionen dieser drei Gemeindepräsidenten, also zusammen natürlich dann mit Beschlüssen von ihren Gemeinden, so weit ging, dass der Regierungsrat eine Dreierkommission einsetzte, der die Frage eines gerechten Steuerverteilers prüfen sollte und einen entsprechenden Vorschlag machen sollte. Das passierte dann auch. Für uns war es eigentlich immer klar, dass, wenn wir schon einen Infrastrukturvertrag und einen Steuerverteiler machen, dass man dann primär dafür sorgen muss, und das war dann der wesentliche Punkt, der uns betroffen hat, dass man schauen muss, dass die auch wirklich grosse Steuerbeträge zahlen müssen. Und das konnte man nur machen in dem man vorschrieb, wieviel minimalen Gewinn die ausweisen müssen, dass das überhaupt entsprechend Steuern gibt. Uns fielen natürlich dann fast die Augen zum Kopf heraus, als wir dann sahen dass das hier um Steuern in der Höhe von 3 Mio geht, und für uns war eigentlich... (Unterbruch). Dann hat diese Kommission eigentlich zu unserer Überraschung vorgeschlagen einen drittel der Steuern zu verteilen auf weitere acht Gemeinden und zwei drittel den Dänikern zu lassen. Also bei uns als Insidern hatten wir Diskussionen so gehabt, dass wir gesagt hatten, wenn uns da von diesem Steuerkuchen die Hälfte bleibt sind wir längstens zufrieden. (15:04) Aber wir trugen das ja nicht nach aussen weil wir gesagt haben wir lassen jetzt, wenn da schon von aussen her das gekommen ist, dann lassen wir das auch auf uns zukommen, dann legen wir ohne eigene Meinung diesen Steuerverteiler in unserer Gemeinde der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vor, was dann auch passierte und da wurde auch zugestimmt. A propos Gemeindeversammlung auch der Infrastrukturvertrag hatte eine Zustimmung von weit über 80%

und auch die Umzonierung, die man hatte, also das war schon relativ bald einmal, hat auch an der Gemeindeversammlung keinerlei Widerstand verursacht. Aber das passierte schon bald, vielleicht etwa 70 oder 71, so dort herum. (16:06) Dann muss ich noch mal zurück gehen zum Werk selber. Die Atel hatte 1969 ein Vorprojekt eingegeben und uns informiert, dass ein 650MWe Werk gebaut werden soll mit Flusswasserkühlung. Dann war ja vor allem die Diskussion, was sind das für Fragen von der Sicherheit her und primär ging dann die Diskussion los von den Fischern, dass diese Erwärmung, es waren sehr erhöhte Werte angegeben worden, was das für Auswirkungen haben könnte, dass diese Erwärmung untragbar sei. Und diese Diskussion erhielt dann eigentlich eine überraschende Wende, in dem so im März 70 oder 71 der Bundesrat beschloss die Flusswasserkühlung zu verbieten. Und dann kam bald das Werk wieder zu uns mit einer neuen Information, ja das war 1970, es gibt einen Kühlturm. Wie gross wird dieser Kühlturm und welche Systeme gibt es da, da ist natürlich wieder unser Thema losgegangen: wie können wir uns informieren. Ich muss sagen ich bin dann in dieser Phase bin ich an ein dreitägiges Seminar in Bern, wo man über grundsätzlich mögliche Systeme diskutierte, man hörte unter anderem auch von den heute als gefährlich erkannten Reaktoren, wie sie in Russland erstellt wurden, die Kohlenstoff moderierten Reaktoren, die ja den Nachteil haben, dass man sie letztlich nicht abstellen kann, während ein Druckwasser- oder ein Siedewasserreaktor, also bei uns haben wir hier ein Druckwasserreaktor, dass dieser immer abgestellt werden kann, dadurch, dass wenn die Brennstäbe nicht mehr im Wasser sind die kritische Reaktion aufhört. Da haben wir dann mal in dieser Frage Informationen erhalten und natürlich auch über die Möglichkeit von Kühlsystemen, wenn man schon nicht mehr mit Flusswasser kühlen darf. Es kam dann dort auch in Diskussion, ob man einen solchen Naturzugkühlturm braucht, der so hoch ist und auf diese Weise die Landschaft belastet und das muss ich sagen, das hat dann uns in Däniken ein gewisses Problem gebracht, auch in der Be-

hörde. Dort waren wir das erste mal in die Frage gekommen: ja wollen wir das überhaupt? Und dann haben wir gesagt ja, wir schauen mal wie die öffentliche Reaktion ist. Wenn wir sehen dass wir hier grossen Widerstand haben in der Gemeinde, dann werden wir einfach alles daran setzen dass dieser Kühlturm nicht gemacht werden kann. Und dann kommt ja irgendeinmal wieder diese Frage: wie kann man einen solchen Reaktor kühlen, oder kommt dann nicht wieder das Projekt eines kleineren Reaktors, wieder mit Flusswasserkühlung. Und dann war ja eigentlich auch da schon die Frage der Hybridkühltürme, die man aber erst auf dem Papier kannte und keinerlei Erfahrung hatte. Das hat uns dazu gebracht, dass wir in der Bewilligung – und da habe ich gestaunt, die Öffentlichkeit nahm solche Sachen überhaupt nicht wahr – wir hatten in der ersten Bewilligung drin, dass wenn sich neue, bessere Kühlsysteme finden, also frühestens nach 10 Jahren, dass wir dann verfügen könnten, dass das Kühlsystem geändert werden muss. Das wäre eigentlich der Punkt gewesen, wo wir entsprechende Unterstützung hätten erhalten sollen, vor allem von der Pro Niederamt, die sich primär wegen dem Kühlturm aufregte. Die hat aber überhaupt nichts gemacht. Also diese Widersprüche habe ich nie verstanden, dass man auf der einen Seite gegen etwas Widerstand macht, und auf der anderen Seite eine Behörde, die darum kämpft etwas in eine Bewilligung hineinzubringen, das dieses Anliegen abdeckt, öffentlich überhaupt nicht unterstützt. Ganz im Gegenteil, wir wurden immer mehr angegriffen. Wie gesagt, wir mussten einen Zweifrontenkrieg führen und haben dann gemerkt, dass die Region überhaupt nicht in der Lage ist unseren Standpunkt überhaupt aufzunehmen. Und auch die Presse: was damals in den Artikeln verbreitet wurde... Man hat auf die gehört, die ausserhalb von Däniken Kritik geübt haben. Ich hatte da den Tagesanzeiger schon als langjähriger Abonnent, habe ich ihn abbestellt, weil ich gesagt habe: ihr informiert die Leute total falsch. Ich hatte auch in meiner Kündigung den Wunsch gehabt, dass man einen Leserbrief veröffentlicht, der wurde nicht einmal veröffentlicht. (21:57) Also ich

muss natürlich sagen, es hat sich dann zunehmend die 68er Bewegung begonnen gegen die Atomenergie, die hatte sich ursprünglich gegen das ganze Establishment gewendet, für die war das natürlich immer mehr auch zusammen mit den Aktionen aus der SP heraus, die Grünen gabs damals noch gar nicht, dass die natürlich dann auch zusammen mit einer ausserparlamentarischen Opposition, und dann hats auch noch ganz links aussen einen Kreis gegeben, irgendwie, ich weiss es nicht mehr wie sich die genannt haben, da ist ja der Herr Froidevaux mal gekommen, hat einen riesen Mais gemacht. Und dann muss ich noch sagen haben diese Besetzungsaktionen, bzw. zuerst haben wir in Däniken 1974 relativ parallel zu Kaiseraugst war eine öffentliche Demo, an der sich die Gegner, einerseits aus der Region, und die Demo wurde dann auf Olten verlegt, da haben sich dann noch zunehmend Leute aus der Region Basel und Deutschland und Frankreich dazu gemischt. Und dann ist eigentlich sehr stark auch aus diesen – damals Marxistische Liga hiess die – aus diesen radikalen Kreisen heraus, ausserparlamentarische Opposition, war dann eigentlich bis 77 die ganz grosse Demonstration. Und Demonstration ist hier das falsche Wort, die haben mit uns in der Gemeinderatskommission verhandelt, sie wollten Besetzungsaktionen machen, dass die Leute in Däniken nicht mehr an die Arbeit können. Das war für uns klar, dann gibt es für uns nur eines: Polizei. Und das haben wir dann gemacht. Wir sind an den Kanton gelangt und haben dann 77 verlangt dass die Polizei hier gleich scharf eingreift und das unterbindet. Währendem war für uns 1974 klar, das ist das Recht des Bürgers hier Demonstrationen zu machen, die Meinungen zu äussern. Aber was wir als Behörden ganz klar nicht mehr akzeptiert haben, das war diese reine Besetzungsaktion, die 77 veranstaltet wurde.

(24:43) Primär war das rechtliche Bewilligungsverfahren im Juli 1974 abgeschlossen. Und vorgängig muss ich noch etwas sagen, das ganz wichtig ist. Das hat mir eigentlich immer weh getan, dass die Region uns da gar nicht unterstützt hat. Wir mussten Auflagen, die sie nicht akzeptiert hatten, weiter ziehen. Beim Bau-

bewilligungsverfahren waren da rechtlich vier Stufen. Primär im Kanton Solothurn war die Baukommission die erste Instanz, als Baupolizeibehörde und auch die bewilligende Behörde, die Ausnahme war der nukleare Bereich, das war von Anfang an immer eine Sache des Bundes. Da hat die HSK auch eine grosse Rolle gespielt. Dann das zweite Verfahren, das war Gemeinderat, und das war ein grosses Problem für die Gemeinde. Auf der einen Seite sagt man man sollte keine Vermischung haben zwischen diesen Behörden, wenn die eine über die andere entscheiden muss. Ich war dann als Ressortchef Bau für die Beschlüsse, die der Gemeinderat dann gefasst hat, von dem Moment an als ich Baupräsident war, musste ich in den Ausstand treten. Ich habe das ganze auch immer kritisiert, das war dann auch der Grund dafür, dass ich dann 77 als Baupräsident zurücktrat, weil ich einfach gesagt habe das ist unhaltbar, dass einer in zwei Behörden tätig ist, wo die eine die Aufsicht über die andere hat und primär noch die Einsprachen behandeln muss. Diese Einsprachen wurden dann relativ schnell behandelt vom Gemeinderat und wurden dann weitergezogen an das Baudepartement des Kantons Solothurn. Der Standpunkt der Gemeinde bestand in drei wesentlichen Fragen: das eine war das Kühlsystem, der zweite Punkt war dass wir verlangt hatten wegen der nuklearen Abfälle – das würde alleine schon einen riesen grossen Vortrag geben, den ich hier halten müsste, was da alles geredet wurde und was wir alles für Unterlagen angeschaut haben – aber wir haben dann darauf hin gesagt in Däniken darf der nukleare Abfall nicht länger als drei Jahre gelagert werden. Und dann war da noch eine dritte Sache. Auf jeden Fall hat uns dann das Verwaltungsgericht diese Auflagen letztinstanzlich herausgenommen, so dass wir dann eigentlich unsere Anliegen, die wir ursprünglich von der Gemeinde her hatten, gar nicht mehr in der Baubewilligung drin hatten. (28.00) Aber wir wurden ständig von den Ammännern der Region angegriffen, wir würden da dahinter stehen, dabei vertraten wir eine gegenteilige Auffassung. Natürlich ist durch diese ganze Sache, diese Kontakte mit der Bauherrschaft und die Kontakte auch,

die man in alle Richtungen gehabt hatte, um an Informationen zu gelangen, war es dann natürlich auch so, dass die Behörde in Däniken zusammengeschmiedet wurde. Und durch die Angriffe von aussen, das ist ja irgendwo auch klar, das ist eine ganz normale Reaktion eines Gremiums, das sich dann irgendwo auch wehren muss. Und irgendwo sind wir dann zum Punkt gekommen wo wir sagen mussten: wir müssen unsere Aufgabe erledigen nach Gesetz, basta. Eine andere Wahl haben wir nicht. Und wir waren ja eigentlich in das hineingekommen, wir hatten das ja nie gesucht.

(kurzer Unterbruch, Trinkpause)

(29: 48) Mitte 85 ging ich dann eigentlich zum Gemeinderat hinaus, ich hatte 20 Jahre gehabt, da habe ich einfach gesagt jetzt müssen jüngere Leute kommen. Meine Akten hab ich erst jetzt wieder hervorgekommen, aber für mich war klar, wenn da irgendetwas passieren würde, wo da eigentlich wir uns stützen konnte fachlich auf Fachleute und auch auf Äusserungen von Leuten der Bauherrschaft, die uns ja nicht anlügen durften, dass ich da natürlich mit diesen Akten hervorgekommen wäre, die ich noch zuhause habe, und darum möchte ich sie eigentlich auch noch bei mir behalten, solange ich noch lebe. Man sieht dann auch wie kompliziert das ganze Bewilligungsverfahren war. Ich mag mich erinnern 1977, da war ich selbst auch einmal an dieser Arena-Sendung gewesen und ich habe dort eigentlich klar gesagt: eigentlich ist eine kleine Gemeinde mit einem solchen Projekt in allen Sachen total überfordert. Also wir hatten in Däniken eigentlich noch Glück, dass wir die Möglichkeit hatten uns an Fachleute zu wenden, ohne dass wir sagen mussten das ganze wird für uns zur Glaubensfrage. Also was Sache ist, darüber hatten wir gute Information gehabt und darum kann ich heute auch mit gutem Gewissen zu dem stehen, was wir damals gemacht haben. Primär muss ich ja heute die Frage stellen, wäre es nach den Gegnern gegangen und man hätte gar keine Kernkraftwerke mehr gebaut, dann muss mir mal einer die Frage beantworten: woher hätten wir den Strom genommen, wie wir jetzt 30 Jahre lang gelebt haben?

(Ausführungen über das Energiesparprogramm BR Ritschards und weitere energiepolitische Themen)

(43:25) Die Entsorgung hat man sich damals so vorgestellt, als wir die Bewilligungen erteilt haben und uns dafür entschieden, das heisst wir sind nicht dagegen, weil dafür sein und nicht dagegen sein, das ist zweierlei, das muss man differenzieren. Wir haben es in dem Sinne nicht behindert, in dem wir diese Bewilligungen gegeben haben, aber diese Konzepte der Entsorgung, man hat einfach gesagt das kommt, die Abfälle werden verglast und die kann man nachher in Tiefenlagern lagern. Damals war der Physiker, der in der Direktion der Atel war, der Herr Dr. Utzinger, der war sogar der Meinung das Gescheiteste und Beste wäre man würde dort in diesen Gräben im Meer, die 10'000 Meter tief sind, die Abfälle versenken. Bis das wieder hervorkommen würde, wäre das versorgt. Möglicherweise ist das sogar richtig, aber man würde das heute niemals mehr so den Leuten überhaupt vermitteln. Weil dort unten ist es tot, das ist klar.

(weitere energiepolitische Überlegungen)

Ich möchte noch einmal zurückkommen auf die Zeit in den 70er-Jahren, als sie im Gemeinderat waren. Sie haben gesagt Sie hätten das nicht verhindert, aber dass Sie doch gewisse Auflagen gemacht hätten als Gemeinderat. Vielleicht könnten Sie das noch ein wenig ausführen.

Also das ging vor allem auch um Fragen, die die Infrastruktur der Gemeinde betrafen. Das wäre am besten wenn ich jetzt mal meine Ordner hervornehmen würde und dann würde man dort gemeinsam hineinschauen. Das können wir ja nachher machen.

Aber so im Dorf, sagen Sie, was ist dort gelaufen, wie haben die Leute reagiert, gab es hier keine kritischen Stimmen?

Doch. 1973 waren die Wahlen in den Gemeinderat und den Kantonsrat. Und dann wurde Frau Marrer vom Landesring, der ja damals schon am absterben war, portiert, und hat sich dann eigentlich, aber natürlich muss ich sagen, sie hatte einfach den Hintergrund nicht, um mit

Argumenten gegen die Atomtechnologie aufzutreten. Aber sie hat natürlich Wind gemacht und wurde gewählt in den Kantonsrat. Und das hat dann eben auch in der Region den Eindruck erweckt, jetzt sind die Däniker auch dagegen, aber die ist natürlich, das muss ich klar sagen, die ist vom Wahlkreis der Region gewählt worden, primär nicht von Däniken und sie hatte in Däniken auch praktisch keine Parteiunterstützung. Aber in dem Sinne muss man einfach sagen ist die relativ stark aufgetreten gegen die ganze Geschichte. Aber das war da ja weitgehend ja – man muss ja sehen, die Gegnerschaft hat nicht gewusst, dass sie, wenn sie grundsätzlich gegen die Kernenergie ist, gegen die Standortbewilligung antreten, die irgendwann etwa 71 vom Bund erteilt wurde. Und das war ja für uns eine Rechtsgrundlage, das war eine Standortbewilligung, hier. Und das ist in dem Sinne ja auch einen Auftrag.

Eine Behörde kann nicht einfach willkürlich das machen, was ihr in den Kram passt oder nicht, sondern sie muss das im Rahmen des Gesetzes prüfen, und da ist der Spielraum relativ klein. Natürlich hatten wir dann den Vorwurf, und der hat aber auch gestimmt, wir hätten pressiert. Wir haben genau dort gesagt, den selben Mist wie sie jetzt in Kaiseraugst haben, wollen wir in Däniken nicht. Und das war der Grund warum wir in Däniken pressiert haben, und also das stimmt, den Vorwurf akzeptier ich und ich bin heute sogar froh, dass wir das gemacht haben, anstatt dass wir nochmals weitere Jahre lang Verfahren gehabt hätten, die uns als Behörde unheimlich stark von allen anderen Aufgaben absorbiert hätten. Darum haben wir vorwärts gemacht und konnten uns dann wieder auf alle anderen Aufgaben konzentrieren und das war ganz wichtig.

Aber dann würden Sie das als Einzelfall bezeichnen, den Fall der Frau Marrer?

Sicher! Also ich habe in Däniken, klar, das kann ich ihnen auch in den Akten zeigen, ich bin auch persönlich angegriffen worden, und das muss man natürlich akzeptieren, aber dann anonym, oder. Also einmal gross mit einem Inserat. Und dann habe ich dann natürlich reagiert und habe den natürlich dann vor allem herausgefor-

dert wegen seiner Anonymität. Der hat sich dann gemeldet. Das war dann noch einer aus der selben Partei wie ich war, aus der CVP, ein Däniker. Ein Lokomotivführer. Aber der hat sich dann entschuldigt für die Anonymität. Und ich hab ihm dann auch einen Brief geschrieben und wir haben uns dann auch ausgesprochen. Und ich habe jedem Däniker angeboten: wenn ihr dagegen seid, dann reden wir mit euch, also wir haben uns ganz gross angestrengt. Und ich darf ihnen sagen, ich habe in dieser Zeit während rund sieben, acht Jahren hatte ich praktisch im Monat einen bis zwei freie Abende. Und sonst war ich ständig für die Behördentätigkeit unterwegs. Ich frage mich heute woher hab ich diese Kraft genommen, nebst meinem Beruf. Ich war beruflich Betriebsleiter und das hatte für mich irgendeinmal auch Konsequenzen. Ich darf ihnen sagen ich hatte damals aus gewissen Einflüssen – das könnte man heute noch überprüfen vom Präsident der Pro Niederamt, ich habe heute mit dem eine gute persönliche Beziehung, der weiss auch, dass das nicht so nett war, aber wir kannten uns da nicht, und da hat er sehr stark interveniert und Druck aufgesetzt auf meinen damaligen Chef. Ich war da Betriebsleiter in einer Maschinenbaufirma und habe sehr grosse Kompetenzen gehabt und auch sehr viel gemacht.

Für mich war einfach klar vor 2300 gibt es keinen Feierabend, wenn ich nicht eine Sitzung habe. Ich habe wirklich auch dort einen überdurchschnittlichen 10 bis 12 Stunden Tag gezeigt. Und das hat dann zu einem Mobbing geführt durch meinen Chef, so dass ich die Stelle dann verlassen habe. Also, da gab es einen direkten Zusammenhang. Wobei man kann bei so einer Stelle, die man dann plötzlich aufgibt nach 15 Jahren, da kann man natürlich, das war eine gute Stelle, ich hatte gut verdient, kann man natürlich immer sagen es hat noch etwas anderes eine Rolle gespielt, und das war wahrscheinlich so, es ist ja immer die Summe von...

Aber der massgeblichste Punkt war eigentlich schon dieser. Man bot mir damals die Vizedirektorbeförderung an, wenn ich die Politik aufgebe, und das schaute ich als so fies an, dass ich mich mit meinem Chef überworfen habe. Ich habe gesagt

jetzt habe ich eine Aufgabe übernommen, aus der ich nicht einfach rückwärts raus kann. Und im Zuge des ganzen habe ich dann auch gesundheitliche Probleme bekommen, noch kurzfristig, habe mich dann aber gut wieder erholt, aber ich habe dort auch zwei Monate aussetzen müssen. Also es war nicht ganz einfach, das hat belastet und auch meine Familie hat das belastet. Und da muss ich sagen unsere grosse Sorge war auch im Gemeinderat, dass wir sahen, dass in einzelnen Familien plötzlich jüngere Leute kamen, zum Teil aus Schulen heraus, vor allem die in Olten oder Aarau waren, die sehr stark von der Gegnerschaft beeinflusst wurden. Ich muss sagen ich hatte in der Zeit natürlich auch eigene Kinder, mit denen ich in die Diskussion kam.

Mir wurde auch die Frage gestellt, warum machst du das überhaupt, das ist doch so gefährlich. Ich muss eigentlich sagen irgendwo habe ich mich auch gefragt, einerseits habe ich mir gesagt als Bürger hast du eine staatsbürgerliche Pflicht, primär bin ich nie gross auf eine Partei abgefahren. Man hat eine Partei in dem Sinne gebraucht, man wurde von einer Partei vorgeschlagen und ich muss sagen ich war die ersten acht Jahre oder sechs Jahre als ich Gemeinderat war, war ich nicht mal Mitglied dieser Partei. Ich bin dann irgendwann in der Notwendigkeit, jetzt musst du dich hier engagieren, bin ich dann dort dazu. Aber für mich war Parteipolitik primär nie ein Thema, sondern für mich war es ein Thema als Staatsbürger und logischerweise braucht es Parteien und da ist man in einem Dilemma, wenn man sich engagiert ist man auch in einer Partei, aber ich muss das klar sagen, das war für mich die Entscheidung.

(Ausführungen Parteizugehörigkeit)

(1:00:20) Ich habe aber sicher nie die Ambition gehabt an all dem etwas zu verdienen, also das war alles ehrenamtlich. Natürlich hat man dann gewisse Entschädigungen auch an das Engagement angepasst, aber ich muss sagen so der Leitsatz am Anfang, als ich in den Gemeinderat kam, war Feuerwehrsold gleich Gemeinderatsentschädigung, pro Sitzung, das war damals ein Franken, das muss man sich mal vorstellen.

Sie haben eingangs gesagt, dass die Information eigentlich der Schlüssel war zur ganzen Entwicklung. Können Sie kurz skizzieren, wie Sie als Behörde die Bewohner informiert haben?

Also man hatte mal zusammen in der Gemeinde mehrere Informationsveranstaltungen gemacht, mit entsprechenden Informationsmaterial, an denen dann vor allem auch der Herr Dr. Utzinger als Physiker, das war der Direktor damals im KKG, da hat man informiert, man hat Fragen beantwortet, man hat Informationsveranstaltungen gemacht von der Gemeinde und von den Parteien. Man hat auch überparteiliche Informationsveranstaltungen gemacht, und ich glaube wenn ich zurückschaue, haben wir das in der Gemeinde recht gut hingebraucht. Und wenn ich zurückschaue war das vielleicht sogar unser Fehler: uns ist es nicht gelungen, unser Goodwill zu informieren, in die Region hinauszutragen. Nicht einmal das ist uns gelungen, ich muss sagen das ist ein Mangel, ich bin nicht so unkritisch zu sagen, wir hätten alles richtig gemacht. Ich habe hier auch ein Plänchen gefunden mit dem Wasserkonzept.

(Ausführungen Kühlwasser) (Wechsel Tonband)

Und dann war da diese Wasserleitung, die war da eigentlich auch in der Baubewilligung. Da hatten wir drin, dass während zehn Jahren die Gemeinde verlangen kann, dass wenn wir das bräuchten aus irgendwelchen Gründen, dass diese Verbindung dann auch noch das Kernkraftwerk bezahlen muss. Das kostet natürlich schwer Geld. Ich kann mich erinnern, in diesen rund fünf Jahren in denen ich Baupräsident war, habe ich einmal zusammengezählt, welche Bauvorhaben wir gehabt haben. Das waren für 27 Mio. Gemeindebauten, die natürlich zu einem grossen Teil bezahlt wurden vom Kernkraftwerk, von den SBB und von der PTT. Da muss ich noch sagen, einerseits bezog sich die Bahn immer darauf, dass sie nach eisenbahnrechtlichen Kriterien ausserhalb der Bauregumente der Kantone und Gemeinden machen kann, was sie will. Und auch da, damals war das eine Sache, ich habe der Bahn den Bau eingestellt, da die einfach ignoriert haben,

dass wir ein Baureglement haben. Und die mussten dann nachgeben. Dann war dasselbe, die Post hat sich dann angehängt an das eisenbahnrechtliche Bewilligungsverfahren nach Artikel 18 des Schweizer Bahngesetzes, weil sie auch entsprechende Geleiseanlagen hatte. Aber das hatte dann ziemlich Wirkung, dass wir dann unserer Forderungen der Gemeinde – das war natürlich sehr vieles betroffen, letzten Endes mussten wir ein Gemeindehaus bauen, wir brauchten eine grössere Verwaltung. Wir brachten beispielsweise hin, dass Kernkraftwerk die Vorfinanzierung übernommen hat, denn wir waren damals finanziell an einem Punkt an dem wir sahen: wir gehen als Gemeinde pleite wenn wir nicht die in Verträgen dazu verpflichten können, dass sie das, was sie auslösen, auch bezahlen. Und wie gesagt, für eine Gemeinde, damals mit einem Steuereinkommen, ich sag jetzt mal ganz grob um die zwei, zweieinhalb Millionen, innerhalb von vier fünf Jahren 27 Millionen zu verbauen, das muss man einfach mal sehen. Wir hatten aber auch eine Verschuldung bei meinem Rücktritt als Baupräsident, von 9500 Franken pro Einwohner. Wir konnten das aber auch nur darum verantworten weil wir sahen: es braucht Jahre bis wir überhaupt diese Schulden abgetragen haben mit diesen zusätzlichen Steuern, die dann das Kernkraftwerk gebracht hat. Dabei haben wir immer gewusst: die Bahn und die Post bringen keinen Franken Steuern. Das muss man auch sehen.

Was war das mit diesem Rangierbahnhof, den Sie erwähnt haben, da bin ich noch nicht ganz schlau geworden?

Also in dieser Phase, in der ich in den Gemeinderat eingetreten bin, war das Thema Nr. 1 in Däniken Rangierbahnhof. Und zwar war ein Vorprojekt da aus den 50er Jahren, mit einem Landerwerbsverfahren. Und dieses Landerwerbsverfahren hat in Däniken und Gretzenbach und Obergösgen sehr stark bewegt, vor allem die Landwirtschaft. Die Bauern wollten das Land nicht verkaufen. Und dann hat man, das war nach Gesetz möglich, ein Expropriationsverfahren eingesetzt, ein Landenteignungsverfahren. Also das ist dann gar nicht schön. Und das ist lange Zeit, das ist etwa über 12 Jahre gegangen,

wenn ich das jetzt so grob sagen kann. Es wurde dann auch eine Schutzgemeinschaft der Landinteressierten gegründet. Das war weitgehend das Land hier unten rum. Und der Rangierbahnhof hätte über 60 Geleise gehabt, also ähnlich wie in Spreitenbach. Das wäre eine ganze Region gewesen, in der da Güterzüge zusammengestellt worden wären, mit Ablaufbergen. Also das funktioniert so, dass man Ablaufberge hat und unten nach ein Schienensystem mit Weichen und am Schluss hat es Züge, die dann während der Nacht zusammengestellt werden und am Morgen oder schon in der Nacht fahren sie dann weiter. Das war die Grundidee. Und das hat natürlich sehr stark polarisiert, auch in der Behörde drin. Wobei da natürlich öffentliche Interessen mit privaten zusammengeprallt sind, in einem grauenhaften Ausmass. Und dann gab es eine Schutzgemeinschaft, das war ein Nationalrat, Nebiker, der lebt heute nicht mehr. Der war aus Sissach. Der hat viel gemacht für die Landeigentümer und vor allem auch einigermaßen vernünftige Preise rausgeholt. Aber da sind natürlich Fragen auf uns zugekommen, vor allem auch mit dem Lärm, das war für uns das grösste Thema. Als wir sahen, dass in Spreitenbach das Verfahren schon weiter war, ging der ganze Gemeinderat in corpore nach Spreitenbach und dort haben wir mit denen die Sache einen ganzen Tag lang besprochen. Wir haben dann gesehen, dass primär Fragen des Verkehrsanbindung und des Lärms im Vordergrund standen. Wir haben dann den Kanton veranlasst, dass er eine spezielle Lärmkommission für diese spezielle Frage gründet. Ich wurde da Mitglied. Da haben wir geschaut, dass man mit Popularbeschwerden, das sind Beschwerden, wo mehrere Leute unterschreiben, dass man die dann überhaupt aufnehmen konnte. Das Recht war damals noch sehr eng. In dieser Lärmkommission wurden dann die Anforderungen einfach immer höher hinaufgeschraubt und am Schluss haben wir eine eigentlich absolut verrückte Forderung gestellt. Wir haben gesagt: ihr müsst den überdachen. (lacht). Man hat Lärmmessungen gemacht und auch Lärmrechnungen und hat dann gesehen, dass das unheimlich hallt im bewohnten Gebiet,

nicht nur in Däniken sondern auch auf der anderen Seite. In dieser Lärmkommission sassen auch die Baupräsidenten aus Dulliken und Obergösgen und wir haben dann gemeinsam mit der frisch gewählten Frau Nationalrätin von Wiesen, wie hiess sie noch nur? Mit der setzten wir eine Informationsveranstaltung durch zusammen mit der Bahn und haben die ganz brutal konfrontiert. Erste Frage: braucht ihr das überhaupt? Das war in Obergösgen, da haben wir die Bahn ganz lausig in die Enge getrieben. Bei solchen Verfahren gibt es immer zuerst Vorprojekte. Und irgendwie 1974, also das Kernjahr 74, wo einerseits die Bewilligung für das Kernkraftwerk rechtsgültig wurde und dann auch noch die ihr Projekt definitiv aufgelegt haben. Und im Rahmen dieses Verfahrens wurde die Frage «braucht die Bahn das?» polarisiert. Und das war das Gute. Und irgendwo in den 80er Jahre ist dieses Projekt dann einfach... Also die wollten nach zwei Jahr oder so schon einmal mit dem Bau beginnen, so ca. 76/77. Aber dieses Verfahren hat sich dann so verzögert und versandete irgendwo, bis die Bahn dann irgendwann mit neuen Leuten, die das neu angeschaut haben, gesagt haben, nein, das brauchen wir nicht. Und das war ein riesen Erfolg für die Region. Ich habe vor allem gelernt, dass das sogenannte Kurverkreischen, das es vor allem bei den Güterwagen, die stabil gebaut sind, das ist katastrophal, wie das pfeift. Und wir haben gesagt, das akzeptieren wir nicht. Vor allem wären die Dulliker betroffen gewesen. Ich mag mich erinnern an einen Streit mit dem Dulliker Gemeindepräsident, der ja in derselben Partei war wie ich. Ich habe den nie begriffen. Nur immer emotional, nie mit Fakten. Der kam mir einmal: so ihr Däniker, jetzt habt ihr den Dreck, jetzt habt ihr diesen Rangierbahnhof, nehmt doch das Geld vom Kernkraftwerk. Da habe ich gesagt: Kamerad, du musst auf deine Gemeinde schauen. Das selbe Kurverkreischen, das wir in Däniken bei der Einfahrt haben, hast du in Dulliken. Nur musst du das jetzt endlich merken, ich hab dir das jetzt klar gesagt. Von da an hatte man natürlich plötzlich Unterstützung von Seiten der Dulliker Behörden, zumindest was den Rangierbahnhof betraf. Wir woll-

ten uns nicht einfach überfahren lassen mit all diesen Infrastrukturwerken. Wir haben natürlich gesagt: muss das sein, dass sich alles in Däniken konzentriert und wir diese Lasten haben. Zum Glück kam das dann anders heraus.

Wann wurde denn dieses Projekt begraben?

Ja das wurde erst in den 80er- oder sogar 90er-Jahren begraben. Das war noch nicht begraben, als ich zur Behörde raus ging. Aber das Interesse hat dann nachgelassen. Wobei man sagen muss, dass das ganze bei der Bahn mit vielen technischen Fragen zusammenhing. Da bin ich jetzt auch nicht kompetent. Aber die, die das geplant haben, waren ja auch nicht dumme Leute. Aber das ist ja das interessante, in der Technik bewegt sich immer einziges. Das ist auch so bei der Wissenschaft. Man soll diesen Weg nie zumachen, man soll den offen behalten, so dass spätere Generationen bessere Lösungen bringen können, als die, die wir fanden. Die Lösungen, die wir angetroffen haben von unseren Vätern, die waren auch nicht perfekt. Und auch die Lösungen, die wir in irgendeiner Form vom Gebilde Rechtsstaat und Entscheidungseinfluss mitmachen mussten, auch die sind nur auf Zeit. Das ist bei allem so.

Aber dann kann man sagen, dass es damals zwei grosse Infrastrukturprojekte gab in Däniken, die die Behörde voll belastet haben.

Ja das ist Wahnsinn. 5 Meter Akten würden nicht reichen, wenn ich das noch hätte. Da hat meine Frau mal gesagt, es müsse weg. Nur die Sachen, die Sicherheitsrelevant mit dem Kernkraftwerk zu tun haben, die bleiben bei mir. Denn wenn da mal was passiert, dann will ich in den Akten zeigen was gesagt wurde usw.

Was war denn der Unterschied zwischen den zwei Projekten? Der Gemeinderat hat ja offenbar beim Rangierbahnhof recht stark opponiert und beim Kernkraftwerk nicht. Was war da der Unterschied?

Der Gemeinderat hat auch beim Rangierbahnhof nicht offiziell opponiert, sondern einfach immer wieder darauf hingewiesen... Man kann ja nicht als Ge-

meinde offiziell Opposition betrieben, das kann eine Bürgerinitiative. Man kann ein Projekt befördern oder behindern. Und natürlich kann man heute sagen, der Rangierbahnhof wurde aus Sicht der Behörden eher behinderlich behandelt worden, aber er musste behandelt werden. Während dem das andere Projekt eher... vor allem auch weil man gesehen hat das Energieproblem spitzt sich zu. Ich kann ihnen eine Zahl sagen. 1974 war der Energieverbrauch in der Schweiz bei 35000 Gigawatt. (zögerlich). Und heute ist der bei 57/58... das muss man sich mal vorstellen. Und von Seiten der Gegner wurde immer behauptet: Stromsparen, der Verbrauch geht nicht weiter. Der Verbrauch geht weiter. Auch wenn wir jetzt mal einen Winter lang einen Rückgang haben. Das spielt keine Rolle, der Stromverbrauch geht weiter, das ist das Wachsen der Zivilisation. Hier dagegen zu steuern, indem man einzelne Dinge beim Wachsen hindert, ist falsch. Da muss der Mensch vernünftiger in seinem Grunddenken. (Ausführungen zum Problem der Wegwerfgesellschaft). Am Anfang des Gesprächs habe ich ja gesagt, ich hatte zwei Motivationen. Die einte war als Staatsbürger, die zweite war natürlich: wir machen eine riesen Todsünde. Wir verbrennen das edelste Gut, das uns die Erdrinde bringt, nämlich das Erdöl, für Wärme. Das darf doch nicht wahr sein.

Also war es eigentlich eine unterschiedlich wahrgenommene Notwendigkeit. Man hat gesagt: Das Kernkraftwerk ist nötig, der Rangierbahnhof nicht, und darum hat man das unterschiedlich...

Ja, da muss ich klar sagen, für mich ist die Motivation, Kernenergie braucht es. Ausserdem war damals ja die Diskussion über eine lange Bauzeit sehr vieler Wasserkraftwerke, Hochdruckkraftwerk in den Alpen, gewisse wollte man da nicht mehr. Zum Beispiel das Werk Greina, das war so umstritten. Das hätte etwa die Hälfte gebracht wir heute ein Kernkraftwerk, oder etwa soviel wie beide Beznau zusammen. Das hat man damals verhindert aus Umweltgründen. Ich war damals Mitglied des Naturschutzes, für mich war Naturschutz damals eine Aufgabe. Aber ich muss sagen, ich bekam den Eindruck, die Naturschützer führen irgendwo ab auf

irgendwelche Glaubensfragen. Die haben nicht gesehen, dass sie sich selbst im Weg stehen, wenn sie die Kernenergie verhindern. Das ist einfach mal meine Wahrnehmung. Darum wurde ich auch kein Grüner. Die stehen sich letztlich selbst im Weg für vernünftige Lösungen. Schon bevor es Grüne gab, gab es aus den Bürgerlichen Parteien heraus Leute, die Umweltschutz betrieben, man nimmt es einfach nicht mehr wahr heute. Man hat einmal in einer Zeit, im vorletzten Jahrhundert damit begonnen sauberes Wasser in die Häuser liefern. Das war am Anfang, als ich frisch in der Behörde war, auch noch ein Thema in Däniken, überhaupt mal diese sauberen Wasserversorgung fertig zu machen. Oder dann die Abwasserreinigungsanlagen, das entstand auch alles in dieser Phase. Die ARA Schönenwerd wurde in dieser Phase ausgebaut. Da sind riesige Aufgaben entstanden. Das waren primäre Aufgaben des Umweltschutzes und der Hygiene.

Wie haben Sie das sonst so wahrgenommen im Gemeinderat, wie waren da die Motivationen gelagert?

Also ich muss so sagen. Die Gemeinderatskommission war zusammengesetzt aus dem Ammann, Herr Hagmann, ein Bauern, ein sehr intelligenter Mann, sehr weitsichtig, Ernst Hagmann. Der war zwar nicht in meiner Partei, aber ich habe immer vor diesem Mann den Hut genommen. Ruhig, überlegt, hat zugehört. Der zweite war Gottfried Saam, SP; der ist jetzt 90ig, leider nicht mehr gesund, der ist im Altersheim. Auch der hat das unterstützt weil er gesagt hat, wir von der Bahn, öffentlicher Verkehr, wir brauchen mehr Strom. Dann war ich als dritter, ich komme eher von der Technik, Maschinenbau. Für mich war es schnell klar: einerseits aufhören damit das Erdöl zu verbrennen fürs Heizen, hingegen dafür sorgen, dass endlich andere Strukturen kommen, die eine Mobilität ohne Diesel und Benzin ermöglichen. Und natürlich noch die Staatsbürgerliche Aufgabe. Und dann hat man die Gemeinderatskommission auf fünf Personen erweitert, und dann ist Renggli Erich hinzugekommen, FDP. Er war Kaufmann. Und Selig René, der war Ingenieur. Und der war für uns natürlich eine wertvolle Ergänzung, vor allem in Fragen der Physik und auch Fragen der

Wärmetechnik. Wir haben dann aber bald gemerkt, dass er interessiert ist beim Werk eine Anstellung zu finden. Darum war es nicht möglich, dass er eine exponierte Aufgabe übernahm, wegen der Interessenkollision. Das war uns klar. Er ist dann auch irgendwann, als sie anfangen Leute zu rekrutieren, war er dann dabei. Als ich dann 77ig das Baupräsidium aufgegeben habe, da kam zuerst ein SP Mann, den ich auch unterstützt habe, und dann wurde der langjähriger Baupräsident, aber erst etwa 85. Also der weiss sicher auch sehr viel. Dann war in dem ganzen Zirkus drin natürlich auch noch der Gemeindeverwalter, Hermann Spillmann. Der war in Rechtsfragen sehr beschlagen. Und der rief uns natürlich ständig ins Gewissen: wie wollt ihr das überhaupt finanzieren, ihr Herren. Wir hatten in Däniken nur einmal eine sehr kritische Situation in Däniken, in der Gemeinderatskommission Hermann Spielmann als Gemeindeverwalter und Aktuar der Baukommission und ich, wir forderten eine qualifizierte Rechtsberatung. Die anderen Herren wollten da zuerst nicht. Und dann mussten wir auf Deutsch gesagt mit relativ hohem Druck operieren müssen. Das war eigentlich der einzige Punkt, wo wir uns bei dieser wichtigen Frage lange nicht einig waren. Das wäre verheerend gewesen für die Gemeinde, wenn wir das nicht gemacht hätten. Der Hauptinitiator dafür war der Verwalter, Hermann Spielmann. Und wir haben natürlich dafür gesorgt mit dem Infrastrukturvertrag, dass dieser Rechtsberater durch das Kernkraftwerk bezahlt werden musste. Das waren also recht grosse Summen.

Worum gings da genau, bei dieser Rechtsberatung?

Ja einmal vor allem darum, dass die Gemeinde finanziell nicht unter die Räder kommt. Und natürlich dann auch mit dem ganzen Steuerverteilervertrag hats dann angefangen reinzuspielen. Aber primär ging es darum einen Infrastrukturvertrag abzuschliessen, der verhält. Weil das ist nicht üblich, dass eine Gemeinde eine Infrastrukturvertrag macht mit mehreren. Mit der Post, mit dem Kernkraftwerk und mit der SBB. All diese Sachen haben da reingespielt. Also sie sehen, wir waren damals... Ich war damals noch jung, ich

war noch nicht vierzig, ich hatte da noch die Kraft. Ich bin auch gewachsen an den Aufgaben. Ich habe nicht nur Negatives gehabt. Das Negative war, dass die Familie zu kurz kam.

(Ausführungen zur Dankbarkeit gegenüber der Ehefrau)

Als dann Herr Moor 77 in die Gemeinderatskommission kam, für Rene Selig – der war dann im Kernkraftwerk und konnte nicht mehr in der GRK sein. Und da habe ich von meinem Recht gebraucht gemacht und bei der Ressortverteilung gewechselt. Hinterher hab ich mich manchmal gefragt ob das fair gewesen ist. Der der frisch kam hatte dann plötzlich das alles am Hals. Ich habe dann das Wehrwesen übernommen.

(Erläuterungen über seinen Austritt aus der Gemeinderatskommission und Bau Kindergarten).

Wie nahmen Sie damals die Stimmung im Dorf war?

Viele hielten sich auf ab diesen Angriffen, die ja nicht qualifiziert waren, dieser drei Gemeindepräsidenten. Zum Teil einfach nicht kompetent. Gerade erst kürzlich habe ich mit einem damaligen Gemeinderat aus Schönenwerd geredet. Der hat gesagt: hätte ich nur damals schon die Gnade gehabt, mit dir zu sprechen. Wir haben damals halt einfach auf den unsrigen gehört. Ich will da jetzt nicht gross Namen sagen. Die waren ihrem Amt nicht gewachsen, die waren unfähig. Zur Information muss ich noch sagen, wir haben ja damals noch diese berühmten Reichen gemacht, ich weiss nicht, haben sie davon etwas gelesen in der Presse? Diese sogenannten «Spanienreisli». Da ging eine riesige Polemik los. Wir sind damals als gewählte Gemeinderat an einen Ort, wo es Kühltürme hatte, wir gingen dort die Leute fragen: wie geht es hier? Und dann haben wir gesehen, dass im Winter um den Kühlturm herum alles gefriert. Eine Frau, die etwa 150m vom Kühlturm entfernt wohnte, hat uns gesagt, im Winter sei bei ihr die Türe oft zugefroren. Vom Wind her, vom Riesel gefror das direkt. Das waren Erfahrungen wo wir gesagt haben: so ein Kühlturm kommt hier nie in Frage!

Warum wurde er dann trotzdem gebaut?

Die haben da ein System gebracht mit Filtern. Das war dann wieder ein Problem mit dem Eternit. Eine Einlaufe Ebene auf ca. 25 – 30 Metern über den Stützen, wo das Wasser verteilt wird, das läuft da herunter. Das ist ein Naturzugkühlturm, eine Kaminwirkung. Nur weil da ein hohes Rohr ist kommt von unten Luft, die dann automatisch durch Temperatur- und Gewichtsunterschieden, kommt da der Zug zustande. Jetzt musste man dafür sorgen, dass der nicht noch Wassertropfen mit nach oben nehmen kann, auf diese 150 Meter. Die kamen mit einem lamellenförmigen Einlagesystem, die ganze Ebene wurde mit 10'000 dieser Lamellen gefüllt. Das Thema war dann wieder: es geht nicht ohne Kühlturm. Die Probleme, die man damals gehabt hat mit der Nachbarschaft, die sind weitgehend gelöst. Ausserdem haben wir gesagt: wer mit dem Kühlturm ein Problem hat, der kann jederzeit und egal wo, unentgeltlich gegen das Werk vorgehen, in einem Schiedsgericht. Und was passierte dann? Das war dann schon in einer Phase, in der wir einen Gegner im Gemeinderat hatten, Albin Hagmann. Der wusste nichts gescheiteres zu sagen als: unbeschränkt, das ist nicht definiert, man muss dieses Gebiet beschränken. Und damit hat die Idee Schiedsgerichtsvertrag nicht funktioniert. Die haben das gehört vom Werk und haben gesagt: gut, das ist der Plan, wir beschränken das. Die Probleme der Wolke, da haben sie sich gewaltig getäuscht, von der Höhe her. Ich würde einfach nicht akzeptieren, wenn ich in Winznau wohnen würde, oder in Lostorf, wenn man mir einen solchen zweistündigen Dampf vors Haus stellen würde am schönsten Tag. Nachdem was wir damals in der Bewilligung hatten, wenn uns das das Verwaltungsgericht nicht rausgenommen hätte, dann hätten wir die zwingen können den Kühlturm abzureissen und dann hätten wir heute einen Hybridkühlturm, wie es sie bereits überall gibt. Der hat nicht mal mehr eine Wolke. Der ist 60 Meter hoch und fertig. Das bedaure ich heute, wir haben das dann nicht mehr vor das Bundesgericht gezogen weil wir sagen, wir haben keine Chance.

Das wäre eine dieser Auflagen gewesen.

Ich kann Ihnen das auch zeigen. Das ist ein Büchlein Schiedsgerichtsvertrag. Und da hätte jeder, der irgendwo einen Nachteil gehabt hätte wegen der Dampffahne, die Betreiber einklagen können, dass sie die Liegenschaft entschädigen müssen. Das hätte jeder gekonnt. Aber die Öffentlichkeit hat das nicht wahrgenommen.

Aber wie ging man in Däniken sonst mit dem Kühlturm um? Hat vielleicht diese Entscheidung eine Wende gebracht?

Gut, das muss man schon sehen. Däniken ist natürlich insofern von der Geographie im Vorteil. Die Gemeinde liegt südlich, wir haben von der Dampffahne her keinen Nachteil, an keiner Ecke. Und das wurde uns natürlich zu recht vom Vorwurf gemacht. Aber die hätten uns ja zumindest unterstützen müssen in der Auflage, dass man den Kühlturm wieder abreißen muss, dass man etwas neues verfügen kann. Aber nicht einmal das haben sie gemacht.

Mit welcher Begründung hat denn das Verwaltungsgericht diesen Passus rausgenommen?

Es sei ein unzulässiger Eingriff in die unternehmerische Tätigkeit. Das kann man natürlich sagen. Man kann natürlich sagen das gehöre nicht ein Bewilligungsverfahren. Einmal bewilligt ist immer bewilligt heisst es ja.

Aber dann hat der Kühlturm keine Diskussionen ausgelöst?

Däniken hat eigentlich den Kühlturm akzeptiert, weil sie gesagt haben: die Flusswasserkühlung ist verboten. Es kommt noch dazu, dass die Fischer plötzlich in Beznau fischen gingen, beim Kraftwerk, das ja keinen Kühlturm hat. Dort konnten sie am meisten Fische fangen und gewisse Zonen mussten dann gesperrt werden, damit die Fischer da nicht alles holten. Also die Fischer haben sich getäuscht. Der Bundesrat hat einen Entscheid gefällt gegen die Flusswasserkühlung, der sich einseitig auf die Einwände der Fischer bezog, und weniger Landschaftspolitische Anliegen. Ich schaue das heute als falsch an. (Ausführungen über neue Kernkraftwerke).

Während dem Bau hat der Bund unter Willy Ritschard ständig die Sicherheitsauflagen verstärkt. Er starb ja dann noch vor der Einweihung, dann kam Herr Schlumpf als Energieminister und der hat dann diese Politik weitergeführt. Ich kann mich erinnern an den Bau in Leibstadt, die haben dort noch mal die Sicherheitsvorschriften ständig erhöht. Ich war da von Berufswegen involviert, mit der Lieferung von Kabelträgersystemen, wo ständig die Vorschriften für die Befestigung, statische Vorschriften, ständig verbessert wurden. Aber Mühleberg und Beznau I und II genügen aus meiner Sicht... ich bin der Meinung die gehörten schnellstens ersetzt aus Sicherheitsgründen. (weitere Ausführungen zu neuen Kernkraftwerken).

Sie haben ja immer wieder Fragen: wie hat Däniken reagiert. Wir hatten in Däniken einfach keine grossen Widerstände und wir waren immer sicher, dass wir über 80% der Bevölkerung hinter uns haben. Das haben wir auch in Gesprächen natürlich am Wirtstisch herausgefunden. Diese Diskussion in unsere Richtung wurde auch noch gefördert durch die Neiderscheinungen der drei Ammänner, von denen ich erzählt habe. Da haben die Leute gesagt: die missgönnen uns nur die Steuern, die da kommen. Es war eine eigenartige Verkettung von Leuten, die Dinge herausgelassen haben, die genau das Gegenteil bewirkt haben. Man muss hier auch ein wenig die Psychologie kennen.

Aber dann denken Sie, dass die Opposition von Pro Niederamt in Däniken keinen Einfluss hatte?

Nein, überhaupt in keiner Art und Weise. Die Diskussion der Gegner hat auf einen Willi Ritschard, als der plötzlich merkte, dass seine Partei in dem Masse dagegen ist, einen ungeheuren Einfluss gehabt. Er hat natürlich in Bern alles gemacht. Ich darf ihnen sagen diese Bewilligungen hab ich noch bei mir. Wir haben ja Teilbaubewilligungen gemacht. Da ist ein ganzes System gekommen von weiteren... aber immer gestützt auf die Grundbewilligung, wo die einzelnen Detailpläne für die Detailbauten eingereicht werden mussten. Aber wie gesagt, man muss einfach verstehen. Die Diskussion in der Schweiz lief letztlich anders als in der Region. In

der Region war primär Pro Niederamt der Meinung: der Wert der Häuser fällt herunter, das wollen wir nicht, folglich wollen wir kein solches Kraftwerk. Basta, die sollen das an einem anderen Ort machen. Mein damaliger Chef hat gesagt: Fessenheim, das ist in Ordnung. Ohne zu wissen: wenn mal wirklich sicherheitsmässig etwas passiert, Tschernobyl, dann sind wir genauso betroffen wie wenn es hier passieren würde. Nur dass kann nicht passieren, weil es ein anderes System ist. Aber man muss nicht sagen, man kann das irgendwo in der Nähe bauen, wir wollen es nicht vor uns haben. Ich muss sagen Pro Niederamt hat aufgegeben nach einem Telefon von mir. Und der Herr Bühlmann, Hans Bühlmann, wohnt in Schönenwerd, ich bin heute eigentlich gut befreundet mit ihm. Damals, als die Pro Niederamt sehr aktiv war und dann plötzlich ihre Aktivitäten aufgab, da war ein Telefon, ich kann mich noch genau erinnern, im März 74. Damals hat er mich gefragt: stimmt das, dass früher die Flusswasserkühlung vorgesehen war und dann wegen der Fischer verhindert wurde. Die haben nicht einmal das gewusst. Die Phase der Standortbewilligung des Bau haben sie überhaupt nicht wahrgenommen. Ich habe dann das in einem Zeitungsartikel der Pro Niederamt vorgeworfen, sie hätten sich damals um diese Sache kümmern müssen, denn das wurde im Bundesblatt veröffentlicht und man hatte Einsprachemöglichkeiten und diese sind nicht wahrgenommen worden. Damals hätten sie eine Chance gehabt mit ihren Anliegen. Ich habe also auch ein wenig gegen die gekämpft. Ich habe da auch klar gesagt: der Kühlturm ist eine direkte Folge der Einsprache dieser Fischer. Als der Bundesrat die Flusswasserkühlung verbot haben die gesagt, jetzt machen wir auch ein grösseres, nämlich ein 1000MW und nicht mehr ein 650MW Kraftwerk.

(Ausführungen Verwechslungsgefahr Einheiten)

(Ende des Tonbands, Abbruch der Aufnahme)

Transskript Interview R. Selig, Däniken, 9. 7. 2008

Ich war ein wenig in der Politik. Ich war zuerst vier Jahre lang Aktuar in der Werkkommission, also heute heisst sie Werkkommission, damals hiess sie noch anders, und 1968 wurde ich dann in den Gemeinderat gewählt und blieb dort glaube ich zwölf Jahre lang – 68, 78, 80 – ja, das war etwa um das herum. Ja, und ich habe natürlich die ganze Geschichte des Kernkraftwerkes mitgemacht. Ich muss ihnen vielleicht etwas vorweg sagen, damit man sich nicht missversteht, also, ich habe ein Ingenieursstudium, unter anderem über Kraftwerkstechnik, aber nicht über Kernkraftwerkstechnik, sondern konventionelle Kraftwerke, das habe ich in Deutschland absolviert und habe auch in deutschen Kraftwerken einige Zeit gearbeitet. Ich bin danach in die Schweiz zurück gekommen und (unverständlich) das mal ein bisschen vorweg, als ich komme ein wenig, also sagen wir ich sei der Branche nahestehend, bis zu einem gewissen Masse. Nicht der Kernenergie, das kam dann erst später, aber der Kraftwerkstechnik ganz allgemein zur Stromerzeugung. Und ich habe das in Deutschland gemacht in Kohlekraftwerken, in Braunkohlekraftwerken und ich kenne dadurch die Materie sehr gut. Ja wie ist das damals entstanden...

Was schade ist für Sie ist, dass der damalige Gemeindepräsident, der Herr Hagmann vor kurzem ja verstorben ist und er war ja ein Gemeindepräsident, ja also sagen wir mal der besonderen Art. Sehr tüchtig, sehr gewissenhaft und hat neben seinem Bauernleben, war das seine einzige Leidenschaft, und hat da weiss nicht wie viel gearbeitet, gearbeitet, gearbeitet, viel mehr als das die heutigen Politiker machen, hat nicht viel geredet aber, aber dafür viel gearbeitet, das ist nicht dasselbe. Und ja, diese Entstehungsgeschichte...

Ich muss natürlich sagen es ist doch einige Zeit her und eh, ja, Gedächtnisprobleme können da vielleicht manchmal ein wenig ein Problem sein, so präzise. Aber meines Wissens war dieses Projekt so 1970, in etwa ans Tageslicht gekommen. Ich weiss aber, dass der Herr Hag-

mann schon vorher mit der Atel immer wieder ein wenig Kontakt gehabt hat. In der Atel war damals ein Dr. Sähmann Direktionspräsident und er hatte das schon früh ein wenig eingefädelt. Aber natürlich nicht rechtlich, sondern einfach mal ein wenig sondiert. Der Standort des Kraftwerkes hier, der hatte für die Atel eine gewisse Logik gehabt, da der Knotenpunkt Gösgen, die Verteilstation, das ist eine europäische Verteilstation. Und Herr Dr. Sähmann hatte damals schon erkannt, dass der Bau von Hochspannungsleitungen etwa das selbe Ärgernis sind wie der Bau von Kraftwerken. Und dadurch hatte das Kraftwerk Gösgen, ich glaube weltweit als einziges, praktisch überhaupt keine Hochspannungsleitungen, es ist da 200 Meter bis zur Station hinüber. Und von dort her kann es kreuz und quer in der ganzen Schweiz und in ganz Europa verteilt werden. Weil das ist eine Station, ähnlich wie die am Rhein, in, ähm, es ist mir gerade entsprungen... Wir haben etwa drei Schweiz, die praktisch den Europa-transit machen, und das ist auch eine. Das hat ein wenig den Standort gegeben.

Und dann ist es so, ganz ursprünglich, hatte die Atel ein wenig auf die Flusswasserkühlung spekuliert und dabei hat die Nähe zu einem grossen Fluss eine Rolle gespielt, wie danach auch in Leibstadt und Kaiseraugst. Das hat sich dann verändert. Jetzt die Frage, wann ist das eigentlich so publik geworden. Ja, da hätte ich mal gesagt 1971, aber ich bin mir nicht mehr ganz sicher. 1973 war ja der Baubeginn, und ich hätte gesagt so richtig publik wurde es zwei drei Jahre vorher. Wie weit die Atel vorher schon geplant hat, weiss ich nicht, aber man muss sich bewusst sein, der Bau von Mühleberg, Beznau 1 und Beznau 2 haben überhaupt keine politischen Probleme gegeben und Beznau 2. Und wenn ich recht im Gedächtnis bin, ist Beznau 2 etwa 1968 ans Netz gekommen. Und ich weiss noch selber, die haben damals so Tage der offenen Tür gemacht.

(kurze Unterbrechung)

Und der Bau der drei Kernkraftwerke hatte ja überhaupt keine Opposition. Ganz im Gegenteil, ich kann mich noch erinnern, die haben immer wieder während dem Bau so Tage der offenen Tür gemacht.

Und weil ich aus der Kraftwerkstechnik komme bin ich immer dahin gegangen zum schauen wie das ist, ein Kernkraftwerk ist schon etwas anderes als ein Kohlekraftwerk. Und ja da konnte man ins Reaktorgebäude und überall reinstapfen, da haben die ganze Besucherströme gehabt und so weiter. Aber kein Mensch hätte, also kein Mensch, niemand im Prinzip hatte da im grösseren Rahmen kritische Fragen gehabt, das kam eigentlich erst Ende 60er Jahre, anfangs 70er Jahre, ist das gekommen. Wobei der genau Ursprung, ja das könnte ich ihnen nicht mal genau sagen, was hat eigentlich die Opposition gegen die Kernenergie ausgelöst. Also Beznau 2 ist mal ans Netz gegangen und ich sag mal, also ich sage nicht dass alle einverstanden waren, aber es hat praktisch keine grössere Opposition gegeben, und in der Region von Beznau sowieso nicht. Was eigentlich die Opposition schlussendlich ausgelöst hat, da bin ich im Moment überfragt, das hängt natürlich ein bisschen, so Ende 60er Jahre, anfangs 70er ist so die erste Welle gekommen von Antiwachstum, man hat natürlich vorher in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg eine sagenhafte Hochkonjunktur, ein sagenhaftes Wachstum, und so, und wie das so immer ist, das geht alles sinusförmig, und das hat sicher damals eine gewisse Rolle gespielt. Zwischenfälle hat es ja damals noch nicht gegeben. Wobei ich nicht sage, dass da nie irgendwo etwas passiert ist, aber das hat auch niemanden interessiert. Das war kein Tätigkeitsfeld der Presse. Und ich glaube die Opposition, die erste Opposition wurde dann ausgelöst, erstens ist in denen 70er Jahren der Umweltgedanke aufgekommen, durch den Schwenker, den in der Schweiz die Sozialdemokraten gemacht haben, das war ein Punkt, der hier eine Rolle gespielt hat. Aber warum sie dann diesen Schwenker gemacht haben, denn drei Jahre vorher in Beznau war das ja noch kein Thema, da bin ich im Moment überfragt. Aber es ist eine Tatsache, dass natürlich im Rahmen des Bewilligungsverfahrens von Däniken, das dann 1971 so richtig angelaufen ist, sich eine Opposition gebildet hat.

Auch im Dorf?

Im Dorf... eher mässig. Ich muss sagen es hat ja diese Bewegung Pro Niederamt,

in Schönenwerd gewesen, also sagen wir mal der Schwerpunkt der Opposition, das war Schönenwerd. Und in Däniken hatte es auch Leute die da in der Pro Niederamt mitgemacht haben und so. Die Frage, die Opposition in Däniken hat also nie ein Mehrheitsverhältnis bekommen. Aber es gibt keinen Zweifel, es hat auch Opposition gegeben, und der beste Beweis für die Aussage ist, 19... ich sage Ende 72, aber mit diesen Zahlen da hab ich manchmal ein wenig, aber sagen wir kurz vor Baubeginn, der war ja im September 1973, aber so etwa Ende 72 oder Anfangs 73 war da mal eine Gemeindeversammlung, wo dann zu befinden hatte, eine ganz entscheidende Frage, ob man einen Strassenplan machen kann in das heutige Gebiet, denn so ein Kraftwerk kann man nicht über Feldwege bauen, vorher hatte das ganze Gebiet da unten nur Feldwege. Und dann war die Frage (unverständlich) die Strasse ausbauen, und das ist eine Sache der Gemeindeversammlung.

Das Baubewilligungsverfahren ist im Kanton Solothurn nicht Sache der Gemeindeversammlung, das ist Sache der Baukommission, Gemeinderat und wenn die Einsprachen weitergehen Baudepartement, aber die Gemeindeversammlung ist im Baubewilligungsverfahren im Kanton Solothurn nicht involviert. Und dann war diese Gemeindeversammlung, und wenn die zum Beispiel gesagt hätte, nein wir bauen keine Strassen da hinunter, dann wäre das Projekt vielleicht gescheitert, ich weiss es nicht (lacht), oder es hätte eine neue gegeben, ich weiss es nicht wie es weiter gegangen wäre. Aber Tatsache ist, dass die Gemeindeversammlung ja gesagt hat, wir bauen diese Strassen dort, wobei bezahlt hat sie das Kraftwerk aber schlussendlich gebaut hat sie die Gemeinde.

Man hat bei der Gelegenheit auch die Unterführungen in Däniken gebaut, das ist aus dieser Zeit, die hat auch das Kraftwerk bezahlt, denn das Kraftwerk musste Schwertransporte machen können, und jede Menge Ware und Zeugs und Sachen und (unverständlich). Jetzt werden sie sich Fragen mit welcher Mehrheit hat diese Gemeindeversammlung das beschlossen, und da kann ich ihnen die Antwort nicht geben, aber das wäre zum Beispiel in den Akten

der Gemeinde sicher vorhanden. Aber auf alle Fälle fehlte es nicht etwa an drei Stimmen, es war eine deutliche Mehrheit, und alle die dabei waren und zu Pro Niederamt gehörten, haben nein gestimmt. Aber das Verhältnis, da bin ich im Moment überfragt, aber es war einfach Mehrheitlich beschlossen worden, ich habe so in Erinnerung so mit etwa Zweidrittelsmehrheit oder so etwas, aber behaftet mich nicht auf diese Zahl. Und mit dem ist natürlich 19... Das Bewilligungsverfahren für ein Kernkraftwerk war damals Gemeindegache, zum Teil Kantonssache, speziell Wasserrecht ist eine kantonale Sache, und ähm teilweise Bundessache. Und dann ist das so weitergelaufen und im August 73 waren dann die Bewilligungen beieinander und im September 73... Ich war dann damals, das muss ich trotzdem sagen, ich meine ich mach da kein Geheimnis draus, weil ich aus dieser Branche komme habe ich mich dann auch interessiert und wurde dann angestellt, aber nicht etwa als Direktor, sondern habe weit unten angefangen, habe zwar nachher eine gewisse Karriere gemacht im Kraftwerk, weil ich auch 25 Jahre geblieben bin und weil ich aus der Branche bin, ja ist das, waren gewisse Voraussetzungen gegeben.

Aber ähm, ich bin dann nachher weiterhin auch eine gewisse Zeitlang Gemeinderat geblieben, und irgendwann habe ich dann aufgehört, weil es mir einfach zuviel geworden ist. Ich bin dann nachher in die Baukommission gegangen und bin bis vor ein paar Jahren noch Baupräsident gewesen in Däniken, aber ich gehe mal davon aus, dass die Bevölkerung da nicht ein Problem damit gehabt hat, dass ich da unten gearbeitet habe. Aber schlussendlich arbeitet von Däniken ja ein ansehnlicher Teil der Bevölkerung in dieser Firma und äh, ich habe einfach zu den erste gehört, aber nachher haben wir ja viele Leute rekrutiert hier aus der Umgebung, auch angelehrt, jetzt sinds etwa 400 Personen, wovon die 400, ich weiss nicht wie es heute ist, aber damals waren wir 300, ich bin jetzt seit zehn Jahren pensioniert, waren wir damals 300 und von denen waren 200 hier aus der Region oder 250, grossmehrheitlich aus der Region. Oder haben hier gewohnt, so muss man sagen.

Aber der Anteil, das ist noch interessant, der aus den grossen Agglomerationszentren gekommen ist, Zürich und so, der war bescheiden, das habe ich nie ganz verstanden, aber das zeigt natürlich, dass Zürich, Zug, Winterthur, damals eben auch wirtschaftlich gesehen stark (unverständlich).

Ja jetzt diese Bevölkerung, die Pro Niederamt, ich muss sagen mit dem Baubeginn war ja die ganze Sache noch nicht gelöst. Und 1975, also zwei Jahre nach Baubeginn, war ja hier eine wüste Demonstration, angeführt im Prinzip von dieser Pro Niederamt, aber aus der ganzen Schweiz hat sich hier alles versammelt was, ich sage mal, das ist meine Meinung, sicher auch Leute, die mit Kernkraftwerken ihre Sorgen gehabt haben, aber alles andere im Schlepptau, was einfach gegen den Staat (unverständlich). Also das war eine sehr gemischte Gesellschaft, und die hat einen Umzug gemacht, angefangen da bei Dulliken oder bei Olten irgendwo und es hat dann noch Eskalationen gegeben vor dem Kraftwerk, Polizei und Geschichten, und das war an und für sich eine wüste Sache. Und das war eben etwa zwei Jahre nach Baubeginn. Und als das vorbei war ging es bergab. Dann ist irgendwie hätte ich gesagt hat sich die Opposition, das war so der Höhepunkt der Opposition, danach hat sich das so ein wenig verbröckelt, hätte ich gesagt. Und heute auf die Frage, ja, also ich glaube es wäre falsch zu sagen in Däniken sei niemand dagegen, aber mit den Jahren des Betriebes danach, ist eigentlich in Däniken null Problem gewesen von wegen Opposition.

Also ich habe 25 Jahre also 20 Jahre Betrieb mitgemacht, und da drehte sich die politische Geschichte nur um irgendwelche Vorteile, Steuern, und was alles, aber die Technik hat da eine kleine Rolle gespielt. Es ist so, ich bin selber dann noch damals, also weil ich selber ein wenig vom Fach bin, hat mich der Gemeinderat auch delegiert in die Eidgenössische Kühlturmkommission, das ist ja der erste Kühlturm in der Schweiz, ein grosser, wobei solche Kühltürme gibt es in ganz Europa zu Hauf, aber in der Schweiz war das neu. Und ich habe dann dort mitgewirkt, und auch die Interessen der Gemeinde vertreten. Und die Kommission hatte an und für

sich die Auftrag einen Bericht zu machen über die Immissionsfragen, und die ganze Kühlturmfrage ist noch recht interessant. Ich habe den Bericht letztthin, ich habe geräumt weil ich so langsam... und all die Papier der Atel geschickt, bzw. dem Kraftwerk geschickt, habe gesagt sie sollen machen was sie wollen damit, das ist Historie, ich weiss nicht wie weit sie ein historisches Archiv machen oder nicht, da bin ich überfragt, aber das ist auch in der Gemeinde drin. Und diese Kühlturmkommission hat getagt etwa zwei Jahre hätte ich gesagt, so anfangs 70er Jahre, oder Ende 60er und hat an und für sich eine Schlussfolgerung gemacht, von der ich behaupte sie war genau, man hat festgestellt, es ist ein Bauwerk einer überdurchschnittlicher Grösse, über die Schönheit kann man sich streiten, man hat aber auch ein wenig verglichen mit anderen zivilisatorischen Problemen wie Autobahn, grosse Bahnbauten oder Rangierbahnhöfen und solche Dinge und man muss das natürlich auch ein wenig in eine Gewichtung tun, leben sie lieber neben einer Autobahn oder neben einem Kühlturm, das kann man lange diskutieren. Aber man musste feststellen, dass fast alle Regionen der Schweiz mit wenigen Ausnahmen irgendetwas gehabt haben, das man sich vielleicht nicht immer erträumt. (unverständlich) Das zweite was die Kühlturmkommission geäussert hatte war der sichtbare Schwaden, und hat dann auch festgestellt, dass im ersten Kilometer, in den ersten 800 Metern der Schwaden schon einen gewissen Einfluss hat und in der Folge hat man dann auch beschlossen, und das hat der Gemeinderat initialisiert, dass man in diesen ersten 800 Umkreis einen Entschädigungsperimeter gemacht hat für die Eigentümer. Weil dort die Auswirkungen vielleicht, gerade im Inselchen in Niedergösgen sind die Auswirkungen vielleicht grösser als hier zum Beispiel, weil halt die vorherrschende Windrichtung dorthin geht. Das ist einfach Pech.

Und das dritte was man festgestellt hat, das war damals die Prognose, dass der Kühlturm auf das Wetter null Einfluss hat. Und das stimmt, er hat ja keinen Einfluss auf das Wetter. Wenn man ganz optimistisch ist vertreibt er sogar den Nebel in gewissen Fällen, ich beobachte das viel, so

im Winter einmal oder zweimal im Winter, ist leider ein bisschen wenig, bringt er es doch fertig einen schön blauen Kreis um sich aufzutun, und das ist die Thermik des Kühlturmes. Wobei diese Thermik des Kühlturmes ist eben im Vergleich mit der Thermik, die die Natur entwickelt, hoch bescheiden. Und das ist der Grund warum man nie behauptet hat er vertreibe den Nebel. Man hat dann nachher jahrelang, etwa zehn Jahre lang, mit Kameras auf allen Hügeln hier, hat man die Kühlturmflagge verfolgt und dauernd fotografiert und vermessen und ich muss sagen die Resultate dieser Vermessungen haben mit den mathematischen Modellen, die man damals von dieser Kühlturmflagge gemacht hat, eine recht gut Übereinstimmung.

Man kann nicht sagen absolut, aber sagen wir die Prognosen und die Auswirkungen des Kühlturmes waren nicht falsch. Und die hat man auch kommuniziert. Wobei es natürlich schwierig ist, diese Kommunikation, der eine sagt nein ich finde ihn wüst und damit hat sich, ich will keinen. Die Opposition hat sich damals teilweise um die Kernenergie gedreht, teilweise um den Kühlturm.

Dann muss man interessanterweise sagen gab es auch Kreise, die den Kühlturm sehr befürwortet haben. Das waren die Fischer. Weil die Fischer immer panische Angst hatten dass durch die Flusserwärmung und so weiter, auch wenn sie nicht gross ist, aber trotzdem, sie ist vorhanden, da ihre Fische leiden könnten. Und die haben an und für sich ihre Zustimmung zum Kraftwerk abhängig davon gemacht, dass ein Kühlturm gebaut wird. Ich sage das mehr so belustigend, weil nicht alle dagegen waren. Ja und ich glaube man könnte natürlich hier, klar jetzt ist es natürlich seit dem Kühlturmentscheid bald 40 Jahre, und der nächste Kühlturm sähe ganz anders aus, ich meine in vierzig Jahren tut sich technisch auch etwas entwickelt, ist nicht mehr so hoch sondern breiter und hat keine Flagge mehr. Aber das sind Entwicklungen, die seither gekommen sind.

Also in den ganzen Betriebsjahren hat ja hier die Opposition überhaupt keine Rolle gespielt, also mit der Aufnahme des Betriebs, das war 1979, war eigentlich die

ganze Geschichte vorbei. Man hatte neue Probleme gehabt, die 70er Jahre waren dann nachher in der Konjunktur schlecht, und dann war zum ersten Mal auch in der Schweiz auch das Problem, dass man den Arbeitsplatz liebt, vorher war der Arbeitsplatz nie ein Thema. Und das hat vielleicht Verlagerungen der Sorge gegeben. Ich kann mich als junger Ingenieur erinnern, ich habe mich mal irgendwo beworben bei einer Stelle und habe gesagt ich würde Bescheid geben, es war mir nicht ganz wohl, ich bin dann nach Hause gegangen und habe angerufen, ich komme nicht, Jössesmaria, der hat mich angesungen, ich hätte versprochen und so weiter. So war damals die Arbeitsplatzsituation, man wurde angesungen, wenn man nein sagte.

Ja, was denken Sie denn, ich kann es mir wie irgendwie gar nicht vorstellen, Sie sagen es gab Leute, die dagegen gewesen waren, waren die nicht organisiert? Oder haben die etwas unternommen?

In dieser Pro Niederamt waren sie organisiert. Und die Pro Niederamt hatte einen Vorstand, hatte eine Organisation gehabt, waren aber, meines Wissens, alles Leute von Schönenwerd. Hingegen hatte es Mitglieder gehabt, die waren von Däniken. Wie weit die Pro Niederamt ein organisierter Verein war, also ein juristischer Verein, da bin ich im Moment überfragt, könne ich im Moment nicht beantworten. Aber sie haben im Prinzip einen Vorstand gehabt, und schon eine Organisation. Ob es ein eingetragener Verein war, das weiss ich nicht

Aber Sie sagen Mitglieder aus Däniken... Wie hatte dann die Pro Niederamt Einfluss in der Bevölkerung in Däniken selbst?

Also es ist sicher so, dass sie, ich hätte mal gesagt in Däniken, es hat vielleicht schon einen Viertel gehabt, die dagegen waren, die in der Pro Niederamt organisiert waren. Ich glaube nie, dass es eine Mehrheit gewesen war, sonst wäre das nicht zustande gekommen. Aber es war doch eine bedeutende Minderheit, in dem Sinne. Und wie haben sie es gemacht, als ich muss sagen Willkür hat es eigentlich

am Anfang nicht so viel gegeben, es hat so ein wenig Demonstrationen gegeben, sie haben sich politisch betätigt in Solothurn und beim Bund und Eingaben gemacht. Ich sage mal... Aber ein hohe Gewalttätigkeit war am Anfang nicht, zumindest wäre mir das nicht aufgefallen. Und wer war es in Däniken? Es ist schwer zu sagen. Ich glaube nicht, dass man es eindeutig einer Parteirichtung oder einer Gesinnungsrichtung hätte zuordnen können.

Die Gegnerschaft zur Kernenergie war damals recht empfindungsmässig, es war etwas Neues. Es war wie gesagt vielleicht die Zeit, als man plötzlich eine Kehrtwende so im ganzen technischen Glauben gemacht hat, aber nicht nur auf dem Gebiet der Kernenergie, sondern ganz allgemein in Machbarkeit und so. Als junger Ingenieur habe ich eine Zeit erlebt, wo man natürlich gedacht hat, alles war machbar, macht nur vorwärts. Und ich sage immer als gutes Beispiel, wenn ich damals als junger Ingenieur gesagt hätte ja also das unsägliche Nebelproblem im Mittelland, das könnte man ja lösen, man baggert den Jura weg und dann kann das Zeug da ins Baselbiet abfliessen... Heute lacht man, aber damals hätte man gesagt – Ja wir müssens probieren. Ja aber wir haben nicht so grosse Bagger –. Aber es war eine Zeit wo natürlich die ganze technische Entwicklung ganz generell sehr rasch Fortschritt und dann gab es plötzlich auch eine gewisse Kehrtwende und die hält ja heute noch zum Teil ein wenig an, wobei sehr selektiv, es gibt Gebiete, da kann nicht genug Technik sein, und es gibt Gebiete wo man den Eindruck hat alles was von der Technik kommt ist falsch.

Wobei ich immer sage die Bewegung, die sich so gegen den Fortschritt und gegen die Technik gerichtet hat, die existiert ja heute noch an und für sich, vielleicht mit anderen Zielsetzungen im Momente, aber man ist sich einfach zuwenig bewusst, dass jede Veränderung im Leben ist begleitet von Vorteilen aber sie ist auch von Nachteilen begleitet, und unsere ganze Lebensweise als Menschen ist ja abzuwägen ob die Vorteile die Nachteile überwiegen. Und man ist heute einfach nicht mehr bereit die Nachteile zu akzeptieren, aber alle Vorteile möchte man sofort haben. (lacht)

Was waren denn die Argumente der Leute, ging es denn um eine technisch-kritische Haltung?

Ja, um das ging es schon. Und es ist interessant. Damals spielte die Notkühlung des Kerns eine unheimlich grosse Rolle. Trotzdem, man muss ganz ehrlich sagen, kein Mensch hat gewusst, wie die Notkühlung des Kerns funktioniert, aber was die Leute damals verstanden haben ist dass die Kettenreaktion, und das ist so, die kann man zwar stoppen, aber nicht ganz. Das heisst man kann, wenn sie es mit dem Auto vergleichen, sie können von 100 auf 3 km/h herunterfahren, aber diese 3 km/h das ist dann schwieriger zum stoppen. Aber da, das Auto fährt dann mit 3 km/h weiter, mit 3%, darum ist die Zahl noch gut. Mit der Zeit auch immer langsamer, aber das geht nicht sekunden lang, das geht Stunden, Tage, Wochen. Und dann hat die Notkühlung eine grosse Rolle gespielt in der Diskussion, ob die Notkühlverfahren richtig und genügend sind. Her und hin. Trotzdem muss ich sagen, ob es der normale Gegner eigentlich verstanden hat worum es ging weiss ich nicht. Die Abfallfrage kam erst später, die spielte interessanterweise am Anfang keine Rolle, die kam später. Und wenn sie heute die Diskussion um die Kernenergie hören, von der Notkühlung spricht kein Mensch mehr, man spricht in erster Linie vom Abfall und vom globalen Risiko.

Aber dann würden Sie doch sagen, dass die Leute Angst gehabt haben vor der Technik, oder waren es andere...

Ja, damals war es, hätte ich gesagt, vorwiegend Angst vor der Technik. Auch wenns die Leute im Durchschnitt nicht so spezifizieren konnten, sie können es ja auch heute nicht, es ist auch nicht so einfach, mein Gott. Ich rede auch nicht in den Operationssaal rein.

Aber gab es eine öffentliche Diskussion, hat man da im Dorf darüber geredet, was gab es da für Plattformen?

Ja, über Technik gab es viele Vorträge, wo dann die einen bewiesen haben wie gescheit es ist, und die anderen haben bewiesen wie falsch es ist. Aber die ganze technische Frage eines Kraftwerks die hat eine Rolle gespielt in der öffentlichen

Diskussion. Und heute beobachte ich, dass Einzelheiten der Technik im Kraftwerk kaum mehr Diskussionsthema sind. Es ist entweder global nein oder global ja, oder gar nichts. Und die Abfallfrage. Aber was im Innern vom Kernkraftwerk passiert interessiert heute eigentlich, beobachte ich, ist nicht mehr Gegenstand der Diskussion. Und das war damals Gegenstand der Diskussion. Die Leute haben sich um Notkühlsysteme gekümmert und äh... (lacht)

Und wie hat man dann die Bevölkerung überhaupt informiert von Seiten der Bevölkerung her?

Ja, da hat es schon allerhand so öffentliche Veranstaltungen gegeben. Die Atel hat sich da auch ins Zeug gelegt. Und so weiter. Und da zum Beispiel der Professor Winkler von der HTL Windisch, der hat sich da mehrmals hier in Däniken als neutraler Kenner der Materie geäußert, und auch andere Leute. Das war nicht nur die Atel. Die haben auch Leute beigezogen, die von ausserhalb ihres Kreises waren. (Pause) Aber wie gesagt mit dem Baubeginn war das nicht vorbei, das war erst etwa nach der grossen Demonstration, dann hat sich nachher... (unverständlich).

Wie hat man in Däniken auf das reagiert, das war ja...? Ich habe mal gehört es habe vorher und nachher nie mehr so viele Leute auf Däniker Boden gehabt wie damals...

(lacht) das ist richtig. Ja, wie hat man reagiert. Die ganze Demonstration war ja, ich muss sagen, geschmeidig abgelaufen, es hätte ja um ein Haar eine riesen Eisenbahngeschichte gegeben, die Polizei hat die Leute zurückgetrieben und die sind dann alle über das Geleise gelaufen und die Bahn war nicht abgestellt, da ist ein Schnellzug gekommen, es ist nichts passiert, es kam keiner drunter, aber es hat aber nicht viel gefehlt, dass man da ein neues Problem gehabt hätte. Ja, wie hat die Behörde reagiert. Viel konnte sie auch nicht machen. Es war ja eine angekündigte Sache, das war organisiert. Man war dann froh als es vorbei war.

Und die Bevölkerung, ist die aufgesprungen, gab es Leute, die sich da beteiligt haben an den Demonstrationen?

Das ist eine gute Frage. Also ich glaube, ein Bevölkerungsteil, der in der Pro Niederamt war, die sind sicher dabei gewesen oder so, aber es ist nicht ein Bevölkerungsteil, der dann ganz markant auffiel, denn es waren doch x-tausend Leute und ich nehme an der Anteil Däniker war so, ich sage mal eine Zahl, ich weiss nicht vielleicht etwa 200 gewesen, das ist natürlich in der Menge untergegangen. Aber es hat sicher Däniker Bevölkerung gegeben, die eben mit der Pro Niederamt sympatisiert hat, die dann die Gelegenheit auch genutzt hat.

Haben sich überhaupt auch Leute für das Kraftwerk starkgemacht im Dorf?

Ja, also ich möchte es so sagen, der Gemeinderat war geschlossen dafür, natürlich, ich sage geschlossen dafür. Aber es ist nicht applaudiert worden. Man hatte natürlich einen Haufen Problem gehabt, bewilligungstechnischer Art, Erschliessungsart, und man hat eben damals eben nicht nur das Kraftwerk gehabt, man hat noch den Rangierbahnhof gehabt, man hat das Postzentrum gehabt, das kam alles zur gleichen Zeit, also Arbeit bis hier hoch.

Das ist ja fast nicht bewältigbar für ein ehrenamtliches Gremium.

Ja, für ein ehrenamtliches Gremium, und das ist äh, also dadurch, dass der Herr Hagmann da so ein fleissiger Heimarbeiter war, hat er sehr viel gemacht. Und es war natürlich damals, ist der Gemeinderat nach dem alten Solothurner Prinzip, der Gemeindepräsident macht 90% und der Rest des Gemeinderats macht nicht viel oder hat nicht Einzelkompetenz, das hat ja heute ein wenig geändert. Und die Projekte kamen alle zusammen in einem gewissen Sinne. Aber im Gemeinderat war eigentlich nicht eine Opposition gegen das Kraftwerkprojekt, nein, sondern, das waren alles Fragen, die man im Zusammenhang mit einem Anwalt mit dem Kraftwerk lösen musste, und das waren nicht nur einfache Fragen. Das hat damit angefangen bei finanziellen Fragen und bei Fragen was soll man für Auflagen machen, man war natürlich auch im Gemeinderat bedrängt von Pro Niederamt und auch von anderen Kreisen, dort Auflagen zu machen, dass sie nach 10 Jahren den Kühlturm wieder

abbrechen müssen und Zeug und Sachen, das war alles nicht so einfach. Das war also ein Bewilligungsverfahren das viel, das halt neu war in der Schweiz und komplex war, im Prinzip ist ja das Baurecht, wenn sie ein Haus bauen dürfen, so ist das auf die Lebensdauer des Gebäudes. Und beim Kraftwerk wurde dann diskutiert, ob man das zeitlich begrenzen müsse. Es war nicht so, auch die Atel ging nachher in Rekkurs vor Verwaltungsgericht gegen die Gemeinde, es war also nicht etwa eine Freude gegenseitig, also zum Beispiel gerade diese Abbruchfragen wurden dann vom Verwaltungsgericht entschieden.

Also da hat damals die Gemeinde versucht Auflagen zu machen?

Ja, ja, und die hat die Atel nicht akzeptiert und das ist dann weiter gegangen, aber die Gemeinde hat dann verloren im Prinzip, und zwar weil es Auflagen waren, die im Baurecht nicht verankert gewesen waren.

Aber dann ist man eigentlich schon nicht einfach nur für das...?

Nein, es war nicht ein Herz und eine Seele, so war das nicht. Aber ich hätte mal gesagt es sei insgesamt, ja vielleicht zu einem gewissen Mass doch konstruktiv gewesen, also es war kein grundsätzliches Nein, es hat sich um Randprobleme gehandelt. Also der Grundsatz, es war kein Grundsatz gegen das Kraftwerk. Aber natürlich, das beginnt bei finanziellen Fragen, bei Erschliessungsfragen, und all die Unterführungen die wir hier in Däniken haben, die mussten bezahlt und gebaut werden, und wer bezahlt das? Und so weiter, und das gibt immer ein Gekähr.

Können Sie sich erinnern wie das im Gemeinderat mit der Meinungsbildung abgelaufen ist? Was gab es da für Diskussionen, welche Argumente waren im Raum?

Also in erster Linie waren es eben Argumente, die sich nicht um für oder gegen die Kernenergie gedreht haben, also alles um irgendwelche Sachfragen, die zu regeln waren. Däniken hat auch einen Anwalt hinzugezogen gegen das Kraftwerk, um beraten zu werden. Und der hat natürlich, ja ich sags mal ein wenig... auch immer probiert ein neues Baurecht

hier einzuführen, unter dem Titel «es ist etwas besonderes» usw. nur ist das auch nicht grad so einfach, und dann musste man den wieder mässigen. Und... Aber es ist eigentlich soweit ich das in Erinnerung habe, nie eine Frage gewesen um ja oder nein, es ging immer um die Fragen Auflagen und Geschichten im Zusammenhang mit einer Baubewilligung. Weil man muss nicht vergessen, die Baubewilligung Däniken, wir waren auch nicht alleine, es war der Kanton und der Bund waren auch noch dabei, und je mehr Köche dabei waren, desto komplizierter wird es halt.

Wie hat diese Zusammenarbeit funktioniert, wie haben Sie das in Erinnerung?

Ja, vernünftig hätte ich mal gesagt. Aber, es war auch so, die Atel hat auch ein wenig Zeitdruck ausgeübt, macht vorwärts!

O.K. Aus welchem Grund denn?

Ja, weil natürlich, es ist eine Grossinvestition und es war eine Zeit, in der man auch gesagt hat, wenn man schon ja sagt, will die Atel auch die Auflagen wissen, will sie rechtskräftig wissen usw. Und damals war nicht die Rede von 20 Jahren warten. Lag aber auch nicht im damaligen Zeitgeist. Ich habe als Baupräsident den Verkaskreisel Däniken mitgemacht als letzte Aufgabe, und der ist mir nicht gerade in bester Erinnerung, und zwar, also nicht wegen dem Kreisel also solches, sondern, dass man für einen solchen Kreisel eine fünfjährige Bewilligungszeit braucht. Es ist eine neue Zeit. (lacht)

Definitiv. Was hatte denn der Zeitdruck, den die Atel ausgeübt hat, für Folgen? Wie hat man auf das reagiert?

Ja, man hat da, das war im Prinzip positiv. Also ich glaube der Gemeinderat hat nie gesagt wir legen die Akten auf die Seite und machen wieder sechs Monate keinen Streich, wie das heute vielfach gemacht wird, sondern man war immer dran. Nur dann musste man wieder mit Solothurn reden, man musste wieder mit dem Bund reden, man musste mit jenem reden, mit der HSK, mit dem Anwalt, da geht jedes Mal wieder eine Woche vorbei. Aber ich glaube es war nie eine Stimmung unter dem Titel «wir werfen es in die Ecke und wollen nichts wissen im Moment»,

sondern es war schon eine Stimmung voran zu machen. Aber die Gemeinde wollte eben auch gewisse Sachen. Oder wollte recht zu ihren Gunsten, das waren insbesondere die Fragen, nebst der Erschliessung und den finanziellen Fragen, die Frage zum Beispiel, ist das ein Werk, das auf Lebzeiten sein darf oder hat es eine Zeitbeschränkung. Und das hat schon eine zeitlang beschäftigt. Und das ging dann eben auch durch weitere Instanzen.

Was war das für eine Stimmung im Dorf, vielleicht noch mal, also, was hat...?

Also ich würde sagen ausserhalb der Demonstrationszeiten, gab es natürlich schon Leute, die lauthals bekundet haben, dass sie nicht einverstanden sind, aber ich würde nicht sagen, dass da eine Dorfrevolution stattgefunden hat. Ich habe das zumindest nicht so empfunden.

Aber doch Leute, die ihren Unmut bekundet haben. Hat man das auch an Gemeindeversammlungen gemerkt, dementsprechend?

Das ist eine gute Frage. Ich studieren eben gerade... Wir haben eben, an Gemeindeversammlungen soweit ich mich erinnern kann, ausser diese Strassenerschliessung nach dort unten, haben wir eigentlich wenig Traktanden gehabt, die an der Gemeindeversammlung erschienen sind. Weil das Baurecht war eben nicht eine Sache der Gemeindeversammlung.

O.K. Dann gab es nicht mal irgendwie so etwas wie eine konsultative Abstimmung, bei der man die Leute befragt hätte, was sie dazu denken, oder so?

Nein ich glaube es nicht. Aber so ganz präzise... Also die Gemeindeversammlungen, ich weiss noch die wo es um die Strassenerschliessung ging, das habe ich ja am Anfang gesagt, der wurde schlussendlich grossmehrheitlich zugestimmt. Da gab es natürlich schon noch mal Diskussionen und so. Aber da wurde nicht geprügelt, es wurde argumentiert.

Wie hat man auf den Kühlturm reagiert? War das vielleicht auch ein Moment, wo es einen Meinungsumschwung gab?

Ja der Kühlturm ist natürlich, in breiten Kreisen schon nicht gerade das, was sie gesucht haben. Und er war dann auch im Baubewilligungsverfahren, man hat ihn dann mit Ballonen ausgesteckt und so, natürlich hat es etwa gewindet wie heute, und die Ballone waren... (unverständlich). Und ja, gegen den Kühlturm hat es auch Einsprachen gegeben. Also der Kühlturm hat sicher, ja es gab einen Haufen Leute, die nicht Freude gehabt hatten daran.

Wie war denn das als Behördenmitglied? Geriet man da in Kritik, wurde man angefeindet von Gegnern?

Ich bin nie angefeindet worden, also schon mal etwas angehängt, aber nicht irgendwie, dass das geendet hätte in groben Unhöflichkeiten, schon Meinungsäusserungen, dass wir da auf dem Holzweg seien, usw. aber wir waren damals mehr unter Beschuss von der Pro Niederamt aus Schönenwerd und aus Dulliken, als aus Däniken. Also die Pro Niederamt war eigentlich die Wortführerin gegen das Kraftwerk. Und hatte weitgehend Leute von Schönenwerd, Dulliken und... im Moment kann ich mich nicht mal erinnern, ob es ein prominentes Mitglied aus Däniken gab. Also sie hatten auch (unverständlich), das ist schon so, aber... gab es auch Namen aus Däniken, die stark in Erscheinung traten? Ich kann mich nicht mehr erinnern im Moment. Der Präsident war ein Herr Spielmann aus Schönenwerd, ja, das war der Wortführer.

Wie erklären Sie sich das, dass aus Dulliken und Schönenwerd der Widerstand kam und aus Däniken nicht?

Hm, das ist schwierig zu sagen. Eine gewisse Rolle spielen sicher wirtschaftliche Aspekte, darf man nicht verkennen, man hat damals schon gewusst... Ja, das ist eine gute Frage. In Schönenwerd hat damals eben auch schon der Niedergang der Bally angefangen, und das hat natürlich in Schönenwerd auch Emotionen geweckt, dass Schönenwerd seine Zentrumsrolle im Niederamt verloren hat, wirtschaftlicher Art, und wie das so immer ist, das weckt natürlich immer Emotionen. Und... (lange Pause). Ja das ist eine gute Frage, ich könnte das auch nicht so präzise beantworten. Aber zum Beispiel der Gemeinderat in

Dulliken, der war nicht etwa dagegen, obwohl es in Dulliken auch einen grösseren Kreis von Opponenten gab, aber es war nicht primär der Gemeinderat Dulliken, das weiss ich noch.

Was haben Sie das Gefühl, Sie haben vorhin gesagt, dass es verschiedene Projekte waren, mit dem Rangierbahnhof, mit dem Postzentrum und dem Kernkraftwerk. Was hatte das für Auswirkungen? Wie ist man mit den anderen Projekten umgegangen und wie ist man mit der Masse umgegangen?

Ja ich muss sagen, der Rangierbahnhof hatte natürlich auch keine Freunde. Und zwar deswegen a), weil natürlich viele Leute enteignet worden waren und b), ein Rangierbahnhof ist ein Lärmproblem halt auch, und auch ein beträchtlicher Eingriff, der wäre ja riesig gewesen, der wäre bis nach Dulliken gegangen über Obergösger Feld, und, aber die SBB waren dort natürlich ein schwierigerer Partner, denn die SBB hatte hinter sich das Bahngesetz und das heisst, ein wenig vereinfacht ausgedrückt «das Sagen liegt bei und und die anderen haben zu schweigen», (unverständlich). Das stimmt natürlich nicht, aber so sinngemäss.

Äh, das Bahngesetz war damals sehr sehr einschneidend, sie haben es glaube ich mittlerweile revidiert, das merkt man zum Beispiel am Lärmschutz, usw. damals hat man gesagt Lärm, das interessiert uns nicht, das war kein Thema, in der Zwischenzeit hat das auch geändert.

Und das Postzentrum war auch nicht einfach, weil es hat das Tal hier verändert, die ganze Hauptstrasse musste verlegt werden und der ganze Hügel, der Kieshügel, dort wo jetzt die Hauptstrasse ist, der musste auch verschoben werden, und die Post ist ja an und für sich ein privater Betrieb, hat aber unter dem Namen der Bahn gebaut mit dem Bahngesetz. Und das hat natürlich auch in dieser Zeit in Däniken für die Behörde auch viel Probleme gegeben.

Im Endeffekt wurden sie dann gelöst in dem Sinn, aber man hätte ja da grosse Überführungen machen müssen über den Rangierbahnhof, Niedergösgen usw. und das waren natürlich auch riesige Projekte und so, die jetzt auch kein Thema mehr

sind. Aber es hat natürlich, wenn man das in Prozent ausdrücken will, da die Geschichte mit SBB, PTT hat also den Gemeinderat mit dem Kernkraftwerk 50:50 beschäftigt, obwohl natürlich die Investition am Kraftwerk grösser ist, aber mit der Investition Kraftwerk, mit der Grösse der Investition hatte ja die Gemeinde nicht direkt zu tun.

Ja, was schätzen Sie, ihrer Meinung nach, was hat das Projekt im Dorf verändert?

Ja, was hat es verändert. Ich sag es jetzt einfach mal so, es hat sicher die finanzielle Situation im Dorf hat sich verändert, indem natürlich hier eine Infrastruktur besteht, die natürlich andere Gemeinden nicht haben, und der Standart des Strassenausbaus, in dem Sinne Dulliken und Niedergösgen, die haben noch viele Quartierstrassen, da kommt man mit dem Auto knapp durch, kann nicht kreuzen und so und wir haben natürlich hier Strassen, die grosszügig ausgebaut worden sind. Und das ist natürlich in dieser Zeit damals entstanden.

Auf die Leute bezogen hätte ich eigentlich nicht gesagt, dass es eine Veränderung gegeben hat. Gut, für die 300 Leute, die damals im Kraftwerk gearbeitet haben sind natürlich 100 aus Däniken und noch mal 150 aus den umliegenden Gemeinden, Grössenordnung und der Rest aus dem Aargau usw gekommen. Aber sonst hätte ich nicht gesagt, dass das hier im Dorf, ausser dem finanzellen Aspekt, wo man natürlich ein wenig zum Schneider rauskam, aber auf die Leute hatte das keinen grossen Einfluss. Und in den ganze Betriebsjahren – ich habe ja fünf Jahre Bauzeit mitgemacht, 20 Jahre Betriebszeit, ja da hat sich nie jemand gross darum gekümmert.

Die Angestellten mussten sich natürlich schon darum kümmern, aber von der Bevölkerung, im Sinne von «es steht halt hier», und ich muss sagen, ich glaube nicht, dass die Akzeptanz 100% ist, aber ich glaube nicht, dass das ein Thema ist. Ich höre immer nur, wenn sie Revision machen gibt es keine Dampfahne und dann wissen wir nicht wie das Wetter morgen ist.

Sie haben gesagt, 25 Jahre haben Sie dort gearbeitet; wie ist ihre Karriere verlaufen?

Ja, ja, ich bin dann als normaler Sachbearbeiter, als Ingenieur bin ich dort runter gegangen und bin dann nachher zwei drei mal befördert worden, aber erst während der Betriebsjahre nachher. Und am Schluss habe ich dann die Maschinentechnik geleitet.

(kurzer Unterbruch)

Ich habe dann am Schluss die Maschinenteknik geleitet, und das die letzten acht Jahre, und ich meine, es ist immer sehr interessant, ich meine auch das Kraftwerk hatte, wir hatten auch Probleme, aber wer hat keine Probleme... Aber wir hatten nie Probleme, die nicht lösbar waren, und die Technik entwickelt sich auch und wir hatten auch Verbindung mit anderen Kraftwerken, die die selben Sorgen hatten, aber es war immer interessant, wenn man irgendeine Störung hatte, oder so, es wurde unterschiedlich auch von der Presse reagiert. Jetzt während der Ferienzeit hätte man das der Presse mitteilen können und die hätten gesagt «wir haben keine Zeit wir haben keine Leute», dasselbe im Januar und die hätten gesagt «morgen grosse Pressekonferenz».

Und, aber wir hatten immer, es ist interessant, wir hatten immer ich behaupte mal eine offene Politik da unten, zum Beispiel es ist lustig, der Nachfolger von Dr. Sähmann war ja bei der Atel der Herr Bürgi, und der hat uns immer gesagt, «es muss ehrlich geschäftet werden, es ist unmöglich in einer grossen Firma ein Geheimnis zu halten». Und der hat das vor 20 Jahren gesagt und er hatte absolut recht. Man sieht das heute beim Bund usw. sogar dort wo es vertraulich sein sollte, es ist nichts mehr vertraulich. (lacht)

Wie war denn die Zusammenarbeit mit dem Dorf?

Ja das ist eigentlich immer gut gegangen. Ich glaube es gab vor ca. drei Jahren so ein wenig Spannungen. Es war dann natürlich so, das Dorf und die Behörden waren natürlich sehr glücklich über all die Steuern und so, und da waren ja gewisse Projekte in der Schweiz wegen Entsorgung, Wellenberg usw. und dort hat die E-Wirtschaft relativ grosszügige finanzielle

Versprechungen gemacht, und das haben sie natürlich hier unten auch gewusst und haben dann geschaut ja was haben wir, und das hat dann etwa vor drei Jahren mit der Atel schon Differenzen gegeben über finanzielle Abgeltungen, und das wurde ja dann gelöst vor anderthalb Jahren oder zwei Jahren oder so, oder zweieinhalb, da wurde ein neues Abkommen gemacht, wonach die Entschädigungen verbessert wurde. Ich persönlich behaupte, Däniken konnte auch vorher schon leben, aber es ist natürlich einfach, wie heisst es auch, man hat den Hals nie voll, das ist eine allgemeine menschliche Erscheinung, das haben sie nicht neu erfunden. (lacht) Und jetzt ist meines Wissen hier kein Problem mehr.

Ja es hat dann, die Abgeltungen sind ja in Abhängigkeit vom Aktienkapital von den 350 Mio. und vom Ertrag, das sind immer 6% im Jahr, und dann hat ja das Werk da jetzt verschiedenen grosse neue Projekt gemacht, da das Zwischenlager und Vergrösserung von gewissen Gebäuden und so. Und Däniken hätte dafür nicht mehr Geld erhalten, denn das Aktienkapital wurde nicht erhöht. Und dann sind halt Stimmen laut geworden, die sagten die sich Sorgen machten, wenn es plötzlich nicht mehr ist, wie ist es dann, und dann sind dann Verhandlungen gewesen dass auch nach der Stilllegung des Kraftwerks hier noch irgendetwas geht, aber wie genau die Abmachungen dann waren wüsste ich im Detail jetzt nicht, ich habe mich jetzt nicht mehr darum gekümmert. Aber das sind alles finanzielle Aspekte, und die sind gelöst.

Es ist klar ein neues Projekt, da wird natürlich die ganze finanzielle Aufteilung ein wesentlicher Kernpunkt sein, denn sie wissen ja: wir sind ja hier die erste Industrieanlage in der Schweiz, die freiwillig Steuern an die Umgebung abgetreten hat an die Umgebung, das gibt es sonst nirgends in der Schweiz. Das Kraftwerk steuert, und wohin steuert es, an die Standortgemeinden, fertig. Wie jede andere Firma auch, die UBS steuert in Basel weil sie ihren Standort in Basel hat, fertig. Und ich würde sagen die UBS in Olten liefert keine Steuern ab, weil sie in Basel sitzt.

Aber ist das bei anderen gross-technischen Anlagen nicht so?

Nein das ist nicht so, das ist das erste Mal in der Schweiz. Denn natürlich auf eine Gemeinde wie Däniken sind die finanziellen Erträge einer solchen Firma doch beträchtlich, und dann wurde bald einmal auch der Ruf laut, noch in der Bewilligungszeit, ja die anderen wollen auch einen Kuchenteil haben. Und dann hat man eine Lösung gefunden, das war dann auch im Gemeinderat lange Diskussionen gewesen, darum sage ich, das sind alles Nebenfragen, nicht um Kernenergie selber, ja wollen wir etwas Geld abtreten und wieviel und her und hin und sie wissen Geld verdirbt den Charakter, das ist eine bekannte Erscheinung. Und dann hat der Herr Leo Schürmann, damaliger Nationalrat und auch Gerichtspräsident in Olten, wurde beauftragt hier eine salomonische Lösung zu finden. Und die war dann wie folgt: ein Drittel der Steuern wird auf die glaube ich neun umliegenden Gemeinden verteilt. Und Gretzenbach hat dann noch einen Sonderposten erhalten, weil ein Teil des Werkes, aber ein bescheidener Teil, ist auf Gretzenbacher Gebiet. Und dann hat man da so einen Schlüssel gefunden und der Schlüssel ist heute noch gültig. Aber es ist klar, wenn ein neues Werk kommen würde, bin ich überzeugt, kann man den Schlüssel nicht mehr verwenden, da kommt wieder ein anderer Schlüssel. Ich nehme an ein Schlüssel der vielleicht der Standortgemeinde weniger lässt, ich schätze mal so politisch wie die Stimmung ist, und das vielleicht ja es gleichmässig verteilt wird.

Es ist ja spannend, Herr Schürmann war ja Däniker, oder nicht?

Ja, er war Däniker, er hatte ja das Haus dahinten, das war sein Haus, er hat aber in Olten gewohnt, kam aber immer am Wochenende nach Däniken.

Aber das ist ja noch spannend, dass er dann diese Lösung finden musste.

Ja das ist halt, wie das in solchen Sachen ist, sonst hätten die Gemeinden hier noch jahrelang streiten können. Denn es ist ja etwas, für das man keinen Massstab hat, und da kann man natürlich jede Meinung äussern. Und man hat dann irgend ein Gremium, ich glaube er war nicht alleine, es waren glaube ich drei Leute, aber er

war Präsident und wurde dann beauftragt einen Vorschlag auszuarbeiten. Aber das waren auch Dinge, die den Gemeinderat damals viel beschäftigt haben. Es ist um die Wurst gegangen, wie man so sagt.

Darum sage ich, der Gemeinderat hatte einen Haufen Sorgen, es gäbe vielleicht noch andere da die mir grade nicht im Gedächtnis sind. Aber es ging eigentlich nicht um die Frage ja oder nein, sondern um die Frage wie.

(anderweitige Ausführung)

Aber es ist interessant, ich verfolge natürlich die Diskussion um die Kraftwerks-, Kernenergie, ab er die Schwerpunkte haben sich geändert. Es hat sich mehr verlagert in Richtung einerseits die Entsorgungsfrage und die Frage ob es das überhaupt braucht. Aber damals hat man nicht darüber gesprochen ob es das überhaupt braucht, man hat über die Gefahren und dies und jenes gesprochen, aber die Diskussion, dass wir keinen Strom brauchen. Man darf nicht vergessen, damals, vor 30 Jahren waren solche Ideen wie heute die 2000W Gesellschaften, das hat noch überhaupt nicht bestanden.

(weiterführende Ausführungen zur Energiepolitik)

Transskript Interview E. Marrer, Däniken, 8.8.2008

Die Stimmung allgemein vielleicht mal in der Bevölkerung. Die ganze Frage hat natürlich mehrheitlich polarisiert, als das Thema publik wurde, Standort Gösgen-Däniken. Das hat sich polarisiert in Pro und Contra-Lager, und dann gab es sicher noch einen Anteil an sogenannten Neutralen, der sich damit nicht befassen wollte oder konnte. Die haben sich da drausgehalten.

Aber man hat ziemlich bald gesehen, dass sich das zu polarisieren beginnt in Pro- und Contra-Lager. Bei Pro war es natürlich einmal gewisse Politiker, die sich auf die Seite der Kernkraft-Projektanten gestellt haben, dann ging es natürlich um Arbeitsplätze. Einfach die ganzen Leute, die in der Elektroindustrie irgendwo eingebunden waren, das ist klar. Und

und dann wenn die Baubehörde sagt: Moment mal, wo habt ihr Abwasser, wo habt ihr das und jenes, sag ich: ja wissen sie, jetzt gehen wir da mal ein paar Jahre wohnen und dann machen wir uns dann mal Gedanken, wie wir das lösen wollen. Also vereinfacht gesagt ist es mir ein wenig so vorgekommen. Und das hat mich immer ein wenig gestört, dass dieses Problem offen blieb und selbst die Elektrizitätslobby oder die Gesellschaften, die das ganze projektiert haben, haben eigentlich keine schlüssige Antwort gehabt.

Man hat ja heute noch keine, abgesehen davon. Das Problem ist ja noch nicht gelöst. Das hat mich dann bewogen – ich war damals auch gerade zukünftige Mutter – und dann fand ich: ich kann es einfach beinahe nicht verantworten, dass man unseren zukünftigen Generationen zumutet das zu hüten und sich mit diesem Problem herumzuschlagen.

(7:48) Im Dorf selbst war die Stimmung so, wie ich das am Anfang gesagt habe. Es gab natürlich ein Pro und Contra-Lager und die, die sich einfach draus halten wollten. Das gab dann natürlich zum Teil schon auch persönliche, jaaa (zögert), Reibereien oder Misstimmungen. Aber irgendwie hat man damit gelebt, man hat in etwa gewusst, wer in welchem Lager ist und man hat es mehr oder weniger akzeptiert. Man hat schon gespürt, also was mich manchmal ein wenig befremdet hat, war, dass man als Gegner das Gefühl hatte, man würde nicht ernst genommen, von Seiten... das hat man dann eben auch in diesen ganzen Verfahren, diesen Baubewilligungs- und anderen Verfahren, die da vorgängig dann gelaufen sind. Mich und auch andere, das war also auch das Empfinden anderer, ... wir hatten auf jeden Fall den Eindruck, dass man von diesen Behörden nicht immer ernst genommen wird. Und das habe ich also ein wenig bedauert. Man hatte irgendwie das Gefühl, man wird auf der einen Seite belächelt und auf der anderen Seite beinahe ein wenig als Gefahr angeschaut. Und das hat mich dann schon ein wenig, mit dem hatte ich ein wenig Mühe. Dann kam ja die Gründung dieser Pro Niederamt, ein überparteilicher, spontaner Zusammenschluss von Gegnern der Atomkraft,

das heisst es ging eben vor allem um das Projekt Gösigen-Däniken. Und da habe ich natürlich wieder die ganzen Motive, die ganze Palette, die ich da erwähnt habe, habe ich dort auch wieder erlebt. Das war natürlich ganz unterschiedlich. Jedes hatte sein Schwergewicht, warum es dagegen ist natürlich wieder irgendwo anders. Meine Hauptsorge war da immer noch die Entsorgung. (10:11) Dann hatten wir von Pro Niederamt eine Art Komitee, man hatte Sitzungen und reichte auch eine Petition in Bern ein gegen das Projekt konkret in Däniken und hat auch Bedenken gegen die Atomkraft allgemein eingereicht. Und zwar eben in dem Sinne: solange die Endlagerung nicht gelöst ist.

Es war auch eine Demo in Olten ungefähr in dieser Zeit, die genauen Monats und Jahresdaten hab ich hier gerade nicht mehr zur Hand, aber das war einfach dann in dieser ganzen Projektierungsphase, bei dieser Baubewilligung und anderen Vorarbeiten, ist das passiert. Zu meiner persönlichen Motivation. Von der Sicherheit allgemein hatte ich eigentlich für die Schweizer Atomkraftwerke nicht grosse Bedenken. Ich wusste damals schon, dass die Vorschriften sehr strikt sind und dass grosse Sicherheitsmassnahmen gewährleistet sind. Und jetzt in diesen Jahren des Betriebs hat sich das von verschiedenen Seiten her bestätigt. Auch die Tatsache, dass diese Kraftwerke hier in der Schweiz über Jahrzehnte ohne nennenswerte gefährliche Ereignisse funktioniert haben, bestätigt eigentlich das. Aber das Problem der Endlagerung ist meiner Meinung nach noch nicht gelöst und dort kommt auch wieder das St. Floriansprinzip. Jeder sagt: jaja, wir müssen das Zeug lagern, aber bitte nicht bei uns. Das ist das eine. Und das andere ist für mich halt auch noch: ich stelle mir einfach im Hinterkopf noch die Frage ob nicht auch dort noch ein Restrisiko besteht, was immer auch passieren mag, ob das wirklich hundertprozentig sicher gelagert werden kann. Das ist einfach ein Bedenken, die schon noch in einer Ecke vorhanden ist. Ja, das wäre so meine kurze Abhandlung wie ich das so präsent habe, wie ich das erlebt habe. Jetzt weiss ich nicht ob sie noch Fragen in andere Richtungen haben.

Mich würde es einerseits noch ein wenig genauer interessieren bei dieser Pro Niederamt, wie dies entstand, wie Sie dort dazugekommen sind und was Pro Niederamt so unternommen hat. Auch wer dort so vertreten war, woher diese Leute kamen.

(14:34) Also entstanden ist es, ich wurde angesprochen aus dem Bekanntenkreis, wo bekannt war, dass man sich da gewisse Fragen stellt und dem ganzen ein wenig kritisch gegenüber steht. Ich wurde dann angefragt, ob ich nicht auch mitmachen wolle. Mich hat es dann einfach auch interessiert weil ich das Gefühl hatte man bekommt dann auch mal ein wenig Informationen, man kann eventuell auch Einfluss nehmen. Das war wie ich schon gesagte Leute aus allen Parteien, auch viele parteilose, aus allen Schattierungen. Es waren alles Leute, die sich aus persönlichen Motiven da angeschlossen hatten, aus Sorge, was da alles daraus resultieren könnte und die auch fanden: das ganze ist noch zuwenig ausgegoren. Die einfach fanden, im Moment möchten wir noch ein wenig mehr wissen und auch gewissen Sachen geklärt haben, bevor wir da ja sagen dazu. Das war eigentlich der Auslöser und die Hauptmotivation. Wer dabei war... also sicher bei den federführenden war Fred Klaus aus Schönenwerd, der kürzlich verstorben ist, da kann ich mich gerade noch erinnern. Dann Hans Bühlmann, er war zu dieser Zeit glaube ich auch noch Kantonsrat. Dann war ein Herr Spielmann aus Lostorf und eine Frau Wiehr aus Schönenwerd. Das waren eigentlich so die Leute, an die ich mich gerade so namentlich erinnern kann, die da recht aktiv waren.

Und wie muss man sich das vorstellen, war das wie ein Verein, wo man sich regelmässig traf, oder...?

Nein, also Verein würde ich nicht sagen, es war eine relativ lose Gruppierung und wir wollten uns bewusst auch parteipolitisch nicht irgendwo anbinden oder gegen jemanden abgrenzen. Es gab also wirklich Leute aus allen Parteien, aus allen Schattierungen, eben auch Leute, die aus unterschiedlichen Motivationen mitgemacht haben. Wir haben das bewusst so offen gelassen. Man hat einfach nach Bedarf, je nachdem wie die ganze Sache

lief, was wieder anstand, hat man wieder irgendeine Zusammenkunft einberufen. Man hatte nicht fixe Daten, dass man gesagt hätte: wir treffen uns jeden Monat oder so. Man hat bei Bedarf die Leute zusammengesammelt. Und so weit ich weiss hat man auch öffentlich via Niederämter oder wie auch immer, das weiss ich nicht einmal mehr genau, man hat das möglichst den Leuten zugänglich machen. Wer wollte konnte sich beteiligen und seien Bedenken einbringen. So lief das relativ lose.

Und was hat man dann jeweils gemacht?

(17:17) Ja eben, man hat den aktuellen Stand jeweils besprochen. Es sind dann auch verschiedene Baueinsprachen gemacht worden. Das hat dann aber jedes eigentlich auf eigene Faust durchgezogen, man hat nicht als Pro Niederamt so weit ich weiss etwas eingegeben, sondern es waren alles Einzelpersonen, die dann Einsprache gemacht haben oder auf andere Art aktiv wurden. Dann stand eben auch mal diese Demo an, dann hat man natürlich dort das vorbereitet.

Die war also auch von Pro Niederamt organisiert?

Jawohl, ja. Und dann eben auch die ganze Unterschriftensammlung für die Petition, das war auch eine grosse Hauptarbeit, wo man weibelte...

Dort ging es um ein Moratorium, oder was genau?

Ja, genau, also ich möchte mich hier nicht im Wortlaut darauf behaften lassen, aber sinngemäss ging es darum einerseits Standort Däniken, andererseits aber auch allgemein, aus der Begründung heraus, dass die ganze Sache noch zuwenig ausgereift ist und dass die Bevölkerung noch zuwenig informiert ist, worauf man sich hier einlässt. Das stand eigentlich immer ein wenig im Vordergrund.

Sie würden sich als führend bezeichnen in dieser Pro Niederamt?

Nein, führend nicht, ich habe einfach mitgemacht, wenn je nachdem etwas...

Aber regelmässig dabei.

Ja, das schon, denn mir ging es auch um die Information, und ich habe schon

mitgeholfen bei Aktivitäten, aber führend würde ich nicht unbedingt sagen.

Gab es denn andere Leute aus Däniken, die sich aktiv engagiert haben gegen das Kraftwerk, oder hat man vor allem die Faust im Sack gemacht.

So wie ich das mitbekommen habe eher. Ja, also ich habe in Däniken selber wenig offene Unterstützung gefunden, also man ist sich da schon ein wenig alleingelassen vorgekommen. Das habe ich dann bald einmal gemerkt, dass eben, viele Leute die Steuereinnahmen gesehen haben und eben das Argument: wir brauchen ja Strom, das hörte man immer wieder. Das war so das, was ich erlebt habe.

Wie war denn das, gab es da Anfeindungen, oder gab es Leute, die einen gemieden haben?

Ja, also ich persönlich hab es nicht offen erlebt. Ich habe schon mitbekommen, dass man mich hinten durch belächelt. Ich habe das Gefühl bei gewissen Leuten wurde man nicht so ernst genommen, weil man das Gefühl hatte, ja was will da so ein Hausfraueuli verstehen von Atomkraftwerken. Ich habe es mehr so ein wenig so... Aber dass ich jetzt direkt irgendwelche Anfeindungen erlebt hätte, das nicht. Aber man hat gespürt, dass doch der Hauptteil der Leute eine andere Meinung hat und das man nicht ganz versteht, was jetzt hier diese komischen Leute wollen, die jetzt hier dagegen Bedenken einbringen.

Dann war das also eine ganz klare Minderheit, die wirklich auch offen das Wort ergriffen hat in Däniken selbst?

Also in Däniken sicher, so wie ich das erlebt habe, ja.

An was liegt das denn, war das einfach, weil sie die Vorteile gesehen haben?

(20:57) Das ist eine gute Frage. Ich kann natürlich nicht für die Leute selber sprechen. Ich kann nur – wie ich am Anfang gesagt habe – sagen, was ich so etwa mitbekommen habe, man hat dann natürlich schon mal auch mit Leuten gesprochen, die einen zum Teil angesprochen haben, oder man ist sonst ins Gespräch gekommen. Und wenn sie gehört haben oder vorher schon gewusst haben, dass ich da eher kritisch bin solange gewisse Dinge

nicht geklärt sind, haben sie dann schon auch ihre Gegenargumente gebracht. Wie gesagt: Steuereinnahmen, Begeisterung für den technischen Fortschritt, Argument wir müssen ja Strom nehmen, woher willst du denn den Strom nehmen, wenn du keine neuen Kraftwerke willst. Ja, so in dem Sinne.

Gab es dann irgendwie einen Druck dafür zu sein, im Dorf beispielsweise, oder zumindest einen Druck sich nicht dagegen auszusprechen?

Das ist schwierig zu sagen, da müsste man die entsprechenden Leute selber fragen, das ist eine heisse Sache. Also da möchte ich nicht für die entsprechenden Leute sprechen. Aber ich könnte es mir vorstellen, das in gewissen Fällen Leute, die vielleicht mit der ATEL beruflich in irgendeiner Form verbunden waren, oder sind, da verstehe ich es, dass man natürlich da nicht dagegen Sturm gelaufen ist. Ich könnte mir vorstellen, dass das bei gewissen sicher ein Argument war, ein Grund zum ruhig sein.

Sie haben gesagt Sie hätten sich auch von der Gemeinde nicht ernst genommen gefühlt bei diesen Einsprachen. Haben Sie da ein Beispiel, das dies verdeutlicht, oder war das mehr ein Gefühl?

Ja das ist jetzt ein wenig schwierig, ich möchte da nicht im Nachhinein den Leuten auf die Füße stehen, zum Teil sind sie jetzt auch verstorben. Aber ich möchte es allgemein formulieren, ich möchte nicht gerne auf persönliche Dinge eingehen. Nicht weil ich nicht dazu stehen möchte, aber ich möchte nicht unnötig Schlamm aufwirbeln. Aber allgemein, und nicht nur die Gemeinde, ich hab es ja am Anfang gesagt, sowohl die Gemeinde, Kanton, zwei Bundesbehörden, mit denen wir bei den ganzen Aktivitäten in Berührung kamen. Und sowohl ich als auch meine sogenannten Mitstreiter, die da Bedenken hatten, haben das also auch so erlebt. Dass man einfach belächelt wurde und so, ja. Ich möchte nicht gerade soweit gehen und sagen, dass die Verfahren nicht korrekt abgewickelt wurden, aber ich hatte einfach das Gefühl man nehme das nicht so furchtbar ernst.

Also die Bedenken, meinen Sie?

Ja, und auch als Person, die ganzen Aktivitäten, die man macht, dass man irgendwie... Man hatte manchmal fast ein wenig den Eindruck, dass man – ich möchte nicht sagen eine Verblendung, aber einfach eine Art eine Euphorie dieser Atomenergie gegenüber hatte.

Hatten in dem Fall die Aktivitäten der Pro Niederamt in Däniken gar keinen Einfluss? Es gab ja auch diese Infoveranstaltungen, wurden die besucht in Däniken oder war das einfach so ein wenig...?

(24:43) Also Sie meinen jetzt die Infoveranstaltungen die die Gemeinde und die Atombetreiber... Es gab eben verschiedene, es gab von verschiedener Seite Veranstaltungen. Ich kann mich an eine Gemeindeversammlung erinnern, wo es um den ganzen Verteiler gegangen wäre, also Steuereinnahmen und andere Abgaben, die dann das zukünftige AKW hätte an die Gemeinden abliefern. Und das wurde dann traktandiert. Und ich würde meinen, an einer Gemeindeversammlung ist ja eines der ersten Traktanden die Genehmigung der Traktandenliste. Und dann ging ich davon aus, dass ich zu dieser Traktandenliste auch Stellung nehmen kann und einen Antrag stellen kann, dass ich nicht mit allem auf der Traktandenliste einverstanden bin. Und das hab ich dann auch gemacht mit der Begründung, dass dieser Verteiler erst behandelt werden soll, wenn man überhaupt beschlossen hat, ob die Bevölkerung das Kernkraftwerk überhaupt will. Denn damals war das ganze noch in Planung und im Tun. Und ich fand einfach, es kam mir einfach vor als würde man ein Bärenfell verkaufen, und sagt: übermorgen gehen wir dann den Bären jagen. Und fand einfach, das möchte ich zuerst geklärt haben. Auch die ganzen Petitionen waren damals ja noch hängig und im Tun. Mich störte das, dass man sich hier gegen die Bedenken einer grossen Bevölkerung hinwegsetzte und bereits Geld verteilt. Darum habe ich dann den Antrag gestellt, dass man dieses Traktandum zurück stellt, bis andere Fragen geklärt sind. Darauf hat man dann gesagt, ich müsse das schriftlich einreichen. Und ich habe mich dann gefragt warum ich

überhaupt gekommen bin und habe dann unter Protest die Versammlung verlassen.

Hat man denn überhaupt mal die Bevölkerung befragt?

Eben nicht, das ist ja, nein, das ist ja das ganze, das hat ja letztendlich den Auslöser gegeben zur Gründung von Pro Niederamt, weil wir gemerkt haben, dass das Volk gar nie Stellung nehmen kann. Und das hat danach auch die ganzen wilden Demos ausgelöst, analog Kaiseraugst. Da hat es ja in Däniken zweimal auch grössere Demonstrationen gegeben auf dem vorgesehenen Bauplatz. Also das waren dort noch rechte Sachen.

Wie muss man sich denn das vorstellen? Haben die Gemeinderäte das selber bestimmt, wie mit dem Projekt umgegangen wird? Da wurde auch nicht konsultativ...

Man hat schon den Eindruck gehabt, ja, bei mir ist das so herübergekommen. Dass da die Bevölkerung eigentlich gar nicht gross...

Wie wurde man denn informiert als Bevölkerung seitens der Behörden der Gemeinde, des Kantons oder der Bauherren?

Also es hat einmal eine Infoveranstaltung stattgefunden. Ich kann mich noch erinnern, das hat vielleicht der Herr Selig auch erwähnt, wenn sie mit ihm schon gesprochen haben. Dort hat unter anderem der Herr Selig punkto Kühlturm, da mag ich mich noch erinnern, dass er sich da ein wenig spezialisiert gehabt hatte, und dann waren noch andere Vertreter, eben von den Kraftwerksbetreibern anwesend. Aber das ganze war natürlich relativ technisch. Ich hatte dann einfach den Eindruck, dass die Bedenken, die seitens der Bevölkerung geäussert worden waren, auf die ging man eigentlich nicht so richtig ein. Wir hatten den Eindruck, dass unsere Fragen, die uns eigentlich unter den Nägel gebrannt haben, nicht so richtig beantwortet wurden. So kam das bei uns herüber.

Dann hat es auch gar nicht gross eine Diskussion gegeben an diesen Veranstaltungen?

Es hat schon Diskussionen gegeben, soweit ich mich erinnern kann. Aber auch

dort entstand einfach der Eindruck, dass die Gegnerschaft nicht so ernst genommen wird. Das hat sich immer ein wenig wie ein roter Faden hindurch gezogen.

Welchen Eindruck hatten Sie von der Haltung und der Vorgehensweise der Däniker Behörden? Wo standen die in dem Ganzen?

Das ist noch schwierig. Also nach aussen hatte man schon den Eindruck, dass vor allem Pro AKW die Meinung vorherrschte bei der Behörde. Und ich weiss auch nicht inwieweit – das waren ja auch keine Kernenergiefachleute – und ich glaube dort war auch noch eine Problematik. Ich will da niemandem auf die Füsse treten, aber die Frage steht natürlich schon im Raum, ob die Leute rein von der Fachkenntnis her vielleicht auch fast ein wenig überfordert waren. Also ich will da ja niemandem, also das ist mir wichtig, dass das richtig herüber kommt, ich will nicht sagen das seien alles Blödmänner, die nicht drauskommen, aber ich habe ansatzweise gehört, dass Leute sich selber geäussert haben, wie viele sich da als Laien auch ein wenig überfordert fühlten mit dieser ganzen Sache.

Das ist mir schon wichtig, dass hier nicht nachher gesagt wird, Frau Marrer habe gesagt das seien sowieso alles Blödmänner. Und ich möchte auch nicht den Eindruck erwecken ich alleine komme draus, im Gegenteil. Meine ganzen Bedenken, meine ganze Aktivität dagegen hat daraus resultiert, dass ich fand als Laien wissen wir einfach zu wenig. Man ist sich einfach überfahren vorgekommen, das war das Problem. Und das ist mir wichtig, dass das hervortritt. Nicht, dass die Meinung, wie ichs mal an den Kopf geworfen bekam, ich alleine komme draus und ich sei Atomexpertin und alle andern seien Blödmänner, das war gar nie meine Meinung und ich kann mich auch nicht erinnern, dass ich mich je so geäussert hätte. Ich habe gespürt, dass in der Bevölkerung Bedenken sind und mir war es je länger je weniger wohl, wenn ich all die offenen Fragen sah. Das war einfach meine Motivation. Mir ging es nie darum die Atomenergie als solche zu verketzern, noch mal, für die Sicherheit habe ich bei Schweizer AKWs eigentlich nie grosse

Bedenken gehabt, weil ich mich damals schon informiert habe und wusste, dass der Sicherheitsstandart in der Schweiz sehr hoch ist. Und die ganzen Dinge, die ich jetzt mitbekommen habe während dieser Betriebsjahre, haben dies bestätigt. Von da her ist das für mich eigentlich nicht im Vordergrund.

Gab es denn seitens der Gegnerschaft auch Erfolge, wo Sie sagen würden, da haben wir zumindest ein Etappenziel erreicht?

(32:20) Also im Sinn des ganzen Baus, den man im Moment noch zurückstellen wollte und überhaupt in Frage stellte, eigentlich nicht, denn es wurde ja schlussendlich gegen alle Widerstände und alle Baueinsparungen, wo man relativ zügig abgefertigt hat, gebaut. Von daher muss ich sagen, Projekt Däniken eigentlich nicht. Es hat sicher ausgelöst in der Bevölkerung, dass die Leute sensibilisiert wurden, dass sich viele Leute Fragen gestellt haben, die ganze Sache hinterfragt haben, das sicher. Und ich denke, dass das zum tragen kam als es dann später um die Standorte für die Endlagerung ging. Von daher hat es sicher etwas bewirkt. Aber jetzt beim Bau selber, beim Projekt AKW Däniken zu dieser Zeit, da denke ich nicht, dass es etwas bewirkt hat in dem ganzen Verfahren. Das wurde abgewickelt, so wie das vorgesehen war. Und das hat dann auch die Gegnerschaft relativ frustriert zu dieser Zeit. Man kam sich machtlos vor, eben man könne nichts bewirken. Meine Mithilfe in Pro Niederamt hat dann bewirkt, dass ich für den Kantonsrat kandidiert habe, dass ich da angefragt wurde und ich denke, dass viele meiner Stimmen, die ich realisiert habe wahrscheinlich schon eher aus der AKW-kritischen Seite kamen.

Sie wurden damals gewählt?

Ja, weil sie hofften... das hat man mir gegenüber auch geäussert zum Teil. Weil sie gehofft hatten, man könne etwas bewegen. Aber ich war dann natürlich nicht in Fraktionsstärke im Kantonsrat und war relativ alleine gelassen, also ein wenig eine Einzelkämpferin. Und da hatte ich natürlich nebst Familie und Geschäft und allen die Kraft nicht da noch viel zu bewegen. Und ich habe dann auch gemerkt,

dass das Ganze bereits rollt. Also das wäre gewesen als hätte ich versucht mit den Händen einen fahrenden Zug aufzuhalten. Das wäre beinahe unmöglich gewesen. Ich bin mir auch dort relativ machtlos vorgekommen in dieser Beziehung.

Für welche Partei waren Sie im Kantonsrat und wie lange?

Im Landesring, also LdU, und vier Jahre.

Wissen Sie noch, wann Sie gewählt wurden?

Ja, 73 bis 77 war ich im Kantonsrat.

Dann war das aber zu dieser Zeit schon auch noch ein Thema im Kantonsrat?

Ja, wobei das Grösste war damals schon vorüber. Es gab schon vereinzelt noch Themen am Rande, aber die Grundsatzdiskussion hat dort natürlich nicht mehr stattgefunden. Man hat so auf Nebenschauplätzen, bei Nebenthemen, die das ganze so am Rand berührt haben, wurde das erwähnt, und man ist auch dort mehr oder weniger ernst genommen worden und ich hatte den Eindruck mehr weniger denn mehr. Das hat sich immer ein wenig durchgezogen, das war manchmal ein wenig mühsam.

Wann hat denn die Pro Niederamt überhaupt ihre Aktivitäten aufgegeben?

Ja, die hat aufgehört, als eigentlich die Baubewilligung vorlag und die Bauarbeiten begannen. Da hat man gesehen: alle Einsprachen sind abgelehnt und der Rechtsweg ist erschöpft praktisch. Das war unser Ding.

Für uns war von Anfang an klar, das ist auch noch wichtig zum sagen, obwohl es von rechts bis links alle Schattierungen dabei hatte und zum Teil recht oppositionelle Meinungen und Leute vertreten waren, haben wir ganz klar signalisiert: wir wollen nur auf legalem Weg, nur mit legalen Mitteln. Also Dinge blockieren, den Verkehr blockieren, irgendwelche Gefahren heraufbeschwören, Leute bedrohen, Leute gefährden, irgendwelche andere illegalen Aktivitäten, also das war für uns von vorhinein klar, das wollen wir nicht. Und wenn da Ansätze vorhanden waren, dann hat man das schnell unterbunden und

gesagt: ohne uns. Wenn jemand als Einzelperson was auch immer machen will, so können wir das nicht verhindern, aber als Pro Niederamt, wir gehen nur den legalen weg. Das ist mir auch noch wichtig, dass das durch kommt.

Dann hat man also auch gar nicht später noch Kontakte gehabt mit der UeBA?

Ja, nur vereinzelt, aber nicht mehr offiziell oder so. Man hat schon nacher vereinzelt den einen oder anderen mal noch getroffen und sich ausgetauscht, dies schon. Aber zum Teil leben die Leute auch gar nicht mehr von den ältern. Ich war damals noch ziemlich bei den Jüngern, damals. Und wie gesagt, als der Rechtsweg dann erschöpft war haben wir gesagt: was wollen wir jetzt noch, dann ist unsere Aufgabe eigentlich auch beendet. Also an den Kühlturm raufzuklettern oder solche Sachen, das ist bei uns einfach nie zur Diskussion gestanden. Uns ging es einfach darum den Rechtsweg auszuschöpfen weil wir fanden: wenn wir als Bürger über die Hundesteuer abstimmen können und vergleichen nachher mit einem solchen Projekt mit dieser Tragweite nicht, da haben wir und ein Haufen Bürger einfach das Verhältnis nicht mehr verstanden. Das so ein wenig unser Frust.

Was denken Sie, wie haben die Ereignisse dieser Zeit, der Bau und schlussendlich auch das Kraftwerk, als es in Betrieb war, wie hat das die Gemeinde verändert?

(39:07) Also die Ereignisse um die ganze Planungsphase, wie gesagt, das hat natürlich schon ein wenig aufgewirbelt im Dorf. Aber was ich sagen muss, es ist trotz allem relativ friedlich, also man hat da nicht einander die Köpfe eingeschlagen oder so. Und wie gesagt, ich wüsste auch jetzt nichts von persönlichen Anfeindungen oder so, dass man da begonnen hätte einander Leid anzutun oder so. Das dann schon nicht. Ja man hat vielleicht mit den einen Leuten mehr Kontakt gehabt und zu manchen ging man vielleicht ein wenig mehr auf Distanz.

Das hat das ganze ein wenig durchgemischt, aber ich denke nicht, dass wir jetzt hier kriegsähnliche Zustände gehabt

hätten. Was es nach dem Bau bewirkt hat... Ich würde sagen die Leute haben wohl oder übel damit gelebt, gelernt damit zu leben und die Wogen haben sich dann geglättet. Viele haben einfach noch die Faust im Sack gemacht und knurrend damit gelebt. Wohl oder übel. Aber man hat irgendwie probiert mit mehr oder weniger Freude daran damit zu leben. Das war so wie ich das miterlebt habe.

Was denken Sie, warum hat es jetzt im Vergleich zu Kaiseraugst, wo ja das Projekt aus einer Volksbewegung heraus verhindert werden konnte, was denken Sie, warum hat das in Däniken nicht geklappt?

Das haben wir uns auch schon gefragt. Und im Kreis von Pro Niederamt sind dann natürlich die hervorgetreten, in Anführungszeichen der militante Flügel, die der Meinung waren: ja, wenn die das fertig gebracht haben, dann sollten wir doch auch, das liegt nur daran, wir müssen mehr Druck aufsetzen. Aber dann hat dann doch eine Mehrheit gefunden: illegale Aktionen kommen für uns nicht in Frage. Und die Demos, die dann auf dem Gelände in Däniken stattgefunden haben, das hat eigentlich mit Pro Niederamt nichts mehr zu tun gehabt, wir hatten da weder mit der Organisation noch sonst etwas damit zu tun gehabt. Das kam dann mehr so aus Kreisen Greenpeace, einfach mehr die Kreise, die schon in Kaiseraugst... Das war so ungefähr die gleiche Anhängerschaft.

Also in dem Fall wurde das mehr von aussen herangetragen.

Ja, ein grosser Teil ganz sicher.

Haben denn dort die Leute aus Däniken immerhin mitgemacht?

Jää, ich glaube weniger, man stand der Sache dort eher ein wenig distanziert gegenüber. Und es hat ja dort auch von beiden Seiten her... Es sind ja dort auch Gefahrenmomente entstanden, indem die Demonstranten natürlich da mehr oder weniger legal auf diesem Gelände und dem angrenzenden Gebiet bewegt haben. Und das hat dann die Ordnungskräfte dazu bewegt sie zu vertreiben und die sind dann scheinbar über ein Bahngeleise gejagt worden, praktisch und wenn dort gerade

ein Zug gekommen wäre, ich weiss nicht was passiert wäre. Das war etwa so die Spitze, wo das ganze dann darin gipfelte. Aber wie gesagt, nachher haben sich diese Wogen eigentlich wieder gelegt. Aber das ist noch eine gute Frage, warum es in Däniken nicht gelang und in Kaiseraugst gelang es. Ich glaube einfach dort war der Druck grösser. Wie die Einstellung seitens der involvierten Behörde war, das kann ich natürlich von hier auch nicht beurteilen, das habe ich zuwenig mitbekommen, ob das auch noch ein Grund war. Aber da muss ich ein Fragezeichen machen, das muss ich offen lassen. Ich könnte mir vorstellen, dass das auch mitgespielt hat. Erstens mal eben dieser Druck der Gegner, von den Demonstranten, und das vielleicht eben bei den Behörden doch dort vielleicht ein wenig eine andere Meinung vorgeherrscht hat, dass man dort vielleicht auch kritischer eingestellt war. Und die Atomkraftwerkbetreiber vielleicht weniger Einfluss hatten oder mehr Umtreiben und Unbill gefürchtet haben, dass sie gesagt haben, was wollen wir uns hier mit dem herumschlagen, und dass das vielleicht dann auch der Grund war dafür, dass man in Däniken nachher auch mehr Druck gemacht hat.

Aber eben, ich kann es nicht schlüssig beantworten, das ist schwierig, das ist eine Frage, die wir uns auch schon gestellt haben und wir haben auch keine schlüssige Antwort gefunden. Man müsste dort die einzelnen Leute selber Fragen um mehr zu wissen.

Können Sie noch sagen in welchem Jahr Sie etwa eingestiegen sind und Sie sich zu engagieren begannen?

Also das müsste ungefähr, das war etwa ein gutes Jahr bevor ich in den Kantonsrat... das müsste etwa 72 gewesen sein, aber ich möchte mich hier nicht genau auf den Monat behaften lassen.

Und das war dann gleichzeitig auch der Anfang der Pro Niederamt?

Ja, das ist dort in dieser ganzen Projektierungsphase, wo das ganze auch publik wurde und die Bevölkerung anfang sich Gedanken zu machen über das Ganze.

Haben sich im Laufe der Zeit die Motivationen, Ängste und Ziele der Gegner verändert?

Also ich denke schon, dass bei vielen Leuten etwas ausgelöst wurde, als sich hier eine Bewegung formiert hat, die hier Bedenken vorbrachte. Dass da viele Leute, die sich vorher nicht so recht informiert haben und die gar nicht so genau wussten, was hier gehen soll, nachher begannen sich Gedanken zu machen und vielleicht entsprechend auch Bedenken bekamen. Das kann ich mir schon vorstellen und das wurde mir auch vereinzelt zugetragen, dass man mit dem Ganzen schon die Leute zum Denken angeregt hat.

Andererseits hat es natürlich auch bewirkt, dass sich die Befürworterschaft auch gesammelt und gefestigt hat und natürlich ihre Sicht eingebracht hat, was auch ihr gutes Recht ist in einer Demokratie, das ist klar. Die sind dann natürlich auch an die Öffentlichkeit getreten, das ist klar und auch dort gab es einen Teil der Bevölkerung, der eher diesen geglaubt hat, das ist ganz natürlich.

Welche Rolle hat der Kühlturm gespielt? Der war ja nicht von Anfang an geplant.

Ja, aber ziemlich früh schon. Wenn es mir recht ist hat man am Anfang von Flusswasserkühlung gesprochen und dann sind aber die Umweltschutzverbände ziemlich bald gekommen und haben wegen Fisch und Restwassermengen und der Erwärmung vor allem, da habe ich immer gehört dass seitens der Fachleute Bedenken eingebracht wurden. Daran kann ich mich noch erinnern. Und aus dem Grund kam man dann ziemlich bald davon weg. Wahrscheinlich eben weil man diese Bedenken, diese Seiten der Opposition ausschalten wollte und sagte, ja dann machen wir halt etwas anderes. Und dann ist ziemlich bald der Kühlturm ins Gespräch gekommen. Also von Flusswasserkühlung hat nicht lange gesprochen, man hat ziemlich schnell dann nur noch von Kühlturm geredet. Und wie ich am Anfang bereits gesagt habe, ich habe vereinzelt gehört, dass sich die Leute störten, einerseits am Bau, ja da steht da so ein Klotz, mich persönlich hat das weniger gestört das war eigentlich noch meine kleinste Sorge

am ganzen, aber ich habe natürlich verstanden, dass alle nördlich natürlich schon mehr betroffen sind, einerseits vom Gebäude selber, andererseits natürlich vom ganzen Dampf, der doch einige Stunden die Sonne weg nimmt.

Das waren so die Argumente. Der Kühlturm sonst als Gebäude selber, wie gesagt, man war geteilter Meinung ob man ihn schön findet oder nicht, aber in den Kreisen der Pro Niederamt waren schon vor allem die technischen Probleme, die man befürchtet hat bei der Atomkraft allgemein, und eben die Endlagerung. Der Kühlturm war eher sekundär.

(Kurzes Intermezzo Kühlturm und nächstes Kraftwerk)

Würden Sie heute wieder demonstrieren gehen, respektive sich wieder engagieren?

(49:04) Das ist eine gute Frage. Also demonstrieren in dem Sinne sicher nicht. Aber ich muss nach wie vor, wenn ich angesprochen werde, muss ich sagen, dass einfach die Fragen bezüglich der Entsorgung noch nicht gelöst ist und da müssen mir sogar die eingefleischtesten Befürworter und die Kraftwerksbetreiber beipflichten und sagen, ja es ist noch nicht gelöst. Das ist einfach nach wie vor mein grosses Kummerkind.

Also hat sich in dem Sinne Ihre Position in diesen Jahren nicht verändert?

Nein, eigentlich nicht gross. Die Sicherheit, eben, da wurde es eigentlich bestätigt, dass man da nicht gross Angst haben muss in der Schweiz vom Betrieben selbst her. Aber eben die Endlagerung, das ganze drum und dran, das da produziert wird und das man unter relativ grossem Aufwand hüten muss. Das sind ja ausserirdische Zeiträume und Begriffe, die da auf uns zu kommen. Und ich habe nach wie vor sehr Mühe, dass wir das unseren künftigen Generationen hinterlassen.

(weitere Ausführungen zur aktuellen Energiesituation) (Ende der Aufnahme)